

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: vierteljährlich 1,10 Mark, monatlich 30 Pf. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheften Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Im Zeichen des Wahlrechtskampfes

Im Zeichen des Wahlrechtskampfes traten am Montag die Vertreter der preussischen Sozialdemokratie zu ihrem dritten Parteitag zusammen. Etwas über zwei Jahre sind seit der letzten Kundgebung des Klassenbewußten Proletariats ins Land gegangen, aber welche Wandlung hat sich seit dieser kurzen Zeit vollzogen! Damals stand an der Spitze des preussischen Ministeriums Fürst Bülow, dem es mit Mühe und Not gelungen war, seinen famosen Vlod zusammenzukleifen, und die Vlodpolitik des Reichs beeinflusste auch die preussische Politik, gestaltete sie noch reaktionärer. Heute liegt der Vlod in Trümmern, sein Herr und Meister ist über sein eigenes Werk gestolpert, die Junker hatten das Bedürfnis, ihn seine Macht fühlen zu lassen. Damals wagten selbst die optimistischsten Genossen kaum an Wahlreife unter dem Dreiklassenwahlrecht zu denken, heute, nach zwei Jahren, ist Breche gelegt, der Wall des Junkerparlamentes ist erstiegen, eine, wenn auch kleine sozialdemokratische Fraktion ist in das Dreiklassenparlament eingebunden, um auch von hier aus das erlösende Wort des Sozialismus erschallen zu lassen. Damals wollte die Regierung von einer Milderung des Dreiklassenwahlrechts nichts wissen, heute hat sie sich unter dem immer wuchtiger einsetzenden Wahlrechtskampf des Proletariats wenigstens zu einigen, wenn auch noch so bescheidenen Zugeständnissen entschließen müssen.

Diese veränderte politische Situation, die nicht zum wenigsten ein Zeichen der wachsenden Macht des Proletariats ist, bedeutet ein gutes Vorzeichen für die Arbeiten des Parteitages. Aber daß die Sozialdemokratie nicht gewillt ist, auf ihren Vorbeeren auszuruhen, daß sie fest entschlossen ist, weiterzukämpfen, bis der Sieg errungen ist, das beweist klar und deutlich die Rede, mit der Genosse Eugen Ernst den Parteitag eröffnete. Nur wenige Worte waren es, die der Vorsitzende der preussischen Landesorganisation an die Genossen richtete, aber es waren Worte, die von Herzen kamen und zu Herzen gingen, Worte des Kampfes, die Begeisterung entzettelten und ein lebhaftes Echo fanden. Ebenso wie Ernst wies auch Singer, der gemeinsam mit Rudolph Frankfurt die Verhandlungen leitet, auf die Notwendigkeit des Wahlrechtskampfes, auf die Unerklärlichkeit fortgesetzter Arbeit im Dienste des Proletariats, auf die Wichtigkeit der Demokratisierung Preußens hin.

Die üblichen Formalitäten waren in wenigen Minuten erledigt, die Tagesordnung wurde dahin abgeändert, daß der Punkt „kommunalpolitisch“ an dritter statt an fünfter Stelle behandelt wird, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß der Entwurf einer Kommission zur Prüfung überwiesen wird. Die weiteren Anträge, die eine Ergänzung der Tagesordnung bezwecken, wurden abgelehnt.

Und nun ging es an die eigentliche Arbeit. Wer da geglaubt hatte, daß sich an den von Eugen Ernst erstatteten Bericht des geschäftsführenden Ausschusses eine Debatte im Sinne der verschiedenen in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlichten Artikel anknüpfen würde, der wurde freudig enttäuscht. Die große Mehrheit der Genossen weiß, unter wie schwierigen Verhältnissen der geschäftsführende Ausschuss zu arbeiten hatte, wie sehr die Aktionskraft der Partei durch die Agitation gegen die Reichsfinanzreform und für die Reichstags- und Landtagsersatzwahlen in Anspruch genommen war und wie wenig begründet daher die gegen ihn erhobenen Angriffe sind.

So konnte denn noch am frühen Vormittag Genosse Hugo Heimann den Bericht der Landtagsfraktion erstatten, ein Bericht, der sich würdig dem schriftlichen Bericht anschließt und ein Bild der gewaltigen Arbeit gibt, die unsere kleine Fraktion zu bewältigen hatte, einer Arbeit, die getragen wird von der Zustimmung der Genossen im Lande. Wie hoch die Genossen die Tätigkeit unserer Landtagsabgeordneten schätzen, das ging nicht nur aus der Debatte, sondern vor allem daraus hervor, daß der Parteitag — eine sonst in der Partei nicht übliche Art — ihnen in einer einstimmig angenommenen Resolution ausdrücklich seinen Dank aussprach.

Den Hauptteil der Nachmittags Sitzung nahm das Referat des Genossen Paul Hirsch über das neue kommunalpolitische Programm ein. Das Bedürfnis nach einem gemeinsamen preussischen kommunalpolitischen Programm hat sich schon seit längerer Zeit stark aufgedrängt. Zwischen den Richtlinien, die der Bremer Parteitag für die gesamte kommunalpolitische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie aufgestellt hat, und den Sonderprogrammen, die im Laufe der letzten Jahre in fleißigster Arbeit in den einzelnen preussischen Provinzen geschaffen worden sind, klafft noch eine Lücke, die durch den neuen Entwurf ausgefüllt werden soll. Seine Entstehung verdankt er einer Anregung der brandenburgischen Gemeindevertreterkonferenz, deren Ausschuss unter Mitwirkung von Genossen aus allen Teilen des Reichs eine sehr umfassende Arbeit fertiggestellt hat. Das Programm entwickelt im ersten Teile die Forderungen an die Gesetzgebung, unter denen die Demokratisierung der Gemeindeverfassung voransteht, im zweiten Teile die Forderungen, deren Verwirklichung schon innerhalb der bestehenden Gesetzgebung in den Gemeinden angebrochen werden kann. Genosse Hirsch als Berichterstatter der Programmkommission legte sich in seinem mehr als zweistündigen, mit größter Aufmerksamkeit angehörten Referat vor allem mit der Kritik auseinander, die in reichlichem

Maße von sachkundiger Seite in der Parteipresse geübt worden ist und der Kommission Veranlassung gegeben hat, gestern noch einmal ihren Programmentwurf einer Revision zu unterziehen. Vielfach ist natürlich der Einwand und die Entscheidung rein programmtechnisch formal: wieviel Einzelheiten man in den Entwurf hineinnehmen soll, wie weit man das allgemeine Parteiprogramm und die Breslauer Resolution schweigend als gegeben ansehen oder ihre Vorschriften wiederholen soll, kann schließlich nur der Geschmack entscheiden. Umfangreichere sachliche Änderungen sind von den Gemeindegliedern und den abstinenteren Arbeitern beantragt worden. Die sozialen Forderungen der Angestellten in Gemeindebetrieben sind ausführlich genug in den Entwurf hineingearbeitet worden, aber die Forderungen der Abstinenter nach Zwangsgelegen zur Bekämpfung des Alkoholismus haben nach der feststehenden Praxis der Partei abgewiesen werden müssen. Ernsthaft strittige Fragen, wie die nach der Grundstücksumsatzsteuer und der Gebührenhöhe kommunaler Betriebe hat die Kommission im wesentlichen freier Entscheidung überlassen.

So konnte das Programm auf so freundliche Aufnahme rechnen, wie es selbst und wie auch das Referat des Genossen Hirsch sie fand. Auch die Redner, die gegen die Erzielung von Ueberschüssen in Gemeindebetrieben oder für das — im Entwurf nicht enthaltene — Enteignungsrecht der Gemeinden eintraten, erkannten im übrigen den Entwurf als tüchtige und parteifördernde Arbeit an. Besonders eine glänzende Verteidigungsrede Singers für die angegriffenen Einzelbestimmungen des Entwurfs fand lauten Beifall.

Die Debatte, die am Dienstag fortgesetzt wird, läßt darauf schließen, daß der Entwurf im wesentlichen angenommen werden wird.

## Der Irrweg des Attentäters Petrow.

Das offizielle Organ der russischen Sozialrevolutionäre „Inancia Truda“ veröffentlicht einen langen Bericht über die Vorgeschichte des Attentats vom 21. Dezember, dem der Polizeichef Skorpow zum Opfer gefallen ist. Gleich Burzew schreibt auch das Zentralkomitee dem vorerblicklichen Moskessensky die Ausführung eines wohl vorbereiteten Planes zu und es schildert den Täter, mit seinem wahren Namen Alexander Alexejewitsch Petrow, als einen redlichen Revolutionär, der nur durch eine unglückliche Verwicklung, wenngleich nicht ohne eigene Schuld, in eine zweideutige Lage gekommen sei. Mag nun dieses Vertrauen, das diesmal auch von dem in der Affäre Nowowiel skeptischeren Burzew bewahrt worden ist, unanfechtbar sein oder nicht, so bietet doch die Darstellung des Zentralkomitees in ihren Details wiederum schlagende Argumente gegen die terroristische Taktik selbst, die solche moralische Zweideutigkeit notwendig hervorbringt.

Die Erzählung beginnt mit dem Eintritt Petrows in die sozialrevolutionäre Partei. Bis dahin — d. h. bis zum Jahre 1902 — hatte sich dieser mit seiner durchaus friedlichen Propaganda unter den Bauern befaßt. 1903 wurde er zum erstenmal verhaftet und verlor trotz seiner baldigen Freilassung seine Volksschullehrerstelle. Es folgten weitere Verhaftungen und im Januar 1906 eine Verurteilung zu dreijähriger Deportation nach der Region von Karkum. Unterwegs gelang es ihm, zu entweichen. Von da an nimmt er an der Kampforganisation teil. Er beteiligt sich an der Expropriation von Neston, in indirekter Weise am Attentat gegen Robekow und an der Expropriation im Trojky-Walde. Ende 1906 arbeitet er in Kasan in einem Dynamiklaboratorium. Am 8./16. Januar 1907 ereignet sich eine Explosion. Einer seiner Kameraden wird tödlich verwundet, Petrow selbst erhält eine Wunde im Bauch und hat die Beine schwer verletzt. Verstimmt, blutend schleppt er sich auf den Händen bis auf die Straße, wird aber dort ergriffen und zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im Februar 1908 entkommt er von neuem und gelangt glücklich ins Ausland, trotzdem er noch an seinen schlecht behandelten Wunden leidet und hinkt. Erst im Ausland werden ihm die Metallsplinter aus dem Körper entfernt. Nach seiner Heilung geht er im November nach Rußland zurück und wird am 2./15. Januar 1909 mit mehreren Kameraden in Saratow verhaftet.

Nun beginnt die zweite, traurige Phase der Tätigkeit dieses Revolutionärs, den der Bericht als einen „entschlossenen, überzeugten, aufopferungsvollen Kämpfer von seltener Willenskraft und Energie“ charakterisiert. Im Sommer 1909 erfährt man, daß Petrow zur Beobachtung in ein Irrenhaus gebracht worden und von dort entwichen sei. Bald erscheint er wieder im Ausland, aber erschöpft, niedergeschlagen, gebrochen. Er eröffnet sich einigen Kameraden, darunter Burzew, im Gefängnis in Saratow hat er vom Verrat Agnew erfahren und zugleich, daß seine und seiner Kameraden Verhaftung das Werk eines anderen weiblichen Lockspiegels, Ljiljana Zeitlin, sei. In dieser Panik bemächtigte sich der Gefangenen der Gedanke, daß vor allem die Partei von den Spiegelementen gereinigt werden müsse, ehe man weiter arbeiten könne. Aber wie? Die „Inancia Truda“ gibt die Gedankengänge Petrows in dieser Situation nach seinen Aufzeichnungen wieder. Petrow habe sich gesagt: Bisher hat die zweifelhafte Waffe der Provokation immer nur mit einer Schneide geschnitten und immer nur die Partei getroffen. Nun möge die andere Schneide daran kommen! Aus dieser theoretischen Erwägung kam Petrow zu dem Schluß, daß er selbst berufen sei, diese Waffe nach der anderen Seite zu wenden. Er charakterisierte diesen Entschluß mit folgenden Worten: Ich liebe meine Partei, ich bin der revolutionären Sache ergeben, ich habe der Sache der Freiheit alle meine Kräfte und Fähigkeiten, mein ganzes Wissen, mein Leben gegeben. Jetzt gebe ich ihr auch meine Ehre.

Und nachdem er einmal diesen Entschluß gefaßt hatte, „zweifelte er keinen Augenblick mehr an der Berechtigung und Nützlichkeit seiner Handlungsweise“.

Er trat in direkte Beziehungen zum Chef der politischen Polizei, Gerasimow, dem bekannten Prozeßanwalt Agnew, der sich sofort daran machte, in ihm den Nachfolger des entlarvten Hauptprovokateurs zu gewinnen. Er empfahl ihm dringend Vorsicht. Er möge nichts übereilen, sondern alles systematisch beginnen. Seine Aufgabe sei, ins Zentrum der Kampforganisation einzudringen. Langsam, aber sicher möge er vorwärtsgen, sich auch die für nötig empfundene Ruhe nicht versagen. Die Zukunft gehört Ihnen! meinte Gerasimow begeistert. Er setzte seinem neuen Gehilfen ein Monatsgehalt von 1000 Rubeln ein, und um in ihm keine Gewissensregungen aufkommen zu lassen, versprach er sogar, daß keiner der von Petrow Denunzierten gehängt werden würde. — Petrow erzählte den Genossen auch, daß er zunächst nach Paris delegiert sei, wo er durch Vermittlung eines gewissen Wiczeslaw Michailowitsch, der sich Witali Dibitsch nenne, mit seinem Chef in Verbindung bleiben solle.

Petrow begriff, daß er, nachdem er dermaßen gehandelt hatte, in der Partei nicht mehr weiterarbeiten könne. Er forderte aber von den Kameraden nichts, als daß sie den Glauben an seine Redlichkeit bewahrten und kündigt ihnen einen baldigen Beweis für diese und zugleich eine Sühne in der Tötung Gerasimows an. — Die „Inancia Truda“ setzt nun auseinander, daß sich die Vertreter der Partei in einem peinlichen Dilemma befanden hätten. Denn einerseits hätte Petrow einen Akt begangen, der durch die revolutionären Traditionen unterfagt und für die Sache der Revolution außerordentlich schädlich sei. Andererseits hätte die ganze Vergangenheit Petrows für ihn gesprochen. Hätte man seinen Namen, wie es die Parteibeschlüsse ausdrücklich verlangen, bekanntgegeben, wäre die Möglichkeit der Sühne ihn für immer verlagert gewesen. Unter diesen Umständen beschloß die Vertreter der Partei, ihm die Vollmacht zu geben, die Konsequenzen seiner Handlungsweise durch Tötung eines Chefs der russischen politischen Polizei zu besetzen. Gleichzeitig beschloß man, ihn von der Welt zu isolieren und weiter die Polizei auf die Spur anderer Genossen zu lenken.

Petrow war in dauernder Verbindung mit Gerasimow geblieben. In einem Brief des Polizeichefs an ihn liest man die charakteristische Stelle: Sie teilten uns mit, daß Boris (Sawinkow) und seine Familie in Rußland sind, aber Sie sagen nicht wo, noch welche Operation von ihm zunächst ins Auge gefaßt ist. Wenn Sie im Zentrum nicht die notwendigen Informationen haben können, könnten Sie nicht eine Kampfmission in Rußland erhalten? — Im Herbst kehrte Petrow nach Rußland zurück, um Gerasimow zu treffen und er organisierte in Petersburg sein Attentat ganz allein. Der Bericht nimmt an, daß die Unmöglichkeit, Gerasimow zu treffen, ihn veranlaßt habe, seinen nominellen Nachfolger und tatsächlichen Leutnant in der Odra-Karpois zu töten.

Vor seiner Rückkehr nach Rußland aber hat Petrow der Partei ein Bekenntnis übergeben, das den Kameraden zurief:

„Niemals, unter keinem Vorwand, keinem Zweck zu Liebe, soll man in Beziehungen zur Geheimpolizei treten. Ein solcher Akt ist niemals zu rechtfertigen. Der kleinste Schritt in dieser Richtung sät der Partei ungeheures Uebel zu, und nichts als ein Uebel. Es widerspricht den Traditionen der Partei und ist eines Mitglieds der sozialrevolutionären Partei unwürdig... Ich beschwöre Euch, Kameraden, im Namen dessen, was Euch heilig und teuer ist, laßt in Eurem Leben nichts geschehen, was dem analog wäre, was ich mir in meiner Verblendung erlaubt habe, da ich irrlich hoffte, meinen Zielen dienen zu können. Tuet es nicht und glaubt nicht an die Möglichkeit, der Partei nützlich sein zu können, wenn Ihr mit der Polizei in Verbindung tretet. Besser wäre es, Euch in dem Augenblick, wo Ihr daran denkt, zu töten. Verzichtet darauf oder tötet Euch sofort selbst! Denn es könnte geschehen, daß der Tod selbst ohnmächtig wäre, Euch von diesem Irrtum zu befreien, daß er nichts verzeihen könnte und keine Sühne Eurer Verfehlung wäre.“

## Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

(Schluß aus der 5. Beilage.)

Silberstein-Rixdorf: Ich möchte für den kleinen Hausbau eintreten und diesen Bausus nicht auscheiden wie Genosse Eberle. Ich begreife gar nicht, wie man sich gegen diese hygienisch notwendige Einrichtung sträuben kann. Die Baugenossenschaftshäuser in Hamburg lenne ich nicht, die der Baugenossenschaft „Ideal“ in Rixdorf sind mit allem Komfort ausgestattet, aber eine Lösung der Wohnungsfrage wird auf diesem Wege nicht erreicht; (Sehr richtig!) sie bieten wohl etwas mehr Komfort als die Mietkasernen, aber der Typ der Mietkasernen mit allen Schäden des engen Zusammenwohnens, welche die Hygiene feststellt, bleibt in ihnen erhalten. Diese können erst durch den Kleinhäusbau beseitigt werden, durch den der ganze Städtebau revolutioniert werden muß.

Weiter will ich auf die Frage eingehen, die der Vorredner zum Schluß gestreift hat. Das Wort „freie Argiwahl“ erregt, wie es scheint, in unseren Kreisen stets Bedenken, und das ist nicht verwunderlich, weil man dabei sofort an Herrn Rudan denkt. Wie sehr man sich aber auch dagegen wenden kann, daß den Krankenlassen die freie Argiwahl aufgezwungen wird, so sehr muß man sie doch bei den Armenkranken verlangen. Die Krankenkranken können sich bei ihrem Vorstand beschweren, die

Kranken haben keinen Ort zur Beschwerde, für sie kann man diesen Punkt sehr wohl ins Programm hineinnehmen.

Was die Steuerfragen betrifft, so ist zu begrüßen, daß über die Umsatz- und Gewerbesteuer eine gewisse Klarheit in das Programm hineingetragen wird. Bisher waren die Genossen hierüber oft verschiedener Meinung; so haben die Berliner Genossen gegen die Umsatzsteuer gestimmt, die Mitglieder dafür. Nun ist gesagt worden, die Umsatzsteuer sei unter allen Umständen zu vermeiden. Wir können sie aber in einer Reihe von Gemeinden nicht vermeiden, weil dort der Wertzuwachs noch gar nicht oder nur ganz gering besteuert ist. So schimm, wie man es macht, steht es mit der Umsatzsteuer übrigens nicht. Durch sie allein können die Mieten nicht erhöht werden. Aber wir wollen ja immer auf die Wertzuwachssteuer hinstreben, und durch sie die Umsatzsteuer unnötig machen. Ueber die Gewerbesteuer stand früher nichts im Programm. Jetzt soll sie bei den Gewerbebetrieben nicht erhoben werden, deren Inhaber ihr Geld durch ihre Hände Arbeit verdienen, während sie die großen und mittleren Betriebe treffen soll. Mit Recht weisen die kleinen Gemeinden darauf hin, daß sie sie nicht entbehren können. Die gewählte Fassung ist meiner Meinung nach sehr wohl annehmbar.

Nach ein Wort zu den „mächtigen Leberchüssen“. Bei Kanalisationseinrichtungen, Badewesen und ähnlichem sollen natürlich keine Leberchüsse erzielt werden, aber Gas- und Elektrizitätswerke können sehr wohl mächtige Leberchüsse bringen, diese Einrichtungen dienen ja auch weniger den Angehörigen des Proletariats, als denen der besser situierten Klassen, z. B. die Elektrizitätswerke. Selbst wenn es technisch möglich wäre, daß diese Einrichtungen keine Leberchüsse bringen, so müßten die Kosten für sie doch auf die Allgemeinheit abgewälzt werden und würden so auch wieder den Arbeiter treffen. Die meisten Redner haben sich so ausgesprochen, daß es doch scheint, als ob dieser Programmentwurf wenigstens im allgemeinen den Anforderungen entspricht, die an ein Kommunalprogramm gestellt werden können, und ich glaube, es wird sich wohl ermöglichen lassen, ihn ohne Kommissionsberatung zuzustimmen.

**Thiele-Halle:** Eine Debatte, wie sie heute geführt worden ist, wäre noch vor 10 Jahren undenkbar gewesen. Das ist ein erfreulicher Beweis dafür, wie innerhalb des letzten Jahrzehnts unsere Parteigenossen auch in den Gemeindevertretungen großen Eingang gefunden und sich auch um die Verhältnisse gekümmert haben.

Vollständig einverstanden bin ich mit dem Vorschlag der Kommission, daß die Gemeinden berechtigt sein sollen, kommunale Zuschläge zur Ergänzungssteuer zu erheben. Ich halte diese Steuer für ziemlich ertragreich. Sehr notwendig wäre es, wenn wir von der Regierung einmal eine authentische Interpretation über verschiedene Bestimmungen der Städteordnung erhalten würden. Ich hätte gewünscht, daß der Entwurf eine Bemerkung über das Anleihenwesen enthielte. Die städtischen, aber auch manche Landgemeinden erfinden nachgerade an der Schuldenmenge, die sie verzinzen und amortisieren müssen. Wie werden bei der Verzinslichkeit der Verhältnisse und der Tatsache, daß das vergangene Geschäft sehr viele Aufgaben der kommunalen Verwaltung nicht erfüllt hat, die wir jetzt nachholen müssen, nicht ohne Anleihen auskommen können, aber es liegt im Interesse einer gesunden Kommunalpolitik, daß nur dort, wo es absolut notwendig ist, Anleihen aufgenommen werden, vor allem nur da, wo die Gelder zu gewerblichen Anstalten (Elektrizitätswerken usw.) verwendet werden sollen, die sich wieder verzinsen.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß der Minister des Innern eine Verfügung an die städtischen Sparkassen erlassen hat, von der ich gar nicht weiß, ob sie gesetzlich zulässig ist. Er hat verfügt, daß ein gewisser Prozentsatz der Einlagen in einer Sparkasse in Staatspapieren angelegt werden muß. Ich glaube 15 Proz., nur dann bekommen die Sparkassen gewisse Privilegien über die Verwendung der Leberchüsse. Man sucht vergebens zu ergründen, woher der Minister das Recht hat, einer städtischen Sparkasse eine solche Verfügung zu machen. Diese Frage könnte im Landtag angeschnitten werden.

Vollständig einverstanden bin ich mit dem, was namentlich von Singer in bezug auf die Verordnung der Leberchüsse ausgeführt ist. Die Ausdrücke „Erhebung von Gebühren zur Verunreinigung“ sind direkt unglücklich und mißverständlich. Fordern wir einfach, was wir längst getan haben: Übernahme gewisser Betriebe in städtische Verwaltung und geeignete Verwendung der Leberchüsse. Welche Gefahr laufen wir denn dabei? Entweder, daß die Stadt, wenn sie Leberchüsse hat, die Preise zu hoch schrauben kann? Die Abnehmer der städtischen Werke sind doch in erster Linie die besitzenden Klassen, und die werden sich im Preise nicht zu hoch schrauben lassen. Aber ohne diese Leberchüsse müßten die meisten Städte 30 Proz. Einkommensteuer mehr erheben.

In bezug auf die Wertzuwachssteuer möchte ich auf eins hinweisen: Manche Städte, wie auch Halle, haben eine ganz hübsche Wertzuwachssteuer erhoben mit einem Prozentsatz der Progression bis zu 25 Proz. des Wertes. Aber dann kommt auf einmal eine Bestimmung, daß, wenn seit dem letzten Erwerb 10 oder mehr Jahre vergangen sind, der Prozentsatz um ein Drittel ermäßigt wird. Wo wir können, müssen wir dafür sorgen, daß diese Klausel wegfällt. Die „kommunale Praxis“ sowie das Jahrbuch der Genossen Lindemann und Sadekmann sind ja vorzüglich. Auch die „Gewerkschaft“ bringt viele Einzelheiten, aber ein u m f a s s e n d e s Werk über die kommunalen Verhältnisse haben wir noch nicht, namentlich nicht über die Verhältnisse der Landgemeinden. Ich beantrage daher:

„Der Parteitag beschließt die Einsetzung einer siebenmitgliedigen Kommission, die über die kommunalen Verhältnisse in den preussischen Stadt- und Landgemeinden methodische und umfassende Untersuchungen anstellt und dem nächsten preussischen Parteitag Bericht zu erstatten hat.“

Namentlich in vielen Landgemeinden herrschen noch wunderbar idyllische Zustände, die eine unerschöpfliche Fundgrube sind für die Kultur von heute. (Bravo!)

**Bartels-Köln:** Genosse Singer hat den Kölner Antrag damit abschließen zu müssen geglaubt, daß er sagt: wenn wir in der Lage wären, das zu verwirklichen, was er verlangt, so hätten wir schon den sozialistischen Zukunftsstaat. Bei aller Hochachtung vor dem Genossen Singer als Kommunalpolitiker glaube ich doch, daß er hier schwarz in schwarz gemalt hat. Wir haben doch heute schon eine ganze Anzahl Gemeinden, wo der Einfluß unserer Vertreter ein recht erheblicher ist, und wir streben danach, einen immer größeren Einfluß zu bekommen. Gerade in Köln haben wir heute so unter der Wodenspekulation zu leiden wie vielleicht keine zweite Stadt. Daher kam es uns vor allem darauf an, dieser Grund- und Wodenspekulation zu Leibe zu gehen.

Genosse Dirsch hat sich gegen unseren Antrag auf Aufnahme der Forderung des Unterrichts in der Rechtspflege in den Fortbildungsschulen gewandt, weil dadurch das Programm zu vielseitig werden würde. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir heute in Preußen annähernd 40 000 Kinder in der Fürsorgeerziehung haben. Die Arbeitersekretäre, die täglich ungezählte Tränen sehen, die die Eltern geweint haben, wenn man ihnen die Kinder bis zum 21. Lebensjahre entzieht, werden von der Leberzeugung durchdrungen sein, daß es nur an der ungenügenden Auffklärung der Jugend über das Strafgesetzbuch, an ihrer mangelhaften Rechtskenntnis liegt, wenn sie in die Wägen der Fürsorgeerziehung hineinkommen und als Fürsorgeerzogene für das ganze Leben gebrandmarkt sind. Wo so viel im Programm steht, sollte es auf die drei Worte nicht ankommen.

Die Speisung ungenügend ernährter Schullinder haben wir heute in Köln. Aber wie wird es da gemacht? Da wird gefastet, da werden Erhebungen angestellt: Wer ist ungenügend ernährt? Waschen Sie doch ganze Arbeit und sagen Sie Schulspeisung. Wer es dann nicht in Anspruch nehmen will, der läßt es eben!

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag 9 Uhr vertagt. **Schluss 7 Uhr.**

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Januar 1910

### Das schöne Cossinrot.

Die Zuschriften aus landwirtschaftlichen Kreisen mehren sich, in denen die Briefschreiber auf Grund eigener Erfahrungen sich in schärfster Weise gegen die Cossinfärbung der Futtermittel aussprechen. So veröffentlicht die „Berl. Morgenztg.“ eine Zuschrift aus Döhlen, 30 II., Bezirk Hamburg, in der es heißt:

„Auch ich fühle mich veranlaßt, die Erfahrungen mitzutheilen, die ich mit der Fütterung von einjährig-jährigen Gerste gemacht habe. Vor circa drei Wochen fütterte ich zuerst mit der gefärbten Gerste. Gleich darauf merkte ich, daß mein ganzer Viehbestand die Fresslust verlor. Anfangs wußte ich nicht, worauf das zurückzuführen sei, da die Schweine die Gerste sonst am liebsten fressen. Sie nahmen täglich ab, bis schließlich am neunten Tage drei Schweine aus einem Stall von neun Tieren verstarben; am nächsten Tage wieder eins, und an dem darauffolgenden Tage eins aus einem anderen Stall, am nächsten Tage wieder eins. Darauf ließ ich durch einen Schäfer das Tier unteruchen. Sein Gutes ging dahin, daß zu viel von der Fressgerste gefressen worden sei. Beweis: Magen und Darm waren übermäßig gerötet; auch verbreiterten sich daraus starke saure Dünste.“

Zu bemerken ist noch, daß Leber und Lungen ganz gesund waren. Sämtliche Schweine, die mir eingingen, waren vier bis fünf Monate alt. Von nun an fütterte ich Roggenstroh, und nach Empfang der zweiten halbjährigen Schweine wieder hergestell. Sollte es keine andere Gerste wieder geben, so muß ich mich auf anderes Futter beschränken, da ich fest davon überzeugt bin, daß die gefärbte Gerste daran die Schuld trägt. Noch zu bemerken ist, daß ich seit mehreren Jahren keinen Todesfall unter meinem Viehstand hatte. Wer bezahlt mir den Schaden, den ich auf 300 R. schätzen darf? Es werden in unserer Ortschaft 6000 bis 7000 Schweine gemästet, und alle Schweinezüchter klagen über das Cossin.“

Der Wund der Landwirte hat durch seine Anfeindung der billigen russischen Futtermittel den kleinen Viehhältern und Viehhältern in Schleswig-Holstein, Lauenburg, Hannover, Oldenburg usw. eine recht nützliche Suppe eingebracht. Vielleicht erkennt nun doch mancher dieser Mitläufer der Wandler, wie die im Wunde der Landwirte herrschenden agrarischen Elemente die Interessen der Viehzucht treibenden Bauern wahrnehmen.

### Kapitalistische Sorgen.

Die Handelskammer Essen verendet an die ihr getreuen Zeitungen einen Abdruck des Jahresberichtes. In diesem heißt es:

„Bereits seit geraumer Zeit verfolgt unsere Gesetzgebung eine Richtung, die mit einer gedeihlichen Weiterentwicklung unserer Gewerbetätigkeit unvereinbar erscheint. Die Fragen, welche Industrie, Gewerbe und Handel angehen, werden, insbesondere im Reichstage, in einer Weise behandelt, die deutlich erkennen läßt, daß es dieser Körperschaft an Mitgliedern mangelt, die mit dem praktischen Geschäftselben vertraut und in der Lage sind, die verhängnisvolle Tragweite vieler ihrer Beschlüsse für die Geschäftstätigkeit in vollem Umfange zu erkennen, ganz zu geschweigen von Parteivorstellungen, die in rückwärtsloser Vertretung einseitiger Interessen keinen Anstand nehmen, unseren Erwerbsleuten in Gewerbe, Handel und Industrie schwere Wunden zu schlagen. Leider haben auch die Regierungen, selbst in Fällen, in denen die bessere Einsicht bei ihnen vorhanden war, gegenüber derartigen Beschlüssen des Reichstages — wie der Parlamente überhaupt — nicht immer die erforderliche Festigkeit gezeigt. Aus diesen Verhältnissen heraus hat sich in den Kreisen von Industrie, Gewerbe und Handel allmählich eine schwere Mißstimmung entwickelt, die angeht die Art und Weise, wie schließlich im Reichstage die Erledigung der Finanzreform erfolgte, einen Höhepunkt erreichte, was dazu führte, daß am 12. Juni des Berichtsjahres in Berlin eine große Protestkundgebung veranstaltet wurde, an der etwa 6000 Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie aus allen Teilen des Reiches teilnahmen.“

Die Scharfmacher gefallen sich besamtlich seit einiger Zeit darin, die alberne Mär von der Gefährdung der Industrie durch das Galopp tempo in der Sozialpolitik möglichst aufzubauschen. Und das zu einer Zeit, wo die parlamentarische Erörterung der Frage des Anbelohnungs nachweislich aller Welt offen gezeigt hat, wie innig und warm das Verhältnis der Minister zur Großindustrie im Tessen Deutschlands ist.

Bezeichnenderweise wird bei der Schilderung des Wirkens des Hansabundes zugleich der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß dieser Bund den Agrariern feindlich gesinnt werden könnte! Der Jahresbericht der Essener Handelskammer wünscht lieber gar keinen Hansabund, als einen solchen mit Tendenzen gegen die Agrarier:

„Wären diese Besorgnisse gerechtfertigt, so würde u. E. die Gründung des Hansabundes ihren Zweck vollständig verfehlen und besser unterblieben sein. Wollen die im Hansabund vertretenen Kreise sich und dem Ganzen nähern, so werden sie stets im Auge behalten müssen, daß neben der gewerblichen Tätigkeit die landwirtschaftliche steht und stehen muß, und daß in letzter Linie das Wohlergehen des Ganzen nur gesichert ist, wenn alle Teile gedeihen. Damit ist auch das Ziel des Hansabundes gegeben. Nicht darum kann es sich handeln, die Landwirtschaft an die Wand zu drücken, sondern lediglich darum, gegenüber den landwirtschaftlichen Interessen und Ansprüchen auch den gewerblichen Interessen, den Interessen von Handel, Gewerbe und Industrie zu ihrem Rechte zu verhelfen, ihnen dazu zu verhelfen, daß sie in den Parlamenten und bei der Regierung die gebührende Würdigung und Berücksichtigung finden. Von den wirtschaftlichen Vertretungen unseres gewerblichen und industriellen Bestandes wird man nicht befürchten dürfen, daß sie den Wodens unserer bewährten Wirtschaftspolitik verlassen und eine einseitige Politik zum Schaden der Landwirtschaft treiben wollen.“

„Handel, Gewerbe und Industrie“, „Industrie, Gewerbe, Handel“, in diesen Beziehungen für die verschiedenen Kapitalistengruppen erschöpft sich die „Fürsorge“-Tätigkeit der Handelskammer-Berichtsersteller. An die Arbeiter sind die Kapitalisten sehr ungern erinnert. Leben und leben lassen, soll die Parole im Hansabund sein, das heißt für „Handel, Gewerbe und Industrie“ in Verbindung mit der „Landwirtschaft“. Allen soll gekostet werden, aus der Haut der Konsumenten Riemen zu schneiden. Um das noch mehr wie bisher zu ermöglichen, muß Eintracht unter den Kapitalisten und Ausbeutern sein. Außerdem müssen die Kartelle ausgebaut werden:

„Je mehr nun aber die unserer Gewerbetätigkeit auferlegten Lasten wachsen, und je größer die im internationalen Konkurrenzkampf zu überwindenden Schwierigkeiten werden, desto stärker wird unserer Ueberzeugung nach auch der Kartellierungs-gedanke Wurzel fassen müssen. Hier die richtigen Wege und die richtigen Formen zu finden, wird Sache unserer Gewerbetätigkeit selbst sein, und wir möchten der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß angeht die schwereren Aufgaben, die es zu lösen gilt, und der harten Konkurrenzkämpfe, die es bevorstehen, die Schwierigkeiten, welche einem Stagnationszustand und einem engeren Zusammenschluß hier und da im Wege stehen, überwunden werden müssen und in absehbarer Zeit überwunden sein werden.“

Hoch die Solidarität aller Ausbeuter! Hoffentlich ziehen auch die Arbeiter ihre Lehre aus der Sache. Und die kann nur sein: Engster Zusammenschluß aller Arbeiter in ihrer Klasse, in der Partei der Sozialdemokratie, in den freien Gewerkschaften und in den Genossenschaften.

### Die deutschfeindlichen Visitenkarten.

Mit welchen Mitteln die Rannemann-Interessenten die Hege gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes betreiben, darüber eine kleine Probe. Dem Staatssekretär wird vorgeworfen, daß er Karten führe mit dem in lateinischen Lettern hergestellten Ausdruck Baron de Schoen und daß er eine solche Karte sogar einem Reichstagsabgeordneten geschickt habe. Man erblickt darin einen Beweis der franzosenfreundlichen Gesinnung des Staatssekretärs. In einer langen Zuschrift an verschiedene Zeitungen wird nun festgestellt, daß der Staatssekretär auch Visitenkarten in deutscher Schrift habe, daß er aber der französischen im Austausch mit der Diplomatie nicht entbehren könne.

### Die Beamtenmaßregelungen in Kattowitz.

Die Maßregelungen von Beamten in Kattowitz dauern fort. Nachdem der preussische Justizminister den ihm unterstellten Beamten eine scharfe Klage erteilt hat und eine Anzahl Lehrer und Eisenbahner strafverurteilt worden sind, ist nunmehr auch die Postverwaltung auf dem Plan erschienen. Ein Postunterbeamter, die bei der Stadtverordnetenwahl für die polnischen Kandidaten gestimmt haben, ist die Mitteilung gemacht worden, daß sie ab 1. Februar versetzt werden. Selbst die Verwaltung der Reichsbank beteiligt sich an diesem unerhörten Treiben. Sie hat einen Kassendirektor von Kattowitz nach Posen i. V. versetzt.

Offenbar sind die maßgebenden Stellen bestrebt, möglichst reinen Tisch zu machen, ehe der Reichstag wieder zusammentritt. Das sind Zustände, die sich von russischen in nichts unterscheiden. Man versteht, weshalb bestimmte Stellen so sehr für die Weibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe schwärmen. Der Reichstag wird über dieses System zu reden haben. Leider kann aber die Vertretung des deutschen Volkes an eine Interpellation weder Anträge knüpfen noch Beschlüsse fassen, und so werden die Herren Staatssekretäre die Kritik in aller Gemütsruhe anhören. Die machen doch, was sie wollen. Das Zentrum schickt als Redner den Grafen Lippendorf vor, der den Herren an Regierungssitz nicht allzu wehe tun dürfte. Die Polen leisten sich ihren Korfanth, der gewiß kein Blatt vor den Mund nehmen wird. Doch schließlich tritt nach einigen Stunden die Vertagung ein, die Fortsetzung der Debatte kommt nicht mehr auf die Tagesordnung und das System bleibt das alte.

### Das Programm der Demokratischen Vereinigung.

Das von Herrn Dr. Rudolf Breitscheid herausgegebene Wochenblatt „Das freie Volk“ veröffentlicht das von den Herren Kaufhäuser, Gaebele, v. Gerlach, Lindemann und Frau Vinna Cauer ausgearbeitete Programm der Demokratischen Vereinigung, das dem nächsten Delegiertentag, der im Frühling in Köln stattfindet, vorgelegt werden soll. Wie das Blatt in der Einleitung bemerkt, hat die Kommission es für besser gehalten, nicht ein detailliertes Programm aufzustellen, sondern gewissermaßen al fresco zu malen und nur die wesentlichsten Grundforderungen herauszuarbeiten. Demnach ist das Programm auch ziemlich summarisch gehalten. Es fordert politisches Selbstbestimmungsrecht des Volkes, allgemeine, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle Vertretungskörper, Wegfall aller Sonderprivilegien nach Art der Liebesgaben, Freihandel, Gewerbefreiheit, Ausbau der Sozialpolitik, Koalitionsfreiheit, progressive direkte Reichssteuern, Volksherr, Trennung von Kirche und Staat.

Die beiden wichtigsten Paragraphen lauten:

§ 2. Voraussetzung der Demokratie ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper. Gleiches Wahlrecht erheischt die Einteilung aller Wahlkreise lediglich nach der Bevölkerungsziffer. Die Rechte der Winderheben sind durch die Verhältniswahl zu sichern, alle Staatsbürgerrechte gebühren allen erwachsenen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in vollem Umfange. Ausnahmsmaßregeln der Verwaltung sind ebenso zu verwerfen wie Ausnahmsgesetze.

§ 6. Die Demokratische Vereinigung fordert eine Fortentwicklung unserer Wirtschaftsordnung mit dem Ziel, der Arbeit in jeder Gestalt einen immer höheren Anteil an dem Produktionsertrage zu sichern. Die kapitalistische Wirtschaftsweise bedarf notwendig der Ergänzung durch die Sozialpolitik. Voraussetzung jeder gesunden Sozialpolitik sind Koalitionsfreiheit und Anerkennung der Berufsvereine. Durch die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes sowie konstitutionelles Fabrikarbitrat ist das Recht der Persönlichkeit im Wirtschaftsbetriebe sicher zu stellen. Gesetzlicher Höchsttarif, weitgehende Arbeiterschutz und eine zweckmäßige, auf Selbstverwaltung beruhende Versicherungs-gesetzgebung sind ebenso im Interesse der Arbeiter wie der Produktion zu fordern. Die Sozialpolitik muß, danach streben, jedem Staatsangehörigen ein Existenzminimum zu sichern.

Das ist das Programm der entschiedenen bürgerlichen Demokratie. Aber Programme sind oft nur leere Prunkstücke. Es kommt darauf an, wie die Demokratische Vereinigung ihr eigenes Programm aufstellt und welche Macht sie zu dessen Durchführung zu sammeln vermag.

### Der Kandidatenstreit in Eisenach.

Rationalliberale und Freisinnige befinden sich im Eisenacher-Demokratischen Wahlkreis in offener Fehde. Dem „Berl. Tageblatt“ wird dazu aus Eisenach geschrieben:

„Die Rationalliberalen hatten in der Weihnachtswoche dem freisinnigen Parteivorstand den Schulknecht und Landwirt Krug als ihren Kandidaten vorgeschlagen. Dieser erklärte bei seiner Anwesenheit in Eisenach, daß er dem Bund der Landwirte aus wirtschaftlichen Gründen angehöre, politisch stehe er aber auf liberalem Standpunkt. Der freisinnige Auswärtig gab schließlich nach längerem Bedenken, vorbehaltlich der Zustimmung des freisinnigen Vereins sein Einverständnis mit der Nominierung Krugs zu erkennen. Die freisinnige Wählerversammlung aber lehnte mit aller Entschiedenheit die Kandidatur Krugs ab, da es ausgeschlossen sei, daß die freisinnige Partei ein eingeschriebenes Mitglied des Bundes der Landwirte unterstehen könne. Rummel wird demnach auch ein freisinniger Kandidat auf dem Plan erscheinen.“

Die Haltung der Freisinnigen ist vielversprechend. Ihre Leitung war also geneigt, den agrarischen Kandidaten zu unterstützen, und zwar soll ihnen diesen Rat der freisinnige „Staatsmann“ Abgeordneter Müller-Meinungen gegeben.

### Die Reichsversicherungsordnung.

Allem Anschein nach sind auch im Bundesrat Unstimmigkeiten in bezug auf die Reichsversicherungsordnung vorhanden. Wenigstens deutet eine anscheinend offiziös inspirierte Notiz der Scharfpreise darauf hin. Dort heißt es, nachdem das Vorhandensein von Differenzen angedeutet ist:

„Doch scheint im allgemeinen auch bei denjenigen Einzelregierungen, die in bezug auf grundlegende Fragen der Reichsversicherungsordnung einen anderen Standpunkt einnehmen, als der vorläufige Entwurf tut, das Bestreben vorzuwalten, mit dem Widerspruch tunlichst zurückzuhalten. Eine Erklärung hierfür ist nicht schwer zu finden. Geseht den Frau, Wapern, Wiettemberg oder Baden oder je zwei von ihnen widerstrebten bestimmten

integrierenden Bestandteilen der zukünftigen Reichsversicherungsordnung, wie diese vom Reichsamt des Innern gedacht ist, hätten aber im gegenwärtigen Stadium der Beratung im Bundesrat schwache oder keine Aussicht, mit ihren Änderungsanträgen durchzugehen, so könnte für sie sehr wohl die Frage kommen, ob sie ihren Zweck und ihr Ziel leichter erreichen, wenn sie sich beiseite, bis der sogenannte „definitive“ Entwurf im Reichstoge liegt, oder wenn sie sich jetzt überstimmen lassen. Die Absicht der Reichsverwaltung geht vor wie nach dahin, die Reichsversicherungsordnung möglichst bald vor den Reichstog zu bringen. Mit der Vertreibung der definitiven Feststellung des Entwurfs im Bundesrat sind aber ohne Frage die schwierigen Entwicklungsphasen dieses großen gesetzgeberischen Planes nicht etwa abgeschlossen.

### Die Beschlagnahme russischer Staatsdepots.

Wie bereits gemeldet, sind bei dem Banthause *Nedelsohn* in Berlin russische Staatsdepots in Höhe von vier Millionen Rubel von einem deutschen Gericht beschlagnahmt worden. Die russische Regierung hat gegen diese Maßregel als angeblich dem Völkerrecht widersprechend protestiert, und Herr v. Schoen hat sich bereit, gegen diese Maßnahme den Kompetenzkonflikt zu erheben. Ob die Erhebung des Konfliktes, nachdem einmal ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist, überhaupt zulässig ist, dünkt uns mehr als zweifelhaft.

### Militärische Disziplinbegriffe.

Im Mai vorigen Jahres erhielt der Reservist *Ulbricht* vom Bezirkskommando Dresden den Befehl, sich am 20. Juni zu einer vierstündigen Übung beim 28. Artillerieregiment einzufinden. In der Zwischenzeit wurde der Mann infolge eines chronischen Magenkatarrhs bettlägerig und war deshalb nicht in der Lage, sich am vorgeschriebenen Tage bei seinem Truppenteil zur Ableistung der Übung zu stellen. Seine mitleidigen finanziellen Verhältnisse gestatteten ihm nicht, sich ein ärztliches Zeugnis zwecks Befreiung von der Übung ausstellen zu lassen. Durch das Ausbleiben u. s. w. sah sich das Bezirkskommando genötigt, den Befehl zum Eintreffen zu wiederholen. Nachdem der kranke Mann diesen Befehl wieder unbesorgt gelassen hatte, wurde er eines Tages aus seiner Wohnung abgeholt und nach dem Bezirkskommando gebracht. *Ulbricht* war schon ein Jahr zuvor wegen seines Magenleidens für unbrauchbar erklärt worden. Bei der nach der Abholung erfolgten Untersuchung stellte der Arzt ebenfalls die Unbrauchbarkeit fest. Der Arzt erklärte aber, daß *U.* trotzdem in der Lage gewesen sei, sich rechtzeitig zu stellen!

Alsobald wurde ein Strafverfahren gegen den kranken Mann eingeleitet! Wegen unerlaubter Entfernung und Ungehorsams wurde er unter Anklage gestellt! Vor dem Obergericht in Dresden, welches sich mit der Angelegenheit beschäftigte, gab der Angeklagte an, daß ihm sein Zustand nicht erlaubt habe, sich zur Übung zu stellen. Er sei bettlägerig gewesen. Wegen seiner Unbrauchbarkeit habe er geglaubt, den Befehl nicht befolgen zu brauchen. Von ärztlichen Sachverständigen wurde auch vor Gericht die Unbrauchbarkeit des Mannes behauptet. Sie sprachen sich aber dahin aus, daß sich der Angeklagte sehr wohl stellen konnte!

Das Gericht erkannte auf die exorbitante Strafe von — vier Wochen mittleren Arrest!!

Der Angeklagte hätte, so heißt es im Urteil, den Befehl unter allen Umständen insofern befolgen müssen, daß er sich dem Bezirkskommando stellte; dort wäre er dann von der Übung befreit worden. Mit Rücksicht auf die „Disziplinlosigkeit“ sei eine empfindliche Strafe am Platze.

Verurteilt waren — drei Monate Gefängnis! —

### Oesterreich-Ungarn.

#### Die ewige Krise.

Aus *Wien* wird uns vom 31. Dezember geschrieben: Vor neun Monaten hat das ungarische Ministerium demissioniert und das Jahr geht vorüber, ohne daß die Krise gelöst wäre! Während dieser ganzen Zeit ist natürlich die parlamentarische Arbeit unterbrochen gewesen und Ungarn ist wieder, wie es in dem barbarischen *Köchenlatein* heißt, in den Zustand des *Ex-leg* geraten; es entbehrt jeglicher gesetzgeberischer Vorkehrung über das Budget und so können Steuern fortan nicht eingehoben werden. Uebrigens wirkt die ungarische Krise auch auf den gemeinsamen Haushalt zurück; es konnten die Delegationen nicht einberufen werden und so gibt es kein gemeinsames Budget dieses arbeitend nur noch mit Vorschüssen, die ihm die beiden Regierungen liefern, wobei von Ungarn übrigens Schwierigkeiten zu gewärtigen sind. Kurz, das parlamentarische Elend ist wieder einmal vollendet, und es ist gar nicht abzusehen, wann die ewige ungarische Krise und wie sie gelöst werden soll.

Der letzte Versuch, der gescheitert ist, der mit dem ehemaligen Finanzminister *Lulacs*, der vorige Woche zum Ministerpräsidenten „designiert“ worden ist. Er hat die Verhandlungen mit dem linken Flügel der Unabhängigen angefangen und wollte zum Stützpunkt seiner Regierung die unter Führung des ehemaligen Reichstagspräsidenten *Juszt* stehende Partei machen, die heute den eigentlichen Kern der Unabhängigkeitsbewegung darstellt. Das war vorweg ein unglückliches Problem. Denn Herr v. *Juszt* hat seine Partei auf die selbständige Bank förmlich eingeweiht und aus seiner Agitation für die Wanktremung ist die ganze lange Krise entstanden, die zum Schluß auch die Unabhängigkeitspartei selbst gesprengt hat: weil *Kossuth* jene intransigente Wankpolitik, die angeht die entscheidende Ablehnung durch die Krone keine Aussicht auf Verwirklichung hatte, nicht mitmachen wollte, sich vielmehr dem Standpunkte der Krone anpassen suchte. Von dem, was die Krone will, ist der Standpunkt *Juszt*s der entfernteste Gegenpol; und gerade den hat sich Herr v. *Lulacs* zur Grundlage seiner Regierung erwählen wollen! Es wäre also eine große Ueberraschung geworden, wenn die Aktion Erfolg gehabt hätte; sie ist aber auch gründlich gescheitert. Herr v. *Juszt* ist gestern nach *Wien* zur Audienz beschieden worden, in welcher, damit der Plan gelinge, entweder er den Kaiser, oder der Kaiser ihn hätte befehlen müssen; also daß sich entweder die Krone für die Wanktremung, oder Herr v. *Juszt* für die Wankgemeinschaft hätte entscheiden müssen. Keines von beiden ist geschehen, und so sind die Verhandlungen mit *Juszt* sogleich abgebrochen worden. Da nun Herr v. *Lulacs* bei den ehemaligen Koalitionsparteien (Bedecke und *Kossuth*) auf ein Entgegenkommen nicht rechnen kann, und auch ihnen die Konzeptionen nicht bringt, die sie begehren, nämlich militärisch-nationale, so wird es mit seiner Mission bald zu Ende sein. Der Rest wird dann *Ahnen-Hedervary* heißen. Dieser ehemalige Banus von Kroatien steht immer zur Verfügung, und so wird er wahrscheinlich beauftragt werden, ein provisorisches Ministerium aus Beamten zusammenzusetzen, das notwendig die Geschäfte versehen könnte. Mehr als das wird es auch nicht können, insbesondere ist an Erfolge im Parlament nicht zu denken. Das ungarische Abgeordnetenhaus ist reif für die Auflösung.

### Frankreich.

#### Clemenceaus Abgabe an die Radikalen.

*Paris*, 31. Dezember. (Eig. Ber.) Clemenceau hat in einem Brief an den Präsidenten des Exekutivkomitees der radikalen und radikalsozialistischen Partei seinen Austritt aus dieser

Partei angemeldet. Das ist sicher eine Demonstration, aber keine Begebenheit von politischer Bedeutung. Denn tatsächlich war Clemenceau schon längst mit den Radikalen zerfallen und während seiner Regierungszeit hatte er dauernd die Opposition ihres linken Flügels gegen sich. Die unverhüllte Verehrung, womit ihn schließlich die ganze Linke abschüttelte, mag in dem nachsichtigen Greis das Bedürfnis erweckt haben, ihr einen Streich zu spielen. In seinem Unglück reichen aber seine Mittel nicht mehr dazu hin. Der Anlaß von Clemenceaus Austritt lieferte die — übrigens erfolglos gebliebene — Aufforderung des radikalen Parteivorstandes, in der Stichwahl für den Gemeinderat von *Toulon*, wo sich eine sozialistische und eine von den Radikalen protegierte „republikanisch-wirtschaftliche“ Liste gegenüberstanden, für die republikanischen Kandidaten, das heißt für die Sozialisten zu stimmen. Man sieht, Clemenceau will seinem Regierungsprogramm der bürgerlichen Koalition gegen den Umsturz treu bleiben. In seinem Vorgehen liegt aber auch die Tendenz, gegen seinen alten Rivalen *Combes* zu demonstrieren. *Combes* hat unlängst — übrigens ohne irgend eine Wirkung zu erzielen — Genossen *Jaurès* einen neuen Bund mit einem sozial-reformerischen Programm vorgeschlagen. Als Entgelt forderte er die Preisgabe des Proporz. In der Feindschaft gegen die Verhältniswahl trifft wohl Clemenceau mit ihm zusammen, aber seine Politik ist die, nicht den Proporz mit Hilfe der Sozialisten, sondern den Proporz missamt den Sozialisten durch eine Konzentration der von kapitalistischen Interessen beherrschten Parteien umzubringen. Aber der eine wird so wenig wie der andere reuieren. Clemenceau macht seine Person, *Combes* seine Politik bei der radikalen Bourgeoisie unmöglich. Clemenceaus Brief aber bleibt ein interessantes Dokument des Schicksals des bürgerlichen Radikalismus, der in seinem begabtesten Vertreter den Weg von der Gerechtigkeitsideologie und Sozialkritik der „Justice“ zum Radikalismus der Geldsachinteressen durchgemessen hat.

### Rußland.

#### Von der Pressefreiheit.

*Petersburg*, 2. Januar. Der ehemalige Redakteur der Zeitung „*Strana*“, Professor *Magim Kowalewitsch*, gegenwärtig Mitglied des Reichsrats, ist vom Bezirksgericht ohne Teilnahme von Geschworenen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil das Blatt eine Reihe von Artikeln, in denen eine Beleidigung des Militärs erbildet wurde sowie angeblich falsche Mitteilungen über die Tätigkeit der Regierung gebracht hatte.

### Türkei.

#### Die Kretafrage.

*Konstantinopel*, 2. Januar. Infolge der Meldungen, daß die neue kretensische Regierung dem hellenischen König den Treueid geleistet habe, bereitet die Porte ein Memorandum an die kretensischen Schutzmächte vor, in welchem die Abjurgation der jetzigen kretensischen Regierung gefordert werden soll, andernfalls die türkische Regierung genötigt sein würde, ihre Souveränitätsrechte auf Kreta nach eigenem Ermessen zur Geltung zu bringen.

### Amerika.

#### Gegen den Stahltrust.

*Washington*, 2. Januar. Das Bureau des amerikanischen Arbeiterverbandes fordert in einem Aufruf seine anderthalb Millionen Mitglieder auf, einen Fonds zu zeichnen zur Bekämpfung der *United States Steel Corporation*, die in dem Aufruf als Feind der Arbeit und des Landes bezeichnet wird.

## Massenmord und Schutzlosigkeit deutscher Arbeiter in Brasilien.

Im Juli 1909 warnte die Zentralanstaltsstelle in *Berlin* für Auswanderer Arbeitslose, sich nicht von Agenten, die in *Hamburger* Blättern Arbeiter zum Eisenbahnbau in *Brasilien* suchten, anwerben zu lassen, welche Warnung auch von uns und der gesamten Arbeiterpresse veröffentlicht wurde. Leider ist diese Warnung nicht genügend beachtet worden. Mehrere hundert Arbeiter deutscher Nationalität sind beim Bau der *Ramors-Eisenbahn* im Amazonasgebiet in *Zentral-Brasilien* der *Malaria* zum Opfer gefallen, von dem verbleibenden Rest ist ein großer Teil dauerndem Siechtum verfallen.

Als die Leute in *Hamburg* angeworben wurden, versprach ihnen der Eisenbahningenieur *Jürgens* den „hohen“ Tageslohn von 15 *R.*; in *Brasilien* angelangt, erklärte der Direktor diesen Vertrag für ungültig, weil *Jürgens* seinerseits den Kontrakt mit der Firma gelöst habe, und bot den Arbeitern einen Tageslohn von 10 *R.* Bietet man hier von dem mindesten 5 *R.* betragenden Verpflegungskosten ab, so ist der Lohn in Anbetracht des mörderischen Klimas ein äußerst bescheidener. In *Brasilien* mußten die Angeworbenen noch eine Probsttagereise auf dem *Madeirafluß* zurücklegen, und zwar der eine Teil auf einem kleinen Dampfer, der kaum 100 Personen Platz bot. Auf Beschwerde meinte der deutsche Konsul in *Manaos*, auf dem Dampfer seien schon 250 Personen zu ihrer Zufriedenheit befördert worden. Während der Inspektion der Auswandererbehörde in *Hamburg* die Leute eindringlich vor dem Sumpfklima in *Brasilien* warnte, hielt der deutsche Vertreter, obwohl ihm doch am allerwenigsten das Schicksal der als „Kulturträger“ verwendeten anderen deutschen Arbeiter unbekannt geblieben sein dürfte, eine solche Warnung für überflüssig. Auf die Frage seiner deutschen Landsleute, ob ein Arzt auf den Flußdampfern sei, antwortete der Konsul: „Nein, aber die Kapitäne dieser Gesellschaft haben ein medizinisches Examen abgelegt, auch ist Medizin in ausreichendem Maße vorhanden.“ Aber auf dieser Reise schienen man die Medizinikanten vergessen zu haben. Denn als kurz danach Leute erkrankten, war keine Medizin vorhanden. Die „ärztliche Untersuchung“ der 300 Mann währte kaum eine halbe Stunde.

Am Zielpunkt angelangt, bot sich den Leuten ein erschütternder Anblick: im Hospital lagen etwa 50 zum Skelett abgemagerte Deutsche. Sie waren zum Teil nicht mehr der Sprache mächtig, so hatte die *Malaria* ihnen mitgespielt. In vier Wochen waren, so erzählten die Kranken, mindestens 100 Deutsche gestorben. Durch Versprechungen aller Art ließen sich von den 300 Arbeitern etwa 50–60 bewegen, auf den einzelnen „Kamps“ in Arbeit zu treten. Die übrigen verlangten zurückbefördert zu werden. Die Leiden der in Arbeit getretenen Leute waren furchtbarer Art: ein Teil starb, viele kamen ins Hospital. Da man die Symptomen nicht so leichten Kaufes ziehen lassen wollte, erschien plötzlich der famose Ingenieur *Jürgens*, der inzwischen einen neuen Kontrakt mit der Firma eingegangen zu sein schien, mit einer großen Anzahl Polizeisoldaten im Lager der Deutschen und ließ diese, als der größte Teil schlief, entwaffnen. Der

Direktor machte nun Versprechungen, er wolle einen höheren Lohn zahlen, weigerte sich aber, etwas Schriftliches zu geben. Als die Verhandlungen scheiterten, erklärte der Direktor weitend, er wolle sie am andern Morgen in den *Urwald* jagen, sie also dem Hungertode preisgeben. Der Direktor gebot über 60 Gewehre, während die Deutschen fast sämtlicher Waffen beraubt waren. Der Rot gehorchend, gingen am andern Tage 150 Mann an zu arbeiten, der Rest von etwa 70 Mann wurde in den sumpfigen *Urwald* getrieben. Diese Leute bauten sich Hütten und führten damit den Strom hinunter. Einige Hütten barsten, und die darauf Befindlichen ertranken. Ein Floß mit sieben Mann landete im *Indianer*-gebiet, alle sieben wurden von den noch in völliger Wildheit lebenden *Indianern* ermordet. Die übrigen „Flößer“ wurden von menschenfreundlichen *Indianern* bewirtet und beschützt und gelangten unter großen Anstrengungen nach *Manaos*, wo dem Vertreter deutscher Interessen wohl nun aufgedämmert sein mag, daß eine vorherige Warnung am Platze gewesen wäre.

Alle diese Vorgänge sind in einem eingehenden Bericht dem Auswärtigen Amte in *Berlin* zur Kenntnis gegeben worden.

Die in Arbeit getretenen Leute erkrankten zum größten Teile bald, und die übrigen verlangten nach 14 Tagen zurückbefördert zu werden. Geld erhielten sie nicht für ihre Arbeit: das ging drauf für die „Ausrüstung“. Auf dem Rückweg nach *Manaos* starben vier und erkrankten 25 Mann schwer. In *Manaos* starben noch neun Mann. Nach vielen Widerwärtigkeiten wurden schließlich durch Vermittlung des Konsulatverweisers in *Rio de Janeiro*, Herrn von *Wilmow*, 44 Mann an Bord der „*Rio Negro*“ eingeschifft, die am 18. November 1909 den Hafen von *Manaos* verließ. Von diesen Leuten erkrankten noch welche auf dem *Amazonen*-strom, und auf der Reise starben noch drei Mann. Von den 38 Mann, die im Dezember in *Hamburg* eintrafen, wurden 15 dem Tropenkrankenhause zugeführt. Bis uns unser Gewährsmann mitteilt, sind von den etwa 600 für *Brasilien* angeworbenen Deutschen über 300 verstorben und etwa 70 befinden sich im Hospital von *Manaos*.

Inzwischen ist auch der Dampfer „*Reithia*“ mit 61 Personen, darunter 44 Schwerverkranken, von *Brasilien* eingetroffen. Die Kranken wurden ins Krankenhaus gebracht, wo vier der tödlichen Tropenkrankheit erlegen sind, weitere befinden sich in Lebensgefahr. 22 Personen sind auf der Reise verstorben.

Die *Hamburger* Polizeibehörde hat unter Hinweis auf das Gerücht, daß neuerdings 5000 deutsche Arbeiter zum Bau der *Madeira-Ramors-Eisenbahn* angeworben werden sollen, eine dringliche Warnung erlassen, die Arbeiter möchten den Agenten nicht ins Garn gehen, da die Kontrakte im *Urwald* nicht gehalten würden und das Klima ein geradezu mörderisches sei. Die weitere Darstellung der Vorgänge im *brasilianischen Urwald* deckt sich mit der obigen.

Hoffentlich befolgen die Arbeiter diese Warnung und lassen sich nicht mehr von gewissenlosen Halunken anwerben. Es dürfte sich empfehlen, diesen Massenmord deutscher Arbeiter im Reichstoge beim Titel „Auswärtiges Amt“ zur Sprache zu bringen.

## Aus der Partei.

Sein 20. Stiftungsfest konnte am Neujahrstage der Sozialdemokratische Verein *Dreslau-Ost* feiern. Der Verein hat eine reich bewegte Vergangenheit hinter sich und es ist überflüssig, zu bemerken, daß er es bei dem bekannten „*Scharfen Wind*“, der in *Dreslau* weht, nicht leicht gehabt hat, vorwärts zu kommen. Das Sozialistengesetz fiel zwar bald nachdem, als 1890 der Verein gegründet wurde, aber der Geist dieses Schandgesetzes blieb und beherrschte noch heute die Gegner der *Dreslauer* Sozialdemokratie. Treppaldden — oder gerade deswegen? — kam das Geburtstagsfest auf sich und es folgte zurückblicken: 400 Mitglieder waren im ersten Jahre, 600 im dritten vorhanden, nach 15 Jahren waren es 2800 und in den letzten vier Jahren stieg die Mitgliederzahl sogar noch, nachdem 1500 Mitglieder an den selbständig gewordenen Landkreisen abgetreten waren, auf 7200! Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen stieg in derselben Zeit von 15 000 auf circa 85 000 Stimmen, die Zahl der Abonnenten des Parteiblattes, der „*Volkswacht*“ stieg von 2000 auf 38 500! Auch bei den Landtagswahlen und Stadtverordnetenwahlen reichte sich Erfolg an Erfolg: 1898, bei der erstmaligen Beteiligung an den Landtagswahlen, brachte es unsere Partei in *Dreslau* auf 88 Wahlmänner, 1900 (Erlagwahl) auf 101, 1903 auf 225 und 1907 gar auf 333 Wahlmänner und 10 375 Stimmen. Bei den Stadtverordnetenwahlen im letzten Jahre errangen wir vier neue Mandate und mehrere Tausend neue Anhänger. Alle Radikale, alle Gewaltpolitiker, alle Inflationisten und Polizeimachnahmen haben nicht verhindern können, daß der Verein ein Wachstumsfaktor geworden ist, mit dem jeder Gegner rechnen muß. Allein die Polizeischlacht auf dem *Stragauer* Platz und die abgehackte Hand brachten uns 2000 neue Documenten und fast ebenso viele neue Mitglieder! — Interessant ist, daß noch einige dreißig Genossen an dem Feste teilnehmen konnten, die während der ganzen 20 Jahre, in guten wie in bösen Tagen, treu zum Verein gehalten haben.

Von der Parteipresse. In der Redaktion der „*Franklischen Tagespost*“ in *Kärnten* treten einige Veränderungen ein. Am 1. Januar ist der erste politische Redakteur Genosse Dr. *Weill* ausgeschieden, um wieder nach *Strasbourg* überzusiedeln und dort als freier Schriftsteller zu leben; an seine Stelle ist Genosse *Vernstein*, bisher in *Gablonz* in *Oesterreich*, getreten. Genosse *Erwin Barth*, der zurzeit eine sechswohige Gefängnisstrafe wegen Offiziersbeleidigung verbüßt, verläßt ebenfalls ebenfalls *Kärnten*, um in die Redaktion des „*Sächsischen Volksblatt*“ in *Zwidau* einzutreten.

## Aus Industrie und Handel.

#### Differenzen im Baugewerbe Groß-Berlins.

Wegen der Einführung des binglischen Schutzes der Bauforderungen droht es zu einer Spaltung zwischen den Baugewerksmeistern und den Bauhandwerkern zu kommen. Das Kartell der Arbeitgeberverbände in *Groß-Berlin* hat in seiner letzten Sitzung in der Frage der Einführung des binglischen Schutzes der Bauforderungen zwar keine Abstimmung vorgenommen, aber es wurde durch Umfrage festgestellt, daß die Mehrheit, die 1439 Betriebe vertritt, gegen die schleunige Einführung des Abgases 2 des Bauhandwerker-Schutzgesetzes ist; während die Minderheit, zu der 878 Betriebe gehören, dafür eintritt. Diese Differenz läßt sich nur daraus erklären, daß die Baugewerksmeister und die großen Firmen überhaupt durch den Bauhandwerkler wenig betroffen werden, indem die Baugelder ohnehin zur Bezahlung der Maurer- und Zimmerarbeiten ausreichen, während die kleineren Handwerker, Dachdecker, Töpfer, Glaser, Klempner usw. fast durchweg ausfallen. Diese sind die eigentlichen Leidtragenden im Baugewerbe und haben deshalb das lebhafteste Interesse an der Einführung des binglischen Schutzes. Da ihnen nun die Unterstützung der Baugewerksmeister in einer Lebensfrage versagt wird, steht die Frage einer besonderen Organisation der vorgenannten Bauhandwerker zur Debatte.

# Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.  
Spiegelfechtere

Aberschreibt Herr Lebius sehr richtig einen Artikel im „Sund“, in dem er sich ausläßt, seine „Entschuldigungen“ über den Schriftsteller Karl May wären uns auf die Nerven gefallen und wir seien „mit einem hörbaren Ruck“ von unserem „geachteten Freunde“ abgerückt.

Lebius fährt fort:  
„Die Räubergeschichten sollen nicht wahr sein, denn May hat Strafantrag gestellt. Wer lacht da nicht! Der „Sonnwärt“ weiß, daß Strafantragstellen ein billiges, harmloses Vergnügen ist.“

Strafanträge des Herrn Lebius sind in der Tat für die damit „Bedrohten“ ein recht harmloses Vergnügen, denn Herr Lebius ist in zahlreichen Fällen dem angeblichen Wahrheitsbeweis aus dem Wege gegangen. Strafanträge anderer gegen ihn sieht er aber offenbar nicht als ein billiges, harmloses Vergnügen an. Er geht diesem angeblichen Vergnügen in weitem Bogen aus dem Wege, indem er seine Anwürfe durch andere Zeichen und Vertreten läßt!

Herr Lebius sagt weiter:  
„Der „Sonnwärt“, der ganz genau orientiert ist, weiß aber auch, daß es May nie zu einer öffentlichen Verhandlung kommen lassen wird.“

Woher Herr Lebius diese vorgebliche Kenntnis hat, wissen wir nicht. Wir haben die Erklärung May's einem bürgerlichen Blatte entnommen und ihre Herkunft deutlich gekennzeichnet. Jemand, welcher persönlichen Mitteilungen über seine Absichten haben wir von Herrn May nicht erhalten. Aber dieser Sag verrät vorzeitig die Launen des Herrn Lebius. Er selbst wird es anscheinend zu einer öffentlichen Verhandlung nicht kommen lassen und unterschreibt schon vor Beginn des Gefechtes diese Absicht seinem Gegner bezweigen, um die Augen der Öffentlichkeit von seinen Taschenspielerkunststücken abzulenken. Spiegelfechtere!

Das Ganze aber ist wieder ein netter Beitrag zur Beantwortung der Frage: Ist Lebius ein Ehrenmann?

**Achtung, Metallarbeiter!** Die Schloßer und Dreher der Vereinigten Isolatoren-Werke in Pankow, Soltankstr. 32, befinden sich seit einiger Zeit im Streik. Diese Firma ist deshalb bis auf weiteres für Metallarbeiter gesperrt. Die Kollegen ersuchen wir, diesen Betrieb zu meiden. Etwas Arbeitsangebot der Vereinigten Isolatoren-Werke in Pankow sind zurückzuweisen.  
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung, Fliesenleger!** Wir bringen hiermit nochmals zur Kenntnis, daß der Arbeitsnachweis der Fliesenleger und Hilfsarbeiter sich Schützenstraße 18/19 befindet. Telefon: Amt I, 7730.

Alle arbeitslosen Kollegen werden dringend ersucht, dort sofort ihre Adresse abzugeben. Wer in Arbeit tritt, hat telefonisch oder schriftlich seine Abmeldung zu bewirken. Alle Meldungen und Bescheidigungen sind auch dahin abzugeben. Geschäftsstunden: Wochentags von 5 bis 7 Uhr und Sonnabends von 4 bis 6 Uhr nachmittags.  
J. A.: S. Waldheim, Reintinger Straße 8.

**Achtung, Töpfer!** Die Bauten der Firma H. Haase, Danzigerstr. 78, sind zu meiden, da die Firma „Wilde“ beschäftigt. In Frage kommen die Bauten: Driejener Straße, Vorholmer Straße, Ede Norweger Straße und Czarnikauer Straße.  
Die Verbandsleitung.

**Achtung, Freiseurgehilfen!** Wegen Differenzen für Verbandsmitglieder gesperrt ist: Will, Camphausenstraße 32. Beleg: Wenzel, Siedingstraße 52.  
Verband der Freiseurgehilfen.

## Deutsches Reich.

### Ein Neujahresgeschenk der Firma Krupp.

Die Firma Krupp gibt von Neujahr an ein wöchentliches Nachrichtenblatt für die Werksangehörigen heraus. Es soll alle Anschläge, Bekanntmachungen, die sonst an den Plakattafeln erscheinen, enthalten; ferner Mitteilungen über Ernennungen, Pensionierungen, Jubiläen usw. Ferner sollen veröffentlicht werden: „Sonstige Nachrichten, die für einen größeren Kreis von Werksangehörigen von Interesse sind.“ Diese letzte Wendung läßt darauf schließen, daß aus dem Blatt ein Organ der Gelben gemacht werden soll. Das bisherige Organ des Kruppischen Bildungsvereins wird dem neuen Nachrichtenblatt als Beilage zugefügt.

### Lohnbewegungen in Textilgewerbe Bayerns.

Bei der Firma Wartner & Co. (Leppischfabrik) in Hof legten am 28. Dezember 36 Druckerinnen die Arbeit nieder, weil die Firma für die ab 1. Januar eintretende dreiviertelstündige Arbeitszeitverlängerung den Druckerinnen 2/3 Pf. pro Tag Lohnerhöhung durch Anschlag zugebilligt hatte. Die Druckerinnen waren mit einer solchen Lohnveränderung nicht einverstanden. Die Direktion gab darauf durch Anschlag bekannt, daß, wer mit dieser Zulage nicht einverstanden sei, zu Mittag nicht wieder zur Arbeit zu kommen brauche. Auf diese provozierende Haltung der Firma hin legten dann einmütig sämtliche Druckerinnen die Arbeit nieder. Die Arbeiterinnen sind bis auf fünf nicht organisiert. Die Firma Wartner hat nun weiter bekanntgegeben, daß, wenn bis Montag die Druckerinnen die Arbeit nicht wieder aufnehmen, der Betrieb eingestellt werden muß. Es würden dadurch gegen 100 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Auch von diesen Arbeiterinnen gedenken nur wenige der Organisation an. Die Weber und Weberinnen in Hof haben in sämtlichen Webereien Lohnforderungen gestellt. In der Baumwollspinnerei Reuhof haben die Arbeiter auf Grund einer Lohnforderung ohne weiteres 7 1/2 Proz. Lohnverhöhung erhalten.

### Nachklänge vom Streik in Badisch-Rheinfelden.

Eine Anzahl am Streik beteiligt gewesener Arbeiter der Aluminiumfabrik in Badisch-Rheinfelden erhielt am Montag, den 27. Dezember, ihre Kündigung. Der Rest der am Streik Beteiligten soll — wie verlautet — nach Neujahr ebenfalls auf die Straße folgen. Wahrscheinlich wollen sich die Unternehmer jetzt dafür rächen, daß ihre Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Arbeiterpersonal durch den Streik sowohl wie auch durch die Gerichtsverhandlung über die Streikrawalle vor aller Welt offenbar wurde.

## Ausland.

### Streik und Aussperrung im Baugewerbe von Amsterdam.

Die beiden freien oder anarchischen Maurer- und Bauhilfsarbeiterorganisationen Amsterdams haben Mitte Dezember bei einigen Unternehmern einen Lohnkampf eröffnet, der eine größere Aussperrung zur Folge hatte. Die Zahl der Streikenden und Aussperrten ist laut den Angaben der beiden Organisationen 339. Ungefähr ebensoviele Bauberufsarbeiter sind jedoch durch den Kampf arbeitslos geworden. Der dem Verband niederländischer Gewerkschaften angeschlossene Zentralverband der Bauarbeiter ist bei Einleitung des Lohnkampfes nicht zu Rate gezogen worden. Er und einige andere Bauberufsorganisationen stehen mit den Unternehmern in einem Tarifvertragsverhältnis und sind von der Aussperrung nicht betroffen. Die Unternehmerorganisation ist jedoch ihrem Statut nach verpflichtet, wenn der Streik länger als drei Wochen dauert, eine allgemeine Aussperrung zu veranlassen. Der äußerste Termin für diese Maßregel wäre der 16. Januar. Es ist also damit zu rechnen, daß der offenbar ziemlich ungeschickte und in der ungünstigsten Zeit des Jahres begonnene Streik zu einem allgemeinen Kampf im Baugewerbe Amsterdams führt.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: G. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Der Achtstundentag ist vom 1. Januar ab im Buchdruckgewerbe Kopenhagens durchgeführt, und zwar auf Grund des vor zirka vier Jahren abgeschlossenen Tarifvertrages, der zunächst eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden brachte und die weitere Verkürzung auf 8 Stunden zum 1. Januar 1910 festsetzte.

### Rein Straßenbahnerstreik in Kopenhagen.

Sturz vor Neujahr ist es zwischen den Straßenbahngesellschaften Kopenhagens und ihren Angestellten zu einer Einigung gekommen, so daß der schon als unermesslich angelegene Streik nicht zum Ausbruch kam. Die abermaligen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Angestellten und der Gesellschaften, an denen auch die Vertreter des Verbandes der dänischen Gewerkschaften wie die der dänischen Arbeitgebervereinigungen teilnahmen, führten zu einem Lebereinkommen, wonach der alte Tarifvertrag mit geringen Verbesserungen, die nur für einen Teil des Personals in Betracht kommen, bis zum 1. Januar 1911, und falls die Übernahme der Bahnen durch die Stadt beschloffen wird, bis zum 1. August 1911, dem Tage der Verstaatlichung gelten soll. Wird die Verstaatlichung nicht beschloffen — worüber bis zum 1. Juli 1910 entschieden sein muß —, dann soll mit den Gesellschaften über einen neuen Tarifvertrag verhandelt werden. Dieses Lebereinkommen ist in der Nacht vom 30. auf den 31. Dezember von der Generalversammlung der Straßenbahner mit 882 gegen 362 Stimmen bei 150 Stimmenthaltungen gutgeheißen worden. Es war nämlich auf die große Arbeitslosigkeit in weiten Kreisen der Arbeiterschaft, auf das Elend, das das vereinigte Unternehmertum noch durch Massenentlassungen auf die Spitze treiben wollten, falls die Straßenbahner streikten, was sie veranlaßte, sich noch weiterhin mit den elenden Löhnen zufrieden zu geben. Mit ausschlaggebend war auch der Umstand, daß man mit einer gewissen Sicherheit auf die Verstaatlichung der Straßenbahnen rechnet, die ohne Streik annehmbare Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Folge haben wird.

### Nun den Achtstundentag!

In Northumberland haben infolge von Streitigkeiten mit den Bergwerksbesitzern wegen des Achtstundentages 10 000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt; in Durham werden noch 10 000 Bergarbeiter die Arbeit einstellen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Das Eisen schmieden.

Die Wahlrechtsfrage, eine der wichtigsten Fragen des politischen Lebens Preußen-Deutschlands, wird durch den preußischen Parteitag erneut in den Vordergrund gerückt werden. Aus der Schwärze der theoretischen Diskussionen soll und muß sie wieder den Boden der praktischen Aktion finden. Für uns handelt es sich hierbei schließlich um die Frage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts. Wir bescheiden uns nicht mit der Forderung, daß den Männern das Wahlrechtswahlrecht auch für die preußischen Landtagswahlen zugestanden werde, wir heißen mehr: das gleiche Wahlrecht für beide Geschlechter! Mit Befehlswerten hat das nicht zu tun; Forderung und Erfolg sind die Voraussetzungen politischer Weiterentwicklung. Kongress- und Parteitagbeschlüsse geben ja auch jeder Wahlrechtsforderung den über den Rahmen des Männerwahlrechts hinausgehenden Inhalt. Gilt's auch für Dich? Das ist für unsere Genossinnen eine überflüssige Frage. Sie dürfen von der Bewusstheit sich erwarman lassen, daß jede politische Macht- und Rechtsveränderung, die das männliche Proletariat im etappenmäßigen Vorwärtsschreiten, als Resultat gemeinsamen Kampfes erzielt, der vollen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts näher führt. In unserer Einheitsorganisation findet die Lebereinstimmung der Interessen und des Willens ihren äußerlichen Ausdruck. Die Klage bürgerlicher Damen, die vergeblich bettelnd vor den Parteitagen ihrer männlichen Klassengenossen stehen, auch die Sozialdemokratie lasse energisches Eintreten für die Rechte der Frauen vermissen, entspringt der Eudä, die eigene Inkompetenz zu entschuldigen. Sie fordern Gleichberechtigung und leisten denen Schleppenträgerdienste, die an der Grundlage der Männerprivilegien nicht rütteln wollen. Einzelne Taktispiratier in der Partei empfehlen allerdings auch in dieser Frage eine Opportunität des Greifens nach dem Erreichbaren, wobei mit zunehmender Bescheidenheit das Erreichbare schließlich in nichts sich auflöst; aber, es sind fromme Wünsche, wenn man glaubt, die Partei werde deshalb die Forderung des gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter schnell in den Silberstreifen der Resignation stellen, den man nur gelegentlich öffnet, um ein Brumstück anstaumen zu lassen. Das Proletariat tänzelt sich nicht in der Leberzeugung, daß für die Bourgeoisie die Formel von der Politik des Erreichbaren das Feigenblatt ist, mit dem sie die Blüten ihrer eigenen Wahlrechtsfeindschaft zu verdecken sucht und das Mittel sein soll, die Sozialdemokratie auf den Weg der Verumpfung zu führen, den der Liberalismus gegangen ist. Was dieser unter „Politik der Kunst des Erreichbaren“ versteht, ist der Ertrag des politischen Kampfes durch den Vettel an den Wegner, Gnade zu üben. Mit dieser „Realpolitik“ hat sich der Preßkämmer zu seiner heutigen Bedeutungslosigkeit hinuntergetaktet. Seine Kunst hat ihn zu einer politischen Spottgeburt, zu einem Fußschmel der Reaktion gemacht. Wo liberale Männer und Gruppen für demokratische Forderungen eintreten, werden sie notwendig die Unterstützung der Sozialdemokratie finden, dazu bedarf es keiner besonderen Wahlrechtskampftaktik.

Das männliche und weibliche Proletariat ist sich in der Forderung und im Willen einig, hier gibt es keine besonderen Interessen. Die Frage des Frauenwahlrechts ist ein Teil unserer Wahlrechtsforderung. Und auch für die Aktion gilt die Einheitslichkeit. Quantität und Qualität der wie auch immer gearteten Wahlrechtsdemonstrationen sind natürlich von der Technik der Agitation und Organisation abhängig. Aus dieser Erwägung heraus erscheint uns noch eine besondere Vorbereitung für das weibliche Proletariat wünschenswert. Die große Masse der Frauen streift schon aus historischen Gründen in der Erkenntnis von der Bedeutung des Wahlrechts weit hinter dem Manne zurück. Daß die Bogen der politischen Bewegungen das weibliche Proletariat noch nicht in genügendem Maße erfassen, das zu langem wäre Selbstbetrug. Die Wahlrechtsfrage könnte bei geschickter, intensiver Agitation der aufsteigende Sturm werden, der die träge Masse aufwühlte, in brandende Bewegung versetzte. Den Anstoß dazu müßte eine Frauenkonferenz geben, die als Folge und in Lebereinstimmung mit den Beschlüssen des Parteitages den Feuerbrand des politischen Aufruhrs in das weibliche Proletariat hineinschleuderte, dadurch der gemeinsamen Aktion stärksten Nachdruck, gesteigerte Kraft verliehe.

Eine Frauenkonferenz würde unserer Ansicht nach auch aus noch anderen Gründen wünschenswert sein. Daß die Agitation für die kommenden Wahlrechtskämpfe und die Mitbeteiligung der Frau hierbei eine jener Fragen darstellt, zu deren Erörterung und Erledigung nach den Intentionen des Parteitages in Nürnberg besondere Frauenkonferenzen abgehalten werden sollen, bedarf näherer Erläuterung nicht. Die Beratung des Kommunalwahlprogramms auf dem Preußentage rückt neben der Frage des kommunalen Frauenwahlrechts auch die der wichtigen ehrenamtlichen und sozialen Tätigkeit der Frau in der Gemeinde ebenfalls stark in

den Vordergrund. Damit erwachsen unseren Genossinnen Aufgaben, deren Lösung in Tausenden von Fällen Schwierigkeiten bereiten werden, betreten sie doch ein ihnen bis dahin vollständig fremdes Gebiet. Die Gewerbeordnungs-Novelle, Forderungen des Arbeiterinnenbundes, Abwehrmaßnahmen gegen Verschlechterung dieses Schutzes, durch Gesetzesverhandlung sowie auf administrativem Wege, ferner die in Verbindung mit der Versicherungsordnung zu erörternden Fragen der Mutterschaftsfürsorge usw., das sind Materien, deren gründliche Besprechung auf einer Frauenkonferenz ebenfalls dringend erforderlich erscheint. Jedenfalls könnte sie außerordentlich befruchtend wirken und den agitatorischen Fundus der Gesamtbewegung stark bereichern.

**Erziehung und Sozialismus.** In dem letzten der Vorträge, die Genosse Heinrich Schulz im Verein für Frauen und Mädchen über Theorie und Praxis der Erziehung gehalten hat, behandelte der Vortragende die zukünftige Gestaltung der Erziehung. Es sollte sich dabei nicht um stark persönlich gefärbte utopistische Zukunftsbilder handeln, wie sie in der Geschichte der Erziehung von starken Vorwärtsdenkern öfter gezeichnet worden seien (Rousseau, Salzmann, Goethe, Fourier), sondern es sollte untersucht werden, inwieweit der Sozialismus Wesen und Form der Erziehung zu beeinflussen vermöge. Redner wies zurück auf die Erziehungsverhältnisse der alten unkommunistischen Verbände, die sich in ihrem Wesen erheblich von denen der späteren Zeiten unterschieden hätten. Die stärksten Erzieher bildete damals das Beispiel der Erwachsenen, die körperliche Arbeit sei nicht von der geistigen getrennt gewesen, es sei zur Arbeit für die Gesamtheit erzo-gen worden. Besonders charakteristisch sei für jene Zeit der Respekt der Erwachsenen vor den Kindern und die frühe wirtschaftliche und persönliche Selbständigkeit der Kinder gewesen. Alle diese Eigenschaften seien in den Urzeiten gleichsam nur in der Andeutung vorhanden, sie seien noch unentwickelt und roh gewesen, aber sie gehörten doch zum Wesen des Kommunismus. Und so gewiß dereinst ein verebelter, ausgereifter, differenzierter Kommunismus die Menschheit beherrschen werde, so sicher würden auch die dazu gehörenden Besonderheiten der Erziehung in verebelter, entwickelter Weise weiter durchdringen.

Dazu gehöre in erster Linie die Befreiung der Arbeit aus den Fesseln und Vorurteilen der Klassenherrschaft; die gewalttätige Trennung der geistigen von der körperlichen Arbeit, die jahrtausendlang die Kulturmenschen tyrannisiert habe, müsse beseitigt werden. Jede Arbeit, die zur Aufrechterhaltung der menschlichen Gesellschaft notwendig ist, habe den gleichen Anspruch auf Achtung. Dann werde auch die Erziehung nicht mehr rein intellektuell sein, die Volksschule der Zukunft werde nicht mehr, wie heute, eine verschleimte und verwässerte Ausgabe der höheren Schule sein, in der lediglich der Geist der sozialen Ganzen aufgefaßt und im Sinne des sozialen Gemeinheitslebens erzo-gen werden. Gabe aber die Arbeit die soziale Gemeinschaft bis heute getragen und bilde sie auch in Zukunft die Grundlage des Zusammenlebens, so müsse die Jugend von vornherein an der Arbeit und durch die Arbeit erzo-gen werden. Das bedeute keine Entwürdigung der Erziehung, wie dies von vielen landläufigen Pädagogen angenommen werde, sondern dadurch werde sie inhaltlich und methodisch überhaupt erst richtig sein demontiert, wie Redner durch längere Ausführungen im einzelnen nachwies. Die Bedeutung der Arbeit für die Erziehung sei schon früher von den besten Denkern erkannt worden, so ein Comenius, Pestalozzi, Fichte, Goethe, Marx und anderen. Indem der Sozialismus das Prinzip der Arbeit in die Erziehung einführe, verwirkliche er damit zugleich die höchsten und schönsten Ideale dieser Männer. Aber diese Verwirklichung liege leider noch in weiter Ferne, sie sei um so schneller zu erreichen, je eher der Sozialdemokratie die Eroberung der politischen Macht und damit die Befreiung der bildungsfeindlichen kapitalistischen Gesellschaft gelinge.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Reuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72, Vortrag: „Arbeitsarbeit — Kinderschutz“. Referent: Rechtsanwält Kurt Rosenfeld. Gäste willkommen. Den Mitgliedern der Kinderschutzkommission sei dieser Vortrag angelegentlich empfohlen.

Sonntag, den 9. Januar, zweites Konzert im Choralkon-Saal, Wellenstraße 4, Beginn 8 1/2 Uhr. Mitwirkende: Hel. Dhlhoff — Gesang, Berliner Solifloraquartett, die Herren Kalkb., Heidenblat, Berl, Müller. Herr D. Reisa: Violine, Herr M. Voewenjohn: Violoncello, Herr Kessenberg: Klavier. Zur Aufführung gelangen Werke folgender Komponisten: W. A. Mozart, Franz Schubert, Frédéric Chopin, Robert Schumann, J. Brahms. Eintrittskarten a 50 Pf. sind zu haben im Verein, bei Frau Kullde, Reintingerstr. 102, Frau Koylich, Bismarckstr. 1, Frau Jordan, Lüderer Str. 43.

## Leseabende.

Spandau. Dienstag, den 4. Januar, 8 1/2 Uhr, bei F. Wöhle, Habelstraße 20.

## Aus Industrie und Handel.

**Gegen die Stromzollerei.** Die Jahresversammlung der Korporation „Eines Ehrbaren Kaufmanns“ in Hamburg erklärte sich in scharfer Weise gegen die Einführung von Schiffsabgaben. Gerade unter der Abgabefreiheit habe sich der Verkehr der Flugschiffahrt im Laufe von zehn Jahren verdoppelt. Man solle deshalb an der Bestimmung der Reichsverfassung, welche die Abgabefreiheit sichert, nicht rütteln. Man dürfe nicht vergessen, daß die Abgaben eine Erfindung der Agrarier seien, von deren Seite man noch niemals eine Verkehrsverleiderung erwartet habe. Deshalb sei es notwendig, daß Hamburg sich im Bundesrat an die Seite von Sachsen und Baden stelle und die Vorlage Preußens ablehne.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Opfer der Arbeit.

Essen, 3. Januar. (B. S.) In der chemischen Fabrik Beck & Co. entstand eine Gasexplosion, wobei zwei Arbeiter verunglückt sind. Einer ist tot, der andere schwer verletzt.

### Selbstmord einer Berliner Telephonistin.

Kassel, 3. Januar. (B. T. V.) Im D-Zuge zwischen den Stationen Eichenberg und Leinefelde erschoss sich heute nachmittags die 28jährige Telephonistin Gertrud Weiland aus Berlin.

### Der englisch-deutsche Schiedsgerichtsvertrag.

London, 3. Januar. (B. T. V.) Der Rotenaustausch zwischen England und Deutschland über die Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 12. Juli 1904 auf weitere vier Jahre wird veröffentlicht.

### Weitere Kriegsvorbereitungen der Revolutionäre.

Bluesfields (Nicaragua), 3. Januar. (B. T. V.) Es r a d a läßt seine ganzen Armeeverbände jetzt nach der Stadt Chila schaffen und scheint demnach den Feldzug nach dem westlichen Nicaragua vorlegen zu wollen.  
Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

# Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

Berlin, den 3. Januar 1910.

Der dritte Parteitag der Sozialdemokratie Preußens trat heute vormittag im Gewerkschaftshaus zusammen. Der große Saal hat sozialistischen Schmuck angelegt. Links und rechts vom Präsidentsche erheben sich aus Vorbeerbäumen die Büsten von Karl Marx und Ferdinand Lassalle. Wie als Programm für diesen Parteitag des preussischen Wahlrechtskampfes ruft eine Inschrift von der Wand über der Vorstandsbühne herab:

Nur der verdient die Freiheit und das Leben,  
Der täglich sie erobern muß!

Rotte Standarten rechts und links davon tragen die Worte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, und Proletarier aller Länder vereinigt Euch, während an der Wand gegenüber eine Inschrift kündigt: Ein Herz, ein Volk, ein Vaterland. Etwa 200 Delegierte sind erschienen; die Tribünen sind mit Zuhörern überfüllt. Der deutsche Parteivorstand ist mit Ausnahme von Bebel, der in der Schweiz weilt, vollständig erschienen; ebenso die preussische Landtagsfraktion.

Rännegefang leitet die Verhandlungen ein. Die Typographia bringt den „Sturm“ von Uthmann (Die ihr auf harter Erde haust) und den „Sonnenuntergang“ von Conrad zu Gehör. Die Vorträge werden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Um 9 1/2 Uhr eröffnet die Verhandlungen

Eugen Ernst:

Parteigenossen, im Auftrag der preussischen Parteileitung und im Namen der Berliner Parteigenossenschaft heiße ich Sie hiermit herzlich willkommen! Bedeutende Aufgaben sind es, die Sie zu lösen berufen sind. Immer und überall tönt jetzt der Ruf nach Freiheit und nach Brot! Ein Sehnen geht durch die Reihen der arbeitenden Bevölkerung nach Licht und Luft auch in Preußen. Die Arbeiter wollen nicht mehr rechtlos dahin leben, nicht mehr nur als Objekt der Staatsgewalt zu gelten haben, sie wollen mitberaten, mitbestimmen dürfen. Da sollen Sie nun beschließen, welche Wege einzuschlagen sind, welche Waffen anzuwenden sind, um der Befreiung der Menschheit einen Schritt näher zu kommen. In dieser Zeit der Jagd nach dem Mamon ist es einzig und allein die Arbeiterklasse, welche für politische Ideale noch mannhaft einzutreten gewillt ist. Hier ist noch eine Klasse, die für etwas anderes kämpft als für persönliche Vorteile. Überall sonst zeigt sich ein Anbieten der Macht, ein Duden vor der Gewalt und vor den Erfolgen, ein übermäßiges Progen der Junker und der Bourgeois auf ihre Kräfte. Da haben wir die heilige Pflicht, in dem Herzen der Arbeiter Trost und Stolz zu erwecken über ihre Rechtslosigkeit, sie aufzurütteln, um ihnen Harz zu machen, daß es ein Verbrechen an der Menschheit wäre, wenn diese Zustände ewig fortbestehen sollten. Wahrheit wäre die Arbeiterklasse sich ihrer Kraft bewußt, keine Macht der Erde wäre imstande, sich ihr gegenüber zu stellen oder es wagen zu wollen, sie niederzuschlagen. Parteigenossen! In erster Linie sind Sie berufen, den Kampf gegen das festeste Bollwerk der Reaktion, gegen das alte verrotte System in Preußen aufzunehmen. Wir müssen alles daran wenden, Preußen in die Reihe der Kulturländer zu drängen, Mittel und Wege ausfindig zu machen für die Demokratisierung dieses finsternen Staates. Wohl werden Opfer fallen, wohl wird die Reaktion toben und wüten, aber die Arbeiterschaft wird getragen durch ihren Idealismus den Kampf aufnehmen, eingebend der Worte Heines: „Wer das Lösungswort der Zukunft kennt, gegen den vermögen die Schwächer der Gegenwart sehr wenig.“ Das Lösungswort der nächsten Zukunft in Preußen aber wird sein: Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht! Was unsere Väter bereits errungen hatten, wir wollen es aufs neue erobern, wir wollen schwören, es zu hegen und zu pflegen, daß es uns niemand in Zukunft wagen wird zu entreißen. Unter dem Banner dieses Lösungswortes Tausender und Abertausender wird auch die Tagung dieses Parteitages stehen. (Bravo!)

Erste, wichtige Aufgaben barren der Lösung. Sie werden den Weg finden, des sind wir sicher, der im Interesse der Partei und der gesamten Arbeiterschaft liegt. Zum ersten Male nimmt an den Beratungen eines preussischen Parteitages auch eine sozialdemokratische Landtagsfraktion teil, deren Bericht Sie entgegennehmen werden. So steht Ihnen in den nächsten Tagen reichliche Arbeit bevor. Wir aber sind sicher, daß Sie diese Arbeit in altgewohnter Gewissenhaftigkeit zum Besten der Partei bewältigen werden. Die Berliner Parteigenossenschaft wird es sich zur Ehre rechnen, Ihnen die freie Zeit so angenehm wie möglich zu gestalten.

In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen! (Lebhafter Beifall.)

Darauf werden zu Vorsitzenden gewählt Singer und Rudolph-Frankfurt a. M.

Singer:

Ich danke Ihnen zugleich im Namen des Genossen Rudolph für die Ehre, die Sie uns erteilen, indem Sie uns zur Leitung der Geschäfte des Parteitages berufen. Wir werden unser Möglichstes tun, diese Geschäfte glatt und ordnungsmäßig zu führen, bedürfen aber dazu Ihrer Unterstützung, die uns, wie ich überzeugt bin, nicht fehlen wird. Ebenso wie Genosse Ernst, möchte auch ich gleich beim Beginn der Hoffnung Ausdruck geben, daß das große Ziel erreicht wird: Die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, und darüber hinaus die Förderung und Erringung unserer Programmforderung: Die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Staatsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts, die das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben; ich bin sicher, es wird und muß erreicht werden, wenn die ganze Energie, die ganze Kraft der Sozialdemokratie sich darauf richtet. Ich möchte den Verhandlungen über diese Frage nicht vorgreifen, aber das Eine lassen Sie mich darüber sagen: Die preussische Sozialdemokratie mit Unterstützung der gesamten deutschen Partei steht und fällt mit dem Kampfe für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. (Lebhafter Beifall.) Mit dem Kampfe für das Wahlrecht, welches das einzige Mittel ist, die Reaktion in Preußen zu brechen, das einzige Mittel, um die Rückständigkeit Preußens, die wie ein Wehrt auf der Entwicklung Deutschlands liegt, zu besiegen. Daß dieser Kampf für das Wahlrecht mit Energie, mit rastloser Anstrengung geführt werden wird, dafür bürgt die Vergangenheit der Sozialdemokratie. Wenn wir auf diesem Parteitage als Hauptpunkt unserer Beratung den Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und die Beratung der Mittel, wie dieser Kampf zu führen ist, gesetzt haben, so sind wir sicher, daß bei diesen Beratungen nicht nur die preussische Arbeiterklasse, die preussische Sozialdemokratie und die deutsche Sozialdemokratie uns zur Seite steht, sondern, daß die Augen der Arbeiterklasse der ganzen Welt auf diesen Kampf blicken, einig und entschlossen und in diesem Kampfe mit ihren Sympathien zur Seite stehen. Diese Tatsache wird uns dazu führen, mit doppelter Anstrengung für die Erreichung des Zieles zu kämpfen. Wir treten in die Beratungen des Parteitages ein mit dem unüberbrücklichen Schatz, nicht zu ruhen und zu rasten, bis das Ziel erreicht ist, von dem aus erst die Befreiung des preussischen Proletariats vorwärts gehen kann. Nieder mit der preussischen Reaktion! Das soll das

Lösungswort sein, das sich durch unsere Verhandlungen hindurchzieht, das — mit dem wir in den Kampf ziehen, in dem wir die Mittel anwenden, die Schritte tun werden, die den Erfolg, den Sieg für uns verbürgen.

Zu Schriftführern werden gewählt die Genossen Groger-Rigdorf, Reinwand-Halle, Frau Lungwitz-Berlin, Schütz-Breslau, Sydow-Brandenburg, Haberland-Darmen.

Hierauf wird eine Mandatsprüfungskommission gewählt, bestehend aus den Genossen Bartels-Altona, Stössel-Bromberg, Lauffant-Berlin, Thöne-Kassel, Westkamp-Düsseldorf, Frau Evers-Hannover, Mielenz-Stettin, Weims-Magdeburg, Rung-Böckum.

Zur Festsetzung der Tagesordnung bemerkt:

Vorsitzender Singer: Mir ist der Wunsch mitgeteilt, Punkt 5 der Tagesordnung, das Kommunalprogramm für Preußen, an die Stelle von Nummer 3 zu setzen. Der Wunsch findet darin seine Berechtigung, daß die Möglichkeit vorliegt, diesen Programmpunkt einer Kommission zur weiteren Vorbereitung zu überweisen. Daß eine solche Kommission Bericht erstattet, würde schwierig sein, wenn das Kommunalprogramm erst als fünfter Punkt auf der Tagesordnung verhandelt wird. Ich schlage daher vor, ihn an die dritte Stelle zu setzen und dann in der Tagesordnung fortzuführen. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Die beiden Anträge: 1. (Hattingen a. d. N.) auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Zentralarbeitsnachweis des Fedenerverbandes im Ruhrgebiet“ und 2. (Berlin IV) auf die Tagesordnung zu setzen: „Die polnische Parteioffiziation und die Sozialdemokratie“ werden nicht genügend unterstützt.

Darauf wird die nach dem Vorschlage Singers abgeänderte Tagesordnung:

- 1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. Berichterstatter: Eugen Ernst.
- 2. Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Berichterstatter: Hugo Heiman.
- 3. Das Kommunalprogramm für Preußen. Berichterstatter: Paul Hirsch.
- 4. Die Wahlrechtsfrage in Preußen. Berichterstatter: Heinrich Ströbel.
- 5. Die Verwaltung Preußens. Berichterstatter: Karl Liebknecht.
- 6. Sonstige Anträge.

angenommen. Hierauf erhält zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht des geschäftsführenden Ausschusses das Wort der Berichterstatter

Eugen Ernst:

Parteigenossen! Zuerst eine Rechtfertigung. Seitens verschiedener Parteigenossen ist im geschäftsführenden Ausschuss der Vorwurf gemacht worden, daß der Bericht nicht rechtzeitig genug in die Öffentlichkeit gelangt ist. Wir geben die Berechtigung dieses Vorwurfs rückhaltlos zu. Durch Krankheit und andererseits infolge der Landtagswahlen und der Stadtverordnetenwahlen in Berlin waren wir verhindert, den Bericht so rechtzeitig zu geben, wie wir es wünschen und wie wir verpflichtet waren. Sollte die Organisation bestehen bleiben, wie es zu erwarten ist, und sollte uns von neuem die Ehre der Leitung zu teil werden, so werden wir Vorbehalte treffen, daß ein derartiger Vorwurf nicht mehr erhoben werden kann.

Und nun zum Bericht. Parteigenossen! Zwei Jahre des Kampfes liegen hinter uns. Ohne Rückrudigkeit können wir sagen, daß die Opfer des Kampfes nicht umsonst gebracht sind. Wohl ist das Ziel, für das wir alle Kräfte eingesetzt haben, noch nicht erreicht. Aber als Frucht des Kampfes haben wir doch sechs Mandate für den preussischen Landtag errungen. Ist diese Zahl aus gering, so haben wir doch dadurch die Gelegenheit errungen, der Regierung die Klagen des Volkes ins Gehör zu sagen und die sozialdemokratischen Forderungen von der Tribüne des Parlaments vor aller Öffentlichkeit klarzulegen.

Die Landeskommission hat als vornehmste Aufgabe von dem vorigen Parteitag die Propagierung der Wahlrechtsfrage erhalten. Wir glauben, an der Lösung dieser Frage vom besten Kräfte geteilt zu haben. Wohl ist hier und dort eine Nichtstimmung zutage getreten. Aber wir setzen sie auf Rechnung der leidenschaftlichen Empörung der Parteigenossen und ihrer Ungebild, die bei dem Feuerifer der Genossen nicht verwunderlich ist. Man hat sich die Schwierigkeit des Kampfes wohl nicht genügend klar gemacht, der Kampf war schwerer, als viele anfangs gedacht haben. Aber das reizt andererseits doch wieder dazu an, alle Kräfte der Parteigenossen einzusetzen. (Sehr richtig!)

Sofort nach dem letzten Parteitage am 20. Dezember 1907 haben wir die Landeskommission zu ihrer ersten Tagung zusammengerufen. Und da gebe ich zu, daß unsere Kritiker recht haben, wir haben diese Tagung stattfinden lassen ohne eine besondere feierliche Konstituierung, wir haben uns vielmehr sofort an die Arbeit gemacht, welche vorlag. Es wurde unsere Stellung zu dem freikümmigen Wahlrechtsantrage festgelegt. So fanden am 9. Januar 1908 in ganz Preußen Wahlrechtsversammlungen statt, deren begeistertster Verlauf zeigte, wie notwendig diese Aktion war. Die von uns unterbreitete Resolution wurde in allen Versammlungen angenommen. Weiter wurden dringende Telegramme an die Landtagsabgeordneten der Kreise geschickt, an das Präsidium des preussischen Abgeordnetenhauses und an den preussischen Ministerpräsidenten v. Bülow. In allen diesen Telegrammen wurde die Forderung des allgemeinen Wahlrechts erhoben. 441 Telegramme gingen beim Bureau des Landtages ein, das zeigt, wie tiefgehend diese Bewegung war. Am 10. Januar demonstrierten die Genossen und Genossinnen Berlins vor dem preussischen Landtag und ergriffen ihn an die Forderung des Wahlrechts. Dann kam der rote Wahlrechtssonntag. Demonstrationen, wie sie Preußen für politische Forderungen noch nie gesehen, zeigten, wie ernst es dem Proletariat mit der Forderung des freien Wahlrechts ist. Aus allen Orten Preußens legten die Berichte Zeugnis ab von der Begeisterung der Massen, eine Begeisterung, die nur ein großes Ziel entlocken kann: Das war das Grollen des Volks, und die herrschenden Klassen hätten gut, das für zu sorgen, daß der Vulkan nicht ausbricht. Die Boutgeisire aber stand obseits, ihre Tätigkeit bestand darin, die Wahlrechtskämpfer zu verleugnen. Das ist so recht bezeichnend für den Aufstieg des Proletariats und für den politischen Niedergang des Bürgertums in Preußen. Forderungen, für die das Bürgertum eintreten möchte, werden verleugnet, die Kämpfer für diese Forderungen werden verleumdet. (Sehr richtig!) Daß die Junker nicht für diese Forderungen eintreten, ist selbstverständlich, und ebenso, daß sie die Wahlrechtskämpfer verleumden. So rief der Junker v. Brandenstein nach dem seligen oder unseligen Testendorf, daß ein Staatsanwalt sich finde, der die Herde der Revolution befestige.

Und der demütig geschmeidige Minister Deselex erklärte, er habe die Staatsanwälte bereits angewiesen, energisch einzutreten. Das ist das richtige Bild Preußens: Polizei, Soldaten, Staatsanwälte, fast Volkrecht.

Parteigenossen! Da die Zeit von Mitte Januar bis März mit dem Kampfe gegen das Reichsvereinsgesetz ausgefüllt war, hatte die Landeskommission beschlossen, in dieser Zeit nicht weitere Demonstrationen zu veranstalten. Erst am 18. März fanden weitere Demonstrationen statt. Es war das die 60jährige Geburtsfeier des 18. März. Auch diese Versammlungen, die am Nachmittag stattfanden, waren fast besucht und zeigten das lebhafteste Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Demonstrationen schlossen sich an diese Versammlungen nicht an. Wir sorgten dafür, daß vorbereitende Artikel in der Presse erschienen und unterbreiteten den Versammlungen eine Resolution. In derselben Sitzung, in der wir diese Resolution beschloßen, unternahmen wir zugleich vorbereitende Schritte für die

Wahl im Sommer. Um Aufklärung über die Lücken und Lücken des Wahlgesetzes zu verbreiten, hatten wir eine Anzahl Drucksachen zur Wahl vorbereitet, die den Mitgliedern der Landeskommission zur Vegetation vorgelegt wurden. Zu der Sitzung am 3. April wurden die Grundzüge für die bei der Wahl zu befolgende Taktik durchberaten, die dann am 15. April veröffentlicht wurden.

Selbstverständlich mußten sie sich mit den Beschlüssen des Mainzer Parteitages decken. Aber wesentlich verschärft wurden die Bestimmungen, die die Landeskonferenz vom 20. April 1908 beschlossen hatte. Der Grund dafür lag in der schmachvollen Blockpolitik der Freisinnigen. Mit solchen Gegnern kann man keine Wahlkompromisse schließen. (Lebhafter Beifall.) Am 9. April erschien der Wahlaufsatz des Zentral-Wahlkomitees und damit wurde der Kampf eröffnet. Die Parteileitung sorgte dafür, daß Munition in den Klassen der Organisation war. Eine Anzahl Flugblätter wurden an die Organisationen verteilt und die Presse in die Lage versetzt, die Agitation intensiv zu betreiben. Wie nicht anders zu erwarten war, schlugen sich unsere Genossen mit bewunderungswürdiger Hingabe. Wenn trotz unserer gewaltigen Stimmengahl nur sieben Mandate errungen wurden, so beweist das nur die Nichtwürdigkeit und Hinterhältigkeit des schmachvollen Wahlgesetzes, welches Scheinrecht gibt, um die Autokratie aufrecht zu erhalten. Trotzdem wir über 600 000 Urwähler aufbrachten, erhielten wir nur sieben Mandate, die beiden konservativen Parteien bei 419 000 Urwählern 212 Mandate. (Hört! Hört!) Bei einer gerechten Verteilung hätten wir 115, die Konservativen 73 Mandate haben müssen. Jedes Wort der Kritik würde die Wirkung dieser Zahlen abschwächen. Wer stillschweigend solch Unrecht erdulden will, wer nicht voll Empörung dagegen ankämpft, kennzeichnet sich selbst als Helote. Die Sozialdemokratie wird nicht ruhen und rasten, ein freies Wahlrecht zu erringen, eine tiefgehende leidenschaftliche Volksbewegung zu entfachen, die dieses fäurende Unrecht hinwegfegt. (Lebhafter Beifall.) Parteigenossen! Man hat uns aus Anlaß unserer Wahlkampftaktik Terrorismus vorgeworfen, wir hätten den Wahlkampf vergiftet, behauptet man. Ach, die Deutler! Eine Regierung, welche ihre Beamten, wenn sie auch nur die leiseste Kritik wagen, wegnagt, spricht von Terrorismus! Eine Bourgeoisie, feige nach oben und brutal nach unten, die jede Gelegenheit ergreift, um ihre wirtschaftliche Hebermacht auszunutzen, die eben dabei ist, durch gewaltige Ausperrungen ihre wirtschaftlichen Gegner niederzuringen. Eine solche Gesellschaft spricht von Terrorismus! Ja auch von vergifteten Waffen hat man gesprochen. Nun, das ganze Wahlgesetz ist doch eine einzige vergiftete Waffe, dazu angetan, die Herrschaft der heutigen Machthaber aufrechtzuerhalten und das Volk nur zu knechten. Man bleibe uns vom Leibe mit solchen Phrasen! Es ist ein Krieg, der geführt werden muß, und wir sind in der Notwehr. Wir haben nicht nur das Recht, sondern die ethische Pflicht, diese Pestie von Wahlrecht durch ihr eigenes Gift verderben zu lassen.

Parteigenossen, da den Gewerkschaften Zeit zum Protest gegen die ihren Lebensnerv treffende Gewerbeordnungsnovelle gelassen werden mußte und da die Arbeiterbewegung gegen das bevorstehende Steuerbulet der Regierung nötig wurde, wurde von der preussischen Parteileitung der Landeskommission der Vorschlag gemacht, von größeren Wahlrechtsdemonstrationen vorläufig Abstand zu nehmen. Die Mitglieder der Landeskommission stimmten diesen Erwägungen zu. Sie waren aber der Auffassung, daß der Tag der Erringung des Landtages nicht vorübergehen dürfe, ohne daß wir die Aufmerksamkeit auf diesen Tag lenken. Es fanden mehrere Versammlungen statt, die gut besucht waren. Weiter veröffentlichte die Parteileitung und die Landtagsfraktion Preußens gemeinsam am 20. Oktober 1908 einen Aufruf, der gewissermaßen das Programm für die Fraktion darstellen sollte. Die Parteileitung hielt es nicht für angebracht, sich an der Jubelfeier für die Städteordnung im November v. J. zu beteiligen. Wir erkennen die Fortschritte der Städteordnung rückhaltlos an. Aber in der jetzigen Zeit, wo alles versinkt wird, die Selbstständigkeit der Kommunen zu untergraben, halten wir es nicht für möglich, daß die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Elementen, die die Befestigung der Städteordnung betreiben, eine Jubelfeier begeht.

Am 23. Januar kam die Wahlrechtsfrage im Landtage zur Beratung. Am Tage vorher fanden in Berlin verschiedene Versammlungen statt, an die sich Demonstrationen angeschlossen. Am 31. Januar fanden in zahlreichen Städten Preußens Demonstrationen für das freie Wahlrecht statt. So feierte das Volk den 60. Geburtstag der Dreiklassenwahlämter. Wohl hat die Chronik vom 20. Oktober 1908 die organische Fortentwicklung des Wahlrechts versprochen. Aber das Volk protestiert gegen jede Mißarbeit. Es verlangt staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch in Preußen. (Lebhafter Beifall.) Die ganze Unverschämtheit der in Preußen regierenden Junkerlasse zeigte sich in den Reden der Döberberg und tutti quanti, welche sich nicht schämten, offen auszusprechen, daß es Pflicht des Königs wäre, sein Wort zu brechen und nichts an Ingeständen dem Volke zu geben. Aber gleichgültig, wie die Angeburt eines Wahlgesetzes zusammengestellt werden soll — wir werden den Kampf rückhaltlos aufnehmen. (Lebhafter Beifall.)

Am 19. Mai kassierte die Mehrheit des Landtages die vier sozialdemokratischen Mandate. Die Freisinnigen beteiligten sich unter dem Jubel der Junker an dieser Schmach. In dem Kampfe verloren wir allerdings ein Mandat. Aber wir hatten doch den Erfolg, daß unsere Stimmen bedeutend zunahmen. Die Hoffnung der Freisinnigen, uns mehrere Mandate zu entreißen, mißlang vollständig, so daß wir sagen können, diese Mandate sind heute ein fester, unentziehbarer Besitz der Sozialdemokratie. Die Vorbereitung für den heutigen Parteitag haben wir in Übereinstimmung mit der Landeskommission getroffen.

Parteigenossen, das ist in kurzen Zügen der Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. Unsere Aufgabe, die wir nach besten Kräften zu lösen gesucht haben, habe ich schon vorher kurz skizziert. Wir stellen unsere Tätigkeit zur Kritik. An Ihnen ist es nun, zu befinden, ob die alten Mittel ausreichen, oder ob neue Wege eingeschlagen werden müssen, um die Forderungen zu erringen, die wir als unerlässlich bezeichnet haben. Darüber aber sind wir alle einig: Der Krieg darf erst aufhören, wenn der Feind besieg am Boden liegt! So haben wir es beim ersten und zweiten Parteitage beschworen, und ich glaube, die Delegierten werden nicht anders auseinandergehen, als mit dem festen Entschluß, dieses Gelübnis in die Tat umzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Singer: Ich eröffne nunmehr die Diskussion und werde den Antrag Nr. 3, der dahin geht, daß die Berichte zum Preuentage künftig früher wie seither erscheinen sollen, damit sie bei Stellungnahme zum Preuentage als Grundlage dienen können, mit zur Debatte stellen, falls der Antrag genügend unterstützt wird. Ich bitte diejenigen, die den Antrag unterstützen, die Hand zu erheben. Die Unterstützung reicht aus, der Antrag steht also mit zur Diskussion.

Wittig-Frankfurt a. M.: Da der Berichterstatter selbst zugegeben hat, daß der Bericht nicht zeitig genug veröffentlicht worden ist und daß er bei der nächsten Tagung früher bekannt gegeben werden soll, bitte ich unseren Antrag einstimmig anzunehmen.

Kauf-Regdeburg: Dafür, daß der geschäftsführende Ausschuss den Bericht zu spät erstattet hat, lagen wohl tatsächlich gewichtige Gründe vor. Aber es scheint doch auch ein wenig auf den Mangel in der Organisation zurückzuführen zu sein. Vielleicht würde es sich empfehlen, wieder zurückzukommen auf die schon einmal vorgeschlagenen Änderungen unserer Organisation dahin, daß wir einen besonderen preussischen Landesvorstand bekommen,

dem die Geschäftsführung in Preußen hauptsächlich übertragen wird. Auch in Zukunft werden wohl die drei Berliner Genossen, die hier die Aktionen leiten, wegen ihrer Überlastung es an der nötigen Initiative bisweilen fehlen lassen. Ich glaube auch, daß der Antrag 10, die Landtagsfraktion und der Landesausschuß seien zu erziehen, wichtige Verhandlungen des Abgeordneten- und Herrenhauses nach den stenographischen Berichten als Agitationsmaterial herauszugeben, hier mütterlich werden könnte.

**Vorf. Singer:** Ich bin der Meinung, daß wir diesen Antrag besser unter Agitation behandeln. Denn die jetzige Diskussion soll sich nur beziehen auf die Angelegenheiten, die im verflochtenen Jahre sich ereignet haben. Ich werde es aber nicht beanstanden, wenn auf den Antrag auch jetzt eingegangen wird.

**Klueß** (fortfahrend): Wir müssen alles tun, um das Interesse für die preussische Wahlrechtsreform zu fördern. Es wäre deshalb zweckmäßig, wenn der geschäftsführende Ausschuß und die Landtagsfraktion wichtige Debatten aus dem preussischen Abgeordnetenhaus in Vorkursform als billiges Agitationsmaterial herausgeben würde. Da darf auch der Kostenpunkt keine allzugroße Rolle spielen. Ich möchte mir dann noch einen Vorschlag erlauben, den der Parteivorstand mit dem geschäftsführenden Ausschuß erörtern möge, der uns vielleicht in dem sonstigen Verständnis der preussischen Politik wesentlich weiterbringen würde. Dieser Vorschlag geht dahin, daß der geschäftsführende Ausschuß sich mit unserem Zentralbildungs- und Agitationsausschuß in Verbindung setzen und anregen möge, daß in die Reihe der Vortragstexte auch Vorträge über die preussische Verwaltung und Verfassung aufgenommen werden. Viele Genossen sind sehr gut informiert über die Dinge, die im Reich und im Reichstage sich ereignen. Aber die Erfahrung lehrt, daß sehr viele von uns über die Einzelheiten der preussischen Verwaltung nicht genügend informiert sind, um mit der erforderlichen Energie gegen die Reaktion vorgehen zu können. Ich bitte Sie, diese Anregung dem geschäftsführenden Ausschuß zu übermitteln und sie recht lebhaft zu unterstützen. (Beifall.)

**Schlicht-Bredlau:** Auch wir, die wir in der äußersten Ecke von Preußen leben, haben einige Mängel im heutigen Bericht zu konstatieren. Genosse Ernst hat selbst angegeben, daß der Bericht zu spät herausgekommen ist und hat Abhilfe für die Zukunft versprochen. Wir haben aber auch Beschwerden zu führen über die teilweise Unvollständigkeit der Berichterstattung. Wir hätten mehr erwartet und mehr verlangen können. Es muß aber zugegeben werden, daß der geschäftsführende Ausschuß allein nicht imstande war, mehr zu leisten. Ich bin vielmehr, ebenso wie mein Vorredner, der Meinung, daß wir zurückkommen müssen auf diese von zwei Jahren auf dem Parteitag verhandelte Anregung, daß für Preußen ein eigener Vorstand gebildet werde. Es wird unmöglich sein, das man dem geschäftsführenden Ausschuß die Arbeit, die wir in Preußen erwarten, noch auslösen kann. Wir wissen, daß er überlastet ist, und die Kritiker, die in den letzten Tagen ihre Stimme erhoben haben, haben recht, wenn sie verlangen, daß man dem deutschen Parteivorstand diese Arbeit abnimmt. Der geschäftsführende Ausschuß, der ebenfalls genügend Arbeit hat, kann auch damit nicht beauftragt werden. Es heißt ja auch im Bericht, daß die preussische Angelegenheit zurücktreten mußte, da zur Gewerbeordnungsnovelle und den Steuererlassen Stellung genommen werden mußte. Ob das nun unbedingt nötig war, möchte ich bezweifeln. Sicherlich war diese Arbeit im Reich erforderlich, es hätte aber nichts geschadet, wenn daneben auch in Preußen verschiedene Angelegenheiten mit gelöst worden wären. Es wird meiner Meinung nach auch nötig sein — und das verlangt auch der Antrag 18 — daß eine Zentralkasse für die Bekämpfung rechtswidriger Maßregeln der Verwaltungsbehörden errichtet wird. Wenn das Material gesammelt werden soll — und das muß geschehen —, dann muß auch ein Parteivorstand da sein, der seine Tätigkeit hauptsächlich darin zu erblicken hat, daß er nicht nur im Nebenamt Vorstand der preussischen Partei ist. Deshalb werde ich mir gestatten, einen derartigen Antrag zu formulieren, daß der heutige Parteitag zur Bildung eines selbständigen Parteivorstandes für Preußen schreiten möge.

Wir stellen uns das nicht so schwer vor, wie es auf dem letzten preussischen Parteitag hingestellt wurde. Man sagte damals, es könnte Differenzen zwischen dem deutschen Parteivorstand und dem neuen preussischen geben. Das glaube ich nicht, und im übrigen können wir ja auch selbstverständlich bei der Bildung des preussischen Parteivorstandes den deutschen insoweit berücksichtigen, daß er Sitz und Stimme in dem neuen Vorstand erhält. Bei seiner bekannten Verträglichkeit zweifle ich nicht daran, daß Differenzen nicht eintreten werden. Es muß möglich sein, daß wir in Preußen etwas mehr erwarten und fördern können. Auch der Bericht des Ausschusses selbst sagt zum Schluß, daß er den auf dem letzten preussischen Parteitag angenommenen Anträgen 12 und 14, die Landtagswahlen energisch zu betreiben, nachgelassen sei, „soweit das in seiner Macht lag“. 1908 ist gewiß alles geschehen, was geschehen konnte, aber daß das Jahr 1909 so ganz unpreussisch war, hat uns nicht gefallen.

Damit schließt die Debatte.

**Berichterstatter Eugen Ernst** (Schlußwort): Ich kann mich sehr kurz fassen, da die an uns geübte Kritik ja sehr gnädig war. Zur Organisationsfrage will ich nur das Eine bemerken: eine Extraorganisation für Preußen bedeutet Extrabeiträge. (Sehr richtig!) Da möchte ich von vornherein zu bedenken geben, ob unsere Parteigenossen gewillt sind, eine weitere Belastung auf sich zu nehmen. Dem Wunsch, mit dem Bildungsausschuß über die Möglichkeit von Vorträgen über preussische Verfassung usw. zu verhandeln, werden wir jedenfalls in kurzer Zeit nachkommen, und ich glaube auch, daß der Bildungsausschuß dazu bereit sein wird, solche Vorträge halten zu lassen. Für wie wichtig wir die Frage der Verwaltung in Preußen halten, beweist, daß sie einen besonderen Punkt der Tagesordnung bildet. Man sagt darüber, daß die preussischen Angelegenheiten zurücktreten mußten, weil Reichsangelegenheiten zu erörtern waren. Ich glaube in Uebereinstimmung auch mit dem zukünftigen preussischen Vorstand sagen zu können: wenn die Parteigenossen irgendwelche Veranlassungen wünschen, wenn sie glauben, daß nicht genug getan wird, so wende man sich doch einfach an die Organisation, der man angehört. Dort ist die Vertretung für die Landeskommission, und die Landeskommissionsmitglieder brauchen nur an den geschäftsführenden Ausschuß zu schreiben, der jederzeit bereit sein wird, all diesen Wünschen und Anregungen nachzukommen. Wir wollen doch nicht, weil wir Preußen sind, auch den preussischen Geist an uns haben, der allen Sorgen von oben erwartet. (Seitens der Zustimmung.) Unsere Genossen bekümmern sich soviel um Politik, daß es ihnen eine Kleinigkeit sein muß, Anregungen zu geben, und wenn der geschäftsführende Ausschuß ihnen nicht nachkommt, so können wir auf dem nächsten Parteitage mit ihm gründlich abrechnen. Im übrigen bemerke ich, daß wiederholt an uns das Verlangen gestellt worden ist, Vorträge halten zu lassen über das Steuerwesen und die Gewerbeordnung. Das beweist, für wie wichtig diese Fragen von den Parteigenossen gehalten wurden. Beides zusammen zu propagieren war einfach unmöglich, und wir befinden uns, wenn wir es unterlassen haben, in Uebereinstimmung mit allen Mitgliedern der Landeskommission.

Darauf wird der Antrag 3 angenommen. (Wahlverein Frankfurt a. M. und Magdeburg: „Die Berichte zum Preuentag sollen künftig früher — wie letzter erschienen, damit bei Stellungnahme zum Preuentag diese Berichte als Grundlage dienen können.“)

Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt; es folgt:

## 2. Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Berichterstatter Grimm:

Werte Genossen! Die erste Berichterstattung der preussischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion könnte leicht zum Anlaß genommen werden, retrospectiv auf die wechselnde Geschichte der Wahlbeteiligung der Partei einzugehen. Ich beabsichtige nicht, das zu tun. Die Heftig auch früher die gegenseitigen Meinungen auf-

einandergeplagt sind, heute dürfte es wahrscheinlich niemanden in der Partei geben, der jenen Beschluß des Parteitagess in Mainz vom Jahre 1900 wieder aufheben möchte, in dem bestimmt wurde, daß in den deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassenwahlrecht besteht, die Parteigenossen verpflichtet sind, bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahl-agitation einzutreten. Die Gründe, die einen solchen Anschluß in der Stellung der Partei zu den preussischen Angelegenheiten herbeigeführt hat, habe ich in meinem schriftlichen Bericht darzulegen versucht. Jedenfalls haben wir heute mit der Tatsache zu rechnen, daß Preußen bereits einer der mächtigsten Industriestaaten der Welt und, wie die Gewerbezahlungen beweisen, von Jahr zu Jahr sich mehr und mehr zu einem Industriestaat wandelt, eingeschärft ist in die Zwangsjacke der reaktionären agrarischen Verfassung, wie sie in solcher Geschlossenheit und Einseitigkeit heute kaum noch in kleinen agrarischen Staaten zu finden ist. Auf Grund des erwähnten Rainer Beschlusses trat die Partei 1903 zum ersten Male in den Wahlkampf ein, ohne daß die Massen der Parteigenossen sich vorher viel mit preussischen Angelegenheiten beschäftigt hätten. Am Vorabend der Wahl, am 11. November, brachte eines der berühmtesten Scharfmacherorgane in Berlin eine längere Betrachtung über die Wahlbeteiligung der Partei, in der es unter anderem hieß: „Der diesmalige Wahlausfall hat außer für die Zusammensetzung des Landtags noch eine besondere prinzipielle Bedeutung, weil die Erfolge oder Mißerfolge dieses ersten sozialdemokratischen Ansturms auch für alle weiteren Wahlen von entscheidender Bedeutung sind. Wird die Linkspartei gleich von vornherein entscheidend auf's Haupt geschlagen, so wird es mit den Erörterungsversuchen der Genossen bei den preussischen Landtagswahlen ein für allemal vorbei sein, denn die Massenbeteiligung wird nur durch den Sieg erhalten. Sollte es Raten-schläge gibt, ist jede Hoffnung verfliegen.“

Ich habe diese Ausführungen nur zitiert, um zu zeigen, wie wenig doch die Gegner sich auf die Spitze unserer Partei verfehen. Trotz ihrer jahrelangen Beschäftigung mit der Partei weiß die gegnerische Presse noch immer nicht, daß es noch niemals eine Partei in der gesamten Geschichte aller Völker gegeben hat, die in allen ihren Teilen von so unermüßlichem Optimismus durchdrungen ist wie die unsrige. Ohne solchen Optimismus wäre es vollkommen ausgeschlossen, daß eine Partei sich so hohe und weite Ziele setzt, wie unser Programm sie zeigt und daß die Partei trotz der Verfolgungen durch die Gegner, trotz der Opfer, die der Einzelne fast Tag für Tag zu bringen hat, so unverrückbar an diesen Zielen fest hält. Wie im allgemeinen, so haben sich in diesem Falle der preussischen Wahlbeteiligung die Hoffnungen der Gegner als trügerisch erwiesen. Wohl nur wenige in unseren Reihen haben damals geglaubt, daß es gelingen könnte, gleich beim ersten Anlauf eine stabile Presse durch Erringung von Mandaten in den festgesetzten Ball des Dreiklassenwahlrechts zu schlagen. Damals galt es zunächst die Massen, die bisher teilnahmslos dem preussischen Landtag gegenüberstanden hatten, aufzuklären über das empörende Unrecht, welches ihnen durch das Dreiklassenwahlrecht zugefügt wird, ihnen klar zu machen, daß die Wurzel aller Uebel, unter denen wir in Preußen-Deutschland zu leiden haben, eben dieses Wahlrecht ist. Keine Zeit ist zu einer solchen Aufklärungsarbeit geeigneter, als gerade die Wahlzeit, wo das öffentliche Leben im allgemeinen schneller und lebhafter pulsiert wo auch der politisch sonst ganz Indifferente etwas Anteil an öffentlichen Dingen zu nehmen pflegt. Das Samen-saat, das in solchen Zeiten gepflanzt wird, hat wech' Aussicht zu reifen und Früchte zu tragen, als das in normalen Zeiten gesät. In überraschend schneller und umfassender Weise ist es denn auch gelungen, das 1903 gesteckte Ziel zu erreichen, wobei wir auch beste Unterstützung wurden durch die beweissträchtige Sprache, welche die brutalen Tatsachen reden. Immer mehr wurde den Massen zum Bewußtsein gebracht, daß im preussischen Landtag der Ort und der Ort jeder Reaktion in Preußen liegt, und daß all die volkreindlichen Pläne und Maßnahmen, mit denen die Massen durch die Reichsregierung bedrückt worden sind, ihre Wurzel im preussischen Landtag haben. Vor allem aber gelang es die Tatsache klar herauszuschälen, daß der Wahlkampf, den die Partei nunmehr aufgenommen hatte, nur Klein ist im Vergleich zu jenem großen Wahlrechtskampf, den die Partei noch auszuführen hat. Daß und wie die Partei dieser Erkenntnis folgend seit 1903 gehandelt hat, haben wir soeben aus dem Bericht des Vorstandes gehört. Auf diesem Boden, der nun ganz anders vorbereitet war wie 1903, trat die Partei 1908 zum zweiten Male in den Wahlkampf ein. Inzwischen war die preussische Regierung durch die Wahlen von 1903 gezwungen gewesen, zwei Gesetzesentwürfe vorzulegen, die unter dem 28. Juni 1906 publiziert wurden, durch welches zwar an dem System des Wahlrechts nichts geändert, aber hier und da kleine Auswüchse, die gar zu schroff in die Erscheinung getreten waren, beseitigt wurden. Wir wissen, daß es bei dieser Wahl gelang, in Berlin 6 und Hannover 1 Mandat zu erringen. Es sahen allerdings in beiden hinter und liegenden Sessoren niemals 7 Sozialdemokraten im preussischen Landtag, weil Genosse Liebknecht erst in den allerletzten Tagen der zweiten Session in die preussische Freiheit zurückkehrte und zu jener Zeit von 6 Berliner Mandaten bereits 4 kassiert waren. Diesen 6 bzw. 7 Sozialdemokraten standen 819 Konservative und Freikonservative, 65 National-liberale, 104 Zentrumskräfte, 88 Freisinnige gegenüber. Meine Absicht, in dem schriftlichen Bericht dieser Zahl der Abgeordneten auch die Zahlen der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen gegenüber zu stellen, konnte ich damals nicht ausführen. Ich habe mir die größte Mühe gegeben und an den verschiedensten Stellen angefragt, aber überall eine verneinende Antwort bekommen. In einer Stelle wurde mir sogar gesagt, die Regierung lege auf eine allbaldige Veröffentlichung der Wahlstatistik keinen Wert. (Hört! hört!) Das hat sich ja nun in der Zwischenzeit geändert, und die Genossen wissen, daß wenn es nach der Zahl der Stimmen ginge, unsere Partei im preussischen Abgeordnetenhaus nicht 7, sondern 105 Mandate haben müßte. (Hört! hört!)

Wende ich mich nun zu dem eigentlichen Bericht, so bin ich mir bewußt, daß dieser Bericht der preussischen Landtagsfraktion neben dem Bericht der Reichstagsfraktion verbleibt. Gegenüber den Beratungen über die Verfassungsfrage, über das persönliche Regiment, über die Reichsfinanzreform, über Heer, Marine und Kolonien usw. — alles Beratungsgegenstände, welche die ganze Welt in Atem und Spannung erhielten — erschienen die Berichte, die wir zu geben haben, wenn ich die Wahlrechtsaufträge ausnehme, als farblos, gleichgültig und mehr oder weniger uninteressant. Indessen, ich möchte glauben, sie scheinen nur so. Nicht man tief, so wird man finden, daß die Früchte, welche in diesem und dem vorhergehenden Jahre am Baume der Reichsregierung zum schweren Schaden der Massen des deutschen Volkes reifen konnten, eben ihre Wurzel haben in der sogenannten Volkervertretung Preußens. Wenn die Konservativen im Reichstage es wagen konnten, Handball zu spielen mit den Interessen der Masse des Volkes in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung, so doch nur deshalb, weil sie eben im Junterparlament in Preußen auf das feste Veranker sind, weil sie wissen, daß auch ihre Vorherrschaft in Deutschland nicht erschüttert werden kann, solange sie wie bisher in der Gesetzgebung und Verwaltung Preußens der ausschlaggebende Faktor sind. Wie es ein Länding ist, die Finanzen der Einzelstaaten losgelöst von der Finanzverwaltung des Reichs zu betrachten — wie das zum Beispiel der preussische Finanzminister im Abgeordnetenhaus stets zu tun pflegt —, so sind die Vorgänge im Reich erst möglich und zu erklären durch die Verhältnisse in Preußen. Ist also die Qualität der im preussischen Landtag geleisteten Arbeit nach jeder Richtung schädlich für die Masse des Volkes und in gleicher Weise wichtig für das Reich wie für Preußen, so konnten wir uns über die Quantität der Arbeit, die dort geleistet wurde, nicht beklagen. Langeweile und Mangel an Respekt haben wir wirklich nicht gehabt. Zu der Rede, mit der der Finanzminister die Besoldungsordnung einführt, bezeichnet er diesen ganzen Komplex von Gesetzen als die größte und umfangreichste Vorlage, die jemals das preussische Parlament beschäftigt hat. Dazu kamen neben zahlreichen kleineren Ge-

setzen und vielen Tausenden von Petitionen noch die Beratungen über den Etat und über so wichtige und umfangreiche Gesetze, wie das preussische Stempelsteuergesetz und das Berg-gesetz. Unsere Arbeiten wurden natürlich dadurch erheblich erschwert, daß wir nur über sechs Stimmen verfügten, während zur Stellung von Anträgen 15, zur Einbringung von Interpellationen 30 Unterschriften notwendig sind. Wir mußten daher meist mit Abänderungsanträgen zu gestellten Anträgen operieren, für die wir die nötige Stimmengahl besaßen. Die Berechtigte gebietet es, anzuerkennen, daß man uns bei allen Beratungsgegenständen zum Wort gelassen hat, allerdings nur in bequemer Weise. Wir erhielten von einer oder zwei Ausnahmen abgesehen, stets nach der Stärke der Fraktionen als achte das Wort. Dann kam meist eine zweite Garnitur von Rednern aus den großen Fraktionen, und wenn wir dann zur Abwehr der gegen uns gerichteten Angriffe zum zweiten Male das Wort verlangten, sauste die Guillotine herab und das Wort wurde uns abgeschnitten. Eine oder zwei Ausnahmen sind allerdings auch von dieser Übung zu verzeichnen.

Neben die einzelnen Beratungsgegenstände habe ich im Ein-verständnis mit dem Vorstand der Landeskommission einen ziem-lich umfangreichen Bericht erstattet, der gedruckt vorliegt. Ich will mich daher auf eine zusammenfassende Darstellung und auf die Hervorhebung einzelner, mir besonders wichtig erscheinender Punkte beschränken. Die Verhandlungen standen ja noch unter der Herrschaft des Blocks. Wäre es nicht so glücklich, so wäre es amüßig gewesen, zu sehen, wie die freisinnigen Herren sich drehen und wenden, um nur ja bei den starken Blockrüdern der Rechten nicht anzustoßen und doch nicht alle freisinnigen Allüren vollkommen über Bord zu werfen. Einige der Herren taten allerdings das letztere skrupellos. Herr Fischel zum Beispiel wird die glorreiche Erinnerung an die kurze Block-herlichkeit bewahren, daß keinem konservativen Redner jemals von der Rechten auch nur annähernd so zugejubelt worden ist wie ihm, dem Führer der freisinnigen Volkspartei. (Hört! hört!) So wichtig in der Zahl der Beratungsgegenstände für jeden Sozialdemokraten natürlich die Wahlrechtsanträge sind, so scheide ich sie hier doch vollkommen aus, weil alles, was darüber gesagt werden muß, besser bei dem betreffenden Punkte der Tagesordnung gesagt wird. Auch über den zweiten Absatz des schriftlichen Berichtes über die Kassierung der vier Berliner Mandate kann ich kurz hinweggehen. Diese Dinge sind ja bei den Parteigenossen sehr ausführlich in unserer Tagespresse behandelt worden. Ich möchte nur auch meinerseits dem allerbesten Bewußtsein darüber Ausdruck geben, daß es trotz der erheblichen Zunahme der Stimmengahl nicht gelungen ist, den 12. Berliner Landtagswahlkreis Mandat zu behaupten, und daß Genosse Adolf Hoffmann nicht mehr Mitglied unserer kleinen Landtagsfraktion ist. Niemand kann das mehr bedauern, als gerade wir paar Mann. Den freisinnigen Streich kann ich nicht treffender charakterisieren, als mit den Worten des weitest verbreiteten liberalen Organs, welches diese, gegen und gerichtete freisinnige Aktion bezeichnet hat als einen Akt des schamlosesten parlamentarischen Terror, der jemals in einem Parlamente gegen eine kleine Minorität verübt worden ist. (Sehr richtig!)

Unser am Anfang der Sessionhaft des Genossen Lieb-kecht gestellten Anträge, den Artikel 84 der preussischen Verfassung dahin zu erweitern, daß kein Mitglied einer Kammer ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode zum Zwecke der Strafvollstreckung verhaftet werden kann, sowie daß jede Strafbestrafung eines Mitgliedes für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden muß, wenn die Kammer das verlangt, wurden glatt abgelehnt, nachdem ihnen die Ehre einer längeren Beratung erwiesen war. Etwas derartiges wäre wohl in keinem anderen Parlamente der Welt möglich gewesen. (Sehr richtig!) Nur ein deutsches, vor allem ein preussisches Parlament bringt es fertig, mit über-müthiger Mehrheit auch den Versuch abzuweisen, gegenüber den Verwaltungsorganen des Staates seine ohnehin so winzigen Rechte etwas zu erweitern. Der innere Grund dafür liegt klar zutage. Nicht nur wird jede auf Grund eines so elenden Wahlrechts zustande gekommene Volkvertretung es ablehnen, die Rechte und Privilegien des Volkes zu vergrößern, sondern bei uns kommt noch hinzu, daß den einflussreichsten Teil der Volkvertretung eine große Zahl von Bürokraten in hohen Stellungen bildet, und diese lehnen es natürlich a limine ab, auch nur ein Zispelchen ihrer Machtvergnügen an eine Volkvertretung abzugeben, auch wenn in ihr der Chor der Landräte die ausschlaggebende Stellung inne hat, weil sie klug genug sind, zu wissen, daß es schließlich auch einmal anders kommen wird. Der große Komplex der

## Besoldungssteuerportage

hat uns natürlich in umfassender Weise beschäftigt. Wir sind gegen diese Beamtenbesoldungsordnung von vornherein scharf vorgegangen, weil dabei nach dem Prinzip verfahren wurde, daß denen, die haben, mit reicher Hand gegeben wird, während die Aufbesserung der unteren und untersten Kategorien der Beamten geringfügig war. Dies war offensichtlich über die Gesetze hin, so erzählt man, daß die prozentuale Aufbesserung der unteren Beamtensategorien eine höhere ist, als die der mittleren und oberen. Sobald man aber an die Stelle der Prozentberechnung die nackten konkreten Zahlen setzt, findet man sofort, daß bei den hohen Gehältern eine Aufbesserung um 7 1/2 oder 10 Proz. etwas ganz anderes bedeutet als bei den unteren eine solche um 15 oder gar 20 Proz. Die ganzen Aufbesserungen der unteren Klassen reichen inklusive des Wohnungsgeldzuschusses nicht nur nicht aus, den betreffenden Beamten eine gegen die Zeit vor wenigen Jahren verbesserte Lebenshaltung zu gewähren, sondern sie genügen noch nicht einmal, die kolossal verteuerte Lebenshaltung weitzumachen. Diese Verteuerung der Lebenshaltung ist ja eine direkte Folge der Wirtschaftspolitik des Reiches, welche darauf ausgeht, die Junker auf Kosten der Massen zu bereichern. Bei dieser Sachlage bekam es ein Junker im Landtag fertig, zum Schaden noch den Spott zu fügen. Er führte aus, daß er aus diesem Akt weit-gehender Fürsorge für die Beamten das Recht herleitete, Worte ernsthafter Rührung an die Beamten zu richten und sie zu warnen, die Treue gegen den Staat, die bei dem preussischen Beamten historisch und traditionell ist, etwa abhängig zu machen von der Magenfrage. Ein solches Wort von einem Junker gegenüber den unteren Beamten ist wirklich die schärfste Satire, die man sich denken kann. (Sehr richtig!)

In materieller Hinsicht haben wir zugunsten der un-teren Beamten zahlreiche Anträge gestellt, aber nur geringe Erfolge erzielt. Man sagte uns stets, wir würden gern weitergehen, aber es ist kein Geld vorhanden. Den wirklichen Grund, warum die unteren Beamten nicht aufgebessert werden, ließ ein Abgeordneter durchblicken, es könnte nämlich sonst die Vorgehensweise der Arbeiter erweckt werden, aus deren Kreisen die unteren Beamten sich rekrutieren. Für die Gen-darmrie, für die Weislichen, für die Oberförster und dergleichen Kategorien von Beamten war immer reichlich Geld vorhanden. Auch die mittleren Beamten sind reichlich gut weggekommen. Ein Zentrumsmann plauderte wider Willen den Grund dafür aus: Man müsse sie ausreichend stellen, damit sie ihrerseits die ihnen unterstellten Arbeiter auf guten Bahnen erhalten könnten. (Hört! hört!) Wegen unserer weitergehenden Anträge mußten wir uns die heftigsten Angriffe im Plenum gefallen lassen. Das seien Utopien, sagte man, und Anträge, die nur wegen der agitatorischen Wirkung gestellt seien. Dabei hatten wir uns die bayerische Neue Besoldungsordnung zum Muster genommen, in-dem wir voraussetzten, was das verhältnismäßig arme Bayern seinen Beamten zahlte, müßte auch Preußen zahlen können. Auch zeigten die Verhandlungen, die bald darauf im Reichstag statt-fanden, daß die Konservativen, wenn es ihnen in den Kram paßt, auch anders können. Während nämlich die Junker im Landtag mit seinem Dreiklassenwahlrecht und dem Terror der öffentlichen Stimmabgabe sich vollkommen absehend verhielten und die preu-

hische Regierung sogar aufforderten, dafür zu sorgen, daß man im Reich nicht über die preussischen Sätze hinaudinge, erklärten die Konservativen im Reichstag mit seinem demokratischen Wahlrecht, die in Preußen beschlossenen Sätze seien viel zu niedrig und man müsse darüber hinaudinge. Es schien auch, daß die Verhandlungen im Reichstag und Landtag über diese Befolungsordnungen in gewisser Beziehung aufklärend auf die Beamten gewirkt haben. Auf dem Beamtenkongress im Frühjahr dieses Jahres wurde wenigstens eine Sprache geführt, wie man sie bis dahin in Preußen von Beamten noch nicht gehört hatte, eine Sprache, die genügt, um das Junkerparlament, das Herrenhaus und die Regierung in Eut und Erregung zu versetzen. In kurzer Zeit wird sich ja zeigen, ob die daraufhin verfügten Maßnahmen von der Regierung erhofften Erfolg haben werden oder ob sie die entgegengesetzte Wirkung erzielen werden. Sehr viel Hoffnung ist ja auf die Beamten nicht zu setzen. Die Kampfbereitschaft vom Sommer scheint schon berrauht zu sein. Auf der Veranstaltung des Bundes der feilschenden Beamten hielt das Referat ein freisinniger Volksschullehrer, und dieser machte in so widerwärtiger und elchastier Weise in Purratriotismus, daß man wohl glauben kann, die Regierung wird auch weiterhin ihre Feilsche über den Bund der feilschenden Beamten schwingen. Uns wird diese Kriecherei und Streberei nicht beizren. Wir werden auch weiter für die unteren Beamten das fordern, was ihnen nach unserer Auffassung gebührt.

Anders als bei den Beamtenbefolungen konnten wir uns bei dem

### Lehrerbefolungsgefe

stellen. Zwar wurden die schon lange erhobenen berechtigten Forderungen der Lehrer auch durch dieses neue Gele nicht erfüllt. Die Lehrer an den höheren Schulen forderten seit langem die Gleichstellung mit den Regierungsbeamten, die Volksschullehrer die Gleichstellung mit den Regierungssekretären. Die erste Forderung wurde erfüllt, die zweite angeblich wegen Mangels an Mitteln glatt zurückgewiesen. Nummeriert ist kein Zweifel, daß den Lehrern erhebliche materielle Aufbesserungen zuteil geworden sind. Die Hoffnung der bürgerlichen Parteien, daß damit die Landflucht der Lehrer endgültig beseitigt wird, wird natürlich aufzuheben werden. Für diese Landflucht sind nicht nur die elenden Gehälter, sondern noch eine Reihe anderer Punkte maßgebend: die unbehaglichen Lebensverhältnisse, die gebürde gesellschaftliche Stellung, die erschwerte Fortbildung, die Unmöglichkeit, den Kindern eine genügende Erziehung zu geben, die erbärmlichen Wohnungen, die erbärmlichen Schulräume, die Ueberlastung infolge der hohen Klassenfrequenz, die unwürdige Nebenarbeit mit Küsterdiensten, die drückende Kontrolle durch die geistliche Schulaufsicht. Unser Redner bemühte die Gelegenheit, um eine vernichtende Kritik an den preussischen Schulzuständen zu üben. Er zeigte, wie das Volksschulwesen Jahrzehnte hindurch das Schandbild der staatlichen Verwaltung gewesen, er zeigte, wie die staatlichen Organe den großen Gemeinden bei ihrem Vorwärtstreben auf Grund geradezu mittelalterlicher Institutionen und Verordnungen in den Arm fallen. Und wie dieselben staatlichen Organe taub und blind sind gegen die Zustände auf dem Lande und dort Dinge geschehen lassen, die man im 19. Jahrhundert nicht für möglich halten sollte.

An der Hand der neuesten Schulstatistik wurden diese Behauptungen von unseren Rednern im einzelnen ziffernmäßig belegt und dann unsere programmatischen Forderungen aufgestellt und begründet.

Sollten die bürgerlichen Parteien bei dem Beamten- und Lehrerbefolungsgele nach den Darlegungen ihrer Wortführer Mutenden Herzens und tränenden Auges ihren Bewilligungseifer zügeln müssen, weil keine weiteren Mittel vorhanden seien, so standen auf einmal Mittel in Hülle und Fülle zur Verfügung, als das

### Pfarrerbefolungsgele

auf die Tagesordnung gestellt wurde. Alle bürgerlichen Parteien wählten das Gele im ganzen wie in seinen Einzelbestimmungen günstig auf, während wir es prinzipiell ablehnten, öffentliche Mittel für die Zwecke der Religion und der Kirche zu verwenden. Diese Ablehnung geschieht auch im Interesse der Kirche selbst, denn die Zuschüsse des Staates bringen die Kirche naturgemäß in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Staat, und dadurch wird die von ihr gepredigte Religion zu einer Religion der Herrschenden und Beherrschten, zu einer Unterdrückerin der Besessenen und Glenden. Unser Redner führte weiter aus, daß selbst, wer prinzipiell auf einem anderen Standpunkt stünde als wir, nicht ohne weiteres viele, viele Millionen für die Pfarrerbefolung bewilligen dürfe, sondern daß mindestens vorher eine Statistik aufgenommen werden müßte, um zu sehen, ob die Kirche nicht aus eigenem Vermögen zahlen könne, und auch eine Statistik über das, was die Pfarrer an Gehalt und Nebenbezügen schon jetzt bekommen. Es bedarf seiner näheren Darlegung, daß in dem vermurdeten preussischen Junkerparlament weder unsere grundsätzlichen Bedenken, noch unsere Stellung im einzelnen auf fruchtbaren Boden fielen. Ja, man leitete sich einen Gewaltstreik, indem der Präsident zur Verhinderung aller Unterhandlungen unserem Redner einen dreimaligen Ordnungsruf erteilte und ihm dann auf Befragung des Hauses das Wort entzog. In der folgenden Sitzung kam es zu einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, als wir verlangten, daß unser Einspruch gegen diese Ordnungsstufe nicht als erster, sondern als letzter Punkt der Tagesordnung verhandelt werden solle, damit an der Hand des amtlichen Stenogramms die Mitglieder des Hauses sich über die Berechtigung der Debatte informieren könnten; aber selbst die Erfüllung dieser einfachen Anstandsfrist wurde abgelehnt. Als dann bei der zweiten Lesung des Pfarrerbefolungsgeles unser Redner das Wort mit der ausdrücklichen Begründung nicht gegeben wurde, daß man nicht wieder eine Rede hören wolle wie in der ersten Lesung, wurde den Herren eine so deutliche Antwort zuteil, daß sie es vorzogen, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben und unserem Fraktionsredner bei der dritten Lesung alles sagen zu lassen, was zu der Vorlage zu sagen war.

Die hier kurz behandelten Gele erforderten insgesamt einen Mehraufwand von 128 Millionen. Der Finanzminister erklärte es für ganz unmöglich, diese mit den bisherigen Einnahmen zu bestreiten: für wenigstens 50 Millionen müßten

### neue Deckungsmittel

geschaffen werden. Die verbleibenden 77 Millionen werde er suchen durch größte Sparfameit auf allen Gebieten der Verwaltung, durch die natürlich steigenden Erträge der Einkommensteuer und die Uebererträge der Forsten herauszuwirtschaften. Zur Beschaffung der 65 Millionen sollten drei Mittel dienen: 22 Millionen sollten durch eine organische Veränderung des Einkommensteuergesele, 10 Millionen durch eine prozentuale Erhöhung der Ertragssteuer, 22 Millionen durch ein neues Gesellschaftssteuergesele einkommen. Das Gesellschaftssteuergesele wurde sofort in der ersten Sitzung der Kommission auf Betreiben der Nationalliberalen abgelehnt. Für den Grundgedanken dieses Geses stimmten selbstverständlich nur die Konservativen und die Sozialdemokraten. Die Ertragssteuer, die bekanntlich bisher 1/2 pro Mille betrug, wurde durchgängig um 25 Proz. erhöht; unsere weitergehenden Anträge wurden sämtlich abgelehnt. Dagegen wurde eine agrarische Veränderung am Gele vorgenommen, obwohl der Finanzminister sie im Interesse seiner Einnahmen aufs lebhafteste bekämpfte. Zum Einkommensteuergesele schlug die Regierung vor, den bestehenden Tarif für alle Einkommen über 7000 Mark zu erhöhen, so daß bei mehr als 100 000 M. der Höchstsatz von 5 Proz. statt bisher von 4 Proz. erreicht würde. Die kleinen Einkommen sollten nicht mehr belastet, sondern durch eine erhebliche Erweiterung des Kinderprivilegs entlastet werden. Wir bemühten diese Vorsehung, um gleich bei der ersten Beratung eine ganze Reihe neuer Abänderungen in Anregung zu bringen. Im Jahre 1903 war das steuerliche Existenzminimum auf 800 M. festgesetzt worden. Möchte das damals allenfalls noch genügen, so ist es heute längst überholt und sollte auf 1000 oder mindestens 1200 Mark erhöht werden. Weiter beantragten wir die Aufhebung des

§ 23 des Einkommensteuergeseles, der den Arbeitgeber zwingt, den Verdienst seiner Arbeiter der Steuerbehörde mitzuteilen; dadurch werden Arbeiter in zahlreichen Fällen viel zu hoch veranlagt, da sie ja gar nicht in der Lage sind, gezielte Abzüge geltend zu machen. Auch die Ausdehnung des Kinderprivilegs ging uns nicht weit genug; außerdem sollten die auf Grund dieses Privilegs gewährten Ermäßigungen bei der Aufstellung der Wählerlisten außer Betracht bleiben. Die Kommission hat einige unserer Anregungen zur Durchführung gebracht; das Kinderprivileg wurde bis zu einem Einkommen von 6500 M. in der Weise gewährt, daß für je zwei Kinder eine Steuerstufe in Abzug gelangen kann. Auf der anderen Seite hat die Kommission die Wünsche der Regierungsvorlage in ihre Gegenteile verkehrt.

Schon in der ersten Lesung hatten sich die Konservativen gegen die Bestimmung der Regierungsvorlage gewandt, daß die Zuschläge erst bei 7000 M. beginnen sollten; dadurch werde dem ungelunden Gele unter den preussischen Arbeitern Vorwurf geleistet, daß sie nun noch Rechte und gar keine Pflichten mehr hätten. (Große Heiterkeit.) Demgegenüber führte der freisinnige Redner Dr. Wiemer aus, daß es seinen Freunden sehr fraglich sei, ob 7000 M. schon die mindeste Grenze seien, man könne vielleicht noch höher hinaufgehen; gegen jede Heranziehung würden seine Freunde sich auf das schroffe wehren. Gleichwohl beschloß die Kommission auf konservativen Antrag alle Einkommen über 1200 M. mit Zuschlägen zu belasten. Der konservative Antrag war von seinem Standpunkt aus ganz konsequent, aber in der Kommission kam auch sämtliche Freisinnige für diesen Antrag. (Hört! Hört!) Wegen dieser Haltung entstand in der Presse, wie man noch als liberal bezeichnete, ein ziemlich starker Sturm des Unwillens, darum beantragten die Freisinnigen, alle Einkommen unter 3000 M. freizulassen, aber jetzt gingen die Konservativen mit Hochladen über diesen Antrag hinweg. In den neuen ungeheuerlichen indirekten Steuern des Reiches sind also in Preußen auch alle Einkommen über 1200 M. mit neuen direkten Zuschlägen belastet worden. Der nachträgliche Versuch der Freisinnigen, den Zwiespalt zwischen ihren großen Worten und ihren Taten in der Kommission durch den Hinweis auf das Kinderprivileg zu rechtfertigen, muß schon daran kläglich scheitern, daß der Abg. Dr. Wiemer in der ersten Lesung erklärte, daß sich unter der Voraussetzung der Regierungsvorlage — Zuschläge erst von 7000 M. an — das Kinderprivileg noch nicht weit genug gebe, ganz abgesehen davon, daß ja nicht alle kleinen Reichten Kinder haben. Aber es war damals noch die Zeit des Blods. Bei der Wahlrechtsdebatte hatte der konservative Freiherr v. Richthofen den Freisinnigen freilich bereits gekündigt und das Zentrum seiner unabhängigen Liebe verächtet. Den Freisinnigen lag alles daran, die Liebe der Junker wiederzugewinnen, und diesem Streben haben sie streußellos die Interessen der Besessenen untergeordnet. Ihre Bemühungen blieben auch nicht ohne Erfolg, denn für ihr Verhalten in den Steuerfragen belohnen sie die Junker ja. In der Sitzung vom 19. Februar 1903 spendete der konservative Wortführer, Herr von Hennigs-Tecklin, den Freisinnigen folgendes Lob:

„Ich glaube sagen zu können, daß gerade dieser Winter gezeigt hat, wie gutes, fleißiges Zusammenarbeiten die Parteien näher bringt. Wir haben uns alle Mühe gegeben. Der Dank gebührt aber anderen Parteien mehr als uns, weil die Schwächsten an anderer Stelle, wie ich offen anerkennen möchte, noch größer waren als bei uns. Also gerade der anderen Seite kann ich nur unseren Dank dafür sagen, daß sie so großes Entgegenkommen gezeigt hat.“

Dies ist also ganz offen von konservativer Seite gegeben, daß das Abkommen in dem bestand, daß die Konservativen ihre Forderungen stellten und die Freisinnigen Ja und Amen dazu sagten.

Durch die Ablehnung der Gesellschaftsteuer kamen von den veranschlagten Einnahmen 22 Millionen in Wegfall. Der Landtag erlaubte die Regierung, durch Erhöhung einzelner geplanter Postitionen des Stempelsteuertarifs den Ausfall zu decken, und sie kam diesem Ersuchen mit großer Beschleunigung nach. Alle Rechtsänderungen des bürgerlichen Lebens wurden mit einem erheblich höheren Stempel belegt und in erheblicher prinzipieller Abweichung vom geltenden Recht nicht nur schriftlich, sondern auch mündliche Verträge, z. B. Mietverträge, bekennet. Ausnahmen von den Erhöhungen wurden überall nur da gemacht, wo die Interessen der Großgrundbesitzer in Frage kamen. Die agrarische Brutalität war so offenberzig, wie man es selbst in Preußen nicht alle Tage erlebt. Während die kleinste Wohnung des Armen mit einem sehr erheblich erhöhten Stempel befreit wurde, blieben alle, auch die allergeringsten landwirtschaftlichen Postitionen bei dem außerordentlich niedrigen Satz von ein Prozent. Zur Begründung heißt es in den Motiven einfach, daß eine stärkere steuerliche Belastung der Pächterverträge sich durch die Rücksicht auf die wenig leistungsfähigen Pächter seiner und kleiner Grundstücke verbiete. Doch es auch sehr potente Pächter großer Güter gibt, ist eine Tatsache, die die Regierung mit dem Scheiter der grünlischen Maßnahmen verdeckt. Dazu kommt die geradezu ungläubliche Tatsache, daß der Zirkonstempel in der Regierungsvorlage überhaupt nicht erwähnt wird. Als seine Erhöhung in der Kommission angeregt wurde, widersproch dem sofort Regierung und Konservativen aufs schroffe. Es würde dadurch, meinten sie, in so viele und schwerwiegende Gebiete übergriffen werden, daß es vollkommen ausgeschlossen sei, die Frage ja nebenbei zu lösen. Auf allen anderen Gebieten des bürgerlichen Lebens hat man solche Rücksicht nicht gekannt, da laudeten in der Kommission und im Plenum fortwährend neue Stempelsteuervorschläge und Erhöhungen bestehender Stempelsteuern auf, die vielfach so überhäuft und überhäuft gemacht wurden, daß in zahlreichen Fällen die Antragsteller selbst schon während der Beratung ihre Anträge zurückziehen oder ändern mußten, weil sie sich als gänzlich unbrauchbar herausstellten.

Ewig schade für die Beurteilung preussischer Verhältnisse ist es, daß die Verhandlungen der Kommission über die

### Jagdrechtverträge

nicht stenographisch aufgenommen und veröffentlicht worden sind. Wenn irgendwas in der Welt eine Zugausgabe ist, so ist es doch wohl die Pachtung von Jagden. Und selbst die konservativ-reaktionäre-agrarische Regierung Preußens hatte deshalb auf solche Verträge einen Stempel von 10 Proz. vorgeschlagen. Die Beratung über diese Postition aber wurde verlegt aus dem Grunde, weil Jagdfragen Fragen so aufregender Natur seien, daß man ohne irgendwelche Gründe an die Beratung nicht herangehen dürfe. (Große Heiterkeit.) Man solle daher abwarten, ob es nicht gelingen würde, die benötigten Millionen noch aus den übrigen Postitionen des Tarifs herauszuquetschen. Als man aber schließlich doch an diesen Stempel herangehen mußte, da wurde in der Kommission der von der Regierung vorgeschlagene Stempel von 10 Proz. um nicht weniger als um das Zweifache ermäßigt und auf 5 Proz. herabgesetzt. (Wohlbekanntete Entlastungsgründe.) Während man die Steuer auf alle Laubarbeiten, die nur irgendwas für die Masse des Volkes in Frage kommen, ohne mit der Wimper zu zuden, um ein Vielfaches erhöhte, wurde alles getan, um das Vergnügen der Großgrundbesitzer stempelfrei zu lassen. Es bedarf nicht der Erwähnung, daß wir und allen solchen Beschlüssen auf das schroffe widersproch. Unsere prinzipielle Stellung wurde von unserem Redner dahin präzisiert, daß wir alle Steuern auf Handel und Gewerbe, insbesondere auf Verbrauchsgegenstände für schädlich halten und nur für direkte progressive Einkommen- und Vermögenssteuern eintreten. Wenn wir zu einigen Steuern einmal eine andere Haltung einnehmen sollen, so könnte dies nur geschehen, wenn dafür Zug um Zug andere die breiten Massen des Volkes drückende Steuern ermäßigt würden. Wenn z. B. durch unsere Zustimmung zur Erhöhung des Zirkonstempels das steuerliche Existenzminimum von 800 auf 1200 M. heraufgesetzt werden könnte, dann würde unsere Stellung in den einzelnen Fragen eine andere gewesen sein, als was der Fall war.

Von allen übrigen zur Beratung gelangten Geselen ragt nun das

### Berggele

an Wichtigkeit weit heraus. Ich habe versucht, in dem schriftlichen Bericht die einzelnen Phasen dieser über viele Monate sich erstreckenden Beratungen genauer darzulegen und beschränke mich deshalb hier auf wenige Bemerkungen. Die Novelle ist, wie vom Minister direkt zugegeben wurde, die unmittelbare Folge der Kritik, die im Reichstag und Landtag an Anlaß des furchtbaren Makhoder Grubenunglücks an den Bergwerkberechnissen in Preußen geübt wurde. Der Minister hatte sich so beiläufig, diese Kritik zu gefühlvollen Niedererschlagen zu bringen, um dadurch das Verlangen im Reichstage und das Verlangen der Bergarbeiter, die ganzen bergbaulichen Verhältnisse der Landesregierung zu entzigen, unmöglich zu machen. In dem Berggele, das aus drei Teilen besteht, ist der zweite, der die Beteiligung der Arbeiter am Unfallverhütungsdienst regelt, weit aus der wichtigste.

In der Novelle war die Beteiligung der Arbeiter an diesem Dienst nicht etwa direkt vorgesehen, derart, daß Arbeiterkontrollenre eingestellt werden sollten. Der Minister erklärte, daran würde kein preussischer Minister jemals denken, daß man Arbeitern staatliche Hoheitsrechte gewähren könne. Die Beteiligung solle vielmehr derart vor sich gehen, daß man nach dem Muster der staatlichen Betriebe an der Saar sogenannte Sicherheitsmänner einstelle. In seiner Kritik zeigte unser Redner, aus welchen Gründen die Bergarbeiter Bedenken haben gegen die Beamten, die ihre Rechte wahrnehmen und sie bezüglich ihres Lebens und ihrer Gesundheit schützen sollen. Er zeigte, daß die Arbeiter von der preussischen Landesregierung nichts Gutes erwarten, und warnte die Regierung und die bürgerlichen Parteien in eindringlicher Weise, nicht noch mehr Jühdhoff in die Kreise der Bergarbeiter hineinzutragen. Wenn es bisher gelungen sei, die Ruhe aufrechtzuerhalten, so hätten die bürgerlichen Parteien dies den Organisationen der Bergarbeiter zu danken, die sich unaufhörlich nach dieser Richtung hin bemühen. Diese Tätigkeit würde aber von Tag zu Tag erschwert durch das Verhalten der Bergherren. Die Bezahlung der Arbeiter als Menschen, die Brutalität und der Hohn des Bergherrenkapitals wirkt derart aufreizend, daß schließlich selbst die Geduldsigen zur Empörung getrieben werden müßten. Da grundsätzliche Forderungen nicht zu erreichen waren, ging das Bestreben unserer Fraktion dahin, die Rechte der Arbeiterschüsse und der Sicherheitsmänner gegenüber der Vorlage zu erweitern und sie nicht ganz abhängig von der Willkür der Bergverwaltung zu machen. In diesem Besuche stellten wir im Plenum und in der Kommission eine große Reihe von Anträgen, die alle abgelehnt wurden, trotzdem wir sie hätten konnten auf Beschlüsse aller Bergarbeiterorganisationen und auf Beschlüsse, die auf dem Kongress der Bergarbeiter einstimmig angenommen worden waren. Man ging soweit, die Institution der Sicherheitsmänner der Disziplin der Bergverwaltung zu unterstellen. Selbst der durchaus realistische Professor der Nationalökonomie, der bekannte Herr Schmoller, oder wie er jetzt heißt Herr von Schmoller, mußte, als die Vorlage im Herrenhaus als eine Blume auf dem liberalen Wege bezeichnet wurde, welchen die königlich preussische Regierung jetzt wandle, zugeben, daß die Vorlage zugunsten der Bergarbeiter mit denartigen Mängeln belastet sei, daß man sagen müsse, die Vorlage sei von lauter Sicherheitsmännern der Grubenherren gemacht. (Heiterkeit.) Nach der ersten Lesung der Novelle hatte im „Hotel Adlon“ eine Zusammenkunft der Bergherren stattgefunden, um die geringen Verbesserungen illusorisch zu machen oder sie in eine weiche Salbe umzuwandeln, die zwar nichts nützt, aber so aussieht, als sollte etwas zugunsten der Arbeiter geschehen. Ein Exemplar des Protokolls der Verhandlungen war der „Bergarbeiterzeitung“ auf den Tisch geflogen und so konnte unser Redner im Abgeordnetenhaus zeigen, mit wie ausgefuchtem Hohn die Herren jeden Minister behandeln, der nicht so tanzt, wie die Herren pfeifen. Herr Uthemann gab ein Rezept für die Behandlung nicht ganz williger preussischer Minister. Er wußte es ja genau wissen, denn er war, ehe er in den Dienst der Bergherren trat, selbst jahrelang vortragender Rat im preussischen Bergamtsamt gewesen. Oder, wie er selbst sich ironisch ausdrückte: Sie wissen ja, ich bin selbst bei der Firma da tätig gewesen. Durch dieses Protokoll wird auch für das blödsinnige Auge die Tatsache erwiesen, die schon vor einer Reihe von Jahren ein Flugblatt eines christlichen Gewerksvereins ausgesprochen hatte:

„Im preussischen Landtage ist in wirtschaftlichen Dingen nicht die Regierung, sondern eine Handvoll Grubenbesitzer im Ruhrrevier maßgebend. Wer auch etwas vom preussischen Landtage in Bergverhältnissen erwartet, ist unheilbar verrückt.“

Der damalige Handelsminister Delbrück hatte nach seinen eigenen Worten die Vorlage eingebracht, um den Weg zur Seele der Arbeiter zu finden. In jener Versammlung im „Hotel Adlon“ höhnten die Herren über eine solche Rede. Einer meinte, derartige Rede könne gleich direkt hinter dem Rücken bedeten. (Lebhaftes Entzigen.) Selbst so kalten Verrückten, wie es die Mehrzahl der preussischen Minister ist, muß es klar geworden sein, daß die preussische Regierung mit ihrer vollkommenen Unterordnung unter die Gebote des Bergwerkskapitals weiter denn je von der Seele der Bergarbeiter entfernt ist. (Lebhafte Beifall.) — Wenn ich mich jetzt nun noch kurz zu den

### Eratsberatungen

ende, muß ich auch da auf die Ihnen zugegangene gedruckte Vorlage verweisen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die bürgerlichen Parteien nur Einzelvorgänge in zustimmendem oder ablehnendem Sinne in den Bereich ihrer Betrachtungen ziehen, da sie ja alle das Staatswesen führen und tragen und alle für die Gesetzgebung mehr oder minder mitverantwortlich sind. Demgegenüber kam es uns darauf an, in diesen Verhandlungen, in denen zum ersten Male Sozialdemokraten das Wort ergreifen konnten, grundsätzliche Kritik an der Verwaltung und Gesetzgebung zu üben. Und an Stoff dazu hatten wir wirklich keinen Mangel. Die politische Vorherrschaft einer kleinen, aus etwa 100 Familien bestehenden Kaste, die Monarchie in unserem Staatswesen nicht mehr bedeutet, die vollständige Untüchtigkeit der Regierung unter diese Kaste, die es verstanden hat, alle wichtigen Stellen im Staat mit ihren Angehörigen zu besetzen, die Stellung des Bürgerturns, das nach seiner Lage und seinen Felsen ein Gegner dieses Kleinbilds sein sollte, in diesem Kampf aber mit dem Erwachen und Erfahren der Arbeiterbewegung erlahmt und versagte, bis es die Junker heute für eine Prätorianergarde hält, hinter deren Rücken es Schuß vor der Arbeiterklasse findet, hat bei uns eine Gesetzgebung und Verwaltung ausschließlich zugunsten der Junker ermöglicht, die den Wünschen und Interessen der Bevölkerung brutal widerstrebt; das jag sich wie ein toller Hahn durch unsere Kritik bei den einzelnen Besprechungen des Staats. Welcher Zweig der Verwaltung für unsere Kritik die breiteste Angriffsfläche bietet, ist schwer zu sagen. Inwieweit möchte ich meinen, daß die Ministerien des Innern und des Kultus die schlimmsten sind. Im Ministerium des Innern verdeckt sich jener preussische Völkerei, der uns den anderen Staaten lächerlich und verächtlich gemacht hat. Die Landräte sind der Preis, auf dem die konservativ-agrarische Macht in Preußen ruht. Und solange das Landratium mit seiner jetzigen Nachvollkommenheit erhalten bleibt, scheint jeder Versuch der Abschaffung des politischen Systems von vornherein zur Unmöglichkeit verdammt. Die geplante Reform der inneren Verwaltung will aber diese Nachvollkommenheit gar nicht herabmindern, sondern noch weiter ausdehnen. Dabei herrscht der Landrat auf Grund der Kreisverfassung in seinem Kreise fast unbeschränkt, da er nicht nur ein wichtiges Organ der allgemeinen Landesverwaltung ist, sondern als Vorsitzender des Kreisamtschusses auch Leiter aller kommunalen Aufgaben des Kreises. Als Vorsitzender des Kreisamtschusses ist er auch Verwaltungsrichter, wenn der Kreisamtschuss als Verwaltungsgericht erster Instanz

fungiert. Und da die übrigen Mitglieder des Kreis-Ausschusses nur Marionetten in der Hand des Landrats sind, so besteht bei uns zu Beginn des 20. Jahrhunderts der geradezu ungläubige Zustand, daß man gegen den Landrat als Leiter des Kreises beim Landrat als Verwaltungsrichter zu klagen hat. Was dabei herauskommt, brauche ich nicht erst anzuführen. Des weiteren hatten wir bei diesem Etat das Spitzelwesen und die preussische Ausweisungsbürokratie, die schlechten Ergebnisse der Fürtorge usw. zu besprechen. Zum hundertjährigen Jubiläum der Städteordnung verlangten wir eine Weiterführung der Städteordnung, um die Gemeinden auf die Basis der Selbstverwaltung zu stellen, denn nur auf dieser Grundlage können sie die Interessen der breiten Massen wahrnehmen. Für den Antrag auf Streichung des sogenannten Geheimfonds von 300 000 M. zugunsten der politischen Polizei in Berlin erhielten wir nur die Stimmen der Polen. Früher einmal — lang, lang ist's her — stellten auch die freisinnigen solche Anträge; das war zu den Zeiten Walbeds. Heute dagegen verloren sie zugunsten dieses Antrags nicht ein Wort, sondern stimmten ihn mit den übrigen Parteien als eine reaktionäre Masse nieder. Ferner stellten wir in Anlehnung an einen Kommissionsbericht des Reichstages einen Antrag, daß die Gewährung von Krankenunterstützung nicht mehr als Armenunterstützung angesehen werden soll. Nach langen Beratungen kam nur ein ganz allgemein gehaltener Antrag heraus, während man in anderen Staaten, so jetzt noch in Sachsen, einen solchen Antrag glatt angenommen hat. Beim Kultusetat verlangten wir vor allem die Trennung des Unterrichts von der Kultusverwaltung. Es ist unnötig zu sagen, daß das Zentrum und die Konservativen, die Junker und die Pfaffen, sich dem auf das schroffste widersetzen. Die ungeheuerlichen Missetatungen von Lehrern wurden von uns zur Sprache gebracht. Einer hatte sich bereits deshalb des Ansehens, daß sein Amt erfordert, verständig gemacht, weil er in Frankfurt a. M. in einer Versammlung gesprochen hatte, in der auch unser Genosse Quard als Redner aufgetreten war. Den Genossen ist ja das Ausnahmegesetz bekannt, welches das Kultusministerium erlassen hat, daß ein Sozialdemokrat nicht Mitglied einer Schuldeputation oder Schulkommission werden darf. In Ausübung dieser Verfügung ist nicht nur neugewählte Mitglieder die Bestätigung verweigert, sondern auch bei solchen, welche schon Jahre und Jahrzehnte hindurch Schulvorständen angehört haben, und sich mit Eifer und Erfolg an den Arbeiten beteiligt hatten, ist die Bestätigung nachträglich zurückgezogen worden. Von einer Volksvertretung, die diesen Namen verdient, hätte man erwarten können, daß sie einmütig ein solches Vorgehen der Regierung zurückweist, und es nicht nur für das Recht, sondern für die Pflicht der sozialdemokratischen Eltern erklärt hätte, im Rahmen des Gesetzes mitzuwirken an der Ausgestaltung des Schulwesens. Anders im preussischen Junkerparlament. Mit der Antwort auf die Ausführungen unseres Genossen wurde einer der berichtigten Scharfmacher betraut, Herr von Beldig. Und dieser entblödete sich nicht, wörtlich auszuführen:

„Es ist das charakteristische Merkmal der preussischen Schule, daß sie nicht ausschließlich, nicht einmal in erster Linie dazu berufen ist, den Kindern diejenigen Kenntnisse beizubringen, die sie für ihr Leben bedürfen, sondern daß sie vor allem auch den Beruf hat, die Kinder zu guten Patrioten, zu guten Christen, zu guten Menschen zu erziehen. Wenn der sozialdemokratische Redner die Behauptung aufgestellt hat, daß mit dem Ausschluß der Sozialdemokraten von der Schulverwaltung eine Art von neuem Sozialistengesetz, eine Durchbrechung der bürgerlichen Gleichheit herbeigeführt wird, so sieht das ungefähr auf derselben Stufe, als wenn die Herren Einbrecher eine Verletzung der bürgerlichen Gleichberechtigung darin erblickten, daß man sie nicht zu Kassenbeamten ernannt.“ (Psi!)

Parteilosen! Tragen Sie diese Worte, die im preussischen Junkerparlament auf allen Seiten lebhaften Beifall ernteten, hinaus in die Massen! Ich kann mir nicht anders denken, als daß solche Worte direkt auf das Empfinden auch des politisch indifferentesten Arbeiters gehen, daß sie ihn aufklären und ihm zeigen müssen, was er für sich und seine Kinder von einem solchen Parlament zu erwarten hat. (Sehr richtig!) Die Auffassung der herrschenden Klassen von den Aufgaben und dem Wesen der Volksschule kommt in diesen Worten ebenso klar zum Ausdruck, wie ein brutaler Herxendstumpfsinn. Bei jeder Gelegenheit müssen solche Worte den Massen ins Gedächtnis gerufen werden, ebenso wie der bekannte Ausspruch, den der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr v. Schröder, im Reichstag getan hat: Die Sozialdemokraten dürfen in Deutschland niemals Subjekt, sondern nur Objekt von Gesetzgebung sein.

Der Etat des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gab uns Gelegenheit, die Bevorzugung aufzuzeigen, welche die Großgrundbesitzer auf Schritt und Tritt von allen staatlichen Organen erfahren. Es wäre eine schwierige, aber auch dankbare Aufgabe, wenn man einmal ziffernmäßig nachweisen könnte, welche Begünstigungen den Großgrundbesitzern nicht nur durch die Gesetzgebung, sondern auch auf dem Verwaltungswege durch milde Einschätzung, durch Aufwendungen des Kreises für einzelne Kreisangehörige, durch Vorzugstarife für landwirtschaftliche Produkte gewährt werden. Ich bin überzeugt, man läme zu Summen, welche auch die höchsten Erwartungen der Bestmitten in unseren Reihen hinter sich ließen. Interessant wäre es auch festzustellen, welche Reichtümer den Großgrundbesitzern in den letzten Jahren durch die Reichsgesetzgebung in den Schoß geworfen worden sind. Sie finden da im schriftlichen Bericht eine Reihe von Zahlen, welche diese Verhältnisse sehr gut und agitatorisch wirksam beleuchten. Die Ziffern geben auch den klaren Beweis für die Richtigkeit der Behauptung von den kolossalen Steuerhinterziehungen auf dem Lande. Die riesige Vermehrung des Einkommens und Vermögens auf dem Lande müßte doch begleitet sein von einer entsprechenden Vermehrung des Steueraufkommens. Das ist aber keineswegs der Fall, und die Dinge liegen so klar, daß selbst die Nationalliberalen den Vorschlag unterstützen müßten, daß die Steuergeschäfte auf dem Lande dem Landrat abgenommen und unabhängig, energischen Steuerkommissaren übertragen werden sollten. Aber die Konservativen und die Regierung erhoben gegen einen solchen Plan sofort offenen Widerspruch. Nach den Konservativen gelohnt der Landrat aus seiner Tätigkeit als Steuerkommissar erst dasjenige Maß von Kenntnis der wirtschaftlichen und Erwerbsverhältnisse seines Kreises, welches ihn zur Verwaltung des Kreises befähigt. Auch der Finanzminister wandte sich bezeichnenderweise gegen den Vorschlag, indem er mit seinen bekannten Tiraden gegen uns loszog, und erklärte, die Landräte gegen unsere Verbädigung in Schutz nehmen zu müssen; sie seien unparteiische und unabhängige Beamte, die auch ihr Amt als Steuerkommissare nur im Interesse des Staates wahrnehmen. Auch in Zukunft sollen in die hohen Einkommensverhältnisse auf dem Lande nur die Landräte guden, die Fleisch vom Fleische der Großgrundbesitzer sind. Aber die Arbeiter stellte man fast lächelnd unter den Ausnahmeparagraphen 28 des Steuergesetzes! Das ist ein Stück Gleichheit vor dem Gesetz in Preußen! (Sehr wahr!)

Ein Bombengeschehen! Ist den Großgrundbesitzern gemacht bei der sogenannten Germanienreform. Bis zum Ende des Jahres 1908 waren von der Anstiehungskommission 350 000 Hektar Landes erworben, darunter nicht weniger als 7064 aus deutschen Händen. (Hört! hört!) 1895 betrug der Preis pro Hektar 571 M., 1906 war er bereits auf 1500 M., also auf das Dreifache, gestiegen. (Lebhaftes Hört! hört!) Diese ganze Aktion, die ja nichts ist als eine aus öffentlichen Mitteln unternommene Sanierung von schiffbrüchig gewordenen städtischen Grundbesitzern (Sehr gut!), geht Hand in Hand mit einer Unterdrückung der Polen, so brutal, wie sie die Geschichte nicht kennt. Diese brutale Polenpolitik ist in der schwarzen Blätter so reichen preussischen Politik eines der schwarzesten Blätter. (Lebhaftes Sehr

richtig!) Zeigte so der landwirtschaftliche Etat ein Bild von eitel Lust und Borne für die Großgrundbesitzer, so das direkte Gegenteil in bezug auf die Lage der Arbeiter. Ein Sechstel der Bevölkerung Preußens lebt unter Gesetzen, die in das zwanzigste Jahrhundert hineintragen wie Verleinerungen aus alten Zeiten, die auf jedes moderne Empfinden wirken müssen wie Peitschenhiebe. (Lebhaftes Sehr wahr!) Die Großgrundbesitzer klagen beständig über Leute not. Man kann das Versehen dieser Leute nicht zugeben. Aber wir behaupten, daß sie, abgesehen von der zunehmenden Industrialisierung Preußens in erster Linie gefördert wird durch Gesetze wie die Gefährdung und das Gesetz von 1854 und die jammervolle Lebenshaltung der Arbeiter auf dem Lande. Statt diese Bestimmungen zu ändern, was, wie das Beispiel einiger einsichtigen Großgrundbesitzer zeigt, möglich wäre, geht ihr Bestreben, unterstützt von der Regierung, dahin, die Stellung der Landarbeiter noch zu verschlechtern. Nicht freie Menschen wollen sie in ihnen anerkennen, sondern sie direkt zu Heloten machen.

Zum Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe brachten wir einen Antrag ein, einen Ausbau des Systems der Gewerbeinspektion in der Richtung vorzunehmen, daß auch Metzger und Arbeiter zur Gewerbeaufsicht herangezogen werden, und daß in jedem Gewerbeinspektionsbezirk mindestens eine weibliche Kraft angestellt wird. In der Kommission wurde dieser Antrag mit 18 gegen 15 Stimmen abgelehnt und im Plenum kam er nicht mehr zur Beratung, er wäre sonst auch dort abgelehnt worden. Beim Etat der Bauverwaltung beantragten wir einen Gesetzentwurf zur Regelung des Bauarbeiterlohes, der die Anstellung von Baukontrolleuren vorsieht. Ueber die Notwendigkeit dieses Antrages brauche ich hier nicht näher zu reden. Ebensovienig ist es nötig, zu sagen, daß er auf Verreiben der Rechte mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Einer der wichtigsten Etats ist dann schließlich der Etat der Eisenbahnverwaltung. Diese ist nicht nur nach der Summe des investierten Kapitals, sondern auch der Zahl der beschäftigten Beamten und Arbeiter das größte Unternehmen der ganzen Welt. Finanziell bildet also die Eisenbahnverwaltung das Rückgrat der Finanzgebarung Preußens, und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so vieler Tausende von Arbeitern sind geradezu der Gradmesser für die bei uns herrschende offizielle Sozialpolitik. Aus der langen Reihe der preussischen Eisenbahnminister hat keiner das Wort wahr gemacht, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sind. Keiner aber hat sich so fest von den Junkern den Daumen auf's Auge drücken lassen, wie der jetzt amtierende Minister v. Breitenbach. Während die früheren Minister in ihren Vorkesseltungen nur den Arbeitern in den privaten gewerblichen Betrieben nachhinkten, hat Herr v. Breitenbach wiederholt erklärt, daß er selbstverständlich auch Rücksicht nehmen müsse auf den Grundbesitz und auf die Löhne, die den Landarbeitern gezahlt werden. (Hört! hört!) Wenn er das nicht täte, würde er der Landwirtschaft Kräfte entziehen, und das würde er unter keinen Umständen tun. Dementsprechend haben im letzten Jahre eine Reihe von Betriebsverwaltungen Arbeiter gesucht, die eine große Reihe von Qualifikationen haben mußten. Sie haben solchen Arbeitern Löhne von 2,10 M. bis 2,30 M. pro Tag angeboten. (Hört! hört!) Auch der Zentrumsredner, ein alter Eisenbahner, mußte konstatieren, daß wir zurzeit noch 82 000 Bahnarbeiter beschäftigen, denen man den Hungerlohn von im Durchschnitt 800 M. im Jahre zu bieten mag. (Hört! hört!) Derselbe Zentrumsredner mußte konstatieren, daß die Mitglieder des christlichen nationalen Organisations, die alle ordnungsfreundlichen Bestrebungen von sich weisen und den Streit verwerfen, fast ausnahmslos genau so gemahregelt werden, als wenn sie bei den freien Gewerkschaften organisiert wären. (Hört! hört!) Und daß jede Verärthung mit einer sozialdemokratischen Organisation ein Verbrechen ist, das mit sofortiger Proklamation geahndet werden muß, das hat der preussische Arbeitsminister wiederholt und unter dem dröhnenden Beifall des Junkerparlamentes bestätigt. Gehört ein Eisenbahner auch nur einem Konsumverein an, der seinen Angestellten den 1. Mai freiläßt, so ist auch das schon ein Verbrechen, das mit sofortiger Entloftung bestraft wird. Staatsbürgerliche Rechte besitzen die königlich preussischen Staatsarbeiter daher nur soweit, als die vorgelegte Behörde es erlaubt. Wie weit das geht, brauche ich hier nicht weiter auszuführen. Ein weit verzweigtes Spionagesystem beschäftigt die Behörde auch, genau über das Privatleben der Staatsarbeiter informiert zu sein. Die Staatsarbeiter sind also staatsbürgerlich Heloten und materiell fast durchgängig schlechter gestellt als die Arbeiter in den entsprechenden Privatbetrieben. (Sehr richtig!) Nach den Darlegungen des Ministers aber führen die Staatsarbeiter geradezu ein beneidenswertes Dasein. Ein geradezu klassisches Dokument für das sozialpolitische Verständnis und die Bestimmung des Abgeordnetenhauses den Staatsarbeitern gegenüber ist auch der Bericht der Budgetkommission an das Plenum über den Eisenbahnetat. In diesem Bericht findet sich die bezeichnende Stelle, daß alle Erwerbsstände darunter leiden müßten, wenn man in der Humanität den Arbeitern gegenüber zu weit gehe. Man sei wirklich nunmehr bereits an der äußersten Grenze angelangt. (Lebhaftes Hört! hört!) Statt für schwerste und verantwortungsvolle Arbeit einen menschenwürdigen Lohn zu zahlen, zahlt man Hungerlöhne, prahlt mit Miensummen für Wohlfahrtszwecke, die auf den Kopf des Arbeiters ausgerechnet genau 8 Mark ergeben, triest von Humanität und Scheut sich nicht, Hunderttausenden von Familienvätern einen Lohn zu zahlen, der noch hinter dem zurückbleibt, was die staatlichen Steuergetreue bereits 1893 als steuerliches Existenzminimum festgelegt haben! Das ist die Sozialpolitik Preußens! (Sehr gut! und lebhafter Beifall.)

Das wäre ungefähr das, was ich in Ergänzung des schriftlichen Berichts und für die vielen, die den Bericht nicht gelesen haben (weiterleht), zu sagen hätte, um einigermaßen ein Bild von den parlamentarischen Vorgängen zu geben. Nun hat infolge der Reichsfinanzreform und der sich anschließenden Vorgänge eine

#### Neugruppierung der bürgerlichen Parteiverhältnisse

stattgefunden. Wie der schriftliche Bericht im einzelnen andeutet, hatten auch unsere Verhandlungen im Abgeordnetenhause vielfach im Zeichen des Blochs gestanden. Der Bloch hat ihnen vielfach das Gepräge gegeben. Daß aber die Pertrümmerung des konservativen liberalen Blochs und die Errichtung des schwarzbauen Sänapoblochs irgendwie im Junkerparlament Beschlässe zeitigen könnte, die für die Massen der preussischen Bevölkerung weniger schädlich sind, ist vollkommen ausgeschlossen. Im Gegenteil! Die Nationalliberalen werden nach wie vor als die Vertreter des Großkapitals sich allen Arbeiterinteressen aufs schärfste widersetzen. Das Zentrum, das als Oppositionspartei hier und da eine oppositionelle Regierung zeigen mußte, wird als wieder angenommene Regierungspartei vielleicht hier und da noch eine wohlmeinende Rede halten, aber im übrigen noch weniger Taten zeigen als bisher. Und die Freisinnigen sind eine hoffnungslose Minorität. Dinge es nach den Wünschen einiger freisinniger Fraktionsgrößen, so würden die Freisinnigen im Abgeordnetenhause sich noch willfähriger als bisher erweisen, um nur ja wieder bei den maßgebenden Parteien sich anzubiedern. Von den Konservativen und Freikonservativen brauche ich nicht weiter zu reden. Was allein einen Umstimmung bringen kann, sind nicht keine Verschiebungen im Parlament, sondern sind allein die Wähler, die Massen draußen. (Lebhafter Zustimmung.) Ist die sogenannte Reichsfinanzreform mit ihrer neuen ungeheuerlichen und bezorglichen Wehrbelastung der Massen des Volkes auch nicht die einzige und letzte Ursache der gegenwärtigen Situation, so hat sie doch das Maß der Entwidestung unbedingt schneller zum Treiben gebracht, und mit Freunden können wir heute konstatieren, daß das konsequente, zielbewusste und zielichere Verhalten der Sozialdemokratie und ihrer Arbeit im Dienste des Volkes überall gewürdigt und anerkannt wird. (Lebhafter Beifall.) Ueberall, wo seit dem Sommer Wahlen stattgefunden haben, gleichviel, zu welchen Körperchaften, in welchen

Landesteilen und unter welchem Wahlgesez, zeigt sich ein großes Anwachsen der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen. Wären Sie nur kurze Zeit zurück. Als vor gerade drei Jahren unmittelbar nach der beendeten Reichstagswahl hier in Berlin eine unangenehme öffentliche Versammlung unter freiem Himmel vor dem Schloß stattfand und die Bourgeoisie, die wohlbehütet und wohlgeleitet von der Polizei auf den Straßen Berlins demonstriert hatte, zu den Fenstern des Schlosses vor Entzünden über den Ausfall der Wahlen, emporjubelte, da erlöhnte der Schloßherr am Fenster und hielt an die unten versammelte Menge eine Ansprache, in deren Verlauf er u. a. auch Verse aus dem kleinsten Schauspieler „Der Prinz von Homburg“ zitierte:

„Was ämmert dich, ich bitte dich, die Regel,  
Nach der den Feind man schlägt,  
Wenn er nur nieder vor dir  
Mit allen seinen Fajnen sinkt.  
Die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste.“

Parteilosen! Die Freude, die diesen Worten folgte, der Jubel über den Ausfall der Hottentottenwahlen, die sich den berechtigten Forderungen durchaus würdig anreihen, sind schnell verblaßt. So bald als man selbst hier und da in unseren Kreisen annehmen konnte. Nichts ist bei den bürgerlichen Parteien übrig geblieben als jammervolle Katerstimmung, als ein graues Elend. Die Sozialdemokratie aber, die durch jene Wahlen angeblich für immer niedergelassen sein sollte, kann heute frohen Mutes im „Prinzen von Homburg“ da fortfahren, wo der königliche Redner zu zitieren aufgehört hatte:

„Die Kunst nun lernten wir, ihn zu besiegen,  
Und sind voll Lust, sie fürder noch zu üben!“

(Lebhafter Beifall.) Lassen Sie mich mit dem Wunsche schließen, daß für diese Kunst, den Feind zu besiegen, dieser Parteitag eine neue Etappe werden möge, indem er, Vorgänge der Vergangenheit prüfend und scheidend, Richtlinien für die Zukunft aufstellt und unsere alten und vorzüglich bewährten Waffen stärkt und puszt. Die kleine sozialdemokratische Landtagsfraktion wird nach besten Kräften bemüht sein, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. Sie wird an ihre nicht immer bequeme und leichte Aufgabe mit um so größerer Freude und mit um so größerem Vertrauen herangehen, wenn die Verhandlungen dieses Parteitages ergeben sollten, daß ihre bisherige Tätigkeit getragen ist von der Zustimmung der Parteigenossen im Lande. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

#### Die Diskussion wird eröffnet.

Quard (Frankfurt a. M.): Ich habe mich lediglich zum Wort gemeldet, um der preussischen Landtagsfraktion von der süddeutschen Ecke Preußens aus den Dank und die Freude über ihre Tätigkeit auszudrücken, die in weiten Parteilosen erwidert worden ist. Man ist durchaus zufrieden mit der zugleich prinzipiell scharfen und praktisch zielgerichteten Tätigkeit unserer sechs Abgeordneten im preussischen Dreiklassenhaufe. Wenn ein Tropfen Vermut hat sich in den Weiser der Freude über diese Tätigkeit gemischt, so ist es der Umstand, daß es dem Genossen Hoffmann nicht gelungen ist, nach dem schändlichen Mandatsraub durch die Freisinnigen das Berliner Mandat wieder zu erobern. Gerade die Tätigkeit des Genossen Hoffmann, dessen unwichtige Art, Junkern und Pfaffen die Wahrheit zu sagen, besonders worden ist, werden wir sehr vermissen. Hoffentlich bekommt Genosse Hoffmann aber bald wieder Gelegenheit, die Interessen des preussischen Proletariats im Abgeordnetenhause zu vertreten. (Beifall.)

Es zeigt eben die ganze Tätigkeit unserer kleinen Fraktion im Landtage, daß es sehr wohl möglich ist, die größte prinzipielle Schärfe mit praktischer Arbeit im Parteilosen zu verbinden. Das ist gerade die Kunst, auf die es beim Parlamentarismus ankommt, einerseits nicht zu verfallen in blohem Parlamentarismus und andererseits doch die parlamentarische Situation mit allen Mitteln so auszunutzen, daß sie unserer praktischen Förderung dienen. Die große Arbeit, die unsere sechs bis sieben Genossen im Landtage haben leisten müssen, hat eine ganze Reihe, wenn ich so sagen darf, neuer Klagengegenstände aufgeworfen. Es hat sich gezeigt, daß die praktische parlamentarische Tätigkeit in nichts abschwächend wirkt, sondern Gelegenheit nimmt, den großen Massen eine Reihe von Dingen zu zeigen, die für sie erst als Klagengegenstände entdeckt werden. Ramentlich hat auch außerordentlich agitatorisch gewirkt die Kritik, die an den Freisinnigen geübt wurde. Die wirkungsvollen Mitteilungen, die Genosse Heimann über die Punkte gemacht hat, zu denen sich freisinnige in eigenartiger Weise gestellt haben, müßten in viel höherem Maße hinausgetragen werden in das Land, und an die Stelle mancher veranfaßten Agitationsrede treten, mit der wir noch im Lande arbeiten. Wir haben im Lande auch mit Enttäufung gesehen, wie ein Unstimmensystem im Landtage gegen unsere Genossen gehandhabt worden ist. Ja möchte unsere Genossen bitten, alle Kniffe und Pisse der Geschäftsordnung auszunutzen, um diesem schandbaren Zustand ein Ende zu machen, daß, wenn unsere Genossen ihre praktischen Vorschläge gemacht haben, der ganze Chorus der Gegner aufmarschiert und nicht einmal den Aufwand bestigt, die Erwiderung unserer Genossen zuzulassen. Wünschen möchten wir, daß der Bericht, den der Genosse Heimann in geradezu musterständiger Weise erstattet hat, eine kleine Verbesserung erfährt durch häufigere Bezugnahme auf die Landtagsakten, damit man sich in einzelnen Fragen noch näher informieren könne. Persönlich möchte ich die Bitte vorbringen, ob nicht die Fraktionen bei der Landeskommissionen etwas entgegenkommender als bisher zur Belegung der Agitation wirken könnten. Ich schreibe da der Fraktion großen Einfluß zu. Sie steht ja mitten im Betrieb und sieht wohl jeden Augenblick die Notwendigkeit, daß in der einen oder anderen Frage mehr in der Agitation getan werde. Es könnten dann Flugblätter, wenn auch nicht von großem Umfang, sondern wie es das Zentrum häufig macht, ein, zwei Seiten groß verbreitet werden, die viel zur Belegung der Agitation beitragen würden. In die agrarischen Dinge werden sich unsere Genossen wohl erst mit der Zeit einarbeiten können, da wird die Landarbeiterorganisation wohl wesentliche Beiträge leisten können. Ein spezieller Wunsch wäre noch vielleicht, daß die Fraktion in der nächsten Session Gelegenheit nehmen möge, für die Strassenbahner in Preußen einmal einen Vorstoß zu machen. Für sie gilt ja das selbe, was Genosse Heimann über die Eisenbahner ausgeführt hat. Sie stehen unter der schimpflichen Krone der Eisenbahnverwaltung, genau so wie die Eisenbahner. Der beste Lohn unserer Landtagsfraktion wird es wohl sein, daß durch ihre Tätigkeit das Interesse an der Wahlrechtsfrage in Preußen gehoben und gefördert wird. Ich bin fest überzeugt, wenn die Genossen so fortfahren, damit werden die Zustände aufhören, daß wir eine ganze Reihe von Landtagsbezirken haben, in denen große Kreise der Arbeiter bis heute noch nicht begriffen haben, welche Möglichkeiten selbst das Dreiklassenwahlrecht in den großen Städten gewährt. Wenn ich zusammenfasse, so möchte ich betonen, die Fraktion brauchte durchaus nicht so bescheiden zu sagen, daß ihre Tätigkeit neben der der Reichstagsfraktion verblasse. Man kann vielmehr vielleicht sogar der Meinung sein, daß das Verhalten der preussischen Landtagsfraktion umgekehrt zum Teil unserer Reichstagsfraktion als Muster dienen könnte. Wir bitten unsere Genossen im Landtage, in gleicher Weise wie bisher weiter zu arbeiten und fordern den Parteitag auf, der folgenden Resolution zuzustimmen: „Der Dritte preussische Parteitag spricht der sozialdemokratischen Fraktion des Abgeordnetenhauses seinen Dank und seine Freude über ihre Tätigkeit im Dreiklassenparlament aus und ersucht die Abgeordneten, in gleich mannhafter Weise wie bisher die Interessen der werktätigen Bevölkerung gegenüber den Junkern und Pfaffen zu vertreten.“ (Lebhafter Beifall.)

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)



Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Rother-Preßlau: Anstellungen wie beim ersten Punkt der Tagesordnung dürften hier nicht gemacht werden, das beweist der reiche Beifall, der dem Referenten zuteil wurde, und ich glaube auch, daß der eben vorgeschlagene Antrag einstimmig angenommen werden wird. Es handelt sich für uns nur darum, besondere Wünsche der einzelnen Orte vorzubringen. Wir haben jetzt, nachdem wir eine Landtagsfraktion haben, gewissermaßen eine Instanz, an deren Hand wir uns an die Regierung wenden können. Die Breslauer Parteigenossen haben vor allem Grund zu wünschen, daß die Fraktion sich der Interessen der Eisenbahner wirksam annehmen möge. Dem staatsbürgerliche Rechte sehen ja nur auf dem Papier. In Breslau ist ja nicht nur das Koalitionsrecht, sondern auch das Versammlungsrecht vollständig abgeschafft. Wird bekannt, daß der Transportarbeiterverband die Eisenbahner zu einer Versammlung einladet, so werden überall in den Werkstätten Versammlungsverbote ausgehängt und für eine Pflicht der Vertrauensleute der Arbeiter in den Arbeiteranschlüssen hält man es, dieses Versammlungsverbot noch mündlich weiter zu geben. Ein Portier, der nicht zur Anzeige brachte, daß außerhalb der Werkstatt auf der Straße Zettel verteilt wurden, die zum Versammlungsbesuche aufforderten, wurde deswegen mit einer Geldstrafe belegt. (Hört! hört!) Die Werkführer werden in die Versammlungen als Spitzel geschickt, um jeden Eisenbahner zu notieren, der sich trotzdem noch in die Versammlungen wagt. Man geht ja jetzt nicht mehr so weit, die Leute wegen des Versammlungsbesuches direkt auf die Straße zu werfen, dazu scheint man die Öffentlichkeit doch zu sehr, aber man hat sonst Mittel genug an der Hand, um sich solche Leute vom Hals zu halten. Da ist zunächst das leidige System, daß die Löhne für Reparaturarbeiten auf dreierlei Art bemessen werden. Aufgabe des Werkführers ist es dann, die Arbeit unbeliebter Arbeiter auf den Mindestlohn einzustufen. So mancher wird davon abgehalten, mit uns in Verbindung zu treten, damit er nicht in die dritte Lohnklasse eingestuft wird. Außerdem geht man mit Strafverfügungen usw. vor. Breslau ist gewissermaßen russischer Vort. Wenn es in Rußland nicht vorwärts geht, so scheint das voran zu liegen, daß Rußland so nahe an Breslau liegt. (Seitert.) Bezüglich der Zustände in Breslau ist auch, daß in den 19 Jahren des Bestehens der „Breslauer Volkswacht“ die Redaktion 12 1/2 Jahre Gefängnis verbüßte und 40 000 Mark Strafe zahlen mußte. Das beweist, daß wir in Breslau nicht auf Rosen gebettet sind. Steht sich heraus, daß ein Eisenbahner etwa eine sozialdemokratische Zeitung liest, so kann er sicher sein, am nächsten Tage gemahngelt zu werden. Genau so schlimm ist die Lage der Gefängnisinsassen, die auch sehr minderwertig bezahlt werden. Ich bitte die Fraktion, sich auch dieser bedrückten Arbeiter anzunehmen.

Partei-König: Ich möchte der Fraktion ebenfalls meine Anerkennung aussprechen für die große Energie, mit der sie die Interessen des arbeitenden Volkes im preußischen Landtag vertreten hat gegenüber einem Junkertum, das noch mittelalterliche Ideale hat. Gegen die reaktionären Zustände, die sich immer mehr den russischen nähern, müssen wir von dieser Stelle aus stammenden Protest erheben. An meine Fraktion möchte ich die Bitte richten, daß sie sich bei der nächsten Gelegenheit wieder einmal energisch des Koalitionsrechtes annimmt. Sie wissen, daß uns in diesem Jahre vielleicht wieder große Kämpfe bevorstehen. Ich brauche Sie nur auf die Polizeibureaukratie zu verweisen, die bei jedem Lohnkampf in Aktion tritt. Ich erinnere an Mansfeld und andere Orte, wo die Polizei mit brutaler Gewalt unheimlich um reichsgesetzliche Bestimmungen die Streikposten von der Straße wegtreibt. Auch wir in Rheinland und Westfalen, dem Herzen der deutschen Industrie, können ein Lied von solchen Polizeitaten singen. Ein preussischer Polizeikommissar in Köln erlaubte sich anlässlich eines Streiks zu äußern: Hier in Köln dulde ich keine Streikposten. (Hört! hört!) und der Streikposten mußte in das Gefängnis. Wir verlangen, ebenso wie die Bürgerlichen, das Recht zu Demonstrationen. In Köln machten drei Duzend Arbeiter einen

kleinen Raifspaziergang, und dabei waren annähernd 50 Schutzleute aufgeboten. Während des Eucharistischen Kongresses, der im vorigen Jahre im deutschen Rom tagte, war aber stundenlang der Verkehr abgeperrt und die Polizei sorgte dafür, daß die Prozession nicht durch Reuegierige gestört wurde. Ferner möchte ich die Fraktion bitten, den preussischen Finanzminister zu interpellieren über die verschiedenartigen Auslegungen der einzelnen Veranlagungs- und Berufsungskommissionen auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Gerade die Arbeitersekretäre können täglich beobachten, welche Rechtsungleichheiten hier herrschen. Nach dem Gesetz haben die Rentisten mit einem Einkommen bis zu 3000 M. nur das Recht, Reklamationen bei der Veranlagungskommission und bei der Berufsungskommission zu erheben, während Rentisten über 3000 M. noch an das Oberverwaltungsgericht gehen können. Ein Beispiel für die Verschiedenartigkeit der Entscheidung! Die Kölner Berufsungskommission hat entschieden, daß wenn ein Arbeiter länger als zehn Wochen in einem Jahre krank oder arbeitslos gewesen ist, nicht mehr der Jahresertrag von dem vorhergehenden Jahre maßgebend ist, sondern daß für die künftige Veranlagung ein mutmaßlicher Jahresertrag berechnet wird. Die Düsseldorf-Kommission hat dagegen den richtigen Standpunkt eingenommen, daß es bei Arbeitern niemals einen solchen mutmaßlichen Jahresertrag geben kann. Ich bitte die Fraktion, dafür einzutreten, daß dieser Rechtsungleichheit endlich ein Kiegel vorgeschoben wird. (Bravo!)

König-Votum: Wenn es auch sonst nicht üblich sein kann, daß wir in der Partei Leuten, die pflichtgemäß ihre Arbeit tun, unseren Dank abstellen, so ist es in diesem Falle der Fraktion gegenüber wohl doch angebracht. In besonderen habe ich namens der Delegation aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet der Fraktion zu danken für ihre wirksame Vertretung der Vergarbeiterinteressen bei Gelegenheit der Raddobinterpellation und der Bergesekundelle. Ich kann erklären, daß dadurch zweifellos die Wohlrechtsbewegung in unserem Industriegebiet erheblich vorwärtsgeworfen ist. Die Früchte dieses Eintretens werden sich bei den nächsten Landtagswahlen zeigen. Ich glaube bestimmt, daß es auch uns dann möglich sein wird, Vertreter in den preussischen Landtag zu entsenden. Ferner möchte ich die Fraktion daran erinnern, daß der Minister Delbrück seinerzeit erklärt hat, daß zu den Veranlagungsarbeiten auf der Seite Raddob auch Arbeitervertreter hinzugezogen werden sollten. Man hat dann auch einen Knappschäftsältesten vom Vergarbeiterverband und einen vom Gewerksverein christlicher Arbeiter zugezogen, aber nur einmal. Die Fraktion sollte den Minister daran erinnern, daß er sein gegebenes Versprechen einlöst, Anweisung zu geben, daß Arbeitervertreter immer hinzugezogen werden. Wenn man versucht hat, unsere Kritik nach außen hin dadurch abzumildern, daß man Nebaktere unserer Parteiblätter, auch der „Vergarbeiter-Zeitung“, die das Raddobler Unglück besprochen hat, unter Auflage gestellt und verurteilt hat, so weise ich noch darauf hin, daß man niemals wegen des wesentlichsten Punktes, wer die eigentliche Schuld an dem Unglück trägt, Anklage erhoben hat, sondern nebensächliche Punkte herausgegriffen hat. Im übrigen kann ich nur wiederholen, daß wir mit der Tätigkeit der Fraktion durchaus einverstanden sind.

Hierauf tritt die Mittagspause ein. SINGER: Von den polnischen Sozialisten in Berlin ist ein Schreiben eingegangen, in dem sie neben den Wünschen für ein gedeihliches Resultat der Fraktion mitteilen, daß hier in Berlin Bestrebungen gegen den Sprachenparagrafen des Reichsvereinsgesetzes vorgekommen sein sollen. Sie weisen darauf hin, daß in einer Versammlung des 12. Berliner Landtagswahlkreises von dem polnischen Abgeordneten Kulski eine genügende Aufklärung nicht zu erreichen gewesen sei und bitten den Parteitag, auf die deutsche Reichstagsfraktion einzuwirken, daß sie im Reichstag über den Sprachenparagrafen eine Besprechung herbeiführt. Ich halte eine Beschlusfassung hierüber für nicht notwendig, weil ich überzeugt bin, daß die Reichstagsfraktion es als ihre selbstverständliche Pflicht betrachtet, bei der Beratung des Reichstages des Jammers zu den Bestrebungen gegen das Reichsvereinsgesetz und insbesondere den reaktionären Sprachenparagrafen erneut Stellung zu nehmen. Wir haben damals gerade diesen Paragrafen als das ungerechteste, brutaleste Merkmal auf das heiligste Recht eines Volkes angesehen und haben auseinandergesetzt, daß ein Verbot des Gebrauchs der Muttersprache geradezu barbarisch ist. Daß dieses Verbot gegen unseren Willen in das Reichsvereinsgesetz gekommen ist, hat man der damaligen Reichspolizei des Fürsten Bülow, die die Freijünglinge mitmachte,

zu verdanken. Soweit also das Schreiben darauf hinausgeht, daß das Reichsvereinsgesetz, namentlich der Sprachenparagrafen in der bevorstehenden Session im Reichstag Gegenstand heftiger Angriffe und gerechtfertigter Kritik gemacht werden wird, kann ich im Namen des Parteitagessowohl als auch, wie ich glaube, im Namen der Reichstagsfraktion versichern, daß diesem Wunsche des Vereins polnischer Sozialisten genügt werden wird. (Bravo!)

Schluß 1 Uhr. Nachmittags-Sitzung.

Es wird in der Diskussion fortgefahren. Thiele-Halle: Der Anerkennung der Tätigkeit unserer Landtagsfraktion durch Genossen Quard schließen wir uns alle an. Wie erfolgreich die Tätigkeit unserer Landtagsfraktion gegenüber der des geschäftsführenden Ausschusses gewesen ist, ergibt sich schon daraus, daß die Fraktion einen wirklichen Bericht über ihre Tätigkeit hat erstatten können, während das, was der geschäftsführende Ausschuss uns in die Hand gegeben hat, nicht eigentlich ein Bericht genannt werden kann. Aber die Tätigkeit der Landtagsfraktion wird sich noch auf allen Gebieten der Verwaltung vertiefen müssen. Die weiteren Punkte der Tagesordnung werden Gelegenheit geben, verschiedene Anträge an die Fraktion gelangen zu lassen. Hier will ich nur darauf hinweisen, wie dringend notwendig es ist, mit der kritischen Sonde und mit der ganzen Rüstung der Tätigkeit unserer Fraktion eigen ist, die Tätigkeit der Kreis-Ausschüsse, der Kreisbezirke wie überhaupt alle Gebiete der inneren Verwaltung zu beleuchten. Erwünscht wäre es auch, wenn ein kurzes Flugblatt über die Tätigkeit der Landtagsfraktion herausgegeben würde. Dadurch könnte auch das Interesse der Kreise, denen es noch fraglich ist, ob es einen Zweck hat, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen, an den Verhandlungen des Landtages erweckt werden. Unsere Ideen müssen an den bürgerlichen Ideen gemessen werden, und wenn es in Zukunft zu harten Zusammenstößen kommt, so darf unsere Fraktion sicher sein, daß jeder Ordnungsruf, den sie sich im Kampfe gegen die junkerliche Reaktion und die rückständige Bureaukratie zuzieht, draußen im Volk einen freudigen Aufbruch auslöst. (Bravo!)

Vinde-Königsberg: Ich will die Aufmerksamkeit unserer Landtagsfraktion und der Öffentlichkeit auf

ungeheure Mißstände in den Königsberger Forsten hinlenken. Es ist bekannt, daß der Konnenfalter in den Forsten große Verwüstungen angerichtet hat; die fahlgerechneten Bäume müssen schleunigst gefällt werden. Trotz der Arbeitslosigkeit gelang es wegen der geringen Löhne nicht, die notwendigen Arbeitskräfte hierzu zu gewinnen, und deshalb wurden von der Forstverwaltung Agenten aufgefodert, bayerische Waldarbeiter nach Ostpreußen zu bringen! Man versprach diesen einen Verdienst von mindestens 6 M. täglich, und so sind noch am 18. November wieder 150 bayerische Waldarbeiter nach Ostpreußen auf eigene Kosten gekommen. Sie sind zwar vorher gewarnt worden, aber weil sie nicht alle im Verbands der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter organisiert waren, hat die Warnung sie nicht erreicht. Die Forstverwaltung hat für sie Baracken aus feuchtem nassen Holz aufbauen lassen; diese Baracken sind ohne jede Ventilation, ferner sind sie feigbar, aber ohne daß irgend eine Vorkehrung gegen die Feuergefahr getroffen ist. In diesen Baracken liegen 80 Mann wie die Heringe zusammengedrückt in einem Raum, der 12 Meter lang und 4 Meter breit ist! Die Leute liegen in Abständen von 65 Zentimeter übereinander. Die Leute liegen auf Strohhalm, welches die Unternehmer niemals erneuern, des Nachts tropft den Leuten das kalte Wasser ins Gesicht, und in den nassen Kleidern, die sie auch nachts nicht ablegen können, müssen sie tagüber arbeiten. Die Forstverwaltung hat merkwürdigerweise die polizeiliche Genehmigung zum Verlegen dieser Baracken erhalten. Wenn wir über eine Versammlung abhalten wollen, sieht die Polizei erst nach, ob der Raum auch nicht gesundheitsgefährlich ist. Einen Notausgang hat ohne solche Baracke nicht! Wenn Feuer ausbricht, müssen die 80 Mann die Baracke durch eine enge Tür verlassen. Diejenigen, welche oben liegen, haben nicht einmal eine vernünftige Treppe. In drei Fällen ist auch schon Feuer ausgebrochen, so daß die Heizvorrichtung niedergefallen werden mußte. Waschelegenheit ist ebenfalls nicht vorhanden, ebensowenig Trinkwasser. Als die Regierung auf diese Mißstände aufmerksam gemacht wurde, hat der Oberförster den Waldarbeiter, welcher das Gesicht unterzeichnet hat, vor sich geladen und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß hier sozialdemokratische Agitation nicht geduldet würde! Statt

Kleines feuilleton.

Ein „Fall Swilski“ im 17. Jahrhundert. Der weise Ven Aliba soll auch hinsichtlich des Swilski-Prozesses recht behalten, denn schon einmal hat ein Fall, der dem Herrn um das Majorat des Grafen Swilski in seinen Einzelheiten überraschend ähnlich sieht, die Aufmerksamkeit wachgerufen, die höchsten Gerichtsstufen beschäftigt und darüber hinaus der Wissenschaft seinerzeit Stoff zu tiefgründigen Unterredungen gegeben. Während des dreißigjährigen Krieges machte der französische Baron Jérôme Auguste de Mont-Leon eine Reise nach dem Elb. Er war hier bereits vier Jahre von Hause abwesend, als er plötzlich im besten Mannesalter kinderlos starb. Vier Jahre hatte er nachweislich das Schloß seiner Väter und seine junge Ehegattin nicht mehr gesehen. Daher kam es für seine Brüder Adrien und Charles im höchsten Grade überraschend, als sie hörten, das Familienerbe sei durch den Tod des Bruders nicht frei geworden, denn die Baronin erwarte einen gesetzlichen Erben. Das Kind, ein Sohn, kam einige Monate nach dem Tode seines angeblichen Vaters zur Welt und erhielt in der Taufe dessen Namen. Die getauften Brüder riefen das Gericht an, das ihnen, da das Gesetz der Zeit die längste Möglichkeit der Schwangerschaft auf elf Monate einschränkte, ohne weiteres Recht gab und den vorgeblichen Erben der Baronin als Scharfard erklärte.

Die Witwe appellierte an das Parlament zu Grenoble und erreichte, daß diese höchste Richterinstanz den Prozeß auf breiterer Grundlage aufrollte. In den Verhandlungen erklärte nun die Baronin, daß sie allerdings schon vier Jahre vor seinem Tode ihren verstorbenen Gemahl nicht mehr leibhaftig gesehen habe. Eines Nachts aber sei er ihr im Traume erschienen und bis zum Morgen bei ihr geblieben. Das Erlebnis habe ihr einen so starken Eindruck gemacht, daß sie es sofort am anderen Morgen befreundeten Damen erzählt habe. Bald darauf habe es sich gezeigt, daß der lebhafteste Traum Folgen zeitigt habe. Der Witwe wurde daraufhin ein Eid geschworen, daß sie niemals Ehebruch getrieben habe, den sie, wie die Chronisten berichten, freimütig auf Leben und Sterben leistete.

Das Parlament zu Grenoble kam zu der Überzeugung, daß ein Naturwunder vorliegen könne, und ordnete Sachverständigenvernehmung an. Verdächtige Hebammen wurden gehört, ob sie eine Verleumdung durch falsche Traumbeschreibungen für möglich hielten. Sie erklärten die Angaben der Baronin nicht nur für „eine unmögliche Sache“, sondern wußten bezeichnenderweise aus ihrer Praxis ähnliche Beispiele aufzuführen. Das Parlament hielt sich aber für verpflichtet, auch die medizinischen Autoritäten von Montpellier zu vernehmen. Die Witwe der Fakultät, die bedeutendsten Ärzte Frankreichs bestätigten die Angaben der weisen Frauen in vollem Umfange und fügten hinzu, es sei der Wissenschaft längst bekannt, daß ähnliche Fälle in den Harem des Orients, wo jeder Betrug ausgedehnt sei, keineswegs zu den Seltenheiten gehören. Daraufhin ließ das Parlament das Urteil der ersten Instanz um und bestätigte den Scharfard in seiner Legitimität, seinem Rechten und seinem Namen. Die ganze

öffentliche Meinung hatte Partei für ihn genommen und begrützte die Sentenz, die am 18. Februar 1687 gefällt wurde, mit lautem Jubel. Nur die beiden abgewiesenen Brüder waren nicht zufrieden und verfolgten ihre Sache weiter. Sie riefen die Sorbonne, das höchste gelehrte und in moralischen Fragen unfehlbare Gericht Frankreichs an und hatten hier Erfolg. Die Sorbonne war zwar der Ansicht, daß der Baronin ein Betrag oder Ehebruch nicht nachgewiesen worden sei. Auch wollte sie keineswegs mit ihrem Urteil aussprechen, daß die Sache wider die Natur liege und daß die Hebammen oder die Fakultät von Montpellier sich in der Möglichkeit der Traumbefruchtung geirrt hätten. In Anbetracht aber, daß der hochgelobten Jungfrau Maria eben dergleichen Einbildungen angedichtet werden könnten und daß jede ehrverleumende Dirne sich solch ein Urteil zum Vorwand der größtmöglichen Schwindelantei nehmen könnte, stieß die Sorbonne die Sentenz des Parlaments um und erklärte den angeblichen Baronserben für einen Scharfard, der kein Recht auf seinen Namen und auf das Familienerbe der Mont-Leons habe.

Das Ende des „Märchens vom Mars“? Aus London wird berichtet: Die phantastischen Schilderungen von den lebenden Bewohnern des Mars und ihren gewaltigen Raumfahrten sind zu Ende. In der letzten Sitzung der englischen Astronomischen Gesellschaft hat der Leiter des Greenwich-Observatoriums E. W. Maunder erklärt, daß auf dem Mars Kanäle nicht existieren und daß alle Geschichten von den Marsbewohnern nichts anderes sind als phantastische Einbildungen. Es wurden die neuen Marsphotographien vorgelegt, die der bekannte amerikanische Astronom Prof. Hale jetzt von seinem Observatorium auf dem Mount Wilson in Kalifornien mit Hilfe seines großen 80zölligen Teleskops gewonnen konnte. Die Kanäle treten auf diesen Photographien nicht auf, so bemerkte der englische Gelehrte trocken; die Erklärung dafür ist, daß das Teleskop zu stark war, um sie wiederzugeben. Die neuen Photographien bedeuten einen gewaltigen Fortschritt gegen alle bisher möglichen Marsaufnahmen, aber von den Kanälen ist nichts geblieben. Sie erklären sich als optische Täuschungen, die dadurch entstehen, daß durch die Konstellation dunkler Flächen auf der Marsoberfläche das Auge Kanäle wahrzunehmen glaubt. Einen wirklichen Grund zu der Annahme, daß diese Erscheinungen an der Marsoberfläche ein Werk künstlicher Arbeiten seien, hat es nie gegeben. Nur das Sensationelle des Gedankens konnte es möglich machen, daß die phantastische Annahme so viel diskutiert wurde. Es ist gut für die Wissenschaft, daß diese Idee nun endgültig beseitigt ist.

Theater.

Freie Volksschule (im Neuen Schauspielhaus): „Traumulus“ von Arno Holz und Oskar Zeisler. Der von Hans Siebert feilsch tief vermenslichte Gymnasialdirektor Klemmer ist das Muster eines gutgläubigen Pädagogen. Für die ihm unterstellte Jugend geht er ins Feuer, wenn's sein muß. Im Prinzip hat er recht; doch das Resultat straft ihn. Die Jungen bewußtlos machen ihn, unterhalten eine geheime Anwerberbindung und vollführen sonst allerhand Schülerräusche. Klemmer sieht und hört von alledem nichts. Als ihm der Landrat darüber

Mitteilung macht, will er's nicht glauben. Wie er die Beweise hat, wird er hart und rücksichtslos gegen seinen Lieblingschüler Kurt v. Heßlig. Kurt ist ein verführter, im Grunde gutartiger Jüngling. Er läßt nun aus Angst, und weil ihm des Direktors verzeihendes Wohlwollen den Mund verfährt. Hätte er z. B. Zeit gefunden, sein glühendes Vergehen zu beichten, so wäre's keine Komödie mit tragischem Ausgang geworden. Das gibt der Handlung des Stüdes einen ästhetischen Bruch, denn man ahnt schon, der Junge wird sich das Leben nehmen. Einen tragischen Verlauf kann dieser Dumme-Jungenstreich haben; notwendig ist's nicht. Die Verfasser jedoch operieren mit der Romanität des Lebenswahrscheinlichen, wie mit dem Lehrbeispiel von der „Duplizität der Ereignisse“. Mehr nämlich als ein Zufallsfall, richtiger ein läßlich-logisches Experiment ist das lockere Leben in der Familie des ehrenwerten Direktors — was die gefällige Frau und den Bindhund von Sohn aus erster Ehe angeht — auch nicht. In dieser Zusammenloppelung gewinnt es an Realität und spitzt sich wirksam dramatisch zu. Die Anspielereien der Penaler im Padofenkeller ist ein hübscher operettenthafter Einschlag. Gut exekutiert, wird er, was er sein soll: eine gar g'ipphige Gaudi. Die darstellerische Wiedergabe des Stüdes verdient das Prädikat: zufriedenstellend, nichts mehr, nichts weniger. o. k.

Musik.

Die Volksooper war am Silvesterabend der Schowplaf eines neuen Experiments. Herr Direktor Mitteri scheint eine Verlebe für theatrale Pöhl zu haben. Besonders glücklich fiel diesmal der Versuch nicht aus. Immerhin ist es, weil typisch für die Verinnerlichung unserer Zeit, interessant, an dem Beispiel des da zur Aufführung gelangten Märchenstücks „Der Kampf um Schneewittchen“ (von Mich. Wolff, Musik von Cl. Schmalstich) zu erkennen, wie sehr die Rivalität des Schaffens gerade auch unserer modernen Märchenpoeten abhanden kommt. „Modern“ und „Märchenpoet“ — größere Gegensätze sind ja obnehm nicht denkbar. Für „Groß und Klein“ vermögen unsere Märchenpoeten überhaupt nicht mehr zu dichten. Diese Vorpiegelung falscher Tatsachen hätte sich der Verfasser, der noch dazu von Beruf Jurist sein soll, lieber ersparen sollen. Vielmehr handelt es sich bei diesem Kampf um Schneewittchen — aus dem natürlich der Himmel herabherab hervorgeht, während die Hölle das Nachsehen hat — im Grunde lediglich um einen juristischen Kommentar zu dem alten Märchen von Schneewittchen und den sieben Zwergen. Das schwülstige, antialtrantantane Gerede des Vorspiels zwischen Petrus und dem Teufel fehlt in der Buchausgabe — zum Glück, und ein noch größeres Glück ist es, daß wenigstens die Musik, die Clemens Schmalstich zu diesem Märchenwortspiel geschrieben hat, einen heiter dahinströmenden, echt kindlichen Charakter trägt. Gerade in ihrem ungezügelmessigen Verzicht auf Originalität und Mystik liegt ihr Wert. Dabei zeigt sich Schmalstich — wie auch schon in früheren Märchenpartituren — als ein sehr geschickter Instrumentalist. Wenn nur das gute Orchester der Volksooper mehr auf die Intentionen des dirigierenden Komponisten eingegangen wäre! ... Neberhaupt sollen die Regie bestrebt zu sein, das „Es war einmal“ bei der Besetzung deutlich, abzu deutlich zu unterstreichen. Da hörte man Stimmen von einer geradezu fabelhaften Abgejungenheit! ... A. N.

Hilfe zu schaffen, hat man jede Parade mit drei Redolven versehen, damit man die Waldarbeiter, falls sie unheimlich werden, niederknallen kann! (Hört! hört!) Infolge jener Zustände sind vor Weihnachten schon 14 Waldarbeiter krank geworden und mühen in das Tappauer Krankenhaus aufgenommen werden. Einer davon ist bereits gestorben. Wer irgendwie aufkommt, wird entlassen, und der Lohn wird ihm nicht ausgezahlt, so daß die Leute mittellos dastehen und nicht in die Heimat zurückreisen können. Einem Arbeiter, der mündlich beim Regierungsschreiber vorstellte, antwortete dieser: „Es ist ja

Eure eigene Dummheit, daß Ihr nach Ostpreußen gekommen seid!

Die Regierung geht das nichts an, wenden Sie sich an Ihren Unternehmer.“ Die Unternehmer werden von der Regierung noch unterstützt; sie erhalten für das Auszahlen der Löhne 3 Proz. und verdienen in 14 Tagen 140 bis 170 M., während der Arbeiter nur 3 M. bis 3,50 M. Lohn erhält. Ich bitte unsere Landtagsfraktion, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit, und zwar sobald als möglich, den Minister zu fragen, ob ihm diese Zustände bekannt sind. (Bravo!)

Vorgmann-Berlin: Ich habe die Absicht, auf einige Neuerungen, die in der Diskussion gefallen sind, einzugehen. Die Anregung des Genossen Quard, die Frage der Straßenarbeiter im Landtag zu erörtern, ist durchaus dankenswert. Wenn es bisher noch nicht geschehen ist, so liegt es in der Natur der Dinge, da noch eine große Zahl anderer Fragen ebenfalls der Erledigung harret. Wie in der Fraktion hegen den dringenden Wunsch, daß uns aus den Reihen der Parteigenossen im Lande mehr Material als bisher zugehen möge. Da wir jetzt in der Fraktion eine Einrichtung getroffen haben, die es uns ermöglicht, alles Material zu sichten, so sind wir imstande, auch alles, was uns zugeht, gegebenenfalls zu verwenden. Gegenüber der Anregung, daß wir uns der Frage des Koalitionsrechts einmal ernstlich annehmen möchten, muß ich bemerken, daß mein Kollege Reinert diese Frage bei den Debatten über die Vergesellschaftung und auch beim Eisenbahnrat sehr eingehend behandelt hat. Selbstverständlich muß die Frage des Koalitionsrechts auch künftig bei jeder Gelegenheit zur Erörterung gezogen werden.

Wenn ferner darauf hingewiesen worden ist, daß bei der Steuerbelastung seitens der Steuerverwaltung mit außerordentlich unglaublicher Härte vorgegangen wird, so ist das in Preußen ja immer Brauch gewesen. Die Handhabung der Steuerergesse wird nicht anders werden, ehe nicht die Landesvertretung auf Grund eines anderen Wahlgesezes zustande kommt. Zu welchen Verhältnissen es bei uns kommt, dafür nur ein Beispiel: Bei der Beratung des Lehrerbefoldungsgesezes handelte es sich darum, die Staatszuschüsse den Gemeinden zu entziehen bzw. sie einzeln zu belassen, soweit sie leistungsfähig sind. Da richtete der Abgeordnete Freiherr v. Nitzsch an die Regierung die Frage: wie die Leistungsfähigkeit festgestellt werden solle. Wenn z. B. jemand ein Einkommen von 10000 M. beziehe, so wäre es hart, wenn diesem auch die 700 M. Zuschuß entzogen würden; denn ein solcher Mann könne doch keineswegs zu den „Leistungsfähigen“ gerechnet werden. Die Regierung erklärte: daß sie „natürlich“ einen solchen Mann nicht zu den Leistungsfähigen rechnen wolle! Wenn Sie sich nun vergegenwärtigen, wie die Regierung selbst die Kleinsten Einkommen zur Steuer heranzieht und auf der anderen Seite jemand, der 10000 M. Einkommen bezieht, nicht zu den leistungsfähigen Personen rechnet, dann werden Sie erkennen, wie ungerecht bei uns vorgegangen wird.

Weiter ist hier die Frage der Zusammensetzung der Kreis- und Bezirksausschüsse aufgeworfen worden. Diese Frage ist eigentlich das A und O der ganzen Verwaltung in Preußen. Solange die Verhältnisse so bleiben wie sie jetzt sind, wird eine Besserung in Preußen nicht herbeigeführt werden können. Unsererseits hat es in dieser Beziehung an einer scharfen Kritik nicht gefehlt. Wir haben es selbst besprochen, daß die Kreis- und Bezirksausschüsse, wie von gegnerischer Seite behauptet wird, Selbstverwaltungskörper sind, und haben erklärt, daß sie nichts anderes als Marionetten in der Hand der Regierungspräsidenten seien. Die Kreis- und Bezirksausschüsse sind so gegliedert, daß alle oppositionellen Elemente sofort wieder ausgeschieden werden können, sobald sie sich irgendwo gezeigt haben.

Endlich ist hier hingewiesen worden darauf, daß die süddeutschen Forstarbeiter nach Ostpreußen gelodt und dort in unerhöhrter Weise ausgebeutet werden. Wir sind dankbar dafür, daß wir darauf aufmerksam gemacht worden sind; wir werden diese Dinge im Landtag beim Fortschritt besprechen. Das ist aber nicht das einzige, was der Verwaltung zum Vorwurf gemacht werden kann. Die Wirtschaft in der Forstverwaltung spottet jeder Beschreibung. Eine ganze Reihe von Forstämtern, die wir von Forstern erhalten haben, weißt darauf hin, wie erbärmlich die Arbeiter behandelt werden, und betont, daß mit Rücksicht auf eine wesentliche Besserung der Lage der Waldarbeiter in den Staatsforsten herbeigeführt werden könne. Heute wird die Verwaltung in einer Weise betrieben, daß die Forsten Bergnützungstätten für eine ganze Reihe von höheren Beamten sind. Das bedeutet eine Korruption im schärfsten Sinne des Wortes.

Die Landeserhebungen, die uns Abgeordneten zuteil geworden sind, sind wohl in der Hauptsache auf die Stimmung im Lande zurückzuführen und nicht auf unsere verhältnismäßig geringen Leistungen. Es lag und liegt in der Natur der Dinge, daß wir sechs Abgeordnete im Landtage keine große Tätigkeit entfalten konnten. Aber soweit wir es vermochten, haben wir alles versucht, unseren Anschauungen Geltung zu verschaffen. Auch in Zukunft wollen wir in derselben Weise tätig sein. Aber wesentlich leichter werden wir unsere Aufgabe lösen können, wenn uns aus dem Lande heraus die notwendige Unterstützung zuteil wird. Ich glaube, es wird nicht schwer halten, aus allen Teilen des Reiches uns die Mittel zuzuwenden, damit wir eine noch weitere ersprießliche Tätigkeit im Landtage entfalten können. (Lebhafte Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Reimann (Schlußwort): Nach den Ausführungen von Vorgmann und nach der Tatsache, daß ich mit meinem Referat Ihre Zeit und Ihre Geduld schon länger in Anspruch genommen habe, als ich es selber beabsichtigt hatte, und der ferneren Tatsache, daß uns in der Diskussion ja nur Anregungen gegeben worden sind, die wir nach besten Kräften zu verwirklichen bestrebt sein werden, glaube ich, den Dank, den die Fraktion Ihnen für Ihre freundliche Zustimmung zu unserer bisherigen Tätigkeit schuldet, nicht besser zum Ausdruck bringen zu können, als indem ich auf ein Schlußwort verzichte. (Bravo!)

Die Resolution Quard:

Der dritte Preuentag spricht der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses seinen Dank und seine Freude über ihre Tätigkeit im Dreiklassenhaushalt aus und erweist die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, in gleich mannhafter Weise wie bisher die Interessen der werktätigen Bevölkerung gegen die Junker- und Pfaffenmehrheit zu vertreten.

wird einstimmig angenommen.

Bevor nunmehr zunächst das Referat zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Das Kommunalprogramm für Preußen,

entgegengenommen wird, teilt

Singer mit, daß die Kommission, die eingesetzt war, einen Entwurf zu bearbeiten, infolge der Anregungen, die in der Presse zu ihrem Entwurf gegeben worden sind, den gestrigen Tag noch einmal zu einer Sitzung benutzt hat, wobei sie zu einigen Änderungen ihres Entwurfes gekommen sei. Der Entwurf lautet nunmehr:

Antrag 24 zu Punkt:

Das Kommunalprogramm für Preußen:

Entwurf eines Kommunalprogramms für die Sozialdemokratische Preußen.

(Kommissions-Entwurf.)

In Uebereinstimmung mit der von dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Bremen 1904 beschlossenen Resolutionen steht die sozialdemokratische Partei auf dem Standpunkt, daß nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungsaktivität frei gemacht werden kann, welche die Wohlfahrt aller gleichmäßig fördert.

Zur Erreichung dieses Zieles sind auf dem Gebiete der Gesetzgebung durchgreifende Änderungen erforderlich, die den Gemeinden eine ersprießliche Tätigkeit zum Wohle der Gesamtheit ermöglichen. Aber auch unter den heutigen Gesezen ist der Wirkungsfreis der Gemeindepolitik mehr und mehr im Sinne kommunaler Sozialpolitik in der Richtung des Sozialismus auszugestalten.

Die sozialdemokratische Partei Preußen fordert daher:

A. Von der Gesetzgebung:

I. (Verfassung.) Unter Aufhebung aller zürzeit in Preußen geltenden Stadt- und Landgemeindeordnungen für den gesamten Umfang des Staates eine einheitliche Gemeindeordnung auf folgender Grundlage:

- a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime, von dem Bezug öffentlicher Unterstuhungen unabhängige Wahlen nach dem System der Verhältniswahlen; Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts; Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes; Einkammerstystem; Gewährung von Diktanden an die Gemeindevertreter; Straflosigkeit für Äußerungen in Ausübung ihres Amtes; zweijährige Mandatsdauer.
- b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsaftes der Gemeinden, Prüfung ihrer Geschäftsfähigkeit durch die ordentlichen Gerichte, Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden sowie des Befähigungsrechts der Aufsichtsbehörden gegenüber Organen, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung bestellt sind.

II. (Polizei.) Uebertragung der Ortspolizei auf die Gemeinden zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit.

III. (Finanzwesen.) Dedung des Gemeindebedarfs durch progressiv gestaltete Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer; Erhebung von kommunalen Zuschlägen zur Ergänzungsteuer; Verbot der Erhebung von indirekten Steuern durch die Gemeinden; Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten, Geistlichen, Lehrer und Offiziere.

IV. (Bildungswesen.)

- a) Weltlichkeit der Schulen, sachmännische Schulaufsicht.
- b) Einführung der obligatorisch zu besuchenden konfessionslosen Einheitschule mit gemeinsamem Unterbau und einem nach den verschiedenen Bildungszielen gegliederten Oberbau.
- c) Regelung der Schulpflicht.
- d) Uebernahme sämtlicher Schullasten auf den Staat.
- e) Uebertragung der gesetzlich zu regelnden Verwaltung auf die Gemeinde.
- f) Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für alle jungen Leute beiderlei Geschlechts bis zum Alter von 18 Jahren.

V. (Gesundheitspflege.) Erlass eines Gesezes über die öffentliche Gesundheitspflege auf Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung.

VI. (Sozialpolitik.) Unterstellung sämtlicher für die Gemeinde beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten unter die Gewerbeordnung. Ausdehnung der Arbeiterversicherungsgeseze auf die in Gemeindebetrieben tätigen Personen.

B. Von den Gemeinden.

I. (Wahlrecht.) Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage, Aufhebung bzw. Herabsetzung des Bürgerrechts auf das gesetzliche Mindestmaß, Ermäßigung des Zensus auf das gesetzliche Mindestmaß.

II. (Finanzwesen.) Dedung der Ausgaben der Gemeinde durch Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer, durch Einführung einer Wertwachsteuer auf Grund und Boden, durch Besteuerung des Grund und Bodens nach dem gemeinen Wert unter stärkerer Belastung des baureifen unbebauten Grund und Bodens, eventuell durch Umsatzsteuer beim Verkauf von Grundstücken, durch Erhebung von Gebühren für die Benutzung der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden. Von der Gewerbesteuer sind, solange sie nicht durch Gesetz beseitigt ist, diejenigen Gewerbebetriebe, deren Ertrag im wesentlichen auf der persönlichen Arbeit des Gewerbetreibenden beruht, zu entlasten.

III. (Bildungswesen.)

- a) Solange die Einheitschule nicht erreicht ist, fortschreitenden Ausbau der Volksschule und besondere Berücksichtigung der weniger Befähigten und der Begabten. Ausgestaltung aller Schulsysteme, die den Ausbau der Volksschule hemmen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Vermittel. Bau und Unterhaltung der Schulhäuser (Turnhallen, Spielplätze, Schulbäder, Schulgärten usw.) sowie Festsetzung der Klassenfrequenz und der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundbedürfnissen der Schullhygiene und Pädagogik. Pflege des Körpers in der Schule durch allgemeine Einführung von Turn- und Schwimmunterricht.
- b) Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Schüler durch Schulärzte (auch Spezialärzte) und Bereitstellung ärztlicher Hilfe für die krank befundenen Schulkinder auf Kosten der Gemeinde. Einrichtung und Unterhaltung von Ferienkolonien. Speisung ungenügend ernährter Schulkinder. Einrichtung von Schulwärmestuben und Schulküchen.
- c) Schaffung von Kindererzieherinnen für noch nicht schulpflichtige Kinder und von Kindererzieherinnen für Schulkinder, die der häuslichen Beaufsichtigung entbehren; Beratung der Schüler bei der Berufswahl.
- d) Ermöglichung des Besuchs der höheren Schulen für alle befähigten Kinder.
- e) Obligatorischen Fortbildungsschulunterricht für männliche Arbeiter unter 18 Jahren sowie für weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren. Erteilung des Fortbildungsschulunterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit. Erweiterung des Fachunterrichts. Hauswirtschaftlichen Unterricht für Mädchen.
- f) Einrichtung und Betrieb von Volksbibliotheken und Lesehallen sowie von Anstalten für Volksunterhaltung und -erlebung.

IV. (Wohnungsfrage.)

- a) Erwerbung von möglichst umfangreichem Grundbesitz durch die Gemeinden.
- b) Festhaltung und Aufschließung des Grundeigentums durch Straßen, Plätze und Verkehrsanlagen.
- c) Beobachtung der volkshygienischen, sozialpolitischen, wirtschaftlichen und ästhetischen Momente bei Aufstellung des Bauungsplans mit dem Ziel, in den Wohnquartieren eine größere Weiträumigkeit der Wohnung zu sichern, die Mietkassernen zu bekämpfen und den Kleinbau zu fördern.
- d) Abstufung der Bauweise unter Berücksichtigung der volkshygienischen und sozialpolitischen Momente, insbesondere in den Wohnquartieren; daher eine größere Beschränkung der Häuserhöhe, der Zahl der Stockwerke und des Ueberbauungs-

grades der Grundstücke. Festsetzung einer Minimalgröße für Wohn- und Schlafräume.

- e) Erhaltung des Gemeindebesitzes. Verwendung von Gemeindegeldern zur Errichtung von Wohnhäusern mit Wohnungen, die allen Anforderungen der Volkswohlfahrt entsprechen und der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, zu Mietpreisen zur Verfügung zu stellen sind, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des angewendeten Kapitals sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Ansatz gebracht werden. Eventuell Vergebung des Grund und Bodens der Gemeinde im Erbbaurecht.
- f) Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern mit den besonderen Aufgaben der Wohnungsstatistik, Wohnungsvermittlung und Wohnungsinpektion.
- g) Errichtung von Ledigenheimen.

V. (Gesundheitspflege.)

a) Zur Erhaltung der Gesundheit:

1. Schaffung von Gesundheitsämtern.
2. Uebernahme des Reinigungswezens (Kanalisation, Müllabfuhr, Straßenreinigung, öffentliche Bedürfnisanstalten) in die Regie der Gemeinde.
3. Hygienisch einwandfreie Trinkwasserbereitung und Entwässerung.
4. Kontrolle und Regelung des Nahrungsmittelverkehrs durch Schaffung von Einrichtungen zur Untersuchung von Nahrungsmitteln (Mischkontrolle, Fleischschau, Nahrungsmitteluntersuchungsämter), durch Einrichtung und Betrieb von Märkten und Markthallen, von Vieh- und Schlachtböden, durch Uebernahme der Produktion und des Verkehrs von Nahrungsmitteln (Mischversorgung, Pädereien, Schlachtereien, Speisehäuser) auf die Gemeinden.
5. Errichtung öffentlicher Bäder, Spielplätze, Turnhallen, öffentlicher Anlagen, Parks und dergleichen.

b) Zur Bekämpfung der Krankheiten:

1. Bau und Betrieb von Krankenhäusern zur unentgeltlichen Benutzung aller Angehörigen der Gemeinde, insbesondere Bau und Betrieb von Trinkerheilstätten, Jrenanhalten, Lungenerkrankten, Heimstätten für Lungenerkrankte, Wald- und See-Heilungsstätten für Kinder und Erwachsene, Uebernahme des Krankentransports und des Rettungswesens.
2. Einrichtungen zum Schutze der Frauen während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. (Heimstätten für Schwangere, Entbindungsanstalten, Wöchnerinnenheime.) Unentgeltliche Geburtshilfe und Vereinfachung von Hauspflege durch die Gemeinden. Gewährung von Unterstützungen an hilfbedürftige Schwangere und Wöchnerinnen, insbesondere auch zur Förderung des Selbsthilfens.
3. Errichtung von Säuglingsasylen und Säuglingsfürsorgestellen.
4. Unentgeltlichkeit der Desinfektion.
5. Uebernahme der Apotheken in den Gemeindebetrieb.

c) Bestattungswesen.

Uebernahme des gesamten Bestattungswesens in Gemeindebetrieb. Obligatorische Einrichtung und Benutzung von Leichenhäusern. Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens. Errichtung von Krematorien.

VI. (Wirtschaftspflege.)

Alle gewerblichen Betriebe der Gemeinde, insbesondere Beleuchtungs-, Verkehrs-, Wärme- und Kraftzeugungsanstalten, Lagerhäuser, Publikationsanstalten, sind der Privatbesitzung zu entziehen und auf eigene Rechnung der Gemeinden zu errichten und zu betreiben. Monopolspreise sind zu bekämpfen. Wegen möglicher Ueberschüsse, die nur eine Gebühr darstellen, ist nichts einzuwenden.

VII. (Regiebetrieb.)

Errichtung von Gemeindebetriebsämtern und Ausführung der Gemeindearbeiten möglichst durch diese Ämter in eigener Regie.

VIII. (Submissionswesen.)

Vergebung der Gemeindearbeiten und Lieferungen nur an solche Unternehmer, die sich vertraglich verpflichten, diese in eigenen gewerblichen Betrieben — unter Ausschluss jeglicher Heimarbeit — anfertigen zu lassen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der von ihnen beschäftigten Arbeiter in Gemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen festzusetzen und das Koalitionsrecht der Arbeiter zu wahren. Strikte Ablehnung der von den Unternehmern verlangten Aufnahme einer Streik Klausel in die Werks- oder Lieferungsverträge.

Verbot der Uebertragung von Arbeiten oder Lieferungen für die Gemeinde an Mitglieder der Gemeindevertretung, sowie Verbot der Beteiligung von Gemeindevertretern an gewerblichen Unternehmungen, die in einem Vertrags- oder Lieferungsverhältnis zur Gemeinde stehen.

IX. (Sozialpolitik.)

a) Allgemeine Sozialpolitik.

1. Ausbau des von den Gemeinden zur ordnungsgemäßen Regelung übertragenen Arbeiterschutzes.
2. Einrichtung von Arbeitsämtern als Zentralkstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftsverteilung und der Ueberwachung der sozialpolitischen Gekbarung der Gemeindeverwaltung.
3. Vereinfachung von Notstandsarbeiten durch zweckmäßige Verteilung der Gemeindearbeiten auf die Jahreszeiten und durch Vereinfachung geeigneter Gemeindearbeiten für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Einrichtung von Arbeitslosenunterstützungsstellen zur Förderung und Ergänzung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge.

b) Spezielle Sozialpolitik.

Bemessung der Löhne für die im Gemeindeauftrag beschäftigten Arbeiter und Beamten nach gewerkschaftlichen Sätzen. Bildung von Lohnklassen und Lohnstufen nach der Dienstdauer, Einführung einer Arbeitszeit von nicht länger als acht Stunden täglich. Gewährung einer wöchentlichen Ruhepause von 36 Stunden. Einbeziehung von Arbeiter- und Beamtenauschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindegewerkschaft; Bildung dieser Ausschüsse auf Grund allgemeiner, direkter und geheimer Wahlen. Aufstellung von allgemeinen Arbeitsbedingungen und Arbeitsbedingungen unter Heranziehung dieser Arbeiterauschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. Gewährung eines Ferienurlaubs an die Gemeindearbeiter unter Fortbezug des Lohnes. Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld in Krankheitsfällen. Weiterzahlung des Lohnes bei militärischen Ueberungen und kürzerer Verweilens gemäß § 616 des Bürgerlichen Gesezbuches. Gewährung eines Ruhegeldes bei Invalidität und einer Witwen- und Waisenerziehung nach erfolgtem Ableben des Arbeiters bzw. Unterbeamten ohne Abzug der Renten aus der Reichsarbeiterversicherung. Gewährleistung voller Koalitionsfreiheit an die Beamten und Arbeiter der Gemeinde. Gewährung von Unfallrenten an alle Verletzten oder deren Hinterbliebenen, die im Kommunaldienst oder in Anstalten oder bei Veranstellungen zu religiösen, wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, zu Zwecken der Kunst, der Wissenschaft, der Gesundheitspflege und Lebensübung verunglückt sind.

X. (Armen- und Waisenspflege.)

Weltlichkeit der Armen- und Waisenspflege, weitgehende Heranziehung ehrenamtlicher Elemente, insbesondere der Frauen; Gewährung ausreichender Unterstützungsätze; Individualisierung der offenen Armenpflege, Errichtung von Waisenhäusern sowie von Versorgungsanstalten für die körperlich hilfbedürftigen Armen. Errichtung von Obdachlosenanstalten und Wärmehallen ohne polizei-

liche Kontrolle. Waisen-, Kostkinder- und Fürsorgezöglingspflege nach erzieherischen und gesundheitlichen Grundfragen, insbesondere ärztliche Überwachung der Kostkinder durch besondere Ärzte und besonderte Pflegerinnen mit entsprechender Vorbildung. Einführung der freien Arztwahl und Anstellung von Spezialärzten im Armen-Dienst. Einführung der Generalvormundschaft.

#### XI. (Zweckverbände.)

Schaffung von Zweckverbänden zur Durchführung gemeinnütziger Unternehmungen, für welche die Mittel der einzelnen Gemeinden nicht ausreichen.

#### Das Wort zum Referat über

#### Das Kommunalprogramm für Preußen

erhält der Berichterstatter

Paul Pirsch:

Parteigenossen und Genossen! Die letzte Gemeindevertreterkonferenz für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg hat die Notwendigkeit der Schaffung eines einheitlichen Kommunalprogramms für ganz Preußen eingesehen und eine Kommission eingesetzt, der sie den Auftrag erteilte, ein solches Programm auszuarbeiten und der Beschlußfassung dieses Preuentages zu unterbreiten. Die Kommission hat zu ihren Beratungen Genossen aus allen Landesteilen Preußens hinzugezogen; sie hat den Entwurf ihres Programms, der einstimmig von ihr angenommen wurde, bereits vor mehreren Monaten veröffentlicht und gleichzeitig die Genossen ersucht, ihre Wünsche zu diesem Programm zu äußern. Die Kritik in der Presse hat freilich etwas spät, aber immerhin doch noch in recht umfangreichem Maße eingeleitet. Die Kommission sieht nun nicht etwa auf dem Standpunkte, daß das, was sie der Öffentlichkeit unterbreitet hat, der Weisheit letzter Schluß ist. Wir haben vielmehr, wie Singer bereits bemerkt, gestern noch einmal alle Anträge, nicht nur die zum Parteitag gestellten, sondern auch die Anregungen, die in den verschiedenen Preharkikeln gegeben waren, eingehend geprüft. Einen ganz erheblichen Teil dieser Anregungen und Anträge haben wir berücksichtigt und in den Entwurf hineingearbeitet, so daß also das, was ich jetzt namens der Kommission vor Ihnen zu vertreten habe, nicht mehr der ursprüngliche Entwurf ist, sondern ein vollkommen neuer, der allerdings auf der Grundlage des ursprünglichen aufgebaut ist.

Wir haben zunächst eine Zweiteilung des Programms für notwendig gehalten, und zwar in einen Teil, der die Forderungen an die Gesetzgebung enthält, und in einen zweiten Teil, der diejenigen Forderungen enthält, die unsere Gemeindevertreter bereits innerhalb der heutigen Besesse an die Gemeindevertretungen zu stellen berechtigt sind. Eine solche Trennung erschien uns hauptsächlich aus praktischen Gründen notwendig. Wir wissen ja alle, daß unsere Genossen in den Gemeindevertretungen die Besesse nicht so gut kennen, daß sie in jedem einzelnen Falle wissen, ob eine Forderung, ein Antrag, den sie stellen, die Forderung eines Gesetzes zur Voraussetzung hat, und daß passiert es leider sehr oft, daß unsere Gegner nicht gezwungen werden können, Farbe zu bekennen, bestimmte Stellung zu einem Antrag zu nehmen, sondern daß sie sich hinter formalen Bedenken verschließen, indem sie erklären: Diese Forderung gehört nicht zur Zuständigkeit der Gemeindevertretung! Diesen Einwand den Gegnern zu nehmen, dazu wollen wir unseren Genossen die Möglichkeit in die Hand geben.

Selbstverständlich konnten wir unter die Forderungen an die Gesetzgebung nicht all das aufnehmen, was wir von der Gesetzgebung fordern. Das wäre ein vollkommenes Programm für Preußen geworden und würde unsere Befugnisse weit überschreiten, es würde auch weit übergreifen in das, was die anderen Referenten, namentlich Genosse Liebknecht, Ihnen vorzuführen haben. Wir mußten uns auf die Besesse beschränken, die geändert werden müssen, um bestimmte Forderungen in den Kommunen zu erreichen, und zwar hatten wir dabei nicht nur staatliche Besesse, sondern auch eine Reihe von Reichsgesetzen im Auge. Es sind ja in der Presse von keiner Seite Bedenken gegen die Zweiteilung erhoben worden.

Ein Bedenken, das von verschiedenen Seiten geltend gemacht wurde, geht dahin, daß der Entwurf viel zu lang sei. Was ist, aber andererseits darf man nicht vergessen, daß selbst die Kritiker, die die Länge des Entwurfs bemängelt haben, ihrerseits eine Reihe von Anträgen gestellt haben, deren Aufnahme das Programm vielleicht um das Doppelte verlängern würde! (Sehr richtig!) Die Kommission hat sich einer weisen Mäßigung befleißigt; sie glaubt die goldene Mittelstraße eingeschlagen zu haben mit dem Entwurf, den sie unterbreitet, der allerdings etwas ausführlicher ist, aber trotzdem nicht zu lang. Diejenigen Genossen, die sagen: „Der Entwurf enthält nicht alles, wir müssen noch viel mehr haben“, mögen sich gesagt sein lassen, daß der Entwurf kein Nürnberger Trichter ist, mit dem man unseren Genossen die ganze Weisheit eintrichtern könnte. Wir können nur Grundzüge geben, alles andere muß Sache der in den Gemeindevertretungen tätigen Genossen sein, die die Pflicht haben, sich eingehend mit den kommunalen Fragen zu befassen. Die Möglichkeit dazu ist ihnen geboten, an Literatur darüber fehlt es nicht. Im übrigen hat die Kommission nichts dagegen, wenn der Parteitag beschließt, daß noch ein besonderer Kommentar zu unserem Programm herausgegeben wird.

Von einem Kritiker, auf den alle Mitglieder der Kommission sehr viel geben, weil er auf dem Gebiete der Kommunalpolitik eine anerkannte Autorität ist, vom Genossen Dr. Lindemann, ist die Frage aufgeworfen worden, ob es sich überhaupt empfiehlt, ein einheitliches Kommunalprogramm für ganz Preußen zu erlassen. Lindemann hält es für richtiger, nur den Abschnitt a) — also die Forderungen an die Gesetzgebung — allgemein zu regeln, der nach seiner Meinung allerdings noch nach den verschiedensten Richtungen ausgebaut werden müsse. Im übrigen aber hält er es für richtiger, Kommunalprogramme für bestimmte Bezirke zu erlassen. Wir in der Kommission haben eigentlich gar nicht das Recht gehabt, diese Frage weiter zu prüfen, wir hatten doch den Auftrag gehabt, ein einheitliches Kommunalprogramm für Preußen abzufassen, und gerade der Umstand, daß von den verschiedensten Seiten der Wunsch nach einem solchen ausgesprochen wurde, zeigt doch, daß tatsächlich ein Bedürfnis hierfür in weitesten Kreisen unserer Parteigenossen vorhanden ist. Dr. Lindemann meint unter anderem, unter den Forderungen an die Gesetzgebung fehlten noch eine Reihe. Gewiß, wenn wir überhaupt ein Aktionsprogramm für Preußen schaffen sollten, so müßte dieser Abschnitt all die Punkte aufzählen, in denen wir eine Änderung der Gesetzgebung wünschen. Und das ist so ziemlich auf allen Gebieten der Fall. Wir aber mußten uns damit begnügen, das für die Kommunalpolitik Wichtigste hervorzuheben. Wenn Lindemann die Forderung eines Wohnungsgesetzes für Preußen vermisst, so verweise ich darauf, daß wir uns über diese Frage bereits auf einer früheren Gemeindevertreterkonferenz unterhalten haben. Damals wurde auf Antrag Stadthagen die Forderung auf Erlass eines Reichswohnungsgesetzes angenommen. Stadthagen hat sich damals gegen die Forderung eines Wohnungsgesetzes für Preußen erklärt. Ich glaube auch, wie die Zusammenfassung der gesetzgebenden Körperschaften in Preußen heute ist, wäre von einem Wohnungsgesetz für Preußen für die Arbeiterklasse absolut nichts zu erwarten, wenn man bedenkt, daß die preussische Regierung und die Mehrheit des Landtags sich noch nicht einmal dazu aufraffen kann, das Hausbesitzerprivileg zu beseitigen, also eine Bestimmung, die jede vernünftige Wohnungsreform in den Gemeinden hindert. Aus diesem Grunde haben wir die Forderung eines Wohnungsgesetzes nicht aufgenommen. Wenn nun Lindemann sagt, daß die Verhältnisse von Provinz zu Provinz ganz verschiedene liegen und wir deshalb kein einheitliches Programm aufstellen können, so ist ihm darin bis zu einem gewissen Grade beizupflichten. Gewiß, die Verhältnisse liegen verschieden, aber wir nehmen ja in unser Programm auch nur das auf, was für alle Provinzen gemein-

schaftlich ist. Und selbst wenn wir nur Provinzialprogramme beschließen würden, würden an den einzelnen Orten die Verhältnisse doch so verschieden liegen, daß auch das Programm, das für eine Provinz erlassen ist, kaum in allen Stadt- und Landgemeinden der Provinz Anwendung finden könnte. Auch dann würde noch immer die Notwendigkeit bestehen, das Programm in einzelnen Punkten für die verschiedenen Orte zu ergänzen. Diese Möglichkeit der Ergänzung ist aber auch dann gegeben, wenn wir ein einheitliches Programm für Preußen haben. Die notwendige Voraussetzung für solche Ergänzungen ist allerdings immer, daß die Ergänzungen übereinstimmen mit dem von uns beschlossenen einheitlichen Programm und den allgemeinen Grundfragen der Partei.

Genosse Lindemann weist besonders auf die Verhältnisse im Rheinland hin. Er sagt: Dort ist die Frage der Beteiligung großer Privatunternehmungen, wie Hütten und Zechen, an Gemeindeunternehmungen (Elektrizität) eine so brennende, daß kein Programm, das in diesen Bezirken zur praktischen Anwendung kommen soll, daran vorbeigehen könne. Gewiß, aber das sind Zustände, die nur auf einen bestimmten Bezirk zutreffen, und kein Mensch würde unsere Genossen in jenem Bezirk daran hindern, das Programm im Sinne des Genossen Lindemann zu ergänzen. Das Gleiche gilt für die Frage, wie weit im Rheinland, wo die Baugenossenschaften sehr entwickelt sind, eine Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften durch unsere sozialdemokratischen Gemeindevertreter erfolgen soll. Das sind Fragen, die sich sehr gut von Ort zu Ort oder von Provinz zu Provinz regeln lassen.

Ein Einwand, der nicht ganz mit Unrecht erhoben worden ist, besteht darin, daß die Kommission in bezug auf

#### die staatlichen Zuschüsse

sich nicht an den Wortlaut der Bremer Resolution gehalten hat. Das ist richtig. Die Bremer Resolution verlangt staatliche Zuschüsse für die Ausgaben der Gemeinden auf dem Gebiete der Volksgesundheit, der Schulpflege, des Armenwesens und des Wegebau. Aber schon bei der Diskussion in Bremen hat sich gezeigt, daß die Ansichten darüber, ob wir nur staatliche Zuschüsse fordern oder dem Staat die gesamten Lasten aufbürden sollen, weit auseinander gehen. Namentlich die sächsischen Genossen haben gegen die Bremer Resolution Einspruch erhoben und den Beschluß gefaßt, die Übernahme der Lasten auf den Staat in weitgehendem Maße zu fordern. In einem großen Teile Deutschlands haben also die Genossen sich nicht streng an die Bremer Resolution gehalten, und auch wir, glaube ich, können das nicht tun, wir gehen über die Bremer Resolution hinaus, indem wir die Übernahme des Volksschulwesens auf den Staat verlangen. Wenn das Bedenken geltend gemacht wird, daß der Staat dann sich noch ein größeres Recht herausnehmen würde, bei den inneren Angelegenheiten der Volksschule mitzuwirken, so weise ich darauf hin, daß wir im Zusammenhang damit gefordert haben, die Verwaltung des Schulwesens gesetzlich zu regeln und den Gemeinden zu übertragen. Wenn diese Forderung erfüllt wird, besteht nicht die Gefahr, daß der Staat sagt: Ich zahle die Gelder und muß daher das Recht haben, die Angelegenheiten der Volksschule zu regeln. Wir steht es denn heute? Heute gibt der Staat herzlich wenig, manche Gemeinden erhalten gar nichts, und trotzdem nimmt die Regierung sich heraus, zu bestimmen, was die Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens zu tun und zu lassen haben! Schlimmer also als jetzt kann es nicht werden. Wenn aber unsere Forderung nach der gesetzlichen Regelung der Verwaltung und der Übertragung auf die Gemeinde erfüllt wird, so ist die Bahn frei für eine ersprießliche und geordnete Entwicklung der Volksschule.

Ueber die Frage der Übernahme der Kosten des Armenwesens und des Wegebau sagt unser Entwurf nichts. Daraus ist zu schließen, daß die Kommission sich in bezug auf diese Frage auf den Standpunkt der Bremer Resolution gestellt hat. Wenn aber Zuschüsse für das Armenwesen und auch sonst gegeben werden, so muß dafür gesorgt werden, daß jede Willkür ausgeschlossen ist. Die Verteilung der Staatszuschüsse darf nicht nach Belieben erfolgen, sondern muß durch Gesetz geregelt werden. Schon in Rheinland hat Genosse Lindemann die Frage aufgeworfen, ob die Staatszuschüsse allen Gemeinden oder nur den bedürftigsten gegeben werden sollen, und er hat sie dahin beantwortet, daß auf alle Fälle das Belieben der Regierung ausgeschlossen und der Begriff der Bedürftigkeit der Gemeinde durch Gesetz festgesetzt werden müsse. Das ist der Standpunkt, den auch die Kommission eingenommen hat. Es darf nicht dahin kommen, daß die Regierung sagt: Weil die Gemeinde Niedrat bedürftig hat, darf sie Staatszuschüsse nicht haben, sonst könnte es leicht dahin kommen, daß der Gemeinde Husum wegen ihres Bürgermeisters Schädigung oder der Gemeinde Rippen wegen des Austritts ihres Bürgermeisters Langerhand die Staatszuschüsse entzogen werden.

Sehr heftige Angriffe sind gegen unsern Entwurf gerichtet seitens der abstinente Genossen. Ich muß mich mit diesen Angriffen etwas länger beschäftigen, nicht etwa, weil ich ihnen eine große Bedeutung beimesse, sondern wegen ihrer Festigkeit und weil die abstinente Genossen eine große Zahl von Abänderungsanträgen gestellt haben. Es wird uns der Vorwurf der mangelnden Sympathie mit der Anti-Alkoholbewegung gemacht. In einem Artikel wird sogar gesagt, daß weite Kreise der Parteigenossen von der Bekämpfung des Alkohols überhaupt nichts wissen wollen. Ich darf aber wohl im Namen aller Mitglieder der Kommission erklären, daß und von dieser ablehnenden Haltung weiter Kreise von Parteigenossen gegenüber der Bekämpfung des Alkohols nichts bekannt ist. Und ganz speziell gehören die Mitglieder der Kommission nicht zu diesen weiten Kreisen. Es sitzen sogar in der Kommission einige waschechte Abstinente (Hört! hört!), und gerade diese haben sich gegen die weitgehenden Anträge ihrer Freunde gewendet, weil sie einsehen, daß man durch solche Anträge der Sache eher schadet als nützt. (Sehr richtig!) Wir hatten ja nicht die Aufgabe, ein Abstinentenprogramm zu entwerfen, sondern ein Kommunalprogramm. (Zustimmung.) Angesichts der heftigen Angriffe muß man wirklich zu der Ansicht kommen, daß einige der Genossen glaubten, wir seien eingeleitet, um Mittel zur Bekämpfung des Alkohols seitens der Gemeinden vorzuschlagen. Wir stehen alle auf dem Boden der in Essen beschlossenen Resolution. Der Referent, Genosse Wurm, hat dort auf die Schäden des Alkohols hingewiesen und auch darauf, daß die Verhältnisse durch Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu bessern sind. (Zustimmung.) Was soll man dazu sagen, wenn seitens des Genossen Prager vorgeschlagen wird: eine besondere Konferenz von abstinente Arbeitern solle die Wünsche der Abstinente formulieren und dem Parteitag unterbreiten? Und weiter sollen die abstinente Arbeiter ihr Möglichstes tun, um durch Entfaltung von Genossenschaftsorganen als Delegation für ihre Anträge den notwendigen Resonanzboden zu schaffen. (Hört! hört!) Ich meine, wir haben doch eine andere Aufgabe, als lediglich die Abstinenzbewegung zu fördern. (Sehr richtig!) Den berechtigten Wünschen der Abstinente verschließen wir uns nicht, und Sie werden sehen, daß wir auch eine ganze Reihe ihrer Forderungen aufgenommen haben. Wenn aber unter Antrag 12 gefordert wird, daß die Einwohner der Gemeinde darüber entscheiden sollen, ob überhaupt alkoholische Getränke in der Gemeinde ausgeführt werden dürfen, so muß ich doch fragen: Warum gehen denn die Genossen nicht an den deutschen Parteitag und verlangen eine Volksabstimmung über das ganze Reich, ob überhaupt alkoholische Getränke verabfolgt werden dürfen? Das wäre doch wenigstens ganze Arbeit. Derartige Anträge können wir nicht annehmen. Auch in Essen ist in die Resolution aufgenommen worden, daß Beschränkung der Gastwirtschaft sowie des Spirituosenverkaufs den Alkoholmißbrauch nur aus der Öffentlichkeit der Wirtschaft in die Heimlichkeit der Wohnung treiben würde. (Redliches Sehr wahr!) Getränke würde nicht weniger werden, aber nicht öffentlich, sondern heimlich. (Sehr richtig!)

Das gleiche ist einzuwenden gegen die Forderung, daß das Anmierzinswesen verboten wird. Was geht das überhaupt die Gemeinde an? Die Gemeinde hat kein Recht, ein solches Verbot

auszusprechen. Außerdem ist ja das Anmieren heute bereits polizeilich verboten. Wir müssen auch hier die sozialen Ursachen untersuchen und wissen uns darüber klar sein, daß das Anmieren weiter nichts ist als eine Vorstufe zur Prostitution. Würde man die Stellerinnen dahin bringen, daß sie mehr Selbstbewußtsein und mehr Klassenbewußtsein haben, würde man sie unabhängig entlohnen, damit sie nicht auf die Tringelder angewiesen sind, dann würde mit einem Male dem Anmierzinswesen ein Ende gemacht sein. Bis dahin helfen aber alle polizeilichen Verbote nichts.

Von der „Gewerkschaft“, dem Organ der Gemeinde- und Staatsarbeiter, ist die Forderung erhoben worden, die Verabfolgung von Tee, Kaffee, Selter usw. an die Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Betrieben in das Programm aufzunehmen. Die Forderung ist gewiß berechtigt, aber sie ist viel zu detailliert, als daß sie in ein Programm hineingeht. Die Gemeindearbeiter sollen sich diese Forderung erkämpfen, und unsere Vertreter in den Gemeindeforschaften werden die städtischen Arbeiter in diesem Kampfe wirksam unterstützen.

Weiter ist geltend gemacht worden, daß in dem Programm die Forderung nach sozialen Kommissionen fehlt. Ich habe mich früher selbst für solche Kommissionen ins Zeug gelegt, ihre Einsetzung sogar selbst beantragt. Aber ich bin froh, daß mein Antrag abgelehnt worden ist. Es hat sich in der Tat gezeigt, daß die „sozialen Kommissionen“ weiter nichts sind als Verschleppungs- und Vegetarionskommissionen! (Sehr richtig!) Das mußte der Genosse, der in der „Magdeburger Volkstimme“ die Errichtung solcher Kommissionen gefordert hat, selbst zugeben.

Daß wir bei der Aufstellung der Listen für das Amt eines Schöffen oder Besessenen mitwirken, ist selbstverständlich. Wir müssen nur verstehen, in diese Kommissionen die geeigneten Genossen hineinzuführen. In Berlin und Charlottenburg ist es einfach selbstverständlich, daß jeder, der von unseren Genossen vorgeschlagen wird, auch auf die Liste kommt. Wir haben ja überhaupt auf dem Standpunkte, daß alle Ausschüsse und Kommissionen paritätisch besetzt werden sollen. Um dies durchzuführen, müssen wir die Macht unserer Gemeindevertreter verfechten. Wenn früher die Bourgeoisie es grundsätzlich abgelehnt hat, Sozialdemokraten in bestimmte Kommissionen zu entsenden, so haben unsere Genossen es verstanden, sich allmählich eine solche Achtung zu verdienen, daß die Bourgeoisie es heute nicht mehr wagt, der Wahl von Genossen in Kommissionen oder Deputationen Widerstand zu leisten.

Rum zu den einzelnen Punkten des Programms. Gegen die Einleitung ist kein Einspruch erhoben worden. Höchstens eine redaktionelle Einwendung: daß wir nicht die sozialdemokratischen Vertreter, sondern die sozialdemokratische Partei sagen sollen. Wir halten diesen Einwand für berechtigt und haben ihn berücksichtigt. Die Forderungen bezüglich der Verfassung sind die weitgehendsten; sie geben dem ganzen Programm sein Gepräge, und in ihnen kommt zum Ausdruck, daß wir eine wirklich demokratische Gemeindevertretung anstreben. Heute haben wir sie nirgends, selbst da nicht, wo scheinbar ein etwas freieres Wahlrecht besteht. Wir haben durchwegs einen Dualismus, nämlich Magistrat und Ratsversammlung; Stadtvorordnetenversammlung. Das gilt namentlich für die sieben östlichen Provinzen. Der Magistrat ist die Obrigkeit, ja für Städte mit höchstens 2000 Seelen kann sogar ein Bürgermeister mit zwei bis drei Schöffen an seine Stelle treten. Dann haben wir kein beschlußfassendes Kollegium mehr, sondern die Geschäftsführung geht auf den Bürgermeister über, in dessen Hand die ganze Macht vereinigt wird. In diesen Städten können nebenbei die Schöffen, die ja sonst nicht der Stadtvorordnetenversammlung angehören dürfen, auch Stadtvorordnete sein. Eine strenge Trennung ist überhaupt nicht durchgeführt.

Anders ist es in Rheinland-Westfalen. Dort ist der Bürgermeister allein der Gemeindevorstand, ihm werden zwei oder mehrere Beigeordnete zugefügt. Allerdings kann nach § 68 der Rheinischen Städteordnung unter bestimmten Voraussetzungen auch eine kollegiale Verfassung eingeführt werden. Aber soweit mir bekannt, hat keine einzige Stadt davon Gebrauch gemacht.

Noch anders ist es in Schleswig-Holstein; dort sieht die Städteordnung einen Magistrat und eine Stadtvorordnetenversammlung vor, aber das Wahlverfahren weicht erheblich von dem Verfahren in anderen preussischen Provinzen ab. Während in allen anderen Provinzen die Mitglieder des Magistrats aus indirekten Wahlen hervorgehen, d. h. von den Stadtvorordneten gewählt werden, schreibt § 31 der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung vor, daß sämtliche Mitglieder von der wahlberechtigten Bürgerschaft in gleicher Weise wie es für die Stadtvorordnetenversammlung vorgeschrieben ist, gewählt werden sollen. Aber das Wahlrecht ist unbeschränktes insofern, als die Wähler nicht stimmen können, für wen sie wollen, sondern ihnen drei Kandidaten präsentieren werden! Die Versammlungen finden so statt, daß die Beschlüsse in gemeinschaftlichen Sitzungen vom Magistrat und von den Stadtvorordneten gefaßt werden, und zwar muß, wenn ein gemeinschaftlicher Beschluß zustande kommen soll, ein Beschluß der Stadtvorordneten und des Magistrats vorliegen! Der Bürgermeister führt auch den Vorsitz in der gemeinschaftlichen Versammlung.

Ähnliche Bestimmungen kennt die hannoversche Städteordnung. Dort haben wir neben den Bürgervorsteherkollegien den Magistrat als Obrigkeit der Stadt. Die Wahl des Magistrats erfolgt durch die vorhandenen Magistratspersonen und eine gleiche Anzahl von Bürgervorstehern, wie die Stadtvorordneten dort genannt werden. Der Magistrat kooperiert sich also gewissermaßen. Es kann aber auch bestimmt werden, daß die Wahl vom Magistrat und sämtlichen Bürgervorstehern in getrennten Sitzungen erfolgt. Wenn keine Einigung erzielt wird, bestimmt die staatliche Behörde, wer zu wählen sei.

Eine Ausnahmestellung nimmt die Stadt Frankfurt a. Main ein. Dort ist zwar eine Magistratsverfassung, aber der erste Bürgermeister wird nicht gewählt, weder von der Bürgerschaft, noch von den Stadtvorordneten, sondern er wird vom König ernannt! Und zwar werden dem König drei Kandidaten präsentiert, und aus diesen ernannt er einen. Wenn ihm keiner paßt, dann ist das Präsentationsrecht erloschen, und er kann ernennen, wen er will! Eine Ausnahme bildet Frankfurt auch insofern, als nur der Bürgermeister der Bestätigung bedarf, während die Magistratsmitglieder nicht bestätigt werden müssen. Das ist für uns deshalb günstig, weil wir dadurch, wenn wir einmal die Mehrheit in der Stadtvorordnetenversammlung bekommen, auch die Mehrheit im Magistrat erlangen können.

#### Das Wahlrecht

ist überall ein mehr oder weniger plutokratisches. Größtenteils herrscht das Dreiklassensystem, daneben besteht noch die Möglichkeit, es durch Ordinat zu verschlechtern! In anderen Städten herrscht ein Jenseitswahlrecht. Von Gleichheit kann keine Rede sein, immer ist in einer oder der anderen Form der Geldsack maßgebend. Dazu kommt, daß die Stimmabgabe überall öffentlich ist. In Hannover ist die Möglichkeit gegeben, auch die geheime Stimmabgabe zu gebrauchen, indem es den Wählern überlassen ist, ob sie öffentlich oder geheim stimmen wollen. Weitere Mängel bestehen darin, daß alle diejenigen, die mit irgendwelcher Steuer im Kaufstande sind, ihr Wahlrecht verlieren, daß das Alter meist ziemlich hoch, daß die preussische Staatsangehörigkeit gefordert wird, daß die Frauen überhaupt kein Wahlrecht haben und schließlich, daß fast überall das Privilegium der Hausbesitzer besteht, das heißt, daß ein Teil der Stadtvorordneten Hausbesitzer sein muß.

Was das Selbstverwaltungsrecht betrifft, so brauche ich darüber eigentlich nichts zu sagen. Wir haben eben gesagt, und alle die schönen Reden, die bei der Zubereitung der Städteordnung gehalten wurden, waren nichts weiter als Phrasen. Das Selbstverwaltungsrecht muß erst erkämpft werden, und dieser Kampf kann nur gemeinsam geführt werden mit dem Kampf um das freie Wahlrecht in den Gemeinden wie für die gesetzgebenden Körperschaften.

Weiter fordern wir ein Einkammersystem. Wir sehen nicht ein, warum neben dem Stadterordnetenkollegium noch ein besonderer Magistrat bestehen soll. Dieser bildet eigentlich so eine Art Oberhaus, das Beschlüsse der Stadterordneten annullieren kann. Das ist kein freies Selbstbestimmungsrecht. Diese Forderungen haben die Zustimmung der Genossen im Lande gefunden. Auch Lindemann ist damit einverstanden, vermischt aber eine Klarheit darüber, ob in allen Gemeinden eine Vertretung eingerichtet oder in den kleinsten Gemeinden die Gemeindeversammlung, wie sie heute besteht, beibehalten werden soll. Natürlich verlangen wir, daß die Mitglieder der Gemeinde samt und sonders das Recht haben, ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Das können sie durch die Stimmabgabe und durch das Vorschlags- und Verwerfungsrecht. Das steht in unserem Erfurter Programm, und deshalb hat die Kommission von einer Wiederholung dieser Forderung im Kommunalprogramm Abstand genommen. Ich habe aber namens der Kommission ausdrücklich zu erklären, daß wir selbstverständlich auf dem Standpunkt stehen, daß auch in den Gemeinden das Vorschlags- und Verwerfungsrecht den Einwohnern gewährt werden muß.

Sehr gewundert hat sich die Kommission über ein Bedenken Lindemanns: daß wir das aktive und passive Wahlrecht allen Einwohnern ohne Unterschied des Geschlechts und ohne die Forderung einer gewissen Aufenthaltsdauer einräumen wollen. Wir haben nicht nur aus prinzipiellen, sondern auch aus praktischen Gründen davon Abstand genommen, das Kommunalwahlrecht von einer bestimmten Aufenthaltsdauer abhängig zu machen, weil wir der Ansicht sind: wer in der Gemeinde wohnt, der soll auch das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen. Eine große Gefahr können wir nicht darin erblicken, daß vielleicht ein paar Leute, die erst kurz vorher in eine Gemeinde zugezogen sind und die Verhältnisse noch ungenügend kennen, trotzdem schon an der Wahl teilnehmen. Dazu kommt, daß die Beschränkung der Aufenthaltsdauer gerade den Arbeitern den größten Schaden zufügen kann, weil sie häufig gezwungen sind, ihren Wohnsitz zu ändern. Wir laufen Gefahr, wenn wir den Vorschlägen Lindemanns folgen, unsere Gegner zu Hilfe zu kommen. Diese behaupten ja immer, daß wir zu Wahlzwecken Bevölkerungsverschiebungen vornehmen — ein Vorwurf, der eben so töricht wie unberechtigt ist. Wir sind dazu gar nicht in der Lage; wären wir es, so hätten wir beispielsweise sicherlich eine ganze Reihe von Wählern in den 12 Berliner Wahlkreise hinübergezogen. Wir behaupten aber auch nicht, daß die Unternehmer eine solche Verschiebung herbeiführen können. Diese Handhabung gegen uns wollen wir den Gegnern nicht geben. Deshalb müssen wir von der Aufnahme einer solchen Bestimmung Abstand nehmen.

Dann wirft Lindemann die Frage auf, wer den Gemeindevorstand wählen soll: die Gemeindevertretung oder die Gesamtheit der Wähler. Die Kommission ist in Übereinstimmung mit dem Erfurter Programm zu dem Ergebnis gekommen, daß die Wähler genau so, wie sie die Gemeindevertretung zu wählen haben, auch den Gemeindevorstand wählen sollen.

Weiter entsteht die Frage, ob der Gemeindevorstand, wie in England, ehrenamtlich oder gegen Besoldung tätig sein soll. Wir haben uns für die Besoldung entschieden, weil es bei einer ehrenamtlichen Tätigkeit dahin kommen würde, daß nur reiche Leute in dieses Amt gewählt würden. Das wäre aber ein unerwünschter Zustand.

Was die staatliche Aufsicht anlangt, so müssen wir gegenüber der Plutokratie, die in vielen Gemeinden noch herrscht, dem Staate gewisse Rechte einräumen. Zu Zukunft, wenn wir eine demokratische Gemeindeorganisation haben, brauchen wir irgendwelche staatlichen Eingriffe überhaupt nicht mehr.

In Bezug auf die Polizei halten wir es für selbstverständlich, daß ihre Kosten von den Gemeinden getragen werden. Heute ist die Polizei ein Ausfluß der Staatshoheit, und die Bürgermeister sind in ihrer Eigenschaft als Leiter der jeweiligen Polizeiverwaltung Staatsbeamte und weiter nichts; sie sind die direkten Untergebenen der Regierungspräsidenten. Ein früherer liberaler Mann, der allerdings später einer der reaktionärsten Minister wurde, Herr von Riquel, hat selbst einmal zugegeben, daß dieses System dazu führen müsse, unter der Firma der Polizei die kommunale Selbstverwaltung zu untergraben. Wir verlangen deshalb, daß die Polizei, und zwar alle Zweige der Polizei, auf die Gemeinden übertragen werden.

Sehr lebhaft umstritten war die Frage der Aufbringung der Finanzen. Wir haben uns noch gestern damit eingehend beschäftigt, haben eine Reihe von Vorschlägen vorgenommen, die eine Art Kompromiß darstellen. Ich glaube, daß auch der Preuentag zu keinem anderen Ergebnis wird kommen können. Wir haben zunächst die Forderung neu aufgenommen, daß die Zuschläge zur Einkommensteuer progressiv gestaltet werden sollen. Heute ist das nicht der Fall. Heute hat die Gemeinde zwar das Recht, Zuschläge zur Staatsinkommensteuer zu erheben, aber diese Zuschläge sind gleichmäßig. Wir wollen diese Zuschläge progressiv gestalten. Weiter halten wir es für notwendig, daß den Gemeinden auch das Recht eingeräumt wird, Zuschläge zur Ergänzungssteuer zu erheben, von der ja hauptsächlich nur die reichen Leute betroffen werden.

Von der Gewerbesteuer werden Sie im Entwurf gar nichts finden. Ursprünglich hatten wir die Forderung erhoben, die Gewerbesteuer überhaupt zu beseitigen. Hiergegen waren von mehreren Kommissionsmitgliedern und von Vertretern namentlich kleiner Gemeinden Bedenken erhoben worden, die nicht ganz von der Hand zu weisen waren. Es wurde gesagt, daß es kleine Gemeinden gebe mit großen gewerblichen Niederlassungen, die auf die Gewerbesteuer direkt angewiesen sind. Wenn nun unsere Vertreter beantragen, die Gewerbesteuer abzuschaffen, so wäre das ein Geschenk an die Besitzer dieser großen Etablissements. Auch in der „Rätkischen Volksstimme“ wird gesagt, daß namentlich die ländlichen Gemeinden ohne die Gewerbesteuer nicht existieren können. Die „Rätkische Volksstimme“ gibt aber selbst zu, daß die Gewerbesteuer hemmend auf die Produktion wirkt und schließlich also nur den Industriearbeiter trifft. Also nur in Rücksicht auf die Verhältnisse schlägt sie die subjektive Entbedrängung und schließliche Abschaffung vor. Auch Genosse Hoch hat sich in der „Kommunalen Praxis“ mit dieser Frage beschäftigt und verlangt, daß gesagt wird, ob und in welcher Weise die Gemeinde von der Befugnis, Gewerbesteuer zu erheben, Gebrauch macht. Wir meinen aber nicht, daß wir so ins Detail Vorschläge zu machen haben, sondern daß wir nur die allgemeinen Richtlinien angeben haben und die speziellen Vorschläge den Genossen in den einzelnen Gemeinden überlassen müssen. Die Einwendungen der Genossen in Hinblick auf die kleinen Gemeinden hat die Kommission gestern eingehend geprüft und eine Änderung dahin vorgenommen, daß gesagt wird: „Von der Gewerbesteuer sind, solange sie nicht durch Gesetz beseitigt wird, diejenigen Gewerbebetriebe, deren Ertrag im wesentlichen auf der persönlichen Arbeit des Gewerbetreibenden beruht, zu entlasten.“ Im Prinzip ist mir also noch wie vor für die Beseitigung der Gewerbesteuer, wir wollen aber unseren Vertretern aus den kleinen Gemeinden entgegenkommen, die hierdurch von den großen Etablissements Gewerbesteuer weiter verlangen können.

Was die Besteuerung von Grund und Boden betrifft, so wurde die Umsatzsteuer von verschiedenen Seiten prinzipiell bekämpft, von anderer Seite wurde sie für unbedingt gehalten in solchen Gemeinden, wo eine vernünftige Wertzuwachssteuerordnung besteht. Die Wertzuwachssteuer haben wir ja ins Programm aufgenommen. Die Meinungen über die Umsatzsteuer gingen weit auseinander. Eine Reihe von Mitgliedern der Kommission hat direkt prinzipielle Bedenken gegen sie vorgebracht. Wir haben sie trotzdem festgehalten, wir haben aber zugegeben, daß sie eine rote Steuer und daß sie dort unbedingt ist, wo eine vernünftige Wertzuwachssteuer erhoben wird. Nun fragt Lindemann: Wie soll man die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, die wir vorschlagen, rechtfertigen neben den Zuschlägen zur Ergänzungssteuer und der Wertzuwachssteuer? Wir geben zu, daß das eine harte Besteuerung des Grundbesitzes ist. Aber man darf nicht vergessen, daß die Grundbesitzer

die größten Vorteile von den Aufwendungen der Gemeinde haben. Daher bedeutet es keine Härte, wenn die Allgemeinheit soviel als möglich wieder aus ihnen herausholt. Persönlich siehe ich auf dem Standpunkte, daß die Gemeinde sogar alle diese Vorteile wieder aus ihnen herausholt soll.

Gefragt ist ferner, warum wir die Hundesteuer nicht ins Programm aufgenommen haben. (Seiterteil.) Ich halte diese Frage für nebensächlich. Wir haben Gemeinden, wo unsere Genossen für die Hundesteuer stimmen, und andere, wo sie dagegen stimmen. Ich meine nicht, daß solche Genossen nicht mehr als vollwertig angesehen werden dürfen. (Seiterteil.)

Einverstanden haben wir uns erklärt mit dem Vorschlag von Lindemann: statt „Gemeindebedürfnisse“ zu sagen „Gemeindebedarf“.

Sehr wichtig ist die Frage der Gebühren und der Ueberschüsse. Es wurde uns zum Vorwurf gemacht, daß wir nichts über die Gebühren gesagt haben. Im ursprünglichen Entwurf hieß es: „durch mögliche, nur eine Gebühr darstellende Ueberschüsse der Gemeindeunternehmungen“. Ich gebe zu, daß die vorgeschlagene Fassung nicht ganz klar war, und wir haben sie ja auch geändert. Aber Protest muß ich dagegen erheben, daß wir der Ueberschusswirtschaft das Wort redeten. Die Genossen, die das meinen, legen den Nachdruck auf das Wort „Ueberschüsse“, während wir ihn auf das Wort „mäßige“ legten. Wir wollen der Ueberschusswirtschaft, namentlich der Monopolwirtschaft, ein Ende machen, aber wir meinen im Gegensatz zu Lindemann, daß auch die Unternehmungen der Gemeinden mäßige Ueberschüsse abwerfen müssen. Die städtischen Arbeiter fürchten, daß wenn sie höhere Löhne fordern, die Gemeindebehörden ihnen sagen werden: wir können sie nicht bewilligen, weil wir Ueberschüsse herauswirtschaften müssen. Ich halte diesen Einwand für ganz hinfällig. Mit mehr Recht könnte man doch sagen, wenn die Gemeindeunternehmungen überhaupt keine Ueberschüsse abwerfen dürfen, werden die Gemeindebehörden sagen: Gerade deshalb können wir höhere Löhne nicht bewilligen! Aber die Frage, ob die städtischen Arbeiter auf diesem oder auf jenem Wege besser stehen, muß hier überhaupt ausbleiben. Für diese Frage kommt es auf die Kraft und die Stärke der Organisation der städtischen Arbeiter an. Ist ihre Organisation stark, so werden die städtischen Arbeiter mit Hilfe der sozialdemokratischen Stadterordneten insstande sein, höhere Löhne zu erringen; ohne eine starke Organisation aber werden ihre Löhne niedrig gehalten werden, gleichgültig ob aus den städtischen Unternehmungen Ueberschüsse herauswirtschaftet werden oder nicht. (Sehr richtig!) Ich glaube nicht, daß über die Frage, ob die städtischen Betriebe Ueberschüsse herauswirtschaften sollen, überhaupt noch eine lebhaft Diskussion in der Presse sich erheben würde. Denn auf der letzten Gemeindevertreterkonferenz waren wir darüber einig. Genosse Borgmann hat da das Referat gehalten und sich auf den Standpunkt gestellt, daß mäßige Ueberschüsse, die nur eine Gebühr darstellen, berechtigt sind. Es ist Ihnen ja allen das Protokoll über die Verhandlungen zugefallen. Ich bitte Sie, namentlich die Ausführungen auf Seite 64—66 nachzulesen. In der Diskussion über das Referat Borgmanns hat kein einziger Redner gegen die Anschauung von Borgmann Widerspruch erhoben, so daß wir annehmen mußten, daß die Konferenz einstimmig seinen Standpunkt teilt. Um so mehr wundern wir uns, daß nun plötzlich eine so lebhaft Debatte über diese Frage in der Presse eingeleitet hat. Wenn gesagt wird: Ja, aber den Arbeitern muß doch, namentlich soweit Tarife in Frage kommen, entgegengehalten werden in bezug auf die Tarifpolitik, so haben wir dagegen absolut nichts einzuwenden. Das tun ja aber schon die heutigen Gemeinden, das tut auch heute schon der Staat. Ich erinnere daran, daß der Staat im Vorortverkehr billigere Arbeiterfahrkarten eingeführt hat, und auch Private kommen den Arbeitern darin entgegen. Die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft hat z. B. für die Rüge am frühen Morgen billigere Preise eingeführt. Wir haben auch die Stadterwaltung, die für die Straßenbahn im Arbeiterverkehr billigere Tarife eingeführt hat. Das verlangen wir selbstverständlich, daß den Arbeitern in dieser Hinsicht entgegenkommen wird, namentlich, damit ihnen die Möglichkeit gegeben wird, nicht innerhalb der Stadt in ungezählten Wohnungen, sondern draußen in der Peripherie in frischer Luft zu wohnen. Das württembergische Programm hat die Fassung gewählt: „Die Art und Höhe der Gebühr soll im übrigen der Leistungsfähigkeit der Volksschichten angepaßt sein, die die kommunalen Einrichtungen benutzen.“ Diese Fassung stimmt überein mit dem, was wir in Bremen beschlossen haben. Aber ich glaube nicht, daß sie in der Praxis überall durchführbar ist. Die Kommission steht auf dem Standpunkt, daß für alle Aufgaben auf dem Gebiete des Volksschulwesens und der Volksgesundheitspflege Gebühren überhaupt nicht erhoben werden sollen und daß im übrigen nur mäßige Gebühren erhoben werden dürfen. Wir haben, entsprechend diesem Grundsatze, zwei Änderungen vorgenommen. Unter B II (Finanzwesen) haben wir eingefügt: „durch Erhebung von Gebühren für die Benutzung der wirtschaftlichen Betriebe“, und dann haben wir später unter VI (Wirtschaftspflege) gesagt: „Alle Gewerbebetriebe der Gemeinden sind der Privatansiedlung zu entziehen und auf eigene Rechnung der Gemeinden zu errichten und zu betreiben. Monopolpreise sind entschieden zu bekämpfen. Gegen mäßige Ueberschüsse, die nur eine Gebühr darstellen, ist nichts einzuwenden.“ Wir glauben, daß wir damit das Richtige getroffen, den verschiedenen Einwendungen Rechnung getragen und ein Kompromiß gefunden haben, auf das sich wohl die Mitglieder des Parteitages einigen können.

Dann wird in bezug auf die Finanzpolitik vorgeschlagen, daß wir eine besondere Bestimmung aufnehmen: die Ablehnung aller Aufwendungen für kirchliche und religiöse Zwecke. Wir halten es wirklich für überflüssig, das noch besonders im Programm zu betonen. Ein sozialdemokratischer Gemeindevorteiler, der noch nicht weiß, daß er für kirchliche und religiöse Zwecke Mittel der Allgemeinheit nicht bewilligen darf, gehört einfach nicht an seinen Platz. (Sehr richtig!) Durch Annahme unserer Anträge wäre auch der aus Köln gestellte Antrag C II gefallen, der außerdem schon aus dem Grunde unannehmbar ist, weil er an großer Unklarheit leidet. Er hat den Begriff „vor allem“ aufgenommen, der niemals in ein Programm hineinkommen sollte. Er hat außerdem von der Besteuerung der Grundstücke gänzlich Abstand genommen. Ich weiß nicht, ob das übersehen ist, oder ob die Antragsteller verlangen, daß bei Grundstücken außer der Wertzuwachssteuer eine besondere Steuer nicht erhoben werden darf.

So gut wie nicht angefochten ist das, was wir unter Bildungswesen vorgeschlagen haben. Aber die Kommission hat hier doch selbst eine kleine Änderung beantragt, indem sie verlangt hat die „Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für alle jungen Leute beiderlei Geschlechts bis zum Alter von 18 Jahren“. Die Forderung stand bisher unter den Forderungen an die Gemeinden; sie gehört aber nicht dahin, weil nach der Gewerbeordnung eine Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges in diesem Umfange nicht möglich ist. Unter den Forderungen an die Gemeinden haben wir dasjenige beschlossen, was heute bereits nach der Gewerbeordnung in bezug auf den Fortbildungsschulunterricht möglich ist.

Eine Reihe kleiner Änderungen glaube ich übergehen zu können. Sie finden sie im Entwurf durch den Druck hervorgehoben. Erwähnen möchte ich noch, daß wir in unserem ursprünglichen Entwurf die Worte haben hatten: „Erfüllung bedürftiger Schulforderungen“. Wir haben diese Worte ersetzt durch die Fassung: „Erfüllung ungenügend ernährter Schulforderungen“. — Der Antrag C geht in dieser Beziehung weiter; er verlangt: „Einführung der Schulspflegung“. Geht es um die Einführung der Schulspflegung überhaupt unser Ziel, aber wir glauben doch, daß unsere Fassung vielleicht praktischer ist mit Rücksicht darauf, daß wir die Spaltung ungenügend ernährter Schulforderungen viel eher durchsetzen können, als wenn wir die allgemeine Forderung aufstellen. Ich betone aber ausdrücklich, daß wir von der Forderung der Einführung der Schulspflegung im allgemeinen prinzipiell nicht abgehen, sondern darauf beharren. Den Passus, der von dem Besuch der höheren Schule für befähigte Kinder handelt, haben wir entsprechend dem Antrage Köln dahin

abgeändert: „Ermöglichung des Besuchs der höheren Schulen für alle befähigten Kinder“. Wir glauben, daß diese Fassung das, was auch die Mitglieder der Kommission gewollt haben, besser trifft als der ursprüngliche Passus. Nun ist verlangt worden, wir sollten unter m (unter dem Passus, der von den Fortbildungsschulen handelt) fordern, daß auch die besondere Pflege der Geisteskräfte in den Lehrplan der Fortbildungsschulen aufgenommen werde. Im Prinzip wird wohl niemand von uns etwas dagegen einzuwenden haben, aber es fragt sich doch, ob wir all das, was in den Fortbildungsschulen gelehrt werden soll, in das Programm aufnehmen. Es würde das Programm dann ungeheuer lang werden. Mit demselben Recht müßten wir dann auch die Forderung aufnehmen, daß die Besucher der Fortbildungsschule über die jeweilige Frage aufgeklärt werden und ebenso all das aufnehmen, was vom Genossen Verbus in den „Sozialistischen Monatsheften“ gefordert wird: Erziehung von Lehrberufstätigen usw. — alles Forderungen, die ja an sich durchaus berechtigt sind, gegen die kein vernünftiger Mensch etwas einzuwenden hätte, die aber viel zu detailliert sind. Wir haben nicht nötig, hier einen Lehrplan für den Fortbildungsschulunterricht aufzustellen, sondern wir haben nur unsere grundsätzlichen Forderungen hervor.

Von anderer Seite wurde die Forderung der Beseitigung der Vorkurse in höheren Lehranstalten vernimmt. Tatsächlich steht das aber drin, nur mit anderen Worten, indem die Rede ist von der „Ausschaltung aller Schulsysteme, die den Ausbau der Volksschule hemmen“. Dazu gehört zweifellos auch die Vorkurse. Weiter vernimmt Eberle in einem Artikel der „Kommunalen Praxis“ die Forderung auf Errichtung besonderer Klassen für schwachbegabte Kinder. Auch dieser Vorwurf ist unberechtigt, denn tatsächlich steht diese Forderung im Programm, ja wir gehen sogar weit über das, was er fordert, hinaus! Wir verlangen ein Schulsystem, ähnlich wie es Mannheim und nach Mannheimer Muster jetzt in Charlottenburg versuchsweise eingeführt ist, welches der individuellen Veranlagung der Volksschüler Rechnung trägt und im großen und ganzen darauf hinausläuft, daß neben den Normalklassen noch solche Klassen errichtet werden, die besucht werden von Kindern, die nicht sehr begabt sind, und noch andere Klassen, die von Kindern besucht werden, die begabter sind als der Durchschnitt. Wir sind auch nicht dafür, daß im Programm festgelegt wird, wie groß die Frequenz der Schulklassen sein darf. Das ist vollkommen überflüssig, denn wir haben ja im Programm ausdrücklich die Forderung stehen: Festsetzung der Klassenfrequenz und der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundfragen der Schulhygiene und Pädagogik. Wenn diese Fassung angenommen wird, so ist eine bestimmte Festsetzung der Frequenz überflüssig, namentlich da für ihre Höhe eine ganze Reihe von Momenten zusammenkommen. Wenn sich die Ansichten der Pädagogen darüber ändern, so müßten wir auch in unserem Programm die Ziffer ändern. Der Vorwurf von Wittmaack, daß wir die Unentgeltlichkeit des Unterrichts nicht genügend betonen, ist nach meiner Meinung hinfällig. Wir haben an verschiedener Stellen gesagt, daß wir die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den Volksschulen und auch die Unentgeltlichkeit aller Einrichtungen im Interesse der Volkshygiene verlangen.

Nun schlagen die städtischen Arbeiter einen besonderen Abschnitt vor unter den Forderungen an die Gesetzgebung, dem wir mit einer redaktionellen Änderung Rechnung getragen haben, und den Sie unter A VI finden: „Unterstellung sämtlicher für die Gemeinde beschäftigten Arbeiter und Unterangeordneten unter die Gewerbeordnung und Ausdehnung der Arbeiterversicherungsgehalte auf die im Gemeindebetrieb tätigen Personen.“ Die Aufnahme dieses Passus erschien uns aus den Gründen, die die städtischen Arbeiter in einer Denkschrift angeführt haben, als durchaus notwendig.

Zu den Forderungen an die Gemeinden ist weniger zu sagen. Die Forderungen, die sich auf das Wahlrecht

beziehen, sind in der Hauptsache an den Staat zu stellen. Für die Gemeinden bleibt nur übrig, die Forderung der Vornahme der Wahl an einem geschützten Ruheort, die Aufhebung bzw. Herabsetzung des Bürgerrechtsgeldes auf das gesetzliche Mindestmaß, die wir aufgenommen hatten mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Hannover, wo das Bürgerrechtsgeld erhoben werden muß, und schließlich die Forderung der Ermäßigung des Zensus auf das gesetzliche Mindestmaß. Es wurde von einem Mitgliede der Kommission vorgeschlagen, die letzte Forderung zu streichen, weil der Ansehen erweckt werden könnte, als ob wir durch die Aufnahme dieser Worte uns auf den Boden der Erhebung eines Zensus stellen. Das ist nicht der Fall. Daß wir jeden Zensus verwerfen, haben wir in den Forderungen an die Gesetzgebung klar und deutlich ausgesprochen. Wenn wir hier davon sprechen, daß der Zensus auf das gesetzliche Mindestmaß ermäßigt werden soll, so tragen wir damit den heute bestehenden Verhältnissen Rechnung. Wir haben eben in Preußen eine Reihe von Städteordnungen, in denen die Erhebung eines Zensus zur Ausübung des Wahlrechts vorausgesetzt wird.

Ich komme dann zur Wohnungsfrage

und möchte da zwei Punkte vorwegnehmen. Zunächst die Frage der Errichtung von Wohnungen für städtische Arbeiter und Angestellte. Sie werden darüber nichts in unserem Programm finden. Wir haben uns nach reiflicher Ueberlegung auf den Standpunkt gestellt, daß wir als Sozialdemokraten die Errichtung von besonderen Wohnungen für städtische Arbeiter und Angestellte durch die Stadterwaltungen nicht verlangen, ja einer solchen Maßnahme nicht einmal das Wort reden wollen. Wir haben darüber bereits eine eingehende Debatte auf einer früheren Gemeindevorteilerkonferenz gehabt im Jahre 1900. In der Debatte wurde mit damals vom Genossen Buzum der Vorwurf gemacht, daß ich mich in meinem Referat über die Wohnungsfrage in bezug auf die Errichtung von Wohnungen für städtische Arbeiter in abledenen dem Sinne geäußert hätte. Singer trat damals mit aller Schärfe dem Standpunkte Buzums, daß man sehr wohl für die Errichtung solcher Wohnungen sein könne, entgegen, und die Konferenz hat sich auf denselben Standpunkt gestellt. Ich glaube auch, daß diejenigen, die früher für die Errichtung solcher Wohnungen waren, heute auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre doch vielleicht zu der Ansicht gekommen sind, daß man einer solchen Wohlfahrtseinrichtung nicht das Wort reden darf, weil dadurch die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert sind. Allerdings wird nun von den städtischen Arbeitern verlangt, wir sollten den Passus aufnehmen, daß Gemeinden, welche für die in ihrem Betriebe tätigen Arbeiter Wohnungen bauen, in die Mietkontrakte keine Bestimmungen aufnehmen, die mit dem Arbeitsverhältnis in Verbindung stehen. Würden wir überhaupt im Prinzip für den Bau von Wohnungen für städtische Arbeiter durch die Gemeinden sein, dann wäre ein solcher Passus durchaus gerechtfertigt. Da wir uns aber grundsätzlich gegen diese Errichtung aussprechen, haben wir auch keine Veranlassung, einen solchen Passus aufzunehmen.

Die Anträge, die unter Nr. 12 III bis V eingebracht sind, die sich auf das Bildungswesen, die Wohnungsfrage und die Gesundheitspflege beziehen, finden unsere Zustimmung. Es sind aber viel zu detaillierte Anträge, die das Programm unnötig beschweren würden, und wir glauben deshalb, daß wir von demartigen in Einzelheiten gehenden Vorschlägen Abstand nehmen sollen, wenn wir auch nichts dagegen einzuwenden haben.

(Fortsetzung in der 6. Beilage.)

Wirtschaftlicher Marktbericht der Rätkischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zulubr hart, Geschäft regt, Preise für Rindfleisch nachgebend, Kalb- und Schweinefleisch steigend. Wild: Zulubr genügend, Geschäft ziemlich regt, Preise nachgebend. Geflügel: Zulubr genügend, Geschäft regt, Preise gedrückt durch Ueberflutungen. Fische: Zulubr mäßig, Geschäft ruhig, Preise befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zulubr genügend, Geschäft still, Preise behauptet.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Der dritte Wahlbildervortrag „Vom Uetier bis zum Menschen“ findet am Mittwoch, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Neuen Rathauskellern, Reisinger Straße 8 statt. Billets sind kostenfrei zu haben.

Die Stadtverordneten-Wahl im dritten Bezirk ist auf Dienstag, den 18. d. Mts., von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr festgesetzt. Genosse Fintel hat die Wahl im siebenten Bezirk angenommen. Der zu Wählende muß ebenfalls Hausbesitzer sein.

Der Vorstand. Potsdam. Mittwoch, den 5. Januar, bei Glaser, Kaiser-Wilhelm-Straße: Wahlvereins-Versammlung. Tagesordnung: Kommunale Angelegenheiten, event. Bericht vom Freudentag. — Alle Genossen, die sich zur Aufnahme gemeldet haben, müssen ihre Mitgliedsbücher in Empfang nehmen.

Berliner Nachrichten.

Der Neujahrs-Briefverkehr

Hat sich diesmal bei weitem nicht so glatt wie in den Vorjahren abgewickelt. Von allen Seiten kommen Klagen, daß am Neujahrstage die erste Briefbestellung ungebührlich lange ausbleibe. Am meisten hatten darunter die äußeren Vorstadtbezirke zu leiden. Abgesehen von Neujahrgratulationen, liefen auch wichtigere Briefsendungen nicht fröhlich ein. In vielen Revieren überließ man die erste Post, die den Hauptbriefverkehr bringen sollte, den gewöhnlichen Briefträgern ohne Einstellung von Hilfsmannschaften. Sie hatten verschiedentlich nahezu hundert Treppenaufgänge zu steigen und befanden sich infolgedessen noch in der Mittagstunde auf dem ersten Postgang! Neujahrsendungen, die besonders vorsichtige Leute schon am Silbestertage in der Mittagsstunde aufgegeben hatten, kamen erst nach vollen 24 Stunden in die Hände der Empfänger. Ein ganz auffallender großer Teil von Silbesteraufgaben ist überhaupt erst am 2. Januar morgens und mittags bestellt worden. Man hat wohl schon früher ähnliches vereinzelt beobachtet und bei dem Massenbriefverkehr des Neujahrstages geduldig darüber hinweggesehen, aber diesmal scheint die Post zum großen Teil verlagert zu haben. Die Schuld kann natürlich nur wieder an dem modernen postalischen Sparsystem liegen, das sich auch durch außerordentliche Anlässe nicht aus dem Tusch bringen läßt. Schmunzelnd steckt die Postverwaltung die sehr bedeutende Mehreinnahme in die Tasche, ohne sich entsprechend zu verhalten. Sollte etwa die noch gut erhaltene alte Ministeruniform, die vor acht Tagen in der „Nordd. Allg. Ztg.“ zum Kauf angeboten wurde, dem deutschen Postminister gehören? Das würde die Situation des postalischen Schneidentempos zu Neujahr einigermaßen erklären. Wie der Herr, so's Gescherr!

Die Silbesternacht

ist, wie aus dem Polizeibericht hervorgeht, abgesehen von der üblichen Zahl von Verhaftungen, im großen und ganzen ruhig verlaufen.

Es werden einige Unglücksfälle gemeldet:

Der in der Kanalstraße 11 wohnhafte 27jährige Kutscher Otto Thiele hatte nach Beendigung seiner Arbeit mit mehreren Kollegen eine Bierreise unternommen und machte sich gegen 11 Uhr abends auf den Heimweg. Am Lützowplatz begegnete ihm ein Rehwagen; der Kutscher versuchte nun, das Gefährt in der Fahrt zu erkennen. Er stürzte ab und fiel so unglücklich, daß er unter das schwere Gefährt geriet, dessen unflexibles Hinterrad ihm über das rechte Bein hinwegging. Dem Verunglückten wurde der Unterschenkel vollständig zermalmt. Der Führer des Rehwagens, der das Hinankommen des Thiele nicht bemerkt hatte und erst von Passanten auf den Vorfall aufmerksam gemacht wurde, brachte den Schwerverletzten mit seinem Fuhrwerk nach der Unfallstation in der Berliner Straße. Von dort aus wurde der Verunglückte nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Krankenhaus Westend übergeführt, wo sofort eine Amputation des verletzten Gliedes vorgenommen werden mußte.

Im Straßenbahnwagen verstarb in der Neujahrnacht der 65 Jahre alte Gefangenenaufseher a. D. Friedrich Samigal, Seldingstraße 80 wohnhaft. Er hatte Silvester bei Verwandten in der Guttenstraße gefeiert und benutzte um 1 Uhr nachts mit seiner Frau einen Straßenbahnwagen der Linie 11 zur Fahrt nach Hause. In der Turmstraße wurde S. plötzlich von Unwohlsein befallen und stürzte leblos zu Boden. Die Leiche wurde nach dem Krankenhaus Roabit geschafft, wo als Todesursache Herzschlag konstatiert wurde.

Von einem Gespielen erschossen wurde am Silbesternachmittag der 9 Jahre alte Sohn Walter des Arbeiters Kunert aus der Sorauer Straße 20. Der Knabe stand auf einem Bierwagen, der vor dem elterlichen Hause hielt und war im Begriff von den Bösen herunter zu klettern, als der 14 Jahre alte Arbeitsbursche Gustav Walloff, der bei seiner Mutter in der Sorauer Straße 7 wohnt, mit anderen Gespielen dazu kam und mit einem Revolver hantierte. Pöblich brachte ein Schuß, und in die rechte Schläfe getroffen fiel Kunert vom Wagen und brach betäubt zusammen. Auf die Hilferufe der Knaben holten Nachbarkleute die Mutter herbei, die ihren schwer verwundeten Sohn nach der Hilfswache am Berliner Bahnhof brachte. Diese führte ihn dem Krankenhaus am Urban zu, wo er am Neujahrsmorgen um 8 Uhr starb. Walloff, der zunächst davon gelaufen war, wurde von seiner Wohnung nach der Wache des 53. Reviers gebracht und nach dem Verhör wieder entlassen. Er behauptet, daß er den Revolver auf dem Kaufplatz gefunden und nicht gewußt habe, daß er scharf geladen war.

Am Morgen des Neujahrstages geriet in der Landsberger Straße der Mächtige Arbeiter Hermann Wolze aus der Hübnerstraße 6 unter die Räder einer Automobilrosche und wurde so unglücklich überfahren, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde dem Schauhaus geführt.

Frühling im Winter.

Neujahr stand im Zeichen des Lenzes. Ueber die kalten Felder wehen wunderlich milde Winde. Unsere alte Erde ist verdrückt; sie verlegt die Jahreszeiten nach ihrem Willen und kramt die Naturgesetze gang nach ihren verdorrten Samen an. Pflanzstängel und von Schilfröhren gepackt, hinterm gelähmten Ofen und Weihnachtsbaum geht man im „Kuhpanner“. Die Tiere erweichen aus ihrem Winterdick, auf dem Boden spricht es, die Wäse und Beiden aber treiben träge quellende Knospen. In den Gärten konnte

man am Sonntag Stränder sehen, die von unten bis oben im schönsten, jungen Blattschnee prangten. Die Spaziergänger blieben verwundert stehen, selbst die überall vorhandenen „ältesten Leute“ können sich nicht entsinnen, so was schon erlebt zu haben. Leider wird die Freude nicht lange andauern, böse Rückschläge sind voraussichtlich noch zu erwarten.

Vom Mann mit der eisernen Stirn. Die „Wahrheit“ des Reichstagsabgeordneten Bruha leiht sich in dem Zeitartikel der Neujahrsnummer folgenden urkomischen Erguß:

„Der erste Reichstag in diesen Tagen eine stille Bilanz des hinter ihm liegenden Jahres. Wenn er die Werte richtig einzuschätzen weiß, wird er trotz aller Wunden, die ihm das Schicksal schlug, unter dem Schlußstrich noch einen Gewinn verzeichnen müssen, einen Heberschub, der ihm den Rücken beden soll für das kommende Jahr. ... So können wir mit Verriedigung Abschied nehmen vom verflochtenen Jahr. Es hat uns viel Gutes und Trostes gebracht und die Reime gelegt zu weiteren, zweifellos erfreulichen Kulturfortschritten. Der günstige Ausblick, der sich für die nächste Zukunft eröffnet, ist nicht zum mindesten dem Jahre 1909 zuzuschreiben, und mit größerem Vertrauen als im Vorjahre können wir die Schwelle des neuen Jahres überschreiten.“

Schon mancher hat sich im alten Jahr einen solchen Rahenjammert zugelegt, daß er über die Schwelle des neuen Jahres stolperie und das Genick brach.

Gegen hässliche Verunstaltung sind jetzt auch landschaftlich hervorragende Gebiete des Reiches Zeltow geschützt worden. Der Regierungspräsident zu Potsdam hat soeben eine Polizeiverordnung erlassen, welche sofort in Kraft tritt. Unter den beschützten Gebieten fallen u. a. die Ufer des Müggelsees (bis auf eine Entfernung von 600 Meter von den Ufern), des Rannens Sees, vom Wendenschloß bezw. der 1000-Meter-See bis zur Großen Krampe bezw. bis zum Müggelsee, der Großen Krampe, des Jentzener Sees, der Seen zwischen der Dahme bei GutsMuth und dem Teupitzer See, die Inseln in letzterem, die Ufer der Havel von Schildberg bis zur Glieder Brücke bei Potsdam (bis auf eine Entfernung von 600 Meter von den Ufern), des Grunewald-, Hundeshelen- und Niemeister-Sees, der Krummen Bunte und des Schlachtensees, die südlichen Ufer des kleinen Wannensees, des Stolper Sees und des Friedrich-Neopoldkanals (bis zur Potsdamer Eisenbahn), das nördliche Ufer des Griebitzsees usw. Die auf den geschützten Gebieten bereits angebrachten Reklamewörter usw., welche das Landschaftsbild verunzieren, müssen bis 1. April beseitigt werden.

Ein unbekannter Täter wurde vorgestern abend im Flur des Hauses Blumenstraße 70 gefunden. Bei dem etwa 45jährigen, anscheinend einem Arbeiter, fand man Stücke eines zerrissenen Briefes, in dem vom Sterben gesprochen wird. Der Brief ist „dein dankbarer Sohn L. Siegert“ unterzeichnet und am 4. Dezember geschrieben. Ein anderer Zettel, den man in der Tasche des Toten fand, enthält zwei Adressen: Walter, Vickenstraße 68 und Lindner, Sandelstraße 25. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Arbeitslosigkeit hat den 36 Jahre alten Bildhauer Andreas Gebauer aus der Schumannstraße 15 in den Tod getrieben. Als sein Bruder, der als Musikant beim 104. Infanterieregiment dient und auf Urlaub hierher gekommen ist, ihn besuchen wollte, fand er ihn erhängt auf. Ein Arzt stellte fest, daß er schon längere Zeit tot und bereits erstarrt war.

Arbeitslosigkeit hat auch den 21 Jahre alten Tischler Karl Jacobus aus der Danziger Str. 8 zum Selbstmord veranlaßt. Auch ihn fand ein Bruder in der Wohnung erhängt auf.

Eine Familientragödie spielte sich am Sonntagvormittag um 11 1/2 Uhr in dem Hause Kladowstraße 58 ab. Dort wohnt im Keller des Vorderhauses der 53 Jahre alte Wirtin Friedrich Siemanowski mit seiner Frau und vier Kindern von 18 bis 2 Jahren. Siemanowski verunglückte vor zwei Jahren in einer Röhrenfabrik, indem er vom Wagen fiel. Er wurde arbeitsunfähig und erhielt den Monat 19 M. Rente. Wie berichtet wird, soll S. seit dieser Zeit getrunken haben und es deshalb in der Familie zu Hant und Streit gekommen sein. Als S. am Sonntag wieder tätlich werden wollte, griff der ältere Sohn Franz zum Revolver und schoß, um seine Mutter vor Mißhandlungen zu schützen, seinem Vater eine Revolverkugel in den Kopf. Dam verließ der junge Mann das Zimmer und schoß sich selbst eine Kugel in die rechte Schläfe. Vater und Sohn wurden beide nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Der Sohn ist schwer verwundet, der Vater leichter an der rechten Wade.

Bei der Arbeit vom Tode ereilt wurde am gestrigen Tage der in der Schachfabrik von Reichste Nachfolger, bedienstete Fußsneider Paul Kohnke, 1. Fl. plöblich um; ein hinzugezogener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Bei lebendigem Leibe verbrannt ist am Montagabend die 30jährige Frau Wuhl in ihrer Wohnung Schwedter Straße 228. Frau Pauline Wuhl war angeblich nach 6 Uhr im Begriffe, eine Hängelampe in ihrer Wohnung anzuzünden. Hierbei muß wohl das Petroleum Feuer gefangen haben und dann der Behälter explodiert sein, dem plöblich vernachlässigter Hausbewohner gelende Hilferufe, Frau Wuhl stand vollständig in Flammen. Obgleich schnell Hilfe zur Stelle war und der Frau die Kleider vom Körper gerissen wurden, erlitt sie Brandwunden entsetzlicher Art. Die alarmierte Feuerwehr konnte nicht viel mehr ausrichten. Die Schwerverletzte wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus in der Bernauer Straße gebracht, erlag aber schon auf dem Transport den erlittenen Brandwunden.

Das Sechstages-Rennen im Bog erreichte am Sonntagabend um 10 Uhr seinen Abschluß. Die eigentliche Entscheidung und den spannendsten Moment brachte schon die 116. Stunde am Nachmittage des 1. Januar. Mitt-Clart, die Favoriten, eroberten sich eine Runde Vorsprung vor dem Felde und diesen Vorteil hielten sie bis zum Schluß. So kam nur der zweite Platz in Betracht, um den die Paare Stol-Walkhour und Verthei-Procco kämpften, während Kooz-Fogler, Stabe-Pawle und Stellbrin-Contenten mehrere Runden zurücklagen. Diese sechs Paare waren es, die den ganzen letzten Tag bekämpfen waren, nachdem alle anderen Teilnehmer ausfallen zurücklagen. Der Verlauf des Rennens war reich an Zwischenfällen aller Art. Von den 34 Fahrern schieden schon in den ersten Tagen eine erhebliche Anzahl aus, die zum Teil mit anderen neue Mannschaften bildeten. Schürmann und Rheinwald kamen am schlechtesten weg, da sie Schulte- und Armbund erlitten, während die anderen den Anstrengungen nicht gewachsen waren. Zwischen eintönig verlaufenden Stunden gab es wieder Vorstöße, denen die schwächeren Paare zum Opfer fielen. Das französische Paar Verthei-Procco machte in der 68. Stunde einen energischen Vorstoß, der von Erfolg gekrönt war und ihnen eine Runde Vorsprung einbrachte; doch Mitt und die anderen ließen sie ihnen wieder ab. Diese Jagd lichtete das Feld bedeutend. Mitt und Clart machten nun ihrerseits Ausreißversuche, doch ohne Erfolg. Die Silbesternacht brachte großen Trubel von seiten des Publikums, brachte aber für die Fahrer keine Aenderung. Dagegen gab es einige Stürze von Stol, Walkhour und Kooz, doch ohne ernsthafte Folgen. Weiter gab es einen Zwischenfall des Franzosen Verthei mit dem Amerikaner Kooz wegen angeblich falscher Rundenzählung und wurde nach langem Verhandeln nur eine Runde Verlust angerechnet. Die Amerikaner Kooz und Fogler dagegen ließen sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen, die ihnen zwei Strafrunden eintrugen. — So rückte das Ende heran. Die letzte Stunde brachte Leben in das Feld. Besonders die Franzosen Verthei-Procco machten verzweifelte Anstrengungen, dem Felde davonzulassen, ebenso Mitt-Clart, doch Stol-Walkhour und Stabe-Pawle folgten leicht. Dagegen erlitten

Kooz-Fogler und besonders Stellbrin-Contenten neuen Verlust. Ungeheure Aufregung bemächtigte sich des vollbesetzten Hauses bei diesen Kämpfen, die zeitweilig alle zwölf Mann auf die Beine drachten. Beim letzten Stundenstück passierten Procco, Mitt und Stol als erste das Band. Zwischen dem Franzosen und dem Holländer kam es nun zur Entscheidung über 10 Runden. Procco führt in lebhaftem Tempo, doch in der 6. Runde setzt Stol zum Endspurt ein und gewinnt mit 1/2 Runde vor dem nachlassenden Procco. Nicht endenwollender Jubel begrüßt dies Ergebnis und mit Krängen geschmückt fahren Mitt-Clart, Stol-Walkhour und Verthei-Procco eine Ehrenrunde. Das Ergebnis ist folgendes: 1. Mitt-Clart, 3753,150 Kilometer; 2. Stol-Walkhour, 1 R.; 3. Verthei-Procco, 1 R.; 4. Stabe-Pawle, 8 R.; 5. Kooz-Fogler, 6 R.; 6. Stellbrin-Contenten, 12 R. — Das erste Sechstagesrennen im März 1909 ergab als Gesamtleistung 3865,700 Kilometer.

Ein Stenogramm spielte sich gestern im Hause Dragonerstr. 49 ab. Im dritten Stock des Vorderhauses bewohnte seit einem Jahre eine 24jährige Arbeiterin Marie Uhl eine Stube. Sie arbeitete früher bei der Elektrizitätsgesellschaft, mußte aber seit sechs Wochen zu Hause bleiben, weil sie ihrer Niederkunft entgegen sah. Gestern mittags kam eine Zeitungsfrau, um sich die Bestellung erneuern zu lassen und den Monatsbetrag einzuzahlen. Sie erhielt auf ihr Klopfen keine Antwort, trat aber dennoch ein und sah nun die Bewohnerin der Stube neben der Kochmaschine in fast aufrechter Stellung an einem Nagel hängen. Die Zeitungsfrau benachrichtigte den Hauswirt und dieser holte die Polizei und einen Arzt, der aber nur noch den Tod feststellen konnte. Im Bette fand man unter der Decke die Leiche eines neugeborenen Kindes. Es wird vermutet, daß die Mutter dieses mit der Bettdecke erstickt hat, bevor sie selbst in den Tod gegangen ist. Die Leiche besah nur noch zwei Pfennige.

Warnung vor einem Polizeispiegel. Unter Bezugnahme auf die unter obiger Ueberschrift in der Nummer vom 30. Dezember v. J. veröffentlichte Notiz werden wir von Herrn Max Schiefer, Ullrichstraße 117, um die Veröffentlichung folgender Zuschrift ersucht:

In der Nummer vom 30. v. J. brachten Sie eine Notiz betitelt „Warnung vor einem Polizeispiegel“; unterzeichnet von dem Vorstand des Vereins der fidejurierten Anarchisten Berlin und Umgebung, welcher nur noch aus 6 Mann besteht.

In dem betreffenden Artikel war ich als Polizeispiegel hingestellt. Gegen die Unterzeichner Paul Frauböse und Paul Wehrle habe ich Strafantrag gestellt.

Orgelkonzert. In der St. Marien-Kirche veranstaltet der Königl. Musikdirektor Bernh. Jürgang am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Charlotte Kimpel (Sopran), Frä. Julia Michaels (Alt) und Herrn Georg Dieburtz (Violine). Der Eintritt ist frei. Programm mit Text 10 Pf.

Birkus Sarrafani ist nach Berlin gekommen und hat auf dem Gelände des Botanischen Garten in der Potsdamer Straße (Eingang Grunewaldstraße) sein Domizil aufgeschlagen. Der transportable Birkus soll gegen 30 000 Personen fassen und wird durch eine großartige Heizanlage erwärmt. Am Neujahrstage gab er seine erste Vorstellung. Das Programm ist ein recht abwechslungsreiches. Preisreduzierungen wurden von Herrn Direktor und Frau Direktor Sarrafani vorgenommen. Ueberhaupt ist die Niederflur im Programm reichlich vertreten. Da ist eine Löwengruppe, dann amüsiert Kapitan Pflanz mit seinen dreifürten Seelöwen, Direktor Sarrafani mit seinen Elefanten und nicht zu vergessen Herrn Megani mit seinen dreifürten Gänzen.

Als außerordentlich gewandte Luftgymnastik produziert sich das Roberts-Trio. Vervollständigt wird das Programm durch eine Chinesentruppe und die japanische Jochoda-Truppe, die vor allem als Japatsroboten etwas los haben; außerdem produzieren sich die Mitglieder einer Karollaner-Truppe als geschickte Springer und Gruppenbarrierer. Im Birkus selbst sind die Plätze etwas sehr eng eingerichtet, so daß es oft zur Plage wird, wenn Bier- und Süßwarenhandler sich auch noch durch die Reihen hindurchzwängen.

Weihnachtsbaumbrände. Für die Berliner Feuerwehr sind das neue Jahr „gut“ an, denn es liefen auf den Feuerwachen in der Silbesternacht und im Laufe des Neujahrstages mehr als dreißig Weihnachtsbaumbrände ein. In nahezu zwanzig Fällen handelte es sich um Weihnachtsbaumbrände, die aber bald gelöscht werden konnten. — Ein größeres Feuer bedauerte die Wehr Rüdigerstraße Str. 59, wo ein Weihnachtsbaum in Flammen stand. Es bedurfte längerer Wasserergüsse, um die Gefahr zu beseitigen. — Vor dem Hause Schöneberger Straße 20 war durch Kurzschluß das Dach eines Straßenbahnwagens in Brand geraten, während sich auf dem Ostbahnhof Freyhofen auf einem Waggon entzündet hatten. — Auch zwei böswillige Alarmierungen waren schon im neuen Jahr zu verzeichnen. Sie erfolgten nach der Schulstraße 25 und nach der Mühlbachstraße 62. Leider konnte nur im letzten Falle der Täter in der Person des Arbeiters Hennig aus der Fruchtstraße ermittelt werden, der nun seiner Bestrafung wegen groben Unfugs entgegensteht. — Am Sonntagnachmittag hatte die Berliner Wehr dann noch einen größeren Brand in der Mühlenstraße 8 zu bewältigen. Bei Anbruch der Lüftung standen Mehlkörner in einem Speicher in Flammen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine neue Revision ihrer Gehaltsbestimmungen wünschen die Stadtschreiber. Kaum ist der neue Normalbesoldungstat für die städtischen Beamten und Arbeiter unter Dach und Fach gebracht, da erwiderten die Stadtschreiber beschäftigten Beamten einen weiteren Gehaltsaufschlag in dem von dem Bürgermeister mit gütiger Unterstützung der „Liberalen“ in der Stadtverordnetenversammlung mit so vieler Mühe ins Gleichgewicht gebrachten Verteilungsplan der Gehalts- und Lohnzulagen.

Diese Revolution unter den Stadtschreibern nimmt um so mehr wunder, als diese Beamten einmal recht anständige Gehälter beziehen, und zum anderen auch bei der Revision des Normalbesoldungstat mit am besten bezahlt wurden. So erhielten diese Leute früher als Gehalt 2700 M., das nach 21 Dienstjahren bis auf 4800 M. stieg. Nach dem neuen Etat beträgt das Anfangsgehalt 3200 M. und nach 18 Jahren 5300 M. Die Gesamtbesoldung machte also 17,69 Proz. aus. Bisher kamen für diese Beamtenklasse 153 Personen in Betracht. Ferner ist zu bemerken, daß diese Beamten eine leitende Stelle nicht einnehmen. An sich waren die Stadtschreiber mit ihrer Gehaltsaufbesserung auch ganz zufrieden. Aber nachher rechneten sie aus, daß die Angehörigen der nächsten Gehaltsklasse, die Sekretäre, alles in allem berechnet, prozentual besser gefahren sind bei der Aufbesserung. Darob parte die Stadtschreiber die Mut.

Um diesen „Mißstand“ nun zu beseitigen, arbeiteten sie eine umfangreiche Denkschrift aus und fordern jetzt die Stadtverordnetenversammlung auf, den Stadtschreibern zuliebe den Normalbesoldungstat zu korrigieren. Denn, heißt es in der Denkschrift, dadurch, daß auch den Assistenten, die keine Sekretärsprüfung abgelegt haben, der Titel „Sekretär“ gegeben worden ist, während die wirklich geprüften Sekretäre nur „Stadtschreiber“ geworden sind, sei der den Herren geprüften Sekretären gebührende Vorrang vor den Assistenten in ungerechter Weise fast beeinträchtigt worden. Das ganze idelle Hebergewicht des um eine Stufe höheren Beamten gegenüber den unter ihm Sichenden ist nun falsch! Und woran soll das liebe Publikum in seinem heillosen Mangel vor allen möglichen Beamten den höheren Grad seiner Achtung gegen die Herren geprüften Sekretäre messen können, wenn ihm nicht der Titelunterschied darin deutlich den Weg

zeit? Und dann hat sich auch der Gehaltsunterschied zwischen den Stadtschreibern und den Sekretären in ganz ungehöriger Weise vergrößert. Früher betrug diese Differenz 1100 M., jetzt nur noch 800 M. Nun da den Stadtschreibern nicht alle Lust zur Arbeit vergehen?

Wir sind sicher keine Feinde von Bestrebungen, die den Verbesserungen des Lohnverhältnisses irgendeines Beamten dienen. Aber dann müssen sich diese Bemühungen auf ernsthafte Grundlagen und berechnete Forderungen aufbauen als dieses auf fast kindliche Eitelkeitsucht und schweißträchtige Unkollegialität beruhende Verlangen der Herren geprüften Sekretäre.

Wenn jemand Grund zur Unzufriedenheit mit den Bestimmungen des neuen Besoldungsplans hatte und noch hat, dann sind es die städtischen Arbeiter in erster Linie. Sie sollten sich ein Beispiel an den Stadtschreibern nehmen und wie diese tüchtig schreiben. Auf solche halbpielerischen Begründungen wie die geprüften Beamten brauchen die Arbeiter die Berechtigung ihrer Forderungen nicht zu stützen.

Die Charlottenburger Feuerwehr wurde am Neujahrstage sechsmal alarmiert. In der Widmarstraße 108, Kommissenstr. 48 und in der Reuen Kantstraße 19 brannten Weihnachtsbäume, in der Gutenstraße 41/44 Automobile in einem Schuppen, in der Friedbergstraße 17 Ladeneinrichtungen und in der Haller Straße 11 Möbel usw. in einer Wohnung.

Auf der Mitarbeit unbesoldeter Ehrenbeamter beruht ein großer Teil der städtischen Verwaltungstätigkeit. So waren allein in der Armenverwaltung Charlottenburgs am 1. Juni 1909 790 Personen als Armenkommissionsvorsitzer, Armenpfleger und Bausenatoren tätig. Dazu kommen außer den Deputationsmitgliedern, die aus den Angehörigen der Bürgererschaft gewählt werden, die zahlreichen Kräfte, die bei der Veranlagung der Steuer mitwirken usw. Alle diese Personen, die nicht selten eine überaus reiche Rühr für die Stadt entfalten müssen, leisten diese Arbeit ohne jede Entschädigung. Die Stadt hat diesen Ehrenbeamten gegenüber keine Verpflichtungen materieller Art. Die Städteordnung schließt auch jede Entschädigung der Ehrenbeamten aus.

Nun aber verunglückte vor längerer Zeit ein Armenpfleger auf einem seiner Recherchengänge dadurch, daß dieser Ehrenbeamte auf einem Hofe ansaß in den Treppenaufgang zu treten, in den Kellerzugang — beide Eingänge hatten gleiche Türen — geriet, einige Stufen hinunterfiel und sich eine schwere Verletzung am Bein zuzog. Da dieser Armenpfleger ein kleiner, völlig unvermögender Geschäftsmann war, so tauchte die Frage auf, wer tritt nun für ihn ein? Die Verletzung erforderte wochenlange Behandlung im Krankenhaus, und zur Sicherstellung seiner Schadenersatzansprüche muß der Verunglückte noch heute mit dem Grundstücksbesitzer prozessieren. Wohl übernahm es der Magistrat auf Anfragen von interessierter Seite, dem Verunglückten auf Grund einer Privatstiftung eine Freistelle im Krankenhaus zu beschaffen; auch gewährte die Stadtverwaltung dem Armenpfleger gegen den Hauswirt Rechtschutz, aber als eine allgemeine glückliche Lösung, die vielleicht auch für ähnliche künftige Fälle anzusehen sei, war die Erledigung dieses Falles nicht zu betrachten.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten brachten deswegen einen Antrag bei der Stadtverordnetenversammlung ein, nach welchem eine Entschädigungsfrist der Stadt für im Dienste der Gemeinde geschädigte Ehrenbeamte festgelegt werden sollte. Nachdem dieser Antrag, den die Stadtverordnetenversammlung einstimmig bewillkommnete und einem Ausschuss überwies, in diesem sehr lange gerührt hatte, kam die Stadtverordnetenversammlung doch noch in ihrer letzten Sitzung im Jahre 1909 dazu, dem Ausschussantrag zuzustimmen, der den Magistrat ersucht, in Fällen, in denen städtische Ehrenbeamte — männliche wie weibliche — bei Ausübung einer im Dienste der Stadt unternommenen Handlung einen Schaden erleiden, auf Anzeige von dem Unfall die Entschädigung des Betroffenen beziehungsweise im Todesfalle seiner Hinterbliebenen zu übernehmen; gegebenenfalls gegen Abtretung etwaiger Ansprüche den Entschädigungsberechtigten Dritten gegenüber.

Folgt der Magistrat diesem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung, woran billigerweise nicht zu zweifeln sein dürfte, so würde Charlottenburg damit eine Einrichtung schaffen, die auch von anderen Städten übernommen werden sollte. — Galt es doch schon obendrein so ungemein schwer, gerade für die schwierigsten und zeitraubendsten Ehrenämter genügende und geeignete Kräfte zu bekommen. Vielleicht steigt aber die Lust zur unbesoldeten Mitarbeit für die Gemeinde, wenn die Ehrenbeamten sehen, daß die Gemeinde nicht nur die Erfüllung von Pflichten von ihnen fordert, sondern auch solche übernimmt. Besonders wertvoll kann aber solche Einrichtung für Arbeiter, die als Ehrenbeamte tätig sind, werden. Zumal sie ja nicht in der Lage sein dürften, auch noch für den Schaden aufzukommen, den sie in Ausübung eines Amtes für die Stadt erfahren.

Laut Bekanntmachung des hiesigen Magistrats finden am Donnerstag, den 20. Januar dieses Jahres, von vormittags 10 Uhr bis mittags 1 Uhr und von nachmittags 5 Uhr bis abends 8 Uhr die Neuwahlen der Weisheit für das Gewerbegericht zu Charlottenburg (Amtsperiode 1. April 1910 bis 31. März 1912) statt. Aus dem Kreise der Arbeitnehmer sind wiederum wie bei der vorigen Wahl vor zwei Jahren 18 Weisheit zu wählen. Die Wahlen vollziehen sich in den acht Wahlbezirken, die bei den im November vorigen Jahres stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen zugrunde lagen. Für jeden Wahlbezirk kommt außer dem dritten Wahlbezirk, welcher in vier Wahlbezirksteile mit je einem Wahllokal eingeteilt ist, wieder nur ein Wahllokal in Betracht. Wähler ist jeder Arbeiter, welcher das 25. Lebensjahr am Tage der Wahl vollendet hat, in Charlottenburg wohnt oder hier im Arbeitsverhältnis steht. Diejenigen, die in Charlottenburg wohnen und arbeiten, wählen in demjenigen Bezirk, in dem sie in Arbeit stehen. Wer in Charlottenburg wohnt und außerhalb Charlottenburgs arbeitet oder zurzeit arbeitslos ist, wählt dort, wo er wohnt, während diejenigen, die in Charlottenburg arbeiten und in Berlin oder in den Vororten wohnen, in demjenigen Wahlbezirk ihr Wahlrecht ausüben, in dem sie beschäftigt sind. Die Wahl ist geheim und wird mittels Stimmzettel vollzogen. Jeder Wähler muß im Besitze einer Legitimation sein. Für diejenigen, die hier in Arbeit stehen, hat der Arbeitgeber eine Legitimation auszustellen. Für diejenigen, die hier wohnen und außerhalb Charlottenburgs arbeiten oder zurzeit arbeitslos sind, das zuständige Polizeibüro. Formulare hierzu sind auf den Polizeirevierbüros vorrätig, auch werden dieselben in der Gerichtssekretariat des Gewerbegerichts, Rathaus, Zimmer 32, unentgeltlich verabfolgt.

Die Gewerkschaften werden hiermit nochmals aufgefordert, die nötige Propaganda für einen guten Ausfall der Wahlen zu entfalten. Alle Anfragen, die Wahlen betreffend, sind zu richten an den Obmann der Charlottenburger Gewerkschaftsunterkommission, Genossen Otto Flemming, Pestalozzistraße 13.

### Nixdorf.

Ein Einbruch ist in der gestrigen Nacht in der Magdalenen-Kirche verübt worden. In der Sakristei dieser Kirche, die an der Bergstraße liegt, ist ein eiserner Schrank in die Wand eingebaut worden, in dem die silbernen Kirchengeschätze und die geschnittenen Opferbüchsen bis zu ihrer Verierung aufbewahrt werden. Gestern morgen entdeckte der Küster, daß Einbrecher in die Sakristei eingedrungen waren und aus dem Schrank zwei geschnittene Opferbüchsen mit etwa 70 bis 80 Mark gestohlen hatten. Die silbernen Kirchengeschätze und eine größere Anzahl gleichfalls geschnittener Opferbüchsen hatten die Diebe stehen lassen. Die Kirchengeschätze waren ordnungsmäßig verschlossen. Die Einbrecher haben sich wahrscheinlich vorgestern nach dem Abendgottesdienste einschließen lassen und ihren Auszug durch ein Fenster genommen, das man gestern morgen geöffnet fand.

Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche des 2 1/2-jährigen Knaben Gustav Weimide, Kellstr. 9. Der Kleine starb in der

Wohnung seines Stiefvaters, des Kaufmanns Paul Mittmann, ganz plötzlich. Ein im letzten Augenblick hinzugerufener Arzt vermochte die Todesursache nicht festzustellen. Er konstatierte jedoch, daß der Körper des Kindes mit zahlreichen blauen Flecken versehen war. Es wird daher vermutet, daß der Knabe schwer mißhandelt worden und daß der Tod auf diese Mißhandlungen zurückzuführen ist. Seitens der Eltern wird dies ganz energisch bestritten. Sie behaupten, daß die Flecken nicht von Mißhandlungen, sondern vom Fallen herrühren. Der Junge sei häufig beim Spielen im Zimmer gefallen, und nur beim Auffallen des Körpers auf den Erdboden könnten die blauen Stellen hervorgerufen worden sein. Die Leiche des Knaben wurde durch die Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause geschafft, wo durch die Obduktion die genaue Todesursache festgestellt werden wird.

### Zöhneberg.

Mit der baulichen Erschließung des Westgeländes beschäftigte sich, wie gleich tags darauf bürgerliche Blätter mitteilten, eine geheime Sitzung der Stadtverordneten. Es muß um so mehr wundernehmen, daß die Beratungen bekanntgegeben wurden, als dadurch die Spekulationen von dem vom Magistrat aufgestellten Programm Kenntnis erhielten. Die bürgerliche Presse würde nicht laut genug schreiben können, wenn Sozialdemokraten eine solche Indiskretion begangen hätten.

In dem Programm wird mitgeteilt, daß die bauliche Entwicklung in den letzten Jahren nicht in dem Maße fortgeschritten ist, wie dies in früheren Jahren bei Aufstellung verschiedener Projekte vorgesehen wäre. Es wurde damit gerechnet, daß bei Eröffnung der Untergrundbahn das ganze Westgelände bebaut sein würde. Da dieses nicht eingetroffen sei, müßten Maßnahmen getroffen werden, um die Stadt auf ihrer bisherigen Leistungsfähigkeit zu erhalten und andererseits die in Aussicht stehenden hohen Zuschüsse zum Betriebe zu mindern. Es soll daher alles daran gesetzt werden, das Gelände zu bebauen und dem Verkehr zu übergeben, damit der Zugang von steuerkräftigem Publikum gefördert wird. Weiter soll die Regulierung der Martin-Luther-Straße zwischen dem Rathausplatz und der Straße R im Frühjahr ausgeführt werden. Die Straßenbahnlinien, die ihren Endhaltestellen jetzt am Wartburgplatz haben, sollen durch die Holbeinstrasse nach dem Krankenhaus weitergeführt werden. Die Arbeiten der Pflasterungen der um den Stadtpark liegenden Straßen sind derart zu beschleunigen, daß sie bis auf den am Untergrundbahnhof „Stadtpark“ belegenen Teil im nächsten Frühjahr fertiggestellt sind. Soweit noch Gelände vorhanden, das in Händen bürgerlicher Besitzer ist, soll dasselbe, sofern es nicht freiwillig abgetreten wird, im Dringlichkeitsverfahren enteignet werden. Ebenfalls soll dahin gewirkt werden, daß der tote Arm der Ringbahn zwischen den Bahnhöfen Ebersstraße und Wilmersdorf bis zum kommenden Sommer beseitigt und das freiwerdende Gelände erworben wird. Die definitive Anlage der Jansbruder Straße zwischen der Hauptstraße und Wannseebahn ist sofort vorzubereiten mit dem Ziele, daß die Altpflasterung der Straße auf Kosten der Stadt geschieht. Bevor jedoch diese Arbeiten ausgeführt werden, ist die Verlängerung des Untergrundbahntunnels bis an die hinter der Wannseebahn geplante Einschnittbahn durchzuführen. Die notwendigen Anleiheemittel sind der in Vorbereitung befindlichen neuen Stadtanleihe zu entnehmen. Die Parzellierung des Stadt geländes ist sofort vorzunehmen und soll einem künstlerisch hervorragenden Architekten übertragen werden, der von einer aus Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern besetzten Deputation gewählt werden soll. Die Deputation ist ermächtigt, die entstehenden Kosten bis zur Höhe von 20 000 M. dem Grunderverwerbsschonds zu entnehmen. Ebenfalls sind geeignete Baupläne für eine neue höhere Mädchenschule und für eine Gemeindedoppelschule vorzulegen.

Da die Ausschließung des Geländes bis zum Frühjahr 1911 erfolgt sein soll, so sind gewaltige Vorarbeiten zu erledigen, die dadurch, daß das Programm vorzeitig veröffentlicht worden ist, bedeutend erschwert sind.

### Lichtenberg.

Die Lichtenberger Feuerwehr hatte in der Neujahrnacht einen großen Dachstuhlbrand in der Müllendorfsstraße 9 zu löschen. Dort stand, angeblich infolge von Fahrlässigkeit, der Dachstuhl des Vorderhauses in großer Ausdehnung in Flammen. Das moderne, erst vor einiger Zeit bezogene Gebäude gehört der Firma Felder u. Platen (Möbelabrik). Die Feuerwehr griff unter Benutzung einer Magistrateiler mit fünf Schlauchleitungen von mehreren Seiten an und es gelang nach längerem Wassergeben, den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Einige Wohnungen haben etwas durch Wasser gelitten. Dann hatte die Lichtenberger Wehr noch einen Kellerbrand in der Frankfurter Chaussee 139 und einen Küchenbrand in der Gürtelstraße 34 zu löschen. In der Frankfurter Chaussee 139 brannten Kisten, Säde u. a. in einem Delikatessengeschäft. Die Qualitätsentwicklung war so enorm, daß die Rohrfeuer mit Königs Rauchschutzapparaten ausgerüstet werden mußten.

### Wilmersdorf-Halensee.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Bericht des Vorstandes entgegen. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl von 492 auf 632 und die weiblichen Mitglieder von 18 auf 57 gestiegen ist. Jedoch ließ der Besuch der Versammlungen und Zahlhabende viel zu wünschen übrig. Der Rechenbericht für das 4. Quartal ergab 684,10 M. Einnahmen, 50,35 M. Ausgaben; an den Kreis wurden 376,66 M. abgeführt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender Schröder; 2. Vorsitzender Kämpfer; 1. Schriftführer Luderemann; 2. Schriftführer Hanbold; Kassierer Goddau; Beisitzer Pohl; Beisitzerin Markewitz; Neuboren Exner, Pieper, Schälze; Bibliothekare Harder, Kley; Lokalkommission Rothow, Diermann, Strada; Expeditionskommission Jense, Tempelungen, Paulob, Grünberg, Schodwig. Als Beisitzer wurden bestätigt Jense, Art, Schaubert, Leitz, Groß und Hey. Zum Punkt: „Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl“ wurde im 8. Bezirk, wo ein Hausbesitzer zu wählen ist, die Kandidatur Ratusch abgelehnt und beschloffen, in diesem Bezirk sich an der Wahl nicht zu beteiligen. Im 7. Bezirk, wo ein Mieter zu wählen ist, wurde Genosse Oskar Kiedel als Kandidat aufgestellt.

### Friedenau.

Ein Baunfall ereignete sich am Freitag, den 31. Dezember auf dem Neubau Friedenau, Südwest, Korlo-Edle Stubenrauchstraße. Dort kam am Radmitte ein Wagen voll Schabretter an, welche zur Herstellung von Bodenverlägen dienen sollen, und die von den Zimmerern, wie es üblich ist, auf den Fensterbrüstungen liegend, nach dem Boden hochgenommen wurden. Plötzlich brach ein Brett durch, das untere Ende desselben fiel herunter, traf einen Zimmermann am rechten Oberarm und schlug demselben eine kloppende Wunde. Der Verunglückte wurde von Bauarbeitern nach der Wunde getragen, wobei sie ihm das Bein abschnitten, damit der Blutverlust nicht so groß wurde. Nachdem zu einem Arzt geschickt war, wurde nach Wilmersdorf telephoniert, einen Krankenwagen zu schicken; es kam jedoch der Ansicht, daß der Bau zu Friedenau gehöre und da Friedenau selbst einen Krankenwagen besitze, sollte man sich an die Friedenauer Polizei wenden. Es wurde nun die Friedenauer Polizei in Kenntnis gesetzt. Der Unfallsfall ereignete sich nachmittags 3.15 Uhr, der Krankenwagen kam jedoch erst 4.50 Uhr. Die Ratgeber des Krankenwagens sagten auf Vorhalt, daß es immer noch schnell gegangen wäre. Von unterrichteter Seite soll den Arbeitern mitgeteilt worden sein, daß der den Krankentransport in Friedenau ausführende Privatunternehmer bei Benachrichtigung durch die Polizei schon gefügt habe, daß er keine Pferde im Stall habe; sie sollten doch mal sehen, ob sie selbst irgendwo ein Gespann auf-treiben könnten, damit es schneller ginge. Nach den Vorgängen am Freitag zu schließen, scheint es ebenso gewesen zu sein, denn wie man uns mitteilt, soll der Unternehmer schon um 4 Uhr 10 Minuten durch die Polizei benachrichtigt worden sein. Verhält es sich so, wie uns mitgeteilt wird, so ist das natürlich ein unhaltbarer Zustand, den zu beseitigen die Gemeindevertretung die dringendste Pflicht hätte.

### Röpenitz.

Am 3. Januar ab ist auf der hiesigen städtischen Straßenbahn auch der Umsteigeverkehr eingeführt worden. Es werden besondere Umsteigefahrkarten ausgegeben, die auch eine Aufzeichnung der gesamten Linien enthalten, aus der die einzelnen Strecken ersichtlich sind. Ferner kommen zur Ausgabe Monatskarten für zwei Zehnpennigstreden zum Preise von 5 M., desgleichen Wochenkarten für 75 Pf., Wochenkarten für die übrigen Strecken kosten 90 Pf., Kinderfahrtscheine zu 5 und 10 Pf., haben keine Gültigkeit zum Umsteigen. An Sonn- und Feiertagen fällt die Vergünstigung des Umsteigens fort. Umsteigestellen sind in Röpenitz: Bahnhof Röpenitz, Haltestelle Bahnhof und Kaiser-Wilhelmstraße Ecke, Haltestelle Schloßplatz; in Friedrichshagen: Haltestelle Fähr (See-straße) und in Mahlsdorf: Haltestelle Hubertus (Kolonie). Die Fortsetzung der Fahrt hat mit dem nächsten fahrplanmäßigen Wagen zu erfolgen.

Die Städtische Volksbibliothek wird am heutigen Dienstag der öffentlichen Benutzung übergeben werden. Dieselbe befindet sich im Gemeindehause am Alten Markt (Landjägerbrücke). Als Ausleihstunden sind einstweilen Dienstag und Sonnabend in der Woche von 6-7 Uhr abends bestimmt worden. Für die Entnahme von Büchern kommen folgende Vorschriften in Frage. Bücher werden an erwachsene Ortsangehörige beiderlei Geschlechts gegen eine Benutzungsartik unentgeltlich ausgegeben. Zur Erlangung dieser Benutzungsartik, welche auf ein volles Jahr Gültigkeit hat, ist ein Empfehlungsschein nötig. Letzterer kann ausgestellt werden von Beamten, welche ein Dienstzeugnis führen, von Personen, die ein öffentliches Ehrenamt bekleiden, von Hauswirten oder Personen, die dem Verwalter der Bücherei als zuverlässig bekannt sind. Nicht selbständige Personen haben außerdem noch einen von ihrem Arbeitgeber ausgestellten Bürgschaftsschein vorzulegen. Die in Betracht kommenden Ausweise sind in der Bibliothek zu haben. Gegenwärtig zählt die Bibliothek 1700 Bände. Mit der Ausstellung der Empfehlungsscheine durch Personen, welche ein öffentliches Ehrenamt bekleiden, werden sich die Funktionäre der Partei und Gewerkschaften noch befassen müssen.

Die in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Wertzuwachssteuer, welche bereits die Zustimmung des Magistrats gefunden, soll vorbehaltlich Genehmigung durch den Bezirksausschuß am 1. April 1910 in Kraft treten.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Nachtwächter Richter, welcher schon 22 Jahre in Dienste ist, war um Gehaltserhöhung eingekommen. Das Gehalt betrug bisher 547,50 M. Der Magistrat beschloß, das Gehalt auf 600 M. zu erhöhen. Auf Antrag des Genossen Morgenrot wurde es jedoch mit 13 gegen 1 Stimme auf 630 M. oder 1,75 M. pro Nacht festgesetzt. Stadtv. Sammel frag an, wie weit die Verhandlungen mit dem Elektrizitätswert und der Stadt gegeben seien. Das Wort verlangte als Hauptbedingung die abgewiesene Forderung, die Verlängerung des Ausschließlichkeitsvertrages. Der Bürgermeister erklärte, daß die Verhandlungen kurz vor dem Abschlusse ständen und er deshalb jetzt nichts sagen könne. Der Vorsitzende Herr Köppen gedachte am Schluß der Sitzung kurz der Vorgänge des vergangenen Jahres und richtete einige Abschiedsworte an die ausscheidenden Herren.

### Potsdam.

Wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands deutscher Berufsfeuerwehrmänner hat der Potsdamer Magistrat 30 Feuerwehrmännern ihre Stellung zum 1. Februar gelündigt, falls sie nicht schnellstens erklären wollen, diesem Verbands den Rücken zu kehren. Als Grund sagt ein Schreiben des Magistrats, daß die Beschäftigungsweise der hiesigen Feuerwehrleute mit der Zugehörigkeit zum Verbands nicht im Einklang stehe. Eine recht zugehörige Begründung. Der Vorsitzende wurde sofort entlassen. Eine Kommission der Feuerwehrmänner ist beim Oberbürgermeister Vosberg vorstellig geworden und hat um Zurücknahme der Ründigungen ersucht, da ihr Verband als durchaus neutral gelte und durch sein Statut jegliche Parteipolitik in Versammlungen verbiete. Doch der Mann mit dem weiten Bild, der erst vor kurzem dazu ausgerufen war, einen Honorsabend zu leiten, hatte nur ablehnende Antworten. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl hatte man diese Leute nach dem Wahlsicht gelassen, um für die konservativen Kandidaten zu stimmen. Jetzt nimmt man ihnen zum Dank ihr gesetzlich garantiertes Recht, sich zu organisieren, um ihre wirtschaftliche Lage einigermassen zu verbessern.

Ein Familiendrama ereignete sich am Neujahrsmorgen in dem Dorfe Alt-Weitow bei Werder a. Havel. Im Hause Potsdamer Straße 190 bewohnte der Steinleger August Klose mit seiner Frau Anna und seinen Kindern die Vorderetage. In letzter Zeit kam es zwischen den beiden Ehegatten oft zu Streitigkeiten. Als der Mann am Neujahrstag mit den beiden älteren Söhnen zum Besuch seines Vaters nach Röpenitz gefahren war, erkrankte Frau Klose ihren 2 1/2-jährigen Sohn August und ihre 6-jährige Tochter Lotte am Fensterkreuz. Wie der Augenschein ergab, wurde das Mädchen vorher durch einen Wellblech betäubt, die Mutter verschwand darauf. Erst am Abend fand man am Bahndamm kurz vor der Eisenbahnbrücke eine Frauenleiche, die von Bekannten als die Vermisste rekonozitiert wurde. Sie hatte sich gegen 6 Uhr abends vor den Magdeburger D-Zug auf die Schienen geworfen und war sofort getötet worden.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein „empfehlenswerter“ Geschäftsreisender.

Der sich schwer gegen Treu und Glauben im Geschäftsverkehr betragende, mußte gestern seine Verfehlungen in recht empfindlicher Weise sühnen. Wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung in 49 Fällen war der Reisende Adolf Lewinsohn vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. Der Angeklagte war als Reisender von der Försmanier- und Weißwarenfirmen Steiner engagiert worden und zeigte sich, wie die große Zahl der eingehenden Aufträge bewies, als sehr tüchtig in seinem Fache. Die Freude des Geschäftsinhabers über den tüchtigen neuen Vertreter wurde jedoch erheblich gedämpft, als fast sämtliche der von dem Angeklagten überwiesenen Aufträge als nicht bestellt zurückgewiesen wurden. Es stellte sich bald heraus, daß der Angeklagte in ganz systematischer Weise auf den von den einzelnen Kunden unterschriebenen Bestellscheinen Zusätze bezug. Zahlenveränderungen vorgenommen hatte, damit die Bestellungen bezug. seine Provision dementsprechend höher ausfielen. Dem Inhaber der Firma wurden durch diese Manipulationen des „tüchtigen“ Reisenden große Unannehmlichkeiten bereitet, da er im Vertrauen auf die Richtigkeit der Kommissionszettel verschiedene Kunden auf Abnahme verlor und er diese, nachdem sich die Fälschungen herausstellten, ein für allemal los wurde. Der Staatsanwalt beantragte deshalb eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren, da durch derartige betrügerische Geschäftsführung den Geschäftsinhabern selbst ein doppelter Schaden zugefügt wurde. Das Gericht erkannte auf 7 Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

### Reichsgerichts-Entscheidung über die neue Zigarettensteuer.

Auf Grund von § 2 des Zigarettensteuergesetzes unterliegt die Zigarette sowie deren ungefüllte Hülle einer Steuer. In Absatz 1 dieser Paragrafen wird die Steuer für Zigarettenhüllen und ungefüllte Zigarettenhüllen auf 2 M. für 1000 Stück festgesetzt. Damit soll der Umgehung des Steuergesetzes durch eigenes Drehen der Zigaretten seitens der Konsumenten vorgebeugt werden.

Ein findiger Franzose, der in Weh eine Zigarettenblätterfabrik betreibt, kam auf die Idee, Zigarettenblätter in Gestalt



# JANDORF'S

## Wohlfeile Woche

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Wir bringen in diesem Jahre anstatt des sonst üblichen Inventur-Verkaufs unsere Wohlfeile Woche. Es versäume niemand, von dieser äusserst günstigen Gelegenheit Gebrauch zu machen.

Zündhölzer, Paket 10 Schachteln 25 Pf.

Zündhölzer, Paket 10 Schachteln 25 Pf.

### Kurzwaren

- Nähnadeln ..... Brief 25 Stück 1 Pf.
- ..... mit Goldöhr, Brief 5 Pf.
- Stecknadeln ..... Brief 200 Stück 4 Pf.
- Stopfnadeln sortiert, Brief 25 Stück 6 Pf.
- Sicherheitsnadeln sortiert, Dtz. 6 Pf.
- Haarnadeln lackiert ..... 20 Pack 10 Pf.
- Haarwickler „La Donna“ ... Dtz. 8 Pf.
- Druckknöpfe mit Feder ..... Dtz. 6 Pf.
- ..... rostfrei, Spezialmarke, Dtz. 10 Pf.
- Tailen-Verschlässe waschbar 12 Pf.
- Kragenstäbe ..... Dtz. 6, 10 Pf.
- Kragenstützen ..... Paar 15 Pf.
- Armblätter ..... Paar 10, 15, 20 Pf.
- Reform-Armblätter ..... Paar 35 Pf.
- Mohair-Besenborte schwarz oder farbig, Meter 8 Pf.
- Stiefelisenkel schwarz ..... 6 Paar 10 Pf.
- Wäscheknöpfe Karte 3 Dutz. 7, 10 Pf.
- Halbleinenband weiss .. 5 Stück 10 Pf.
- Baumwollband schwarz, 6 Rollen 10 Pf.
- Haken und Augen schwarz, Pack 3 Pf.
- ..... versilbert, Pack 9 Pf.
- Strumpfhalter für Kinder 15, 25, 40 Pf.
- ..... für Damen, Paar 48, 75 Pf.
- Goldknöpfe ..... Karte 2 Dutzend 10 Pf.
- Perlmutterknöpfe Karte 2 Dutzend 9, 12 Pf.

### Schürzen

- Hausschürzen mit Volant und Tasche, farbig oder schwarz 1,10, 1,45
- Miederschürzen hell oder dunkel gemusterte Stoffe, mit Trägern 1,25, 1,75
- Kleider-Reform-Schürzen gestreifte oder melierte Stoffe, hübsch besetzt 1,45, 1,95
- Empire-Schürzen moderne Form, in hübschen Mustern 2,25, 2,95

Ein grosser Posten Tändelschürzen in verschiedenen Stoffen und Ausführungen..... Stück 45, 68, 95 Pf.

### Weisswaren

- Französische Chiffonschals ca. 225 cm lang, weiss oder farbig 1,45
- Gestickte Tüllstoffe weiss oder creme, Met. 58 Pf.
- Waschtüll getupft, weiss oder elfenbeinfarbig, ca. 100 cm breit, für Ballkleider ..... Meter 95, 1,25
- Tüll-od. Spitzenjabots 85, 1,15, 1,65
- Perl-Halsbandeaux in versch. apart. Ausführungen 75, 95, 1,35
- Ball-Schals mit farbigen Blumenmst. 90, 1,45, 1,95
- Spachtel-Kragen runde oder Passenform 75, 95, 1,45
- Herrn-Cachenez farbig ..... 95 Pf.

### Damen-Wäsche

- Taghemden Achselschluss, mit gestickter Passe ..... 1,25
- Herzfasson, mit Hohlraum Garnierung .. 1,45
- Schalpasse mit Hohlraum oder Stickerei-Garnierung ..... 1,85
- mit handgestickter Madeira-Passe ..... 1,95
- Fasson-Hemden m. reich. Stickerei-Garnierung in verschiedenen Ausführungen .. 1,85, 2,25
- Nachtjacken weiss Körperbarchent, mit Languetten ..... 1,45, 1,75
- weiss Körperbarchent, mit Stickerei-Volant ..... 1,75, 2,25
- Beinkleider weiss Körperbarchent mit Languetten, Knie 1,25, 1,65
- fasson oder lange Form ..... 1,25, 1,65
- weiss Körperbarchent mit Stickerei-Volant, Knie-Fasson ..... 1,75
- Frack-Korsett weiss Satin mit blauen oder lila Streifen ..... 1,95

### Möbelstoffe

- Tüll-Gardinen Fenster 2,95, 4,25, 6,75
- Portieren-Garnituren reich bekarbelt ..... Fenster 3,95, 5,75
- Satin-Steppdecken ..... 3,50, 5,75
- Küchentischdecken Wachstuch, ca. 60/100 cm 33 Pf.
- Wachstuch-Barchent ca. 100 cm br., Meter 1,00
- Linoleum-Läuferstoffe ca. 67 cm, Meter 74 Pf., ca. 90 cm, Meter 1,00
- Linoleum ca. 200 cm breit .. 1,25
- Doppelseitige Teppiche ca. 120/185 4,25, ca. 160/220 7,50, ca. 195/300 11,25
- Prima Velourteppiche ca. 165/235 cm 20,50, ca. 200/295 cm 29,75

- Grosse Reinseid. Bänder schottisch oder gestreift, ca. 12-15 cm breit ..... Meter 45, 75, 95 Pf.
- Posten Chinebänder Reine Seide\* ca. 12-15 cm breit ..... Meter 50, 85, 1,15

### Schuhwaren

- Filz-Schuhe mit Filz- und Linoleumschalen, für Damen ..... 95 Pf.
- Filz-Schnallenstiefel mit Filz- und Linoleumschalen, für Kinder ..... 95 Pf.
- Plüschpantoffel mit Ledersohlen u. Fleck, f. Damen 95 Pf.
- ..... für Herren 1,25
- Filzpantoffel mit Filzsohlen und Absatzfleck, für Damen ..... 95 Pf.
- ..... für Herren 1,10
- Filzpantoffel mit Filz- und Ledersohlen, für Damen ..... 95 Pf.
- ..... für Herren 1,10
- Leder-Schnürstiefel mit od. ohne Lackkappe mod. Formen, f. Damen 5,90 für Herren 8,50

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

### Bekanntmachung.

5. Nachtrag  
zu dem Statutenrat der Orts-  
rentenkasse für den Amtsbezirk  
Ziegel mit Ausschuss von Widensee  
19. Oktober 1908.  
vom  
19. Januar 1909.

Es erhält in den ersten acht  
Bellen folgende Veränderung:  
Die wöchentlichen Rollenbeiträge  
betragen 4 Gros, das im 5. 12  
letzterten durch schrittweisen Lage-  
lohnes, d. h.

für die Mitglieder	der 1. Klasse	0,84 Pf.
2.	0,72	
3.	0,60	
4.	0,48	
5.	0,36	
6.	0,24	

Ziegel, am 30. August 1909.

Der Vorstand.  
(ges.) Oswald Kell. Vorsitzender.  
(ges.) Wilhelm Kahlom, Schriftführer.  
Genehmigt.  
Potsdam, den 24. November 1909.

Der Bezirksausschuss auch zu Potsdam.  
(ges.) Küttner.  
DMge Bestimmungen treten mit  
dem heutigen Tage in Kraft.  
Die Beschlüsse  
gemäß § 6 des Statutenrats.  
Ziegel, den 3. Januar 1910.

Der Vorstand. 270/1  
(ges.) Oswald Kell.  
(ges.) Wilhelm Kahlom.

### Husten

Sie nehmen Sie die Kaisers  
Brust-Karamellen. 5500 not  
begl. Zeugn. bew. d. vorzügl. Erfolg  
bei Husten, Heiserkeit, Keuchhusten.  
Paket 30 Pf. Dafür angebotenes  
weisse energisch zurück.  
Zu haben in Apotheken und  
Drogerien. 114/5  
Vertreter und Lager:  
Eich. Thiele, Berlin S. 53,  
Bärwaldstr. 8. Tel. 4. 19.

**Drei Worte**

sollten sich jedem Raucher fest einprägen, die ihm  
im gegebenen Fall immer Nutzen bringen werden.  
Wer sich derselben beim Einkauf von Cigaretten bedient,  
um stets

# JOSETTI VERA

CIGARETTEN

zu verlangen, darf überzeugt sein, dadurch sein Interesse gewahrt  
zu haben. Er wird in diesem Falle stets Fabrikate von  
denkbar bester Qualität zu äusserst wohlfeilem Preise erhalten.

Josetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pf.





So wie die Palme  
das auf der Erde wandelnde Tierreich überragt,  
so überragt das aus ihrer Frucht gewonnene  
Pflanzenfett Palmöl alle tierliche Fette durch  
seine Reinheit und Güte.  
Palmöl eignet sich gleich  
vorzüglich zum Kochen, Braten und Backen.



Vermischtes.

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

Aus Königsberg wird gemeldet: Auf dem Löwentinsee bei Löben brachen sechs Personen ein, von denen zwei, junge Kauf-

leute, ertranken. Aus Rhein wird gemeldet, daß dort der 14jährige Schüler Bisand und auf dem Ullidsee der 14jährige Schüler Passard eingebrochen und ertrunken sind. Dasselbe Schicksal hatten in Groß-Seeberg in dem Seeberger See die 18jährige Tochter des Gutbesizers Jielinski und ihr Bruder, der als Student sich zu Besuch im Elternhause aufhielt.

Eine weitere Meldung aus Briesen besagt: Im hiesigen Schloßsee erkrankte am Neujahrstage ein sechzehnjähriger Knabe. Gestern nachmittag gerieten vier Kinder des Steinseifers Schramm und der Sohn eines Dechstermeisters beim Schlittschuhfahren auf dem Schloßsee an eine offene Stelle und brachen ein. Alle fünf sind ertrunken.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

- 1. Aufstellung der Kandidatenliste zur Wahl der Generalversammlung-Delegierten.
2. Tätigkeitsbericht des Obmannes.
3. Bericht der Werkstattvertrauensmänner über den Beschäftigungsgrad in den Werkstätten.
4. Beratung des Antrages auf Erhebung eines Extrabeitrages.
5. Verbandsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirksvertrauensmännerversammlung. Für die Arbeitslosen geben die Arbeitsvermittler Vertrauensmännerkarten am Mittwoch aus.

Die Versammlungsorte sind folgende:

Tischler.

- Südwesten bei Habel, Bergmannstr. 5-7.
Süden bei Glesing, Wasserstr. 68.
Südosten I u. II in den Naunyn-Festhallen, Naunynstr. 6.
Osten I bei Borgmann, Andreadstr. 21.
Osten II bei Pirnau, Frankfurter Allee 106.
Osten III bei Bergmann, Bogdager Straße 26.
Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Str. 11.
Nordosten bei Becker, Wederstr. 17.

Jede Sarghändler muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglo, Schwedter Str. 23.
Wedding u. Moabit bei Kaczorowski, Radenstr. 6.

Bautischler.

- Bez. 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grashoff, Admiralstr. 18a.
Bez. 2: Osten bei Ziets, Warichauer Straße 61.
Bez. 3: Norden u. nördl. Vororte bei Gilsche, Bogdager Straße 74.
Bez. 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Sachse, Lindower Straße 26.

Möbel- und Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter

- Osten bei Becker, Wederstr. 17.
Südosten im „Märtischen Hof“, Admiralstr. 18a.
Norden bei Günther, Brunnenstr. 96.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche

- Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
Südosten u. Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.

Musikinstrumentenarbeiter

um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshause, Engelsufer 15, Saal 6.

Freitag, 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Koppenstr. 29:

Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung

für die Orte

Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg und Weißensee.

Die Ortsverwaltungen.

Fliesenleger und Hilfsarbeiter!

Donnerstag, den 6. Januar, im Lokal Klubhaus, Kommandantenstr. 72:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnbewegung.

Beginn der Versammlung nach Arbeitschluss, pünktlich 5 1/2 Uhr.

Es ist dringend erforderlich, daß sämtliche Fliesenleger und Hilfsarbeiter pünktlich und zahlreich hierzu erscheinen und wird ersucht, dementsprechend auf allen Arbeitsstellen hierfür zu agitieren!

Die Tarifkommission. B. H. v. Wolheim.

Maschinenarbeiter

im Gewerkschaftshause, Engelsufer 14/15, Eingang B parterre (ArbeitslosenSaal).

Modell- und Fabriktschler

bei Aghten, Pflugstr. 5.

Einsetzer

bei Merkowsky, Andreadstr. 26.

Bodenleger

im Gewerkschaftshause, Engelsufer 15.

Stellmacher

bei Hahn, „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthaler Straße 57.

Kisten- und Koffermacher

bei Baudach, Breßlauer Straße 28.

Korbmacher

bei Eichhorn, Koppenstraße 47.

Bürstenmacher

bei Preuß (Gilsbein-Hudschank), Holzmarktstr. 65.

Kammacher

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Vergolder

bei Kluge, Langestraße 53.

Jalousiearbeiter

bei Walter, Adalbertstr. 53.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter

um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Weichstr. 5.

Bilderrahmenmacher

um 6 Uhr bei Natteroth, Ritterstr. 32.

Stockarbeiter

um 5 1/2 Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Mittwoch, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstr. 72:

„Kinderarbeit — Kinderschutz“. Referent: Reichsammalt Kurt Rosenfeld.

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins

(C. P. Nr. 88.)

Donnerstag, den 13. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr, bei Lutter, Weinstr. 11:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

Abänderung der §§ 5, 8 und 13 des Kassenstatuts infolge der Verfügung des Oberpräsidenten betreffend Erhöhung des Krankengeldes sowie der Kassenbeiträge.

Der Vorstand. Karl Bühr.

Humboldt-Akademie Volkshochschule

Im I. Quartal 1910 veranstaltet die Akademie

164

gemeindefreundliche Vorträge, die aus allen Gebieten des Wissens, Unterrichtsurse in klassischen und modernen Sprachen usw. Das Quartal beginnt

Donnerstag, d. 6. Januar

in den im Programm angegebenen Lehrstätten.

Hörerkarten und ausführliche Vorlesungsverzeichnisse (Diele für 10 Pf.) sind in folgenden Verkaufsbureaus zu haben: Invalidendank, U. S. Linden 24. E. Haase, Potsdamer Str. 116a. Gsellius, Mohrenstr. 32. Kaufhaus des Westens, Wittenbergplatz. S. Hahn, Birnbaumstr. 54. Fröhlich, Landsberger Str. 32. Sieker, Altpstr. 18. Förster & Mewis, W. Kanstr. 14. C. Ulrich & Co., Charlottenburg, Berliner Straße 76.

Sonstige Auskünfte im Hauptbureau, Potsdamer Str. 27b, Villa 2, in der Bureauzeit von 1-3 Uhr.

32. Studienjahr.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog. Empfehle viel Aerata u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichsruasse 91/9

General-Versammlung der Liepnerschen Sterbe- und Kranken-Unterstützungskasse

No. 25

am Mittwoch, den 12. Januar 1910, abends 8 Uhr, im Rassenlokal, Linienstraße 8.

Tages-Ordnung:

- 1. Rechenschaftsbericht der Revisoren.
2. Wahl des Kassenschriftführers.
3. Wahl des Vorstehers und Ersatzwahl für den Vorstehenden.
4. Wahl des Revisors.
5. Berpfehlung über § 34 des Statuts.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203. Ede Schützenstr. Wochentags 10-2, 5-7.

Bruch-Pollmann

empfehle sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradestützen, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankentherapie. Eigene Werkstatt. Referent für Orts- und Hilfs-Krankentassen. Berlin N.,

107 Lothringer Straße 60. Alle Bruchbänder mit elastischen Borten, angenehm u. weich am Körper.

Carmen Sylva

Ciga. effen

Beste Qualitäten

Pelz-Stola-Verkauf

zu hervorragend billigen Preisen

Eigene Kürschnerei.

en gros Riesenhafte Auswahl detail

1000 Stolas von 3 Mark an über 1000 Colliers von 1,50 M. an Echte Skunks-Stola 1,50 Meter lang von 25 M. an

Eile zu Weile

Dresdener Str. 119, Oranien-Platz.

Bitte genau auf die No. 119 u. Firma „Eile zu Weile“ zu achten.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnapstabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.



# Fr. Mahn,

Berlin C. 25  
Alexanderplatz  
(Landsberger Str. 62-63)

Von Montag, dem 3. bis Montag, dem 17. Januar

## Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf

zu gang bedeutend herabgesetzten Preisen.

### Grosse Posten Damen- und Herren-Wäsche.

Tag- und Nachthemden, Beinkleider, Nachtjacken, Frisiermäntel etc., welche im Sortiment nicht weiter geführt werden oder zum Teil etwas angeschmutzt sind, werden zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Ein grosser Posten **elegante Wiener Modell-Damenwäsche**, die während des lebhaften Weihnachtsgeschäftes etwas gelitten hat, zum Teil für die Hälfte des früheren Wertes.

Ein grosser Posten **Achselschluss-Hemden** aus Hemdentuch, mit gestickter Passe, jetzt p. Stck. M. 1.25 1.70 1.95

Ein grosser Posten **Kniebeinkleider** aus Rendore mit Stickerei oder Sticker-Garnierung, jetzt Stck. M. 1.50 1.65 2.10

Ein grosser Posten **farbiger Herren-Oberhemden** aus guten Perkal und engl. Zephyrstoffen, früherer Wert bis M. 6.75, jetzt Serie I II III M. 2.50 2.80 3.40

Ein grosser Posten **Achselschluss-Hemden** aus Madapolam mit Stickerei und Ueberschlagpasse, jetzt Stck. M. 1.75 2.00 2.25

Ein grosser Posten **Fantasiehemden** in verschiedenen Garnierungen mit Stickereieinsätzen u. Banddurchzug, jetzt Stck. M. 1.75 1.95 2.15

Ein grosser Posten **Passenbeinkleider** aus Käper-Barchent mit Stickerei oder Languetten-Garnierung, jetzt Stck. M. 1.25 1.50 1.75

Ein grosser Posten **Herren-Normal-Hemden u. -Beinkleider** gute u. warme Vigogne-Qualitäten mit Wolfmischung durchweg in all. Grössen. Serie I Hemd M. 1.75 Beinkleid M. 1.55 Serie II Hemd M. 2.65 Beinkleid M. 2.15

Ein grosser Posten **Priesenhemden** aus Hemdentuch mit Languetten M. 1.35 1.60 1.85

Ein grosser Posten **Nachtjacken** aus Käper-Barchent oder getreitem Satin mit Languetten oder Sticker-Garnierung jetzt M. 1.30 1.60 1.85

Grosse Posten Reste in Wäschestickereien Trimmings und Spitzen zu sehr billigen Preisen.

Ein grosser Posten **Mako-Herren-Hemden** halbbarbare Sommer-Qualitäten und Beinkleider durchweg in allen Grössen. Serie I Hemd M. 1.70 Beinkleid M. 1.60 Serie II Hemd M. 2.45 Beinkleid M. 1.90

Ein grosser Posten **Winter- und Sommer-Trikotagen** für Damen und Herren, Qualitäten, welche im Sortiment nicht weiter geführt werden oder zum Teil etwas angeschmutzt sind, werden zu aussergewöhnlich billigen Preisen ausverkauft.

Ein grosser Posten **farbige, baumwollene Kinderstrümpfe und Socken** nur gute Qualitäten. Wert bis M. 1.25, jetzt durchweg in allen Grössen

Serie I II III  
jetzt Paar 25 Pl. 40 Pl. 55 Pl.

Ein grosser Posten **Damen-Plättkragen** Stehmannform, mit reicher Lochstickerei und Zierstichen. Früherer Wert bis M. 1.50, jetzt 35 Pl.

Grosse Posten **Reste u. Abschnitte** für Leib-, Haus- und Bettwäsche, in Hemdentuch, Rendore, Louisiana, Leinen und Halbleinen

Grosser Posten **Dimiti- u. Damastreste** für Bettwäsche

Grosser Posten **Lakenstoffreste** in Baumwolle, Halbleinen und Leinen.

Ein Posten **Taschentücher, Pa.-Linnon** 1.90 gestümt, Dtz. M.

Ein grosser Posten **weisse reinlein. Taschentücher** mit kleinen Webfehlern, darunter die feinsten Qualitäten für Damen und Herren; im früheren Werte bis M. 12.00 d. Dtz., zum Selbstausuchen, jetzt Serie I II III per 1/2 Dtz. M. 1.45 1.65 2.20

Grosse Posten **einzelne Tischtücher, Servietten, Handtücher**, welche im Sortiment nicht weiter geführt werden, zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Ein grosser Posten **Korsette** in allen Weiten, darunter elegante, moderne Formen aus der vorigen Saison, welche im Sortiment nicht weiter geführt werden oder zum Teil angeschmutzt sind, zu sehr billigen herabgesetzten Preisen.

Ein grosser Posten **Küchenhandtücher**, schwere Oerstenkornqualität, weiss mit unterer Kante gestümt und gebändert, 48/110, Dtz. M. 5.60

Ein grosser Posten **reinlein. weisse Dreihandtücher**, schwere Qualität, gestümt und gebändert, 48/110 cm gross, per Dtz. M. 6.30

Ein grosser Posten **Jacquardhandtücher**, gediegene Qualität, hübsche Blumen- und Arabeskenmuster, gestümt und gebändert, 48/110 cm gross, Dtz. M. 7.20

### Verkäufe.

**Teppiche** (fehlerrichte) Gelegenheitsverkauf. Radfahrerwagen, Mauerbock, Große Franzfurterstraße 9, Nureingang. Normalschlern 6 Prozent Extrarabatt. Sonntags geöffnet.

**Teppichdecken** billige Rabat Große Franzfurterstraße 9, Nureingang.

**Gardinenhand**, Große Franzfurterstraße 9, Nureingang. 2491R

**Radfahrerkarten**. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelböck Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1.75 M. (zusammenlegbar). - Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2.50 M. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden.

**Wandbildhand** Chausseestraße 143/1. Epitbiliger Bettendruck, Gardinenverkauf, Wandteppiche, Kunstverweise, Herrengarderobe, Damengarderobe! Verkaufene Pländer.

**Teppiche!** (fehlerrichte) in allen Grössen für die Hälfte des Wertes Teppichlager, Brunn, Facheider Markt 4, Bahndhofstr. (Keller des „Vorwärts“) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

**Wandbildhand** Krebber, Küstringerplatz 7, (potbiliger Bettendruck, Gardinenverkauf, Bildverkauf, Warenverkauf, Bettendruck, Schmuck, Goldschmuck, Silberwaren, verfallene Pländer. 2492R

**Vormwärts** erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Lager, Brunn, Brunnstraße 100, Brunnplatz.

**Teppiche**, inventurhalber bis 30 Prozent herabgesetzt.

**Gardinen, Stores, Künstlergarden, Kellereien** für halben Wert.

**Kaufverweise** (potbilig).

**Zofastoffe** (potbilig).

**Vormwärts**, beachtet vorhandene 5 Anzeigen. 758\*

**Bücher** des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Gedichte, Reden usw. Gut ausgestattet, circa 800 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 50 Hemige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Teppiche**. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schleunigen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Wichtige Teppiche, ganz (schöne Qualität: Stabengröße, früher 18.50 jetzt 12.00; Bodenzimmergröße, früher 32.75 jetzt 24.50; Salongröße, früher 43.50 jetzt 35.00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

**Teppichdecken**, eigene Herstellung, richtige Größe, 3.75, 4.50, 5.50, 7.50. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

**Gasbronzen**!!! Gasglockenlampen! 2.00. Gasrohr! 1/2. Gasheizkörper! (potbilig!) Wollauer, Ballnertheaterstraße 32.

**Germanisches** 6. Wollgarn, extrarabatter Warenverkauf. Kleiderauswahl, Wollwarenverkauf, Winterpaleto, Jacketts, Schrockenmägen, Herrenhosen, Damenkleider, Weissblech, prachtvolle Brautgeschenke, Brautkleider, Vermietungsbett, Bettwäsche, Bettdecken, Gardinenauswahl, Teppichauswahl, Wollschleiden, Nähmaschinen, Wanduhren, Taschenuhren, Kettenauswahl, Ringauswahl, Kunstblätter, Selbstverleumdung! allerbilligste Einkaufsquelle Großberlins, Germanisches 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. 4105\*

**Die Grundbegriffe** der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung von H. K. Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Vorjährige** elegante Herrensachen und Paletots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 128\*

**Billige** Damenmode. Hohelegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen, 7-15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 129\*

**Witzners** Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte (potbilig). Stalbergerstraße 99, Barfuhnerstraße 67. 130\*

**Reithaus** Reiter, G. m. b. H. Große Franzfurterstraße 115 (Wandbildhand und Antiquarabteilung). Hohe Beleuchtung für Goldwaren, Silberwaren, Schmuckgegenstände, Uhren, Herrngarderobe, Holzwaren, Wäsche, Porzellan, Kleider, Stoffe, Warenposten, jeden Wertgegenstand umunterdrücken geöffnet. 528\*

**Tiefe** Seifenmanieren und Bekleidungen jeder Preiskategorie. Wendl, Kleinstraße 14. 774

**Seifenkanarien** 5.00, Inzeln 1.25. Rami, Kreuzstr. 45.

**Möbel**, Tischdecken, Schuwaren, Gelegenheit Palladenstraße 46. 734\*

**Ein- und Verkauf** von gut erhaltenen Herren- und Damenkleidern, allerlei, billig. Anzüge 10.00, Paletots 5.00. Rami, Lindenstraße 80a. 7138

**Damenkleider** aus feinsten Qualitäten verkauft (potbilig) Brunnstraße 3. 1375

**Federbetten**, Eland 16.00, Neue Römigstraße 29, vorn I. 330/6\*

**Geschäftverkäufe**. Gemüsegeld, Kolonialwaren, Rote. 650.00. Brunnstraße 117.

**Gartenlokal**, Langsaal, Ausspannung, zwei Regalbahnen, Spielplatz, Schanke, Trudelsbude, Karussell. Kaufpreis 1500, Miete 1500. Offerten P. 3, Expedition des „Vorwärts“.

**Gardiergeschäft**, gute Erleiten, billig zu verkaufen S. 42, Rigdorf II.

**Möbel**. Wollschleier, Garnad, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallgasse 57 (Königsplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungszielherabsetzung. Vormwärts 3 Prozent. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

**Gebrauchte** Möbel und Verleigerungen, Schränke, Vertikals, Kasse, Sofas, Schreibtische, Bücherregale, Büttel, Garnituren, Bettstellen, Kleiderkabinen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Wirtschaften bestehend billiger als überall. Kenners Möbelgeschäft, Röhrlingerstraße 55. 81R\*

**Kleidergeschäft**, Bestelle, Vertikals, Schlafsofa, Tisch, Stühle, Teppich, Stores, Radstühle, Bilder, Kronen, Ladeneinrichtung, Badmaschinen (wenig gebraucht), Großer Saalplatz (Kunstmuseum), Ladeneinrichtung für Ständer, Wäscherien, große Kleidungsstücke, Bar. Wollschleier, Diano, Danzigerstraße 14, Seelowstraße 14, Spezialität: moderne Kleider. Vormwärts 5 Prozent. Teilzahlung gestattet. 3724\*

**Möbelgelegenheit!** Wenig gebrauchte, gut erhaltene Möbel, auch neue, einladige, elegante, bestechend gemauert, verfallene, (potbilig). Kleiderlager. Lagerpreis, Neue Römigstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Abzahlungserleichterung). \*

**Verkauf!** (Händler verbleiben!) Elegantes Wollschleier, Truwan, Kleiderregal, Vertikal, Chaiselongue, Kunststisch, Gasröhre. Fächer, Römigbergerstraße 11, vorn I rechts.

**Wichtig** lohnend!! für Brautleute ist die Beschaffung meiner Kleiderfabrik in zwei Fabrikgebäuden und sechs Etagen. Für komplette Einrichtungen mache ich Fabrikpreise. Organisationsmittel sehr billig. 22. Wollschleier, Stallgasse 57, an der Hochbahn. 858

Umzugshalber Ruhbaumstraße, Stube und Küche, auch einzeln. Dresdenstraße 25, vorn II rechts.

**Fahrräder**. Herrenfahrrad Damenfahrrad einmal benutzt 40.00. Holz Blumenstraße 36 b. 1083R\*

**Geschäftsdreirad**, superstabil, 60.00 an Holz, Blumenstraße 36 b. \*

### Musik.

**Piano**, hochelegantes, 300.00. Ariger, Friedenstr. 2 (Königsplatz)

**Mandoline**, Gitarre, Fiddle, Schmelzdrum, monatlich 4.00, ein Monat gratis. Lange, Hagenstraße 19. 174

**Violinunterricht** (neue, doppel fächernde Methode bis zur Vollendung) gibt erprobter Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1.25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. \*

### Verschiedenes.

**Garanten** Westel, Göttingerstraße 94.

**Kunststofferei** von Frau Kolodny Schlangente, Kurze 8, III.

**Englischen** Unterricht für Anfänger und Vorgefertigte, Einzelstunden und im Kurs erteilt G. Siewitz, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. \*

**Ruchbinder** Sieber jetzt Kamenstraße 50. 712R\*

**Tanzlehrer**! Gruppe, Kamenstraße 16. Januar beginnen Anfängergruppe, monatlich 4.00 (Damen 3.00). Sonntagstanz, Wochenstanz, Tanz, Ballett. Prospekt postfrei.

**Bereine!** Saal, Vereinszimmer Sonnabend frei. Klubhaus, Kamenstraße 16. 679

**Der Stoff** hat seitige Anzug für 16.00. Kaczynski, Lichterbergerstraße 9, II. 740

**Teilzahlung**. Anfertigung eleganter Herrngarderobe. Marcus, Dragonerstraße 10a. 220/5\*

**Humorist** feucht jetzt Landwehrstraße 12. 1345\*

**Wer** leicht Darlehen 100 Mark (Sicherheit) unter H. 48, Postamt 28.

**Den** Verdacht, welchen ich gegen Herrn Wulke, Kuglerstraße 45, ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. Hermann Köster, Kuglerstraße 42. 174

### Vermietungen.

**Zahnklinik**, N. Köllnerstraße 16, passend zur Zahnklinik, sofort zu vermieten. Rühder bei dem Vermittler I. Babelitz. 108b

### Wohnungen.

**Keine** Mietskauf, sondern gemütslich-geschmackvolle Delme und hoch billig! 2 und 1 Zimmer mit und ohne Balkon und Bad. Charlottenburg, Gerickestraße 11, neben Gde Gauerstraße. Rigdorf, Kaiser Friedrichstraße 78/79. 242/1\*

**Alexanderstraße 27**, an der Ritterstraße, 2 Zimmer, Küche usw. per 1. 4. 1910 preiswert zu vermieten. 180/5\*

**Wohnungen** billig zu vermieten Rigdorf, Steinmetzstraße 75. 7105

### Zimmer.

**Zimmer**, leer, sofort für besseren Herrn Bornhofstraße 21. 728\*

**Wohlfühler** Balkonzimmer, allein, 12.00. Witwe Doepel, Doppelallee 47.

**Kleines** möbliertes Zimmer, 15.00, sofort, Lottumstraße 2, IV links. 713R

**Freundlich** möbliertes Zimmer, Witwe Engelmann, Str. Jahnsstraße 72. 721

### Schlafstellen.

**Möblierte** Schlafstelle, allein, Herr oder Dame, Melchiorstraße 33, Witwe Käthebusch. 7119

### Arbeitsmarkt.

**Stellensuche**. Witwe, 53 Jahre, mit zehn-jähriger Tochter sucht Stellung als Wirtschaftlerin beim Handwerker. Angebote: A. P. Expedition Romanauerstraße 12. 7130\*

**Stellenangebote**. **Zünftiger** Dreher für Reispindel Loewe wird bei hohem Lohn verlangt. Fahrradfabrik Steinrück, Urbanstraße 116. 7117

**Horarbeiter** für Umverleumdungsmaschinen sucht bei hohem Lohn Fahrradfabrik Steinrück, Urbanstraße 116. 7117

**Schuh-Cream**-Kocher wird per sofort gesucht. Offerten mit genauen Angaben und Gehaltsansprüchen sub M. 5083, Daube u. Co., Jerusalemstraße 53/54. 180/9

**Kleine** Hausreinigung sofort zu vergeben Franzstraße 5. 132b

**Botenfrauen** finden bauernde und sehr lohnende Beschäftigung Schützenstraße 24/25. 677\*

**Wann** auf gefälligeren Adressen verlangt Schulze, Göttingerstraße 41. \*

**Auswärtiger**, 7-10, sucht Dannehl, Kreuzbergstraße 77. 130b

**Barod**-Berger, Lottumstr. 5.

### Im Arbeitsmarkt durch

besonderen Druck herabgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

### Achtung!

### Holzarbeiter

**Wegen** Streit und Differenzen sind geberzt: Knopf- und Verlagsfabrik Finze, Schönfeldstr. 8/9.

**Tischlerei** und **Bodenleger** Zölling, Göttingerstr. 7.

**Tischlerei** und **Bodenleger** Finze, Wilmersdorf, Göttinger Straße 6.

**Parquetboden**geschäfte und deren Bauten: Firma Kampmeier, Hofmeister Ufer 15/16, und deren sämtliche Bauten.

**Nordb. Parquetfabrik** Hannover. Hofmeistermeister Classen u. Hüner. Firma Butterweich, Hofmeistermeister Zwoboda.

Firma Rosenfeld u. Co., San Charlottenburg, Dismarckstraße, Gde Schloßstraße.

Firma Heine (Breslau), San Kollnische Str., Gde Berliner Str.

Firma Pfeffer.

Sämtliche Betriebe in den Orten Ludenwalde, Sommerfeld, Hühf. Gleichzeitig eruchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittlungsbüreau des gelben „Handwerker“-Verbandes\* freuz zu meiden.

**Die** Krisverwaltung.

### Achtung! Gaararbeiter!

**Wegen** Streit in Ludenwalde sind folgende Bauten für Einleger geberzt:

Firma Neumann: Charlottenburg, Windener Str. Lindemann.

Firma Billig: Bernburgstr. 20.

Wittenbergstr. 1. 3. 33. 38.

Berlin, Senefelder Str. Pahl.

Firma Genossenschaft, Ledermünder Straße, San Zirks.

Ludenwalde: Firma Möbius.

**Der** Gauvorstand.

Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

Besser war die Rede davon, daß Einrichtungen zum Schutze der Frauen während der Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett getroffen werden sollen. Hier ist das Wort „Frauen“ bemängelt worden, weil es den Anschein erwecken könnte, daß wir nur verheiratete Frauen damit meinen, die wir im Falle der Schwangerschaft schützen wollen. Daher wurde der Vorschlag gemacht, das Wort „Frauen“ durch „Schwangere“ zu ersetzen. Wir haben uns dieser Anregung nicht angeschlossen, lediglich aus dem Grunde, weil sonst der Satz mit der deutschen Sprache in Konflikt käme. Ich bitte aber, die Erklärung entgegenzunehmen zu wollen, daß wir für unverheiratete Schwangere denselben Schutz verlangen wie für verheiratete.

Den aus Abstinenzkreisen laut gewordenen Wünschen sind wir infolgedessen entgegengekommen, als wir den Bau und Betrieb von Trinkerheilstätten verlangen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Trunksucht eine Krankheit ist und daß die Gemeinden zur Bekämpfung dieser Krankheit das ihrige beitragen müssen, zumal da ja auch die dafür aufzuwendenden Kosten eine Ersparnis bei den Ausgaben für die Irrenhäuser herbeiführen.

Denselben ablehnenden Standpunkt wie gegenüber den Wohnungen für städtische Arbeiter nehmen wir gegenüber der Frage der Unterstützung von Waisenkindern ein. Genosse Wittemann hat verlangt, daß diese Unterstützung erweitert werde. Wir stehen hier auf dem Standpunkt, dem auch bereits die Gemeindevertreterkonferenz der Provinz Brandenburg Ausdruck verliehen hat, daß die Unterstützung gemeinnütziger Waisenkindern für uns keine programmatische Forderung sein kann. Dagegen muß sich die Partei erklären gegen die in jeder Beziehung gesundheits-schädlichen Mietskasernen. Man sagt, die Mietskasernen seien gar nicht so schlimm und die „Produktion“ in Hamburg habe ganz schöne Mietskasernen gebaut. Das mag sein. Aber im übrigen ist nicht so sehr imstande den Preis für den Grund und Boden in die Höhe zu treiben, als die Bauordnungen, welche Mietskasernen zulassen. Wenn wir auf die Bodenpreise drücken wollen, wenn wir dafür sorgen wollen, daß der Masse der Bevölkerung billige und gute Wohnungen verschafft werden, dann haben wir alle Veranlassung, uns programmatisch gegen die Mietskasernen zu erklären.

Schließlich ist die Frage erhoben worden, ob den Gemeinden ein Zwangsenteignungsrecht zu geben ist. Früher hatten wir die Forderung der Erweiterung des Zwangsenteignungsrechtes der Gemeinden. Logisch war das nicht ganz richtig, weil die Gemeinden heute ein Zwangsenteignungsrecht noch nicht haben. Diese Forderung heute aber zu stellen, haben wir gar keine Veranlassung. In den Gemeindevertretungen haben die Hausbesitzer die Uebermacht. Den so zusammengefügten Gemeindevertretungen ein Zwangsenteignungsrecht zu geben, wäre für die Arbeiterklasse eine große Gefahr. Dagegen verlangen wir die Errichtung von Wohnheimen und kommunalen Gasthäusern. Von den weiteren Forderungen, die wir in bezug auf die Gesundheitspflege stellen, verdient die Forderung auf Errichtung von städtischen Gesundheitsämtern an die Spitze gestellt zu werden.

Bezüglich des Bestattungswezens sind Einwendungen erhoben worden; es wurde verlangt, wir sollten uns nicht auf die Errichtung von Krematorien festlegen, und es wurde deshalb gewünscht, diese Forderung zu streichen. Die Kommission hat noch einmal darüber beraten und einstimmig beschlossen, die Forderung streichen zu lassen. Wir wissen nicht, wie es mit der Feuerbestattung in Preußen ausfällt, und glauben auch nicht, daß es allzubald dazu kommen wird, daß sie zugelassen werde. Sobald dies aber doch geschieht, entsteht, wenn wir nichts von der Errichtung von Krematorien im Programm sagen, die Gefahr, daß sich die kirchlichen Behörden der Krematorien bemächtigen, und das wollen wir vermeiden wissen!

Zu dem Punkte „Regiebetrieb“ liegt ein Antrag vor, der wünscht, daß wir die Forderung nach Kommunalisierung der Gast- und Schankwirtschaften und der Bewirtschaftung der Betriebe unter dem Gesichtspunkte der Einschränkung des Alkoholgenusses verlangen. Die Kommission war der Meinung, daß wir uns diesbezüglich mit einer Sympathieumgebung begnügen, im übrigen aber die viel weitgehenderen Forderungen nicht in das Programm aufnehmen sollen.

Angeschlossen haben wir uns dem Antrage zum Submissionswesen, der darauf hinausläuft, daß die Gemeinde verpflichtet sei, ihr Teil zur Bekämpfung der Heimarbeit beizutragen. Bei dem Punkte Submissionswesen finden sich ferner Forderungen, gegen die Genosse Lindemann Einspruch erhoben hat. Es handelt sich um die Forderung, daß die Gemeinden verpflichtet werden sollen, diejenigen Löhne zu zahlen, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen vereinbart worden sind. Lindemann behauptet, man könne diese Forderung nicht in dieser Form stellen, weil es unklar bleibe, was dort geschehen soll, wo keine Organisationen vorhanden sind. Demgegenüber muß bemerkt werden, daß es sich nicht um Löhne handelt, die zwischen ein paar Arbeitgeber und Arbeitnehmern vereinbart worden sind, sondern um allgemein vereinbarte Tarife. Solche Tarife werden aber nicht geschlossen für kleine Orte, sondern nur für einheitliche Wirtschaftsgebiete, und da gelten, selbst wenn keine Organisationen in einer Stadt vorhanden sind, doch für diese die Tarife, die für das ganze Wirtschaftsgebiet abgeschlossen worden sind.

Die Forderungen unter

Sozialpolitik

finden Sie in mancher Beziehung verändert. Wir haben namentlich den Forderungen Rechnung getragen, die die städtischen Arbeiter erhoben haben. Unter allgemeiner Sozialpolitik hatten wir ursprünglich dort, wo die Rede ist von dem Ausbau des den Gemeinden übertragenen Arbeiterschutzes, ausgeführt: welche Arbeiterschutzes hier in Frage kommen. Wir haben aber die Ueberzeugung gewonnen, daß es nicht möglich ist, alle Gesetze im einzelnen aufzuführen, und haben deshalb von der Aufzählung überhaupt Abstand genommen. Sollte die Aufzählung notwendig sein, so kann sie ja in einem Kommentar zum Gesetze geschehen.

Dann ist getadelt worden, daß wir die Forderungen des Programmes der Gemeindearbeiter nicht erwähnt haben. Diese Forderungen beziehen sich darauf, daß für Arbeiter, deren Beschäftigung schmutziger oder gesundheitsgefährlicher Natur ist, Baderäume eingerichtet werden, daß die dem Regen oder sonstigem Unwetter ausgesetzten Arbeiter besondere Kleider bekommen müssen, daß für Arbeiter für Tiefbauten entsprechende Klostets eingerichtet und für Latrentwärter besondere Unterkunftsräume geschaffen werden sollen usw. Wie ist es möglich, so ins einzelne gehende Forderungen in ein Programm aufzunehmen? Dann könnten ja auch die Maurer kommen und verlangen, daß alle ihre Wünsche ins Programm aufgenommen werden, und schließlich könnte auch die Lieferung von Schreibarmeln für Kanzlisten gefordert werden! Wir erkennen die Forderungen ja durchaus an, aber wir können sie nicht besonders in unser Programm aufnehmen.

Unter den Forderungen über die Armen- und Waisenspflege haben wir, entsprechend einer Anregung von Lindemann, noch aufgenommen die Forderung der Einführung der freien Arztwahl. Diese Forderung ist bereits vor Jahresfrist, im Jahre 1898, von Rudolf Virchow für die Armenpraxis erhoben worden, und im Jahre 1898 hat unsere Berliner Stadtverordnetenfraktion einen Antrag eingebracht: für die nächste Sitzungsperiode von selbstbestimmten Armenärzten Abstand zu nehmen

und mit dem Verein freigewählter Kassenärzte in Verbindung zu treten, damit dieser die Versorgung der Armen mit Ärzten in die Hand nehme. Der Antrag wurde abgelehnt und ist seitdem nicht wieder eingebracht worden. 1902 brachte Genosse Quard in Frankfurt a. M. einen Antrag, auf freie Armenarztwahl ein. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir haben aber eine Reihe von Gemeinden, wo die freie Arztwahl für Arme eingeführt ist und sich sehr gut bewährt hat.

Der letzte Absatz des Programms verlangt die Schaffung von Zweigverbänden zur Durchführung gemeinnütziger Unternehmungen, für welche die Mittel einzelner Gemeinden nicht ausreichen. Diese Forderung entspricht einer Resolution, die auf der Gemeindevertreterkonferenz von Groß-Berlin vom Jahre 1906 gefaßt ist.

Damit hätte ich mich zu den Einwendungen geäußert, die gegen unseren Programmentwurf erhoben sind. Und wenn ich offen sein soll, so muß ich Ihnen sagen, daß ich damit erst mit der Einleitung fertig bin (Große Heiterkeit), weil ich ja zu dem eigentlichen Programm noch gar nichts gesagt habe! Aber ich stehe auf dem Standpunkte, daß unsere Genossen, sowohl hier im Saale, wie draußen im Lande, mit allen den Punkten, an denen eine Kritik nicht geübt ist, einverstanden sind (Sehr richtig!) und daß sie sich auch vollkommen darüber klar sind, was damit gemeint ist. Deshalb halte ich an dieser Stelle eine weitere Erläuterung des Programms nicht für notwendig. Gleichgültig ist es mir, ob nochmals eine Kommission eingesetzt wird. Worauf es ankommt, ist, daß unsere in den Gemeinden tätigen Genossen eine brauchbare Waffe erhalten, eine Waffe, mit der sie beitragen können zur Befreiung des Proletariats und zur Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft. (Lebhafte allseitige Bravo!)

Vorsitzender Rudolf: Auf dem Programmentwurf beziehen sich die Anträge 10, 11, 12, sowie die Anträge von Simon Kapfenstein und August Neumann. Auf die Anträge 10, 11, 12 hat die Kommission bereits Bezug genommen. Wir schlagen deshalb vor, diese Anträge 10, 11, 12 als genügend unterstellt passieren zu lassen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch; die Anträge 10, 11, 12 stehen also mit zur

Diskussion.

Eberle (Darmen): Gegen die Parteigenossen, die den Entwurf für zu lang erklärten, wurde der Vorwurf erhoben, sie hätten eine Reihe von Anträgen eingebracht, die den Entwurf noch wesentlich verlängerten. Für meine Person trifft dieser Vorwurf nicht zu und wohl auch nicht für die anderen Genossen, die den Entwurf für gar zu umfangreich halten. (Sehr richtig!) Ein Programmentwurf für die kommunale Betätigung unserer Partei müßte die Grenzen für unsere allgemeine Betätigung abstecken, aber nicht dazu übergehen, unsere Forderungen so zu spezifizieren, wie hier geschehen ist, und gar noch Forderungen hinzuzunehmen, die sicherlich noch einer Erläuterung bedürfen.

Gestern ist die Kommission wohl dazu übergegangen, beim Finanzwesen die mäßigen Ueberschüsse der Gemeindebetriebe zu streichen, aber an diesen mäßigen Ueberschüssen scheint die Kommission so großes Wohlgefallen gefunden zu haben, daß sie sie unter Wirtschaftspflege wieder hineingesetzt hat. (Vorgemacht: Sie sind nur umgekehrt, nicht gestrichen!) Jawohl, nur umgekehrt, ich meine aber, sie haben in einem Kommunalprogramm gar nichts zu tun. Schon der Begriff „mäßige Ueberschüsse“ ist nicht faßbar. Neuerdings ist in das Programm auch hineingekommen der Satz: „Monopolpreise sind entschieden zu bekämpfen“. Was sind denn Monopolpreise? Für den Begriff ist es ganz gleichgültig, ob z. B. der Gaspreis 10 Pf., 12 Pf. oder 14 Pf. beträgt. Wenn die Gemeinde den Gaspreis festsetzt und allein das Recht hat, in der Gemeinde Gas zu erzeugen, so ist das ein Monopolpreis, auch wenn gar kein Ueberschuss herauskommt. Unter Finanzwesen ist auch der schöne Possus hineingekommen, daß von der Gewerbesteuer, solange sie durch das Gesetz nicht befreit ist, diejenigen Gewerbebetriebe freibleiben sollen, deren Ertrag im wesentlichen auf der persönlichen Arbeit des Gewerbetreibenden beruht. Wenn jemand also allein als Handelsmann tätig ist und einen richtigen Gewinn erzielt, so soll er freibleiben, ein Handwerksmeister aber, der mit Gefellen arbeitet, soll die Steuer zahlen, auch wenn er nur sozial verdient, daß er gerade von einem Tag zum anderen zu leben hat! Solche Dinge dürfen doch nicht in ein sozialdemokratisches Programm hineingekracht werden. Besser ist es da, von der Gewerbesteuer gar nicht zu reden, sondern es einfach bei den gesetzlichen Bestimmungen zu lassen.

Ich wende mich nun zur Wohnungsfrage. Wenn es Aufgabe der Gemeinde ist, für gute und billige Wohnungen für die Arbeiterklasse zu sorgen, so kann das nicht ausschließlich durch Kleinwohnungen erreicht werden, sondern es gibt noch andere Methoden, durch die man der Wohnungsnot sogar noch rascher steuern kann. Baugenossenschaften haben mit kräftiger Unterstützung von Gemeindemitteln Wohnungen für Arbeiter gebaut. Aber trotzdem sind die Mieten so hoch, daß nicht Arbeiter darin wohnen, sondern Beamte und der sogenannten neue Mittelstand. Die Errichtung von Mietskasernen kann bedeutend größere Annehmlichkeiten für die Arbeiter schaffen als der Kleinwohnungsbau. Gerade der Punkt Wohnungswesen weist die Erkenntnis, daß der ganze Programmentwurf nicht auf die Bedürfnisse der Parteigenossen im Lande zugeschnitten ist, sondern auf die großen Städte! Der Referent hat ja auch beständig auf die Gemeindevertreterkonferenz von Groß-Berlin hingewiesen, aber die Ansichten, die da zutage getreten sind, sind für die Bedürfnisse im ganzen Lande nicht maßgebend. Ich muß den Vorwurf, daß der Entwurf zu lang ist, aufrechterhalten und halte die Einsetzung einer Kommission doch für zweckmäßig. (Beifall.)

Schäuf-Breslau: Durch die Einführung der Wertzuwachssteuer haben viele große Gemeinden recht beträchtliche Einnahmen erzielt. Nun wurde gelegentlich der Reichsfinanzreform von den Konservativen der Vorschlag gemacht, eine Reichswertzuwachssteuer zu schaffen. Diese Reichswertzuwachssteuer zu belämpfen, hätten wir alle Veranlassung. Allerdings haben sogar einige unserer Redner sich im Reichstage für die Reichswertzuwachssteuer ausgesprochen; sie übersehen wohl, was die Konservativen mit ihrem Antrag bezwecken: nichts anderes als den Großstädten wiederum eine Einnahme zu entziehen. (Sehr richtig!) Die Reichswertzuwachssteuer würde den Städten eine Einnahmequelle rauben, die von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Und was würde das Reich mit den Einnahmen aus der Reichswertzuwachssteuer anfangen? Es würde neue Kanonen, neue Gewehre und neue Kriegsschiffe bauen. Kurz, man würde den größten Teil des Geldes für kulturwidrige Zwecke ausgeben. Auf der anderen Seite taubt man den Gemeinden die Möglichkeit, ihre kulturellen Zwecke zu erfüllen. Wir haben aus allen diesen Gründen keinerlei Veranlassung, dem Reiche auf diesem Gebiet auch nur eine Konzession zu machen. Ich erwarte, daß die Reichstagsfraktion jede Reichswertzuwachssteuer ablehnen wird.

Heiden-Frankfurt a. M.: Im Gegensatz zu dem ersten Diskussionsredner bin ich der Meinung, daß das Kommunalprogramm nicht zu lang gefaßt ist. Man kann ihm vielleicht eher den Vorwurf machen, daß manche Forderung darin fehlt. Weiter enthält es einige Ungenauigkeiten. Es enthält Forderungen, mit denen der Preussische Landtag gar nichts zu tun hat, sondern für die Ausdehnung der Arbeiterversicherung. Die Uebertragung eines Zwangsenteignungsrechtes an die Gemeinden hat Hirsch abgelehnt, er verlangt aber, daß die Gemeinden möglichst viel Grund und Boden in eigenen Besitz übernehmen sollen. Wie sollen die Gemeinden das machen, wenn sie unter Umständen nicht das Recht zur Enteignung haben sollen? Den Gemeinden muß dieses Recht also gegeben werden, natürlich unter geschicklich festzulegenden Bedingungen. Bei den Forderungen an die Gesundheitspflege

vermisse ich die Unentgeltlichkeit auch für die Wöchnerinnenpflege. Wenn wir die Unentgeltlichkeit für die Desinfektion verlangen, müssen wir sie auch hier fordern. Die sozialpolitischen Forderungen hätte ich gern noch ein wenig mehr spezifiziert gesehen. Den Arbeitern einen Rechtsanspruch auf eine städtische Rente zu gewähren, ist bedenklich, weil dann die Invalidenversicherungsanstalten ihre Renten entsprechend kürzen würden. Dringend zu warnen ist vor der Einführung der Generalvormundschaft. Die Generalvormundschaft taugt nichts, hat in vielen Gemeinden ein flaggantes Fiasko erlitten, vor allem wegen ihrer Verbindung mit der Armenpflege. Eine Kommissionsberatung halte auch ich nicht mehr für notwendig.

Partels-Köln: Wir haben den Antrag gestellt, daß die Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden eine solche Höhe erreichen soll, daß dadurch der gesamte unbediente Wertzuwachs der Gemeinde zugeführt wird. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Wertzuwachs in einer Gemeinde nur geschaffen wird durch die menschliche Arbeit, und weil dies der Fall ist, ist es nur ein Gebot der Logik, daß dieser gesamte unbediente Wertzuwachs auch wieder der Allgemeinheit zukommen muß. Wohl haben schon 64 Gemeinden in Deutschland die Wertzuwachssteuer eingeführt, auch in Köln ist das geschehen, aber Sie dürfen nicht fragen, wie diese Steuer aussieht. Im letzten Jahre hat sie nicht einmal die ursprünglich vorgesehene Höhe von 400 000 M. erreicht! Der Gesamttrag in den 64 Gemeinden stellt sich auf 2 1/2 Millionen Mark! Wir müssen dahin streben, daß der ganze unbediente Wertzuwachs den Gemeinden belassen wird. In Rheinland-Westfalen haben die kommunalen Zuschläge zur Staatssteuer eine Höhe erreicht, die einfach unerschwinglich ist. Wir haben zahlreiche Gemeinden, die heute schon 300 Proz. Kommunalzuschlag zur Staatssteuer erheben! Das ist auf die Dauer undurchführbar, und dem muß entgegengearbeitet werden durch Erhöhung der Wertzuwachssteuer. Wir wollen in erster Linie der Grundstückspekulation einen energischen Riegel vorschieben, die ebenso wie in Berlin auch in Köln bereits einen Umfang erreicht hat, der sie als geradezu brutal erscheinen läßt. Es ist allerdings bezeichnend, daß in Köln von 45 Stadtverordneten 43 Hausagrarien sind!

(Die Redezeit ist abgelaufen. Der Redner behält sich vor, seine weiteren Ausführungen bei einer zweiten Wortmeldung vorzubringen.)

Singer-Berlin: Bei Betrachtung des kommunalen Programms müssen wir davon ausgehen, daß es sich, ebenso wie unser Parteiprogramm, in zwei Teile gliedern muß. In dem ersten Teil unseres Parteiprogramms sind unsere grundsätzlichen Forderungen zusammengefaßt, im zweiten aber sind die Forderungen enthalten, die wir innerhalb der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung für notwendig erachten. In derselben Weise muß beim Kommunalprogramm verfahren werden. Ich beurteile das Kommunalprogramm ebenso wie den zweiten Teil unseres Parteiprogramms, in dem die Forderungen enthalten sind, die wir im Interesse der arbeitenden Klasse an die bürgerliche Gesellschaft stellen. Stellt man sich auf diesen Standpunkt, den ich für den allein richtigen halte, dann wird auch eine ganze Reihe von Ausführungen, die hier gemacht worden sind, von selbst hinfällig. (Lebhafte Zustimmung.) Wir stellen die Forderungen unseres Kommunalprogramms auf in der Absicht, sie innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung zur Durchführung zu bringen. Wenn wir aber erreichen würden, daß schon innerhalb der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft der gesamte Wertzuwachs an die Gemeinden fällt, dann hätten wir den sozialistischen Staat erreicht. Das ist also eine Forderung, auf die man innerhalb der heutigen Verhältnisse nicht rechnen kann.

Die Forderung, eine den Verhältnissen entsprechende Steuer auf den Wertzuwachs zu legen, ist berechtigt, weil dieser Wertzuwachs im wesentlichen durch den Einfluß der Gemeinden begründet worden ist. Was aber der Vorredner will, ist praktisch un-durchführbar. — Genosse Heiden hat gemeint, daß ein Teil des Programms gar nicht an den Landtag gerichtet werden kann, weil es Reichssache ist. Der Genosse hat vergessen, daß in unserem Programm nicht ein Wort davon steht, daß diese Forderungen an den Preussischen Landtag gerichtet werden sollen; sie werden gerichtet an die Gesetzgebung; welche Gesetzgebung das ist, das ist dann bei den einzelnen Fragen zu entscheiden. Hebrings hat ja der Landtag das Petitionsrecht an den Reichstag und kann sehr wohl z. B. in der Gewerbeordnungsfrage die preussische Regierung auffordern, dem Bundesrat einen entsprechenden Antrag zu stellen. Der Einwand des Genossen Heiden ist also hinfällig. Man kann nicht alles im einzelnen festlegen, und so wenig ich behaupten möchte, daß der Programmentwurf zu lang ist, so wenig möchte ich sagen, daß er zu kurz ist. Wir können im kommunalen Leben, in dem fast jeder Tag neue Aufgaben bringt, nicht in jeder Frage programmatisch festlegen, wie wir uns zu verhalten haben. Wir können nur Grundsätze aufstellen und verlangen, daß unsere Genossen innerhalb dieser Grundsätze das Richtige treffen. Und das wird ihnen gelingen, wenn sie sich vom Klassenstandpunkt leiten lassen, wenn sie nie vergessen, daß sie Sozialdemokraten sind. (Stürmische Zustimmung.)

Die Frage, die mich eigentlich veranlaßt hat, das Wort zu ergreifen, ist die Frage der Gebührensätze bei städtischen Unternehmungen. Es ist ein alter Grundsat, den wir, solange wir in der Kommunalverwaltung arbeiten, immer vertreten haben, daß die gewerblichen Betriebe in städtischer Regie zu führen seien. Es ist sehr erfreulich, daß diese Frage immer weitere Kreise zieht und daß die Auffassung sich immer mehr geltend macht, daß die Gemeinden die Zustanz seien, die solche im allgemeinen Interesse betriebenen Unternehmungen auch materiel für sich in Anspruch zu nehmen haben. Aber ich möchte davor warnen, sich auf den Standpunkt zu stellen, der in einer Reihe von Anregungen eingenommen wird, daß nun diese städtischen Betriebe kostenlos ohne Ueberschuss für die Gesamtheit arbeiten sollen. Ganz abgesehen davon, daß dies gar nicht geht, müssen wir daran festhalten, daß, so zahlreich die Beteiligung an der Benutzung dieser Unternehmungen ist, es doch immer nur ein bestimmter Teil der städtischen Bevölkerung ist, der diese Betriebe in Anspruch nimmt; der andere Teil der Bevölkerung ist zwar verpflichtet, Gelder auszugeben, von denen nur ein anderer Teil der Bevölkerung den Nutzen hat. Deshalb behaupten wir und haben diese Forderung seit 25 Jahren zum Ausdruck gebracht, daß diese Betriebe wohl in städtische Regie übernommen werden müssen, um den Nutzen, den das private Kapital aus der Ausnutzung von städtischen Straßen und Plätzen für sich in Anspruch nimmt, an die städtische Klasse abzuführen, damit auf der Grundlage dieser Einnahmen die kulturellen Zwecke der Kommunen besser erfüllt werden können. Dabei kann keine Rede davon sein, daß wir Monopolpreise nehmen wollen. Gewöhnlich versteht man doch unter einem Monopol die Möglichkeit, daß einer, ungehindert durch die Konkurrenz, möglichst viel Profit aus einem Unternehmen schlägt. Das kann nicht die Aufgabe der Städte sein; sie müssen immer im Auge behalten, daß die Betriebe, die sie in eigene Regie nehmen, auch im allgemeinen Interesse notwendig sind. Man muß den Wert der Leistung in Betracht ziehen, aber auch berücksichtigen, daß das Publikum nicht übersteuert wird gegenüber der Privatindustrie. Wollte man dies alles programmatisch festlegen, so würden dazwischen komplizierte Berechnungen erforderlich sein, daß es einfach undenkbar wäre, sie wirklich auszuführen. Wir wollen doch durch die Schaffung unseres Programms nicht das Vertrauen zur Vernunft unserer Genossen befechtigen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen lediglich, daß unsere Genossen unter Berücksichtigung der örtlichen und lokalen Verhältnisse sich darüber klar werden, was bezahlt werden kann, und dafür sorgen, daß die Kosten nicht ins Unermessliche gehen, sie aber auf eine Formel festzulegen, das wäre die größte Torheit, ganz abgesehen davon, daß wir der Agitation für die Uebernahme

